

**Struktur und Dynamik des illegalen Nationalsozialismus
in der obersteirischen Industrieregion 1933/34**

Diplomarbeit
zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie

eingereicht an der
Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien
von
Kurt Bauer

Wien, März 1998

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Die Steiermark und die obersteirische Industrieregion: einige Fakten	13
2.1	Landschaft, wirtschaftliche Grundlagen und demographische Struktur	13
2.2	Die politische Struktur der Steiermark in der Ersten Republik	18
2.3	Die wirtschaftliche und soziale Lage Anfang der dreißiger Jahre	20
3	Unheilvolle Allianzen: Alpine, Heimatschutz und Nazis	28
3.1	Die Alpine	28
3.2	Der Steirische Heimatschutz	30
3.3	Die Nationalsozialisten	39
3.4	Der Übergang des Heimatschutzes zu den Nationalsozialisten	46
4	Propaganda, Sabotage, Terror – Typologie illegaler nationalsozialistischer Aktionsformen	50
4.1	Katalog illegaler nationalsozialistischer Aktionsformen	51
4.2	Drohbriefe und Psychoterror	55
4.3	Flucht nach Deutschland	57
4.4	Tarnorganisationen und Unterwanderung	59
5	Die Dynamik des nationalsozialistischen Aktionismus	62
5.1	Die Ausgangslage: Gemeinderatswahlen 1932	62
5.2	Nationalsozialistische Versammlungen vom April 1932 bis zum Februar 1933	64
5.3	Mitgliederentwicklung zwischen September 1932 und Mai 1933	67
5.4	Übergang zu illegalen Aktions- und Kampfformen	68
5.5	Nationalsozialistische Aktivitäten in der obersteirischen Industrieregion von Ende Mai bis Ende Oktober 1933	72
5.6	Nationalsozialistische Terror- und Sabotageaktionen in der obersteirischen Industrieregion Anfang 1934	73
5.7	Verhaftete und angezeigte Nationalsozialisten in der Steiermark von Juli 1933 bis November 1934	75
5.8	Sprengstoffanschläge im Bezirk Leoben im Juli 1934	76
5.9	Durch nationalsozialistische Terror- und Sabotageakte angerichteter Sachschaden	77
5.10	Resümee	77
6	Regionale Verteilung	80
6.1	Nationalsozialistische Versammlungen vom April 1932 bis zum Februar 1933	81

6.2	NSDAP-Mitglieder nach steirischen Bezirken	83
6.3	Der Heimatschutz nach der Spaltung	85
6.4	NS-Aktivitäten und die Arbeit der Exekutive von Dezember 1933 bis Juni 1934	86
6.5	Zentren der nationalsozialistischen Aktivitäten in Österreich im Juni 1934	89
6.6	Resümee	91
7	Altersstruktur	94
7.1	Inhaftierte im Anhaltelager Wöllersdorf	96
7.2	Nationalsozialistische Flüchtlinge nach Deutschland und Jugoslawien	97
7.3	Am nationalsozialistischen Juliaufstand Beteiligte	100
7.4	Steirische Kommunisten	102
7.5	Resümee	104
8	Soziale Struktur	106
8.1	Zu den verwendeten Quellen und zur speziellen Problematik	107
8.2	Anhaltelager Wöllersdorf	109
8.3	Nationalsozialistische Flüchtlinge in den Jahren 1933 und 1934	111
8.4	Am nationalsozialistischen Juliputsch Beteiligte	112
8.5	Industriearbeiter und -angestellte als Träger des Juliputsches in der Industrieregion	114
8.6	Resümee	115
9	Struktur und Dynamik des Juliaufstandes	117
9.1	Nationalsozialistische „Führer“ und „Gefolgschaft“ beim Juliputsch	117
9.2	Betriebe als Zellen des illegalen Nationalsozialismus	120
9.3	Konfession	123
9.4	Der Verlauf des Aufstandes	124
9.5	Resümee	126
10	Zusammenfassung	128
Anhang 1: Abbildungsnachweise und Zusatzabbildungen		130
Abbildungsnachweise zu Kapitel 2		130
Zusatzabbildungen zu Kapitel 2		132
Abbildungsnachweise zu Kapitel 3		132
Zusatzabbildungen zu Kapitel 4		133
Abbildungsnachweise zu Kapitel 5		134
Zusatzabbildungen zu Kapitel 5		136
Abbildungsnachweise zu Kapitel 6		139
Zusatzabbildungen zu Kapitel 6		141
Abbildungsnachweise zu Kapitel 7		146

Zusatzabbildungen zu Kapitel 7	148
Abbildungsnachweise zu Kapitel 8	149
Zusatzabbildungen zu Kapitel 8	150
Abbildungsnachweise zu Kapitel 9	151
Anhang 2: Literaturverzeichnis	152
Anhang 3: Quellenverzeichnis	163
Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik	163
Gedruckte Quellen	163
Anhang 4: Abkürzungsverzeichnis	164
Danksagung	165

1 Einleitung

„Nieder mit der Regierung Dollfuß!
Wo gehört der Dollfuß hin? In die Wurstmaschin!
Dollfuß ziach o, der Hitler ist do!“

*Nationalsozialistische Sprechchöre bei einer Demonstration in Leoben,
März 1933¹*

„Im Durchschnitte dürften im Amtsbereiche Mürzzuschlag zirka 40 Prozent der Einwohner mit der NSDAP sympathisieren, 30 bis 35 Prozent mit den Sozialdemokraten, während der Rest der Bevölkerung vaterlandstreu ist.“

Der Sicherheitsdirektor für Steiermark, Februar 1934²

„Steiermark ist einmal gründlich verseucht und kann nicht der Maßstab mit anderen Ländern angelegt werden. Wenn Teile der Bevölkerung abseits stehen, so kann ich sie nicht zwingen, eine andere Haltung einzunehmen, jedenfalls aber greife ich in allen mir zur Kenntnis gebrachten Fällen einer staatsfeindlichen Haltung ganz energisch ein, wobei ich mein Hauptinteresse gerade auf die Intelligenz richte.“

Der Sicherheitsdirektor für Steiermark, September 1934³

Diese Arbeit befaßt sich mit bestimmten Aspekten des aufkommenden Nationalsozialismus in einer österreichischen Region während einer entscheidenden Phase der Geschichte der Ersten Republik.

Der Zeitraum erstreckt sich im wesentlichen vom Verbot der NSDAP in Österreich (19. Juni 1933) bis zum mißlungenen nationalsozialistischen Putschversuch am 25. Juli 1934 einschließlich dem an den Folgetagen stattgefundenen, verhältnismäßig rasch niedergeschlagenen Aufstand. Allerdings ist es notwendig, Daten und Fakten der unmittelbar vorhergegangenen Epoche, und zwar von den steirischen Gemeinderatswahlen am 24. April 1932 bis zum Parteiverbot im Juni 1933, mit einzubeziehen.

Als obersteirische Industrieregion bezeichne ich die damals wie heute von der Großindustrie geprägte sogenannte Mur-Mürz-Furche – konkret: die heutigen politischen Bezirke Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Bruck an der Mur und Mürzzuschlag (siehe Abbildung 2/1).⁴

1 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, ohne Gz.; Leoben, 28. 3. 1933.

2 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4883, 132.846/34 „Lagebericht 19.–25. II. 1934“.

3 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5139, 237.802/34 „Politische Verhältnisse im steirischen Ennstal; Vorschlag zur Befriedung derselben“.

4 Der heutige Bezirk Knittelfeld war in der Ersten Republik Teil des Bezirks Judenburg; der Bezirk Mürzzuschlag wurde ab 1934 dem Bezirk Bruck an der Mur zugeschlagen. Der im Westen an Judenburg anschließende, ebenfalls in der Mur-Mürz-Linie liegende Bezirk Murau wird als in

Über diesen geographischen Rahmen hinaus wird die vorliegende Untersuchung aber zu einer Reihe von Ergebnissen führen, die auf die gesamte Steiermark bezogen sind und in manchen Aspekten sicherlich auch österreichweite Relevanz haben. Eine schärfere Trennung wäre erstens schon aufgrund der ausgewerteten Quellen nicht möglich gewesen, denn nicht selten war es einfach notwendig, Material, das vordergründig auf andere Regionen der Steiermark oder auch auf andere österreichische Bundesländer bezogen war, ergänzend zu verwenden. Zweitens ist es erklärte Absicht, Struktur und Dynamik des illegalen Nationalsozialismus in der obersteirischen Industrieregion im gesamtsteirischen und -österreichischen Kontext zu sehen. Bildlich könnte man von unterschiedlichen Schärfestufen bei der Fokussierung sprechen, wobei man sich diese Stufen als drei konzentrische Kreise vorstellen sollte: zuinnerst die obersteirische Industrieregion, dann die Steiermark und ganz außen, mit dem geringsten Schärfegrad, Österreich.⁵

Einige weitere Präzisierungen sind notwendig. Die vorliegende Arbeit ist als ein *Beitrag* zu einer *Sozialgeschichte* des österreichischen Nationalsozialismus zu verstehen, keineswegs als eine allgemeine, umfassende Darstellung sämtlicher historisch erfaßbaren (oder auch nur erfaßten) Fakten. Ereignisgeschichtliche Aspekte werden nur dann berücksichtigt, wenn sie zum besseren Verständnis der historischen Basis notwendig erscheinen (vor allem Kapitel 2 und 3); grundlegende, aber allgemein bekannte Tatsachen der österreichischen Geschichte der Ersten Republik⁶ werden zumeist ausgeklammert; Hinweise zur Organisationsgeschichte⁷ bzw. Biographien von wichtigen und führenden Personen der Nazi-Bewegung in der Obersteiermark fehlen ebenfalls fast durchgehend.

Unter „Sozialgeschichte“ verstehe ich eine Geschichtsschreibung, die nicht ausschließlich Vorgänge auf der Ebene der „großen Politik“ zum Inhalt hat, sondern allgemein gesellschaftliche und soziale Vorgänge.⁸ Gegenüber dem Historismus und seiner Darstellung der Geschichte als Manifestation der Taten „großer

keiner Weise industrieller, sondern im Gegenteil fast ausschließlich agrarisch bestimmter Bezirk ganz bewußt ausgeklammert.

5 Vgl. Sieder, Sozialgeschichte, S. 466 f., der in der Primärforschung eine Tendenz zu den Regionen und Orten, weg von der kontinentalen oder staatlichen Ebene, ausmacht. Allerdings schließt die „Regionalisierung des Forschungsfeldes ...eine sekundäre, vergleichende Kompilation zu großräumigeren Vergleichen und Überblicken keineswegs aus“, wobei allerdings mit der zunehmenden Varianz der theoretischen Ansätze und Methoden die „Wahrscheinlichkeit der Inkompatibilität von Ergebnissen“ steigt.

6 Die folgenden Übersichtswerke zur Geschichte der Ersten Republik (bzw. zu bestimmten wichtigen Teilaspekten) habe ich hauptsächlich verwendet: Botz, Gewalt; Bruckmüller, Sozialgeschichte; Goldinger/Binder, Geschichte; Hanisch, Schatten; Jedlicka/Neck, Justizpalast; Kleindel, Österreich; Pauley, Weg; Sandgruber, Ökonomie; Tálos/Neugebauer, „Austrofaschismus“; Tálos, Handbuch; Weinzierl/Skalnik, Österreich; Zöllner, Geschichte. Als verhältnismäßig ausführliche Darstellung der politischen Entwicklung der Jahre 1927 bis 1932 wurde weiters herangezogen: F. Schausberger, Ins Parlament, S. 49–85. Ebenfalls einen guten Überblick für die Epoche von 1930 bis 1934 liefert A. Staudinger, Christlichsoziale Partei.

7 Ausdrücklich sei angemerkt, daß mit „Struktur“ nicht die Organisationsstruktur und der innere Parteaufbau der NSDAP gemeint ist, sondern die *Sozialstruktur*, die soziale, altersmäßige, regionale etc. Strukturierung der Anhänger und Aktivisten dieser Bewegung.

8 Vgl. Hinteregger, Steirische Arbeiterschaft, S. 269.

Männer“ betont die Historische Sozialwissenschaft Strukturen und Prozesse als Grundlagen menschlichen Handelns (und Erduldens).⁹ In Worten, die der amerikanische Historiker Frederick Jackson Turner vor mehr als 100 Jahren schrieb: „All the spheres of man’s activity must be considered. No one department of social life can be understood in isolation from the others.“^{10 11}

Es handelt sich also um eine Studie, die sich auf einige sozialhistorische Aspekte konzentriert und versucht, gewisse Strukturen zu identifizieren – und die Dynamik, die diese Strukturen einem ständigen Wandlungsprozeß unterwirft. Insofern ist die Dynamik auch nicht auf das Kapitel 5¹² beschränkt, sondern sie wird auch und gerade im ständigen Wandel der Strukturen evident.

Damit soll aber keineswegs einem einseitigen „Strukturfunktionalismus“ das Wort geredet werden, der nach Reinhard Sieder in der „weitgehenden Vernachlässigung der Perspektiven der Subjekte, das heißt ihrer Deutungen, Handlungen und Erfahrungen“ besteht, womit sich eine „kategoriale Verwechslung“ breitgemacht habe, nämlich daß man den Strukturen die Logik von Subjekten unterstelle.¹³

Zweifellos haben die geschichtlichen Akteure ihren Eigen-Sinn; trotzdem machen manche ihrer Verhaltensweisen auch Struktur-Sinn. Diese Strukturen zu identifizieren und zu analysieren erscheint mir deshalb wichtig, weil damit die Bedingungen und Voraussetzungen rekonstruiert werden können, durch die eine Bewegung wie der Nationalsozialismus geschichtsmächtig werden konnte.

Letztlich ist also von einer doppelten Konstitution der sozialen Wirklichkeit auszugehen, einer Bipolarität zwischen Struktur und subjektiven Äußerungen der Akteure, zwischen „Quantität“ und „Qualität“.¹⁴

„Allerdings kann es einer verstehenden Sozialgeschichte nicht genügen, sich auf die Analyse subjektiver Äußerungen in Texten zu beschränken, denn diese erklären sich nicht völlig aus sich selbst; sondern auch aus der Struktur der sozialen, ökonomischen, kulturellen Beziehungen und Handlungsbedingungen im sozialen Raum. [...] Auch die poststrukturelle Sozialgeschichte rekonstruiert Strukturen! Allerdings denkt sie diese Strukturen nicht mehr als die zähen Determinanten des Handelns und Deutens, sondern ‚strukturell‘ ist eine Eigenschaft der durch Handeln und Deuten hervorgebrachten Verhältnisse.“¹⁵

Es wird in dem vorliegenden Text sehr selten von „Klassen“ (im Sinne von Marx), manchmal von „Lagern“ (im Sinne der Drei-Lager-Theorie von Wandruszka), relativ häufig aber von „Milieus“ gesprochen werden. Zum letzten Beg-

9 Mooser, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 100.

10 Zit. n. Burke, History, S. 15.

11 Zur Entwicklung der Sozialgeschichtsschreibung in Österreich und zu einigen allgemeinen Aspekten vgl. Bruckmüller, Sozialgeschichte, S. 15–20.

12 Titel: „Die Dynamik des nationalsozialistischen Aktionismus“ – wobei es im Kern um die Strukturierung der dynamischen Abläufe geht.

13 Sieder, Sozialgeschichte, S. 446.

14 Vgl. allgem. Botz, Quantität und Qualität.

15 Sieder, Sozialgeschichte, S. 452.

riff ist eine kurze Erläuterung notwendig, die am besten in Form eines Zitats von Ernst Hanisch erfolgen kann, der eine kongeniale Definition formuliert hat:

„Soziokulturelles Milieu meint: das Zusammenfallen verschiedener Strukturmerkmale wie wirtschaftliche Lage, schichtspezifische Ausprägungen, kulturelle Orientierung, religiöse Durchsauerung usw. Im Gegensatz zum Konzept der Klassen oder der politischen Lager ist das Konzept Milieu territorial fixiert, lokal oder regional eingegrenzt. Das Milieu prägt dichte, emotional hoch besetzte soziale Beziehungen: die primäre Umwelt, der Kreis der Alltagskontakte, Verwandte, Freunde, Arbeitskollegen, Bekannte; intermediäre Instanzen wie Vereine, Genossenschaften, Kirchen, Parteien.“¹⁶

Ich gehe von drei dominanten soziokulturellen Milieus in der Steiermark der frühen dreißiger Jahre aus: a) bäuerliches Milieu; b) Arbeitermilieu; c) bürgerlich-/kleinbürgerlich-/mittelständisches Milieu.^{17 18} Aber natürlich greift diese stark vergrößernde Einteilung vor der komplexen Wirklichkeit zu kurz – allein schon deshalb, weil „Milieu“ ja territorial fixiert ist und nur im möglichst engen lokalen Rahmen sinnvoll verortet werden kann. Neben und innerhalb dieser Basis-Milieus, die letztlich nur als gedankliche, im Sinn einer wissenschaftlichen Vereinheitlichung notwendige Konstrukte zu verstehen sind,¹⁹ existieren eine Reihe von Submilieus, die an Trennungslinien wie alt – jung, urban – ländlich, großbetrieblich – kleinbetrieblich, industriell – gewerblich, kleinbürgerlich – „gut“-

16 Hanisch, Milieu, S. 583; vgl. Langthaler, „Braune Flut“, S. 20–22. Für M. R. Lepsius sind „soziopolitische“ oder „sozialmoralische“ Milieus lokal oder regional begrenzte Einheiten, „die durch die Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet werden“. Ihre Kennzeichen sind eine „große Dichte informeller sozialer Beziehungen, die für die jeweiligen sozialen Gruppierungen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit fördern“ (zit. n. Falter, Wähler, S. 351).

17 Vgl. dazu die Einteilung, die Langthaler, „Braune Flut“, S. 24–26, trifft; er unterscheidet für das Niederösterreich der frühen dreißiger Jahre die folgenden Milieus: Agrargemeinden, Industriegemeinden, Dienstleistungsgemeinden und Mischgebiete.

18 Eine grobe Einteilung der steirischen Gerichtsbezirke nach Milieus ergibt das folgende Bild (wobei ungefähr eine Reihung nach der Stärke des jeweils dominierenden Milieus vorgenommen wurde). *Gerichtsbezirke mit überwiegend bäuerlichen Milieus*: Kirchbach, Arnfels, Fehring, Mureck, Pöllau, Oberwölz, Stainz, Feldbach, Gleisdorf, Wildon, Voralpe, Radkersburg, Hartberg, Murau, Leibnitz, Oberzeiring, Eibiswald, Deutschlandsberg, Birkfeld, Weiz, Friedberg, Fürstenfeld, Schladming, Gröbming, Irdning, Neumarkt, St. Gallen, Frohnleiten. *Gerichtsbezirke mit überwiegenden Arbeitermilieus*: Eisenerz, Leoben, Judenburg, Bruck a. d. M., Kindberg. *Gerichtsbezirke mit gemischten Milieus* (also mit ungefähr gleichen Anteilen der drei Hauptmilieus): Rottenmann, Knittelfeld, Mariazell, Bad Aussee, Mürzzuschlag, Graz-Umgebung, Voitsberg, Liezen. In Graz-Stadt hielten sich bürgerliches und Arbeitermilieu ungefähr die Waage. Die Einteilung erfolgte aufgrund der Anteile der bei der Volkszählung 1934 ermittelten Wirtschaftsabteilungen – was natürlich zu einigen Verzerrungen führen kann.

19 „Ebenso wie das Konzept der ‚Klassen‘ ist der Begriff ‚Milieu‘ ein theoretisches Konstrukt, das nicht kurzerhand mit historischer Wirklichkeit gleichgesetzt werden darf. Die Qualität einer theoretischen Ordnung wie ‚Klasse‘ oder ‚Milieu‘ kann nur daran gemessen werden, wie genau sie die Relationen einer praktischen Ordnung rekonstruiert“ (Langthaler, „Braune Flut“, S. 22).

bürgerlich, Privatangestellte – Öffentlich Bedienstete, Besitzende – Nicht-Besitzende, Großbauern – Kleinbauern, Bauern – Keuschler etc. angesiedelt sind.

Methodisch wende ich hauptsächlich die statistische Analyse von Serien an, also eine quantitative Aufbereitung serieller und standardisierter Aufzeichnungen – Verfahren, die unter Bezeichnungen wie „serial history“, „histoire sérielle“, „quanto-history“, „Cliometrics“, „Kliometrie“ „serielle Geschichte“ oder „historische Statistik“ bekannt sind.²⁰ Am unpräzistenten und zutreffendsten erscheint mir die Bezeichnung „serielle Analyse“, die ich in weiterer Folge verwenden will.²¹

Obwohl sich hinsichtlich dieser Verfahren seit ihrer Entwicklung in den sechziger Jahren eine gewisse Ernüchterung eingestellt hat, meint der Sozialhistoriker Josef Mooser, daß die „historische Statistik ein grundlegendes und unentbehrliches Erkenntnisinstrument für massenhaft relevante Zustände, Bedingungen und Resultate menschlichen Handelns“ bleibt. Gerade sie ist in der Lage

„das Leben der vielen zu entanonymisieren und menschliche Individualität auch unter denen sichtbar zu machen, die keine anderen Spuren hinterlassen haben und im Dunkeln standen. Eine ältere und jüngere Kritik an der ‚unpersönlichen‘ Zahl oder einer ‚Sozialgeschichte ohne Menschen‘ verkennt diese Chancen.“²²

Ziel einer derartigen Vorgangsweise ist es auch, quantitative Evidenz für implizit quantitative Aussagen zu finden.²³ Weiters kann man – und das ist gerade hinsichtlich der „Illegalen“ wichtig – allgemeine, häufig wiedergegebene oder zumeist einfach kritiklos übernommene Stereotypen konkretisieren, verifizieren oder gegebenenfalls auch falsifizieren.

Das größte Problem von quantitativen Methoden sieht Peter Burke in der Differenz zwischen „harten“ und „weichen“ Daten bzw. den Schwierigkeiten, von den einen auf die anderen zu schließen:

„The great difficulty for the user of quantitative methods, however, is the well-known one of the difference between ‚hard‘ data, which are measurable, and ‚soft‘ data, which are not. ‚All too often,‘ as a veteran of social surveys sadly remarked, ‚it is the soft data which are valuable, and the hard which

20 Burke, History, S. 34; Mooser, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 94.

21 Damit soll auch deutlich gemacht werden, daß es sich zumeist nicht um statistische Auswertungen im strengen Sinn handelt, weil die Quellen dafür in vielen Fällen nicht die Voraussetzungen bieten. Burke, History, S. 35, verdeutlicht dies am Beispiel von Fernand Braudels Darstellung der Wirtschaft im Mittelmeerraum im späten 16. Jahrhundert: „This general description is a model in the sense that (as he admits) Braudel did not have statistics for the whole region but had to extrapolate from partial data which did not form a sample in the strict sense of the term.“

22 Mooser, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 94.

23 So wird beispielsweise unter Punkt 5.2 das für die zweite Jahreshälfte 1932 häufig behauptete Abklingen der nationalsozialistischen Dynamik und Sieges euphorie für die Steiermark durch die serielle Analyse der monatlichen Berichte des Landesgendarmeeriekommandos über die nationalsozialistischen Versammlungen eindeutig belegt.

are relatively easy to get.' Hence the problem is to find ,hard facts which can be relied to serve as good indices of soft ones'."²⁴

Einen exakten Index zu finden, um Dinge zu messen, die man nicht messen kann (wie es Burke ausdrückt), ist letztlich nicht möglich. Die Tatsache, daß die NS-Aktionen gegen den Juli 1934 hin zunehmend brutaler und gefährlicher wurden (siehe Kapitel 5), läßt – möglicherweise! – auf eine immer größer werdende Frustration und Ungeduld unter den Nazis angesichts der ausbleibenden und sich immer mehr verzögernden Machtergreifung schließen. Aber auf welcher Skala sind der Pegelstand von Frustration und enttäuschter Siegeserwartung tatsächlich punktgenau abzulesen? Oder – ein anderes Beispiel – läßt die Tatsache regional höchst unterschiedlicher Erfolgsquoten der Gendarmerie bei der Aufklärung von Verstößen gegen das NS-Verbot (siehe Punkt 6.4) tatsächlich den einfachen Schluß zu, die Exekutive in bestimmten steirischen Bezirken sei NS-freundlicher gewesen als in anderen?

Hier kann nur Vorsicht und Selbstkritik den Historiker vor Projektionen, Trugschlüssen oder Mystifikationen bewahren. Andererseits darf er sich aber auch nicht jedes Spielraumes bei der Auswertung und Interpretation von Daten begeben – denn so klare und unzweideutige Auskünfte wie es vielleicht wünschenswert wäre geben die Quellen nur selten. Und ganz sicher auch nicht die im Rahmen dieser Arbeit herangezogenen (siehe dazu auch Punkt 8.1).

Der verwendete Quellenbestand, die Akten der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit im Bundeskanzleramt-Inneres, der die geschlossenste und umfangreichste Materialsammlung zur Geschichte des illegalen Nationalsozialismus in Österreich darstellt,²⁵ hat aufgrund der Eigenart vieler Akten zu einer seriellen Analyse oft geradezu herausgefordert.

Sicherlich können diese Akten auch als ereignisgeschichtliche Quellen dienen. Dafür werden sie ja auch hauptsächlich von der zeitgeschichtlichen Forschung verwendet. Viele Autoren beschränken sich meist darauf, den Inhalt eines Dokumentes kurz zu referieren bzw. zusammenzufassen und in ihre Darstellung einzu beziehen. Aber viele Dokumente enthalten wesentlich mehr Informationen als durch eine oberflächliche Zusammenfassung ihres Inhaltes zu erfassen ist.

Für sich genommen eignen sich die von der österreichischen Exekutive gesammelten, oft sehr umfangreichen und detaillierten Daten nämlich hervorragend dazu, gewisse soziale Strukturen und Prozesse zu erhellen – wofür sie allerdings kaum jemals systematisch herangezogen wurden. So gesehen war es auch ein Ziel dieser Arbeit, diese zumeist bekannten und ausgewerteten Quellen systematisch „neu“ zu lesen und zu befragen.²⁶

24 Burke, History, S. 36.

25 Vgl. Jagschitz, Putsch, S. 9 f., zur ungünstigen Quellenlage hinsichtlich des Juliputsches; die von Jagschitz getroffenen Aussagen gelten insgesamt für die Geschichte des illegalen Nationalsozialismus zumindest bis 1934.

26 Was ohne PC und entsprechende Software aus zeitökonomischen Gründen kaum möglich gewesen wäre. Die Daten wurden im Staatsarchiv am Notebook im Programm MS Word erfaßt und anschließend mit Hilfe des Programms MS Excel ausgewertet. (Mooser und Burke meinen, daß die

Ein Beispiel: Die nach dem Juliputsch an die Staatsanwaltschaft ergangenen „Hochverratsanzeigen“, die zum Teil in den Beständen der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit erhalten geblieben sind, können bei entsprechender serieller Analyse eine Reihe von neuen Erkenntnissen über Struktur und Ablauf dieses Ereignisses bringen. Grob geschätzt liegen 2000 Anzeigen²⁷ vor – mit Angaben über Alter, Beruf, Stand, Zahl der Kinder etc. sowie einer Beschreibung des Tatherganges, aus der sich die Position und Rolle beim Putsch, die Motivation und eine Reihe weiterer Umstände ablesen lassen. Diese Anzeigen, obwohl sie Teil eines oft verwendeten und häufig gesichteten Quellenbestandes sind (die Signaturreihe 22 „Übertretungen und Exzesse“) und eines der am häufigsten beachteten Ereignisse der jüngeren österreichischen Geschichte betreffen, wurde bisher meines Wissens in wissenschaftlichen Arbeiten praktisch nicht berücksichtigt.

Einige „technische“ Hinweise zum Umgang mit den Quellen sind noch notwendig. Bei der wörtlichen Zitierung werden offensichtliche und sinnstörende Fehler in der Rechtschreibung und Zeichensetzung stillschweigend verbessert. Abkürzungen, die möglicherweise unverständlich und inzwischen ungebräuchlich sind, werden aufgelöst bzw. so verändert, daß sie der heute üblichen, dudenkonformen Schreibweise entsprechen. Diktion und Stil der Quellen wurde in jedem Fall beibehalten. Auslassungen innerhalb eines Satzes werden durch drei Punkte gekennzeichnet; drei Punkte in eckigen Klammern zeigen an, daß ein oder mehrere Sätze weggelassen wurden. Auf die Nennung von in den Quellen erwähnten Namen wird grundsätzlich verzichtet, sofern es sich um reine Privatpersonen handelt, die in der historischen Literatur weiter keine Rolle spielen (Kennzeichnung bei direkter Zitierung jeweils durch „XY“ etc.). Beispiel: Der Name eines von einer Delogierung in Donawitz betroffenen Arbeiters wird nicht wiedergegeben; der Alpine-Generaldirektor Anton Apold wird als Person des öffentlichen Lebens jener Zeit selbstverständlich voll beim Namen genannt.

Was die verwendete Fachliteratur betrifft, sei auf das Literaturverzeichnis verwiesen. Erwähnt und besonders herausgestrichen werden sollen hier nur die Arbeiten von Gerhard Botz, von dem die nach wie vor wichtigsten Beiträge zu Sozialstruktur des österreichischen Nationalsozialismus stammen, so daß viele seiner Erkenntnisse für mich als Ausgangs- und Anhaltspunkte für weitere Überlegungen dienten. Weitere, für mich sehr wertvolle Arbeiten für den steirischen Bereich hat Eduard G. Staudinger verfaßt, von dem unter anderem die nach wie vor einzige wissenschaftlich fundierte und anhand von Quellen erarbeitete Darstellung der Geschichte der NS-Bewegung in der Steiermark (allerdings mit Schwerpunkt Graz) vor 1938 stammt.

Damit ist das eklatante wissenschaftliche Defizit hinsichtlich der Geschichte des steirischen Nationalsozialismus bis zum „Anschluß“ angesprochen. Eine zu-

Entwicklung des Computers die wichtigste, wenn nicht ausschlaggebende Voraussetzung für den Aufschwung der seriellen Analyse war.)

27 Für die Steiermark sind es gezählte 1190 Stück. Daneben sind Anzeigen aus Kärnten, Oberösterreich, Burgenland und Tirol erhalten geblieben. Was die Steiermark betrifft, sind allerdings längst nicht von allen Orten, wo Aufstände stattfanden, derartige Anzeigen im Aktenbestand zu finden. (Die anderen Bundesländer wurden in dieser Hinsicht bisher nicht gesichtet.)

sammenfassende Darstellung in Form einer Monographie, wie sie in jüngster Zeit von Elste/Hänisch für Kärnten in vorbildlicher Weise geschaffen wurde, steht nach wie vor aus.²⁸ Allerdings teilt die Steiermark dieses Defizit – leider – mit den meisten österreichischen Bundesländern.²⁹

Das nun folgende Kapitel 2 ist ebenfalls als Einleitung zu verstehen; es werden darin einige grundlegende Fakten wiedergegeben, die die Steiermark bzw. die Industrieregion betreffen. Das Kapitel 3 behandelt – zum Großteil auf der bekannten Fachliteratur basierend – ein für das Verständnis der Struktur des illegalen Nationalsozialismus in der obersteirischen Industrieregion unbedingt notwendiges Thema: die unheilvollen Allianzen zwischen der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft, dem Steirischen Heimatschutz und den Nationalsozialisten. Die Kapitel 4 bis 9 stellen den eigentlichen Kern dieser Arbeit dar, wobei das Kapitel 4 selbst (Typologie) sozusagen die Basis für die späteren Untersuchungen liefert und einige wichtige Kategorien bildet, die für manche der nachfolgenden Analysen notwendig sind.

Abschließend sei auf eine formale Besonderheit verwiesen. Im Anhang 1 sind sämtliche Quellenvermerke und die aus Gründen der wissenschaftlich gebotenen Transparenz oft sehr umfangreichen Anmerkungen zu den Abbildungen zu finden. Das geschieht deshalb, um den eigentlichen Kerntext neben den Fußnoten nicht noch mit weiterem Konsultativtext zu überfrachten und die Seiten gänzlich unübersichtlich zu machen. Daher werden Abbildungen, die für das Verständnis der jeweiligen Materie zusätzlich hilfreich sind, ebenfalls in den Anhang 1 gestellt.

28 Immerhin gibt es seit vielen Jahren Bruce Pauleys nach wie vor ausschlaggebendes, wenn auch mittlerweile ergänzungsbedürftiges Buch über den Steirischen Heimatschutz und Stefan Kärners umfassendes und materialreiches Buch über die Steiermark im Dritten Reich. Wichtig ist zweifellos auch der 1988 erschienene Sammelband „Graz 1938“ (Red. Bouvier/Valentinitsch).

29 Neben der erwähnten Arbeit über Kärnten gibt es schon seit längerer Zeit das Buch von Harald Walser über die illegalen Nazis in Tirol und Vorarlberg, weiters eine Dissertation von Otto Fritsch über die NSDAP im Burgenland von 1933 bis 1938 sowie einen längeren Aufsatz von Klaus-Dieter Mulley über die NSDAP in Niederösterreich bis 1938. Daneben existieren viele (oft lokalhistorische oder bundesländerbezogene) Arbeiten über die Zeit von 1938 bis 1945, die zumeist einen Einleitungsteil über die Jahre vor 1938 enthalten, sowie Sammelbände zum Thema „Anschluß“, in denen sich oft auch Aufsätze finden, die den illegalen Nationalsozialismus betreffen. Weiters liegt eine Fülle von Spezialliteratur zu einzelnen Themenbereichen vor, z. B. über den Juliputsch 1934 (hier stammt das maßgebliche Standardwerk von Gerhard Jagschitz). Werke, die die Geschichte des österreichischen Nationalsozialismus im Überblick behandeln, stammen u. a. von Bruce Pauley und Francis L. Carsten.

2 Die Steiermark und die obersteirische Industrieregion: einige Fakten

2.1 Landschaft, wirtschaftliche Grundlagen und demographische Struktur

Die Steiermark läßt sich landschaftlich in zwei ungleich große Hälften teilen. Das Alpenvorland im Südosten umfaßt das west- und oststeirische Hügelland, getrennt durch das breite Murtal und die Murfelder. Diese Region ist durchgehend von Siedlungen überzogen; bis auf die verhältnismäßig große Landeshauptstadt Graz und teilweise die Weststeiermark ist sie überwiegend agrarisch bestimmt.³⁰

Die „Gebirgssteiermark“ im Nordwesten – also die Obersteiermark – weist neben den Gebirgsgruppen des Alpenhauptkamms mit seinen ausgedehnten Wald- und Ödlandgebieten in den Tälern relativ schmale Siedlungszonen auf. Die wichtigsten dieser Täler sind das Mur-, das Mürz-, das Enns- sowie als Querverbindung das Palten-/Liesingtal. Aufgrund der Bodenschätze, des Waldreichtums und der Wasserkräfte hat sich im alpinen Randbereich eine traditionsreiche Eisenindustrie entwickelt. Kernzone der Obersteiermark ist zweifellos die Mur-Mürz-Furche, die als Teil der Linie Wien–Venedig auch ein wichtiges Durchzugsgebiet war und ist.

„Die Besiedlungsdichte des Talbodens steht der des Gebirgsrandes und des Vorlandes nicht nach, sie übertrifft sie sogar noch bedeutend. Für die Talsohle von Murau bis Mürzzuschlag errechnet man einen Wert von 400, zwischen Leoben und Kindberg erreicht er über 1000, im Knittelfelder Becken übersteigt er noch 300 und sinkt erst westlich Judenburg unter 200. Diese Zahlen belegen deutlicher als alle Worte, in welchem hohem Maß diese Furche Lebensraum der Obersteiermark ist. Zwischen Mürzzuschlag und Judenburg liegen die maßgeblichen Industrien der Obersteiermark mit den Eisen- und Stahlwerken, den Braunkohlegruben und den Papier- und Zellulosefabriken.“³¹

30 Historisch wird dieser Landesteil „Mittelsteiermark“ genannt, da es im Herzogtum Steiermark bis zum Ende der Monarchie noch südlich der heutigen Grenze eine überwiegend slowenisch besiedelte Süd- oder Untersteiermark gab, die nach 1918 Teil des Königreiches Jugoslawien wurde (der heutige Staat Slowenien). Inzwischen hat sich im allgemeinen Sprachgebrauch für die frühere Mittelsteiermark, also das steirische Alpenvorland, der Begriff „Untersteiermark“ als Sammelbegriff für die Ost-, West-, Südsteiermark und das Grazer Becken durchgesetzt. Im Rahmen dieser Arbeit wird der Begriff „Untersteiermark“ in diesem Sinn verwendet.

31 Morawetz, Landschaften, S. 41. Die Zahlen bezüglich der Bevölkerungsdichte stammen aus dem Jahr 1956 und dürften im großen und ganzen auch für 1933/34 Gültigkeit besitzen. – Für die Einleitungspassage über die Landschaften der Steiermark wurde neben der Arbeit von Morawetz zusätzlich noch Pferschy, Steiermark, S. 939, herangezogen.

	Bevölkerg.		Bevölkerg.		Bevölkerg.
BEZIRK JUDENBURG	71.857	GB Knittelfeld	26.883	BEZIRK BRUCK/MUR	92.741
GB Oberzeiring	6.251	Apfelberg	1.150	GB Bruck an der Mur	44.169
Bretstein	658	Dürnberg	726	Aflenz Landgemeinde	1.438
Hohentauern	575	Feistritz bei Knittelfeld	483	Aflenz Kurort	712
Oberkurzheim	749	Flatschach	264	Breitenau	2.126
Oberzeiring	1.183	Gaal	1.981	Bruck an der Mur	12.198
Pusterwald	709	Großlobming	574	Etmüßl	566
St. Johann am Tauern	755	Kleinlobming	505	Föls	499
St. Oswald	1.622	Knittelfeld	12.645	Frauenberg	294
GB Judenburg	38.723	Kobenz	1.402	Hafendorf	2.162
Allersdorf	1.036	Mitterlobming	456	Kapfenberg	11.186
Feistritz bei Weißkirchen	376	Rachau	983	Oberaich	801
Feistritzgraben	203	St. Lorenzen	1.005	Parschlug	616
Fisching	443	St. Marein	1.303	Pernegg	2.641
Fohnsdorf	10.280	St. Margarethen	824	Picheldorf	537
Frauentorf	760	Seckau	613	St. Ilgen	403
Granitzen	738	Spielberg	1.969	St. Katharein a. d. Laming	1.423
Judenburg	6.787			St. Lorenzen im Mürztal	1.285
Kienberg	543	BEZIRK LOEBEN	67.179	St. Marein im Mürztal	1.089
Kumpitz	431	GB Eisenerz	9.334	Thörl	1.256
Lavantegg	778	Eisenerz	6.685	Tragöls	1.184
Möschitzgraben	226	Hieflau	1.745	Turnau	1.753
Murdorf	463	Radmer	904	GB Mariazell	7.039
Obdach	1.099	GB Leoben	57.845	Gußwerk	3.017
Obdachegg	653	Donawitz	16.687	Hallthal	1.029
Oberweg	366	Gai	1.068	Mariazell	2.101
Picheldorf	251	Göß	2.987	St. Sebastian	892
Pichl	121	Hafning	1.857	GB Kindberg	20.091
Pöls	2.619	Kallwang	1.667	Allerheiligen	1.702
Prethal	411	Kammern	1.548	Kindberg Land	3.063
Reifling	517	Kraubath	1.200	Kindberg Markt	1.661
Reißstraße	379	Leoben	11.438	Krieglach	4.067
Rothenthurm	351	Mautern Marktgemeinde	916	Mitterdorf	1.399
St. Georgen ob Judenburg	403	Mautern Umgebung	1.581	Mürzhofen	548
St. Peter ob Judenburg	415	Niklasdorf	2.444	Stanz	2.188
Scheiben	288	Proleb	1.018	Veitsch	3.541
Schoberegg	362	St. Michael	2.930	Wartberg	1.922
Schwarzenbach	396	St. Peter-Freienstein	2.224	GB Mürzzuschlag	21.442
Unzmarkt	911	St. Stefan	1.912	Altenberg	517
Waltersdorf	577	Traboch	751	Ganz	936
Weißkirchen	903	Trofaiach	2.110	Kapellen	703
Wöll	173	Vordernberg	2.516	Langenwang	5.057
Zeltweg	4.464	Wald	991	Mürzsteg	1.432
				Mürzzuschlag	7.762
				Neuberg	2.079
Industrieregion insges.	231.777	Steiermark insgesamt	1.015.106	Spital am Semmering	2.956

Abbildung 2/1: Politische Bezirke, Gerichtsbezirke und Gemeinden der obersteirischen Industrieregion mit Wohnbevölkerung im Jahr 1934³²

Die Abbildung 2/1 zeigt die politischen Bezirke, Gerichtsbezirke und Gemeinden der obersteirischen Industrieregion mit der jeweiligen Einwohnerzahl nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1934. Abbildung 2/2 gibt einen Überblick über die Bevölkerungsgliederung in der obersteirischen Industrieregion nach Gemein-

³² Die Quellenhinweise und Anmerkungen zu den einzelnen Abbildungen befinden sich jeweils im Anhang 1.

degrößen im Jahr 1934. Im Unterschied zur gesamten Steiermark, die noch einen ausgesprochen dörflichen Charakter aufwies, kann von einer typisch kleinstädtischen Gemeindestruktur gesprochen werden, die – wie der österreichweite Vergleich zeigt – am ehesten dem Bundesland Vorarlberg entsprach.

XX % der gesamten Bewohner des Bezirkes lebten in Gemeinden mit ...	weniger als 2000 Einwohnern	2000 bis unter 5000 Einwohnern	5000 bis unter 10.000 Einwohnern	10.000 bis unter 20.000 Einwohnern
Politischer Bezirk Leoben	25,5	22,6	10,0	41,9
Gerichtsbezirk Leoben	25,1	26,3	—	48,6
Gerichtsbezirk Eisenerz	28,4	—	71,6	—
Politischer Bezirk Bruck/Mur	28,7	32,3	13,8	25,2
Gerichtsbezirk Mürzzuschlag	16,7	23,5	59,8	—
Gerichtsbezirk Mariazell	27,3	72,7	—	—
Gerichtsbezirk Bruck an der Mur	31,4	15,7	—	52,9
Gerichtsbezirk Kindberg	36,0	64,0	—	—
Politischer Bezirk Judenburg	48,8	9,8	9,4	31,9
Gerichtsbezirk Judenburg	37,6	18,3	17,5	26,5
Gerichtsbezirk Knittelfeld	53,0	—	—	47,0
Gerichtsbezirk Oberzeiring	100,0	—	—	—
Industrieregion insgesamt	34,0	22,5	11,3	32,1
Steiermark insgesamt	56,1	15,4	4,5	8,9
Vorarlberg	38,5	18,9	14,0	28,6
Oberösterreich	46,3	28,6	7,8	2,9
Salzburg	48,7	21,3	9,2	4,4
Kärnten	51,2	28,0	7,6	—
Tirol	54,8	16,1	8,4	3,2
Steiermark	56,1	15,4	4,5	8,9
Niederösterreich	58,2	19,9	10,2	5,4
Burgenland	69,6	30,4	—	—
Österreich insgesamt	39,3	15,7	5,5	3,9

Abbildung 2/2: Gliederung der Gemeinden nach Größenstufen (bezogen auf die Wohnbevölkerung) in der obersteirischen Industrieregion und in ganz Österreich (ausgenommen Wien) im Jahr 1934 (in Prozent)

Die wichtigsten Grundlagen der steirischen Wirtschaft waren in den dreißiger Jahren – und sind es zum Teil noch heute – die Rohstoffe Eisenerz, Kohle, Magnesit und Holz.

Eisenerz wird am steirischen Erzberg seit der Römerzeit abgebaut. Und rund um den Erzberg entstand eine eisenerzeugende und -verarbeitende Industrie, zu deren Zentrum bald der Raum Leoben wurde. Im Laufe der Jahrhunderte kam es, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können, zu einer Reihe von

Konzentrationswellen, die 1881 in der Gründung der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft (ÖAMG) mündeten. Mit dieser Konzentration ging auch eine Zusammenballung der Industriebevölkerung einher: Donawitz wuchs von 549 Bewohnern im Jahr 1784 auf 16.687 im Jahr 1934. Aber auch der Raum Bruck/Kapfenberg wurde zu einem Zentrum der eisenverarbeitenden Industrie (Böhler-Werke).

Die für die Eisenerzeugung notwendige Energie konnte in Form von Kohle ebenfalls in unmittelbarer Nähe gewonnen werden. Die wichtigsten Standorte waren Fohnsdorf, Seegraben bei Leoben und das weststeirische Kohlenrevier Köflach/Voitsberg.

Wichtigster Standort der Magnesitproduktion war Veitsch.

Aufgrund des Waldreichtums kam der Holzverarbeitenden Industrie in der Steiermark ebenfalls große Bedeutung zu. Zellulose, Papier und Pappe wurden an verschiedenen Standorten in der Obersteiermark hergestellt und verarbeitet.³³

	Land- u. Forstw.	Industrie u. Gewerbe	Handel u. Verkehr	Geld- u. Kreditw.	Öffentl. Dienst	Freie Berufe	Häusliche Dienste
Wien	1,1	47,5	29,4	2,6	5,4	7,3	6,7
Niederösterr.	41,4	37,8	12,3	0,5	2,9	3,1	2,0
Burgenland	61,3	26,1	6,6	0,2	3,0	1,8	1,0
Oberösterreich	44,6	34,8	12,1	0,6	3,1	2,7	2,1
Steiermark	47,3	31,0	12,1	0,6	3,1	3,1	2,8
Kärnten	46,9	31,4	12,3	0,5	3,5	2,8	2,6
Salzburg	40,1	29,8	17,8	0,8	4,5	3,7	3,3
Tirol	41,6	29,5	16,9	0,7	4,7	4,0	2,6
Vorarlberg	30,2	44,4	14,4	0,7	4,8	3,5	2,0
Industriereg.	28,5	48,8	16,2	0,3	2,2	2,7	1,3
Österreich	32,8	37,5	17,1	1,1	3,9	4,2	3,4

Abbildung 2/3: Österreichs Bevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen im Jahr 1934 (in Prozent)

Die Abbildungen 2/3 bis 2/5 geben einen Überblick über die Zuordnung der obersteirischen Bevölkerung auf die einzelnen „Wirtschaftsabteilungen“ im Vergleich zur gesamten Steiermark und zu den anderen österreichischen Bundesländern. Die Abbildung 2/3 ermöglicht eine Einordnung der obersteirischen Industrieregion in den österreichischen Gesamtrahmen. Der Anteil an Industrie und Gewerbe lag weit über dem gesamtösterreichischen, und erst recht über dem gesamtsteirischen Durchschnitt. Auch hier ist – wie bei den Gemeindegrößen – die Struktur am ehesten mit dem Bundesland Vorarlberg zu vergleichen. Die Abbildung 2/4 erlaubt

³³ Kurzdarstellung der wichtigsten obersteirischen Industriezweige anhand der folgenden Arbeiten: Tautscher/Gmoser, Wirtschaft; Tautscher, Industrie; Kirnbauer, Bergbau.

durch die Angabe der absoluten Zahlen und der Prozentwerte eine Einschätzung der tatsächlichen Größenordnungen; und die Abbildung 2/5 stellt die wirtschaftliche Zusammensetzung der fünf wichtigsten Ballungszentren dar und zeigt einige signifikante Unterschiede auf – hauptsächlich, daß Knittelfeld/Zeltweg und Mürz-zuschlag/Langenwang einen relativ geringen Anteil an Industrie und Gewerbe und dafür einen relativ hohen Anteil an Handel und Verkehr aufwiesen.

	Bezirk Leoben	Bezirk Bruck/Mur	Bezirk Judenburg	Industrie- region insg.	Steiermark insgesamt
Land- und Forstwirtschaft	10.421 15,5 %	21.525 23,2 %	21.797 30,3 %	53.743 23,2 %	404.128 39,8 %
Industrie und Gewerbe	30.569 45,5 %	36.577 39,4 %	24.691 34,4 %	91.837 39,6 %	266.055 26,2 %
Handel und Verkehr	8.401 12,5 %	12.459 13,4 %	9.661 13,4 %	30.521 13,2 %	106.036 10,4 %
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	191 0,3 %	208 0,2 %	183 0,3 %	582 0,3 %	5.072 0,5 %
Öffentlicher Dienst	1.440 2,1 %	1.475 1,6 %	1.255 1,7 %	4.170 1,8 %	27.462 2,7 %
Freie Berufe	1.642 2,4 %	2.003 2,2 %	1.365 1,9 %	5.010 2,2 %	28.002 2,6 %
Häusliche Dienste	768 1,1 %	1.011 1,1 %	621 0,8 %	2.400 1,0 %	10.556 1,0 %
ohne Berufe	11.707 17,4 %	13.924 15,0 %	10.862 15,1 %	36.493 15,7 %	146.462 14,4 %
ohne Berufsangabe	2.040 3,0 %	3.559 3,8 %	1.422 2,0 %	7.021 3,0 %	21.333 2,1 %
Wohnbevölkerung insgesamt	67.179	92.741	71.857	231.777	1.015.106

Abbildung 2/4: Wirtschaftliche Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung in der obersteirischen Industrieregion im Jahr 1934 (in absoluten Zahlen und in Prozent)

	Judenburg Fohnsdorf	Knittelfeld Spielberg Zeltweg	Leoben Donawitz Göß	Bruck Kapfenberg	Mürzzuschlag Langenwang
Land- u. Forstwirtschaft	5,7 %	6,7 %	3,7 %	5,1 %	9,8 %
Industrie und Gewerbe	61,5 %	33,8 %	55,3 %	53,4 %	39,5 %
Handel und Verkehr	7,5 %	29,0 %	12,9 %	17,1 %	21,5 %
Geld, Kredit, Vers.	0,5 %	0,4 %	0,5 %	0,4 %	0,3 %
Öffentlicher Dienst	2,7 %	2,0 %	3,1 %	2,7 %	1,6 %
Freie Berufe	2,4 %	3,1 %	3,6 %	3,4 %	2,6 %
Häusliche Dienste	1,6 %	0,9 %	1,5 %	1,4 %	1,2 %
ohne Beruf	15,8 %	21,3 %	16,0 %	13,5 %	17,3 %
ohne Berufsangabe	2,4 %	2,8 %	3,3 %	3,0 %	6,0 %
Wohnbevölkerung insg.	17.067	19.078	31.112	23.384	12.819

Abbildung 2/5: Wirtschaftliche Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung in den wichtigsten Ballungszentren der Mur-Mürz-Furche im Jahr 1934

2.2 Die politische Struktur der Steiermark in der Ersten Republik

Der Zerfall der Habsburger Monarchie führte zu einer Teilung des Herzogtums Steiermark. Die großteils slowenisch besiedelte Untersteiermark – bevölkerungs- und flächenmäßig ca. ein Drittel des Landes – wurde Teil des neu gegründeten Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (das seit 1929 Jugoslawien hieß). Damit zerfiel auch ein historisch gewachsener Wirtschaftsraum, was bei allen wichtigen politischen Bewegungen der Steiermark – und Österreichs – zu der tief verankerten Anschauung beitrug, ohne einen Anschluß an Deutschland nicht überlebensfähig zu sein.

Zwischen Monarchie und Republik herrschte bei den einzelnen politischen Strömungen und Bewegungen des Landes weitgehende Kontinuität – sowohl in personeller als auch in ideologischer Hinsicht. Aber bei den Christlichsozialen bewirkte das Ende der Monarchie eine stärkere Desorientierung als es bei anderen politischen Bewegungen der Fall war. Traditionell waren sie Anhänger der Monarchie gewesen; durch die Kriegswirtschaft und die Praxis der Lebensmittelrequisierungen im ländlichen Bereich hatten sie sich aber zunehmend von dieser Staatsform entfremdet, so daß schließlich von dieser Seite keine besonderen Impulse für den Verbleib des alten Regimes mehr ausgingen.

Die CSP dominierte die steirische Politik während der Ersten Republik, wobei das deutschnational/nationalliberale Lager als Mehrheitsbeschaffer fungierte und man auch nicht bereit war, sich eindeutig von faschistischen Strömungen (das heißt vom Steirischen Heimatschutz) abzugrenzen. Neben dem katholisch-konservativen Bauernflügel verfügte die Christlichsoziale Partei über einen Arbeiterflügel und Rückhalt in Handel und Gewerbe. Verbindendes Glied und gleichsam kleinster gemeinsamer Nenner der manchmal auseinanderstrebenden und unterschiedlichen Interessen war der Katholizismus – und in letzter Konsequenz verstand sich die Christlichsoziale Partei ja auch als weltlicher Arm der Kirche.³⁴ Beherrschende Figur war Landeshauptmann Anton Rintelen, der nicht nur im Land Steiermark, sondern in der gesamtösterreichischen Politik eine oft dubiose Rolle spielte. (Bekanntlich sahen ihn die NS-Putschisten im Juli 1934 als Kanzler der neuzubildenden Regierung vor.)

Die Sozialdemokraten verfügten in den industrialisierten Teilen des Landes – also auch und gerade in der obersteirischen Industrieregion – über großen Rückhalt. In der Zeit des Umbruchs spielte die SDAP eine besonders wichtige Rolle für den halbwegs gewaltfreien Übergang zur Republik. Durch ihre geschickte und erfolgreiche Taktik – radikale Agitation und Rhetorik bei maßvoller Realpolitik – konnte sie revolutionäre Experimente unterbinden und gleichzeitig die Einheit der Arbeiterbewegung wahren. Die Kommunisten waren in Österreich (und in der Steiermark) immer nur eine Randerscheinung. Die obersteirische Sozialdemokratie galt – nicht zuletzt aufgrund des Brucker Bezirksparteiobmanns Koloman Wallich – als besonders radikal. Nach dem Justizpalastbrand geriet die Sozialdemo-

³⁴ Vgl. Liebmann, Kirche, S. 297; insgesamt eine Darstellung der Haltung der Kirche in der Ersten Republik – aus kirchlicher Sicht.

kratie zunehmend in die Defensive gegen die aufstrebenden faschistischen Strömungen, denen man kein überzeugendes und wirkungsvolles Konzept entgegenzusetzen mußte.

Das deutschnationale Lager der Steiermark war – so entsprach es seiner Tradition – in viele Vereine und politische Bewegungen zersplittert. Aber aufgrund der Lage an der Sprachgrenze und der blutigen Auseinandersetzungen mit den Jugoslawen 1918/19 war der Deutschnationalismus in der Steiermark stärker als in vielen anderen österreichischen Bundesländern. Seinen Rückhalt hatte er im (klein-)städtischen Bürgertum sowie in der Beamenschaft. Dieses Schichten unterstützten vor allem die Großdeutsche Volkspartei. Es gab aber auch eine nationalliberale Bauernbewegung von einiger Bedeutung: den Landbund.

Wie ein Blick auf das Landtagswahlergebnis von 1930 zeigt, verfügte jedes der drei Lager in der Steiermark grob gesprochen über rund ein Drittel der Wählerschaft. Bei den Deutschnationalen waren aber schon zu diesem Zeitpunkt 16 von den knapp 33 Prozent der Stimmen für eindeutig faschistische, offen antidemokratische Parteien abgegeben worden (Heimatblock und NSDAP) – in der Obersteiermark waren es sogar fast 23 Prozent. Und spätestens 1933 fand sich dieses Lager geschlossen bei den Nazis ein.

	Obersteiermark	Graz und Umgebung	Mittelsteiermark	Oststeiermark	Steiermark gesamt
Sozialdemokraten	44,7 %	44,3 %	25,7 %	12,7 %	34,7 %
Christlichsoziale	20,4 %	23,8 %	40,2 %	57,0 %	32,4 %
Schober-Block	11,5 %	14,1 %	21,9 %	22,8 %	16,4 %
Heimatblock	17,0 %	13,4 %	9,7 %	6,5 %	12,5 %
Nationalsozialisten	5,8 %	3,4 %	2,1 %	0,8 %	3,5 %

Abbildung 2/6: Ergebnis der steirischen Landtagswahlen vom 9. November 1930 nach Wahlkreisen

Unverkennbar ist auch, daß in der Steiermark während der Ersten Republik ein besonderes Klima der Gewalttätigkeit und Militarisierung herrschte, das sich von den meisten anderen österreichischen Bundesländern noch deutlich abhob.³⁵ Verantwortlich dafür – neben gesamtgesellschaftlichen Ursachen und den sozialen Mißständen – waren zweifellos die paramilitärischen Verbände, die sich aus den unmittelbar nach Kriegsende spontan entstandenen Selbstschutzverbänden und Ortswehren gebildet hatten (zu den Heimwehren und zum Heimatschutz siehe Punkt 3.2). Anfang der dreißiger Jahre verfügten Heimatschutz und Schutzbund insgesamt über mehr als 40.000 Mann (siehe Abbildung 3/2). Nicht zuletzt der Krieg, die Sehnsucht der Kriegsheimkehrer nach Kameradschaft und klaren Befehlsstrukturen und das Mißtrauen gegen die verworrenen politischen und gesellschaftlichen Strukturen des „Hinterlandes“ waren der Grund für diese erschreckende Militarisierung einer sich demokratisch nennenden Gesellschaft.

³⁵ Botz, Gewalt, S. 334.

Auf der anderen Seite trat, wie Gerhard Pferschy meint,

„unmittelbar nach Kriegsende eine verstärkte Zuwendung zur kleinräumigen Heimatregion auf, die man intensiv zu erforschen und zu erleben, zu erwandern suchte. Man meinte, die verlorene Weite durch Tiefe ersetzen zu können.“³⁶

Unter dem Motto einer „Rückkehr zu Natur“ entwickelte sich eine Frontstellung gegen die Moderne, gegen das „Eitergeschwür Großstadt“ – letztlich gegen alles „Fremde“ und „Dekadente“. Für die Heimatbewegung, die sich aus der Grazer Schule der Historischen Volkskunde rund um Viktor Geramb entwickelte, wurde Erzherzog Johann zur Vater- und Leitfigur. Diese Überzeugungen strahlten auch stark in die romantisierende und zumeist deutschümelnde Jugendbewegung ab. Zusammen mit dem latenten und manifesten Antisemitismus, biologistischen Ideen und ähnlichen grassierenden Vorstellungen entwickelte sich daraus ein gefährliches antidemokratisches Gemisch, dessen Sprengkraft der aufkommende und immer stärker werdende Nationalsozialismus unter Beweis stellen sollte.³⁷

Zusammenfassend läßt sich formulieren: Die Steiermark war in der Ersten Republik, was sie im Grunde genommen auch heute noch ist – ein hauptsächlich agrarisch-dörflich geprägtes, konservatives, christlichsozial regiertes Land mit einer starken sozialdemokratischen Komponente in drei industriellen Regionen: Graz bzw. Graz-Umgebung, dem weststeirischen Kohlenbergbauggebiet und der Mur-Mürz-Furche. Dazu trat ein starkes deutschnationales Element, das traditionelle dritte Lager, das – wenn auch nach der Katastrophe des Nationalsozialismus in stark transformierter Gestalt – heute ebenfalls noch wirksam ist.

2.3 Die wirtschaftliche und soziale Lage Anfang der dreißiger Jahre

Ab 1930 wurde Österreich von der Weltwirtschaftskrise voll erfaßt. Das Bruttonationalprodukt ging in diesem Jahr um 2,8 Prozent zurück; die Zahlen für die Folgejahre: 1931 –8 Prozent, 1932 –10,3 Prozent. Am schlimmsten betroffen von der Krise war die Eisen- und Metallindustrie, deren Auftragsstand bis zum November 1932 auf 8,1 Prozent des Normalwertes sank. Dementsprechend hoch war die Arbeitslosigkeit in den betroffenen Industrieregionen, auf die 40 Prozent der gesamten Arbeitslosigkeit dieser Zeit entfielen.³⁸

Ein Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Gewaltausbrüchen ist unübersehbar, sowohl was das Ausmaß als auch die regionale Verteilung betrifft. Die Steiermark war dabei, neben dem Wiener Raum und dem niederösterreichischen Industriegebiet, eines der Zentren politischer Zusammenstöße, die hier zumeist besonders blutig und gewalttätig verliefen. Als Unruheherde traten Graz sowie seine Vororte Eggenberg und Andritz, weiters das weststeirische Bergbauggebiet um

36 Pferschy, Kräfte, S. 251.

37 Die Darstellung der Grundstrukturen der steirischen Politik in der Zwischenkriegszeit folgt in großen Zügen den konzisen Arbeiten von Gerhard Pferschy: Pferschy, Steiermark; Pferschy, Kräfte; Pferschy, Strömungen.

38 Sandgruber, Ökonomie, S. 382–384.

Voitsberg und die obersteirische Industrieregion um Leoben und Bruck in Erscheinung.³⁹

Die Notwendigkeit einer Sanierung der Staatsfinanzen nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt führte dazu, daß Österreich neuerlich eine Völkerbund-Anleihe („Lausanner Protokoll“) aufnehmen mußte, wodurch es sich verpflichtete, auf einen Ausgleich des Bundeshaushaltes hinzuwirken. Das führte zu überscharfen Einsparungsmaßnahmen und zu einer drastischen Deflationspolitik, die angesichts der darniederliegenden Weltkonjunktur nur die wirtschaftliche Depression verstärken mußte. So wurde 1932 zum „schwärzesten Krisenjahr der Republik“.⁴⁰

Besonders betroffen von den Wirtschaftsproblemen waren vor allem die Eisen- und Metallindustrie, dann die Bauindustrie, der Bergbau und die Papier- und Holzindustrie – also gerade jene Industriesparten, die in der Steiermark stark vertreten waren. Dabei wurden vor allem wieder jene Bezirke in Mitleidenschaft gezogen, in denen die Großindustrie angesiedelt war, während sich die Kleinbetriebe vorläufig noch als widerstandsfähiger erwiesen. So steigerte sich die Arbeitslosigkeit in Graz von 1928 bis 1930 nur um 15 Prozent, während sie im Bezirk Leoben um 168 Prozent anwuchs.⁴¹

Aber damit war der Tiefpunkt noch längst nicht erreicht. Ein Bericht vom 27. Mai 1932 über die Situation in der Gemeinde Donawitz machte folgende Rechnung auf:

„Arbeitslose	657,
Notstandsunterstützung	680,
Altersrentner	353,
Ausgesteuerte	497,
zusammen.....	2187.

Die Familienangehörigen sind in dieser Summe nicht inbegriffen. Die Zahl der notleidenden Menschen in dieser Gemeinde ist daher ungefähr die 3½fache.“

Damit litten – so schloß der Bericht – von 18.000 Bewohnern der Gemeinde nahezu 8000 infolge von Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit Not, wodurch die Gefahr von tumultösen Ereignissen und politischen Auseinandersetzungen besonders groß werde.^{42 43}

In einem weiteren Bericht mit demselben Datum heißt es, daß in Donawitz weitere 670 Arbeiter von der Alpine beurlaubt seien und 601 Arbeiter Feierschich-

39 Zum Zusammenhang von Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, vorgefallene Gewalt im Vorjahr und Exekutiveinsatz als Erklärungsmodell für politische Gewalt s. Botz, Gewalt, S. 341; zur Geographie der Gewalttaten S. 333 f.

40 Sandgruber, Ökonomie, S. 391.

41 Hinteregger, Spurensicherung, S. 66.

42 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 198.352/32 „Beschwerde gegen die Gemeinde Donawitz“.

43 Anschaulich wird die soziale Lage der Arbeitslosen in einer alten und traditionsreichen, von der Weltwirtschaftskrise besonders stark erfaßten Industrieregion Anfang der dreißiger Jahre in der berühmten Studie von Jahoda/Lazarsfeld, Die Arbeitslosen von Marienthal, dargestellt.

ten hätten; diese würden allerdings noch keine Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Für das gesamte Industriegebiet Leoben wurde die Zahl der Personen, die „im Besitze“ der Arbeitslosenunterstützung, Notstandsunterstützung oder Altersrente waren, mit insgesamt 4300 angegeben; ausgesteuert – also ohne jede weitere Unterstützung – waren zu dem Zeitpunkt ca. 750 Personen. Die anstehende Aussteuerung von weiteren 500 Personen wurde laut Bericht vorläufig um vier Wochen hinausgeschoben.⁴⁴

Ein Schlaglicht auf die Situation im Leobener Industriegebiet wirft der Bericht über eine Delogierung in Donawitz, die von „Kommunisten“ zu verhindern versucht wurde. Insgesamt hatte sich vor dem Haus eine Menge von ca. 700 bis 800 Menschen eingefunden, während sich ca. 20 Personen in der Wohnung verbarrikierten, die von der Gendarmerie durch den Einsatz von Akroileinfiolen vertrieben werden mußten. Allerdings fand sich dann niemand, der bereit gewesen wäre, die auf die Straße gestellten Möbel abzutransportieren. Die Gendarmen wurden von der Menge bedroht und wußten sich schließlich nur durch die Androhung von Waffengewalt zu helfen. Mehrere Exekutivbeamte waren vorher durch Steinwürfe leicht verletzt worden. Schließlich gelang es doch noch, die Delogierung rückgängig zu machen, weil drei Arbeitslose dem Hausbesitzer versprachen, den Mietzins durch Sammlung aufzubringen. Abschließend wurden von einem Trupp junger Burschen noch vier Auslagenfenster eines Kaufgeschäftes gegenüber dem Bahnhof Donawitz zertrümmert.

Lapidar schließt der Bericht des Bezirksgendarmeriekommandos Leoben vom 24. Juni 1932:

„Gemeldet wird, daß der Delogierte XY durch sieben Monate mit Ausnahme des Monates April den Mietzins im Betrage von 98 S schuldet. Er ist verheiratet, hat drei Kinder und bezieht an Notstandsunterstützung wöchentlich 14 S. Wie erfahren, gehört er parteipolitisch der Sozialdemokratischen Partei an.

Unter den Demonstranten taten sich besonders die Kommunisten und andere jugendliche Elemente hervor.“⁴⁵

In Eisenerz entließ nach einer Meldung vom 3. Juni 1932 die Bergdirektion der ÖAMG die gesamte Belegschaft und kündigte an, sie nur zu bestimmten – schlechteren – Arbeits- und Lohnbedingungen wieder einzustellen. Diese Bedingungen wurden mit einhelligem Beschluß der Arbeitnehmer nicht angenommen, worauf die Alpine bekanntgab, in diesem Fall den Betrieb nicht mehr aufzunehmen. Die Gendarmerie in Eisenerz erwartete daher für den 4. Juni „mit Rücksicht auf die ohnehin schon sehr erregte Stimmung der Arbeiter“ Demonstrationen und

⁴⁴ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 171.010/32 „Obersteirisches Industriegebiet; Situationsbericht“. Die Zahlen bezüglich Donawitz differieren ein wenig gegenüber dem o. g. Bericht 198.352/32.

⁴⁵ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 178.461/32 „Vorfälle in Donawitz anläßlich einer Delogierung am 24. Juni 1932“.

Ausschreitungen. Ab Juli 1932 war laut Aussage der Bergdirektion überhaupt die gesamte Stilllegung des Erzbetriebes für ungefähr neun Monate geplant.⁴⁶

Ähnlich auch die Zustände im Brucker Industriegebiet. Eine von allen Parteien eingebrachte einstimmig angenommene EntschlieÙung des Gemeinderates der Stadt Bruck an der Mur richtete

„in letzter Stunde an die Bundes- und Landesregierung den Appell, sofort Vorkehrungen zu treffen, damit wenigstens die karge Unterstützung den Menschen erhalten bleibt und nicht durch ‚Aussteuerungen‘ eine Katastrophe herbeigeführt wird, in der weit mehr zu Grunde geht, als jetzt an Unterstützung erspart wird.“⁴⁷

Und tatsächlich war die ganze Region ein einziges Notstandsgebiet. In einem Bericht vom 9. Juni 1932 heißt es über die Städte Bruck an der Mur, Kapfenberg und Mürzzuschlag:

„In diesen Orten befinden sich durch die Stilllegung bzw. Einschränkung der großen industriellen Betriebe die meisten Arbeitslosen und Ausgesteuerten, unter denen tatsächlich stellenweise eine solche Not herrscht, daß Hunde und Katzen häufig verspeist werden. Die Massen der Ausgesteuerten und Arbeitslosen sind natürlich mangels irgendwelcher Beschäftigung leicht zur Teilnahme an Versammlungen, Aufzügen und Demonstrationen zu bewegen und ist es gewissenlosen Hetzern in dieser Atmosphäre von Hunger und Not ein leichtes, die Massen aufzupeitschen und zu Gewalttaten zu verleiten. [...]

Noch hilft die warme Jahreszeit, die Möglichkeit, billiges Gemüse zu essen und hie und da ein Stück Pferdefleisch oder geschenktes oder erbetteltes Wildbret, über manches hinweg. Wie sich aber die Verhältnisse bei gleichbleibender Wirtschaftsnot im nächsten Winter gestalten werden, ist dermaßen noch unabsehbar.“⁴⁸

Auch in den ländlichen, agrarisch geprägten Bezirken herrschte große wirtschaftliche Not und Unzufriedenheit:

„Neben der Absatzkrise und der Geldnot empfindet die Landbevölkerung die soziale Gesetzgebung am drückendsten. Sie wird als eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit bezeichnet und wendet sich der Unmut der Leute am meisten gegen das Krankenkassenwesen, besonders gegen die landwirtschaftliche Krankenkasse. Die Landbevölkerung erachtet die sozialen Gesetze für die Landwirtschaft einfach als untragbar, weil sie von den vielen Abgaben derart belastet ist, daß die meisten Bauern keine Dienstboten und Tagelöhner mehr aufnehmen können, was wieder nicht nur eine Schwächung

46 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 170.389/32 „Arbeiterunruhen, bevorstehende. Situationsmeldung“.

47 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 167.884/32 „Aussteuerung Arbeitsloser mit Ende Mai 1932 im Bezirke Bruck a. d. M.“.

48 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 171.593/32 „Bericht über die politische Lage im Lande Steiermark“, S. 6–9.

der Produktion, sondern auch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zur Folge hat.“⁴⁹

Häufigste Widerstandsform in ländlichen Bereichen war die organisierte Verhinderung von gerichtlich angeordneten Versteigerungen durch das massive Auftreten der Anhänger radikaler politischer Gruppierungen (Heimatschützer, Nationalsozialisten, Kommunisten) am Ort des Geschehens.

Ein Fall aus der Weststeiermark soll die Vorgangsweise illustrieren: Am 22. Jänner 1932 sollte auf einem Gehöft in Stallhof bei Stainz eine Versteigerung stattfinden. Als das „Exekutionsorgan“ auf dem Hof erschien, war dieser von ca. 200 bis 300 Personen umstellt. Es kam zu einigen Wortgefechten; schließlich

„bestieg XY [der betroffene Bauer] einen Schneehaufen und hielt an die bereits erregte Menge eine Ansprache die auszugsweise folgend lautete: ‚Bauern der Weststeiermark! Ich war stets einer der ersten, der seine Steuern bezahlte. Wir sind bereit, das letzte Hemd für den Staat zu geben. Uns muß aber wieder Arbeit und Lebensmöglichkeit gegeben werden. Wir schwören, daß in der Weststeiermark keine Versteigerung mehr durchgeführt werden darf.‘ Hierauf ließ XY bei der Menge durch Hochheben der Hände abstimmen, wer für seine Rede ist, worauf alles schrie: ‚Bravo, XY, so ist es recht.‘“

Der betroffene Bauer war Mitglied des Heimatschutzes, und unter den Versammelten befanden sich neben Neugierigen viele „Heimatschutzangehörige“, die teilweise mit Stöcken versehen waren, gegen den Beamten aber keine drohende Haltung einnahmen. Allerdings hatte sich bereits vorher herumgesprochen, daß jeder, der bei der Versteigerung etwas bieten würde, mit Prügel rechnen mußte. Deshalb fand die Versteigerung letztendlich nicht statt.⁵⁰

Aber auch in bürgerlich-gewerblichen Kreisen rumorte es gewaltig, wie der Verlauf einer Demonstration im November 1931 in Leoben beweist. Am 16. November 1931 marschierte ein Zug von 300 bis 400 Gewerbetreibenden vom Hauptplatz „unter Vorantragung einer schwarzen Fahne zum Steueramte“. Dort angekommen, drangen zahlreiche Demonstranten in das Amt ein. Der Vorstand der Steuerabteilung berichtete:

„Unter anderem wurde gerufen: ‚No, heut wird es euch noch schlecht gehen.‘ [...] In diesem Augenblicke drängten sich schon mehrere Leute in die Amtsräume des 1. Stockes. Ich stellte mich zur Eingangstüre und wollte beschwichtigen. Auf das hin stürmten mehrere Leute auf mich los und versetzten mir zahlreiche Fausthiebe auf den Kopf. Ich konnte die anstürmende Menge nicht mehr zurückhalten, worauf ca. 80 bis 100 Leute in die Amtsräume eindrangten. Dabei wurde gerufen: ‚Hängt sie auf! Schmeißt sie beim

49 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 171.593/32 „Bericht über die politische Lage im Lande Steiermark“, S. 3.

50 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 112.670/32 „Verhinderung einer Versteigerung in Stallhof bei Stainz“.

Fenster hinunter! Schlagt sie tot! Wo ist die Kasse?’ Auch der Beamte XY wurde mißhandelt.“

Daraufhin begab man sich zur Bezirkssteuerbehörde, wo es ebenfalls zu Ausschreitungen kam. Vor der Bezirkshauptmannschaft verlief eine Demonstration von ca. 1200 Personen ohne Tötlichkeiten und Sachbeschädigungen. Die Gebietskrankenkasse mußte von der Gendarmerie mit „gefälltem Bajonett“ verteidigt werden. Am Nachmittag wurde vor der Wachstube noch für die Freilassung eines im Zuge der Ausschreitungen Festgenommenen demonstriert.⁵¹

1933 verlangsamte sich der Schrumpfungsprozeß der österreichischen Wirtschaft ein wenig, hielt aber nach wie vor an. Fast ein Drittel aller Unselbständigen war in diesem Jahr ohne Arbeit; noch schlimmer war es in der Eisen- und Stahlindustrie. Das Hüttenwerk Donawitz war 1932 dreimal stillgelegt worden, im Dezember hatte man die gesamte Belegschaft bis zum Frühjahr 1933 gekündigt.⁵²

Dementsprechend groß war die Not unter den Arbeitslosen, deren durchschnittliche Jahresunterstützung (Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe) ungefähr ein Viertel eines Arbeitereinkommens betrug und noch dazu ständig sank (von 937 Schilling im Jahr 1930 auf 769 Schilling 1933). Die Versorgung einer mehrköpfigen Familie war damit fast nicht möglich. Zusätzlich wurde eine große Anzahl von Menschen „ausgesteuert“, das heißt, sie erhielten keinerlei Unterstützung mehr. Der Prozentsatz der unterstützten Arbeitslosen an allen vorgemerkten Arbeitslosen hatte 1929 noch 86,6 Prozent betragen und ging bis 1933 kontinuierlich auf 60 Prozent zurück. Hilfsaktionen des Landes, der Gemeinden oder von öffentlichen Körperschaften blieben weit unter dem tatsächlich bestehenden Bedarf.⁵³

Trotz der katastrophalen Lage waren alle maßgeblichen Interessenvertreter und Politiker grundsätzlich anti-interventionistisch und gegen größere Eingriffe und Maßnahmen des Staates eingestellt; man wollte unter keinen Umständen eine Inflation wie in den frühen zwanziger Jahren riskieren. Zusätzlich verbot das Budgetsanierungsgesetz vom Oktober 1931, das als Vorleistung für eine neue Auslandsanleihe zustande gekommen war, sämtliche produktiven Investitionen des Bundes. Die Bemühungen der Regierung zur Sanierung des Staatshaushaltes verschärften somit die Wirtschaftskrise.

Nur der Heimatblock forderte ein Programm zur Arbeitsbeschaffung und einen verpflichtenden Arbeitsdienst. Bei den Sozialdemokraten kam es erst im Sommer 1933 zu einer „keynesianischen Wende“; bis dahin hatte man durchaus den orthodoxen Standpunkt – für Stabilität und gegen Inflation – vertreten. Man wollte nicht als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ auftreten.

Der Erlös der Lausanner Anleihe wurde ausschließlich für die Schuldentilgung verwendet. Erst die durch die „Trefferanleihe“ der Regierung Dollfuß im Oktober

51 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 116.531/32 „Steuerprotestkundgebung in Leoben am 16. November 1931. Maßnahmen zum Schutze der Steuerbeamten“.

52 Sandgruber, Ökonomie, S. 382 f.

53 Schmidlechner, Soziale Lage, S. 125 f.; Tálos, Sozialpolitik, S. 581; Melinz, Soziales Netz, S. 598.

1933 erzielten Mittel wurden zum Großteil für erste Beschäftigungsmaßnahmen verwendet. Allerdings setzte man sie nicht für produktive Industrieinvestitionen, sondern für unproduktive Notstandsarbeiten im Straßen- und Wasserbau ein. Eine grundsätzliche Umorientierung wie in Deutschland oder in den USA fand nicht statt.⁵⁴

Angesichts der deprimierenden Situation in Österreich mußte ein Blick „hinaus ins Reich“ um so verlockender wirken. Hitler kurbelte sofort nach der „Macht-ergreifung“ die Konjunktur durch Arbeitsbeschaffungsprogramme an, so daß die Arbeitslosigkeit bereits im ersten Jahr um rund 50 Prozent zurückging.⁵⁵

Die Zahl der Arbeitslosen in Österreich hingegen blieb enorm hoch, wie die Ergebnisse der Volkszählung vom 22. März 1934 deutlich zeigen (siehe Abbildungen 2/7 und 2/8). Insgesamt wurden nach dieser Zählung fast 600.000 Arbeitslose registriert, mehr als ein Viertel aller unselbständigen Berufsträger Österreichs. Die Steiermark war mit 22,8 Prozent Arbeitslosen im österreichweiten Vergleich übrigens noch begünstigt (siehe Zusatzabbildung 2/a). Am höchsten war die Arbeitslosigkeit bei Arbeitern in Industrie und Gewerbe mit schätzungsweise fast 50 Prozent.

	unselb. Berufsträger	davon arbeitslos (absolut)	davon arbeitslos (%)		
			insgesamt	männlich	weiblich
Land- und Forstwirtschaft	359.484	27.318	7,6	10,1	3,3
Industrie und Gewerbe	914.013	381.954	41,8	44,0	35,1
Handel und Verkehr	340.410	74.743	22,0	20,0	26,8
Geld-, Kredit-, Versicherungswesen	31.366	3.721	11,9	11,6	12,7
Öffentlicher Dienst	119.900	2.862	2,4	2,2	3,1
Freie Berufe	117.807	16.873	14,3	14,2	14,4
Häusliche Dienste	164.575	19.965	12,1	14,5	12,0
ohne Berufsangabe	93.764	65.809	70,2	70,7	69,3
Österreich insgesamt	2.141.319	593.245	27,7	30,6	22,1
davon Angestellte	460.239	83.167	18,1	17,1	19,9
davon Arbeiter	1.618.975	507.571	31,4	35,6	23,2
davon Lehrlinge	62.105	2.507	4,0	4,4	3,0

Abbildung 2/7: Die Arbeitslosen nach Wirtschaftsabteilungen in Österreich im Jahr 1934

54 Sandgruber, Ökonomie, S. 391–394; Weber, Staatliche Wirtschaftspolitik, S. 547 f., 550.

55 Volkmann, NS-Wirtschaft, S. 276 f., 281. Allerdings waren, wie Hitler bereits Anfang Februar 1933 vor seinen Ministerkollegen erklärt hatte, alle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unter dem Gesichtspunkt der „Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes“ zu sehen. Und ohne mittelbare und unmittelbare Rüstungsaufträge wäre die oft zitierte „erfolgreiche Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches“ – und zwar vom ersten Augenblick an – auch nicht zu erklären. Volkmann: „Analysiert man die seit dem Februar 1933 projektierten und eingeleiteten staatskonjunkturellen Maßnahmen ..., dann hat man in der Arbeitsbeschaffung der beiden ersten Jahre der NS-Herrschaft bereits Schritte in Richtung auf eine extensive Aufrüstung zur Vorbereitung eines zumindest längerfristig geplanten Eroberungskrieges zwecks Errichtung eines deutschen machtpolitischen und ökonomischen Hegemonialraumes in Europa zu sehen“ (S. 276 f.).

	Zahl der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge	davon arbeitslos	
		absolut	%
Land- und Forstwirtschaft	76.368	4.481	5,9
Industrie und Gewerbe	106.101	39.323	37,1
Handel und Verkehr	36.348	7.202	19,8
Geld-, Kredit-, Versicherungswesen	2.383	242	10,2
Öffentlicher Dienst	14.658	383	2,6
Freie Berufe	14.299	1.784	12,5
Häusliche Dienste	19.938	2.821	14,1
ohne Berufsangabe	12.070	8.013	66,4
Steiermark insgesamt	282.165	64.249	22,8
Österreich insgesamt	2.141.319	593.245	27,7

Abbildung 2/8: Die Arbeitslosen nach Wirtschaftsabteilungen in der Steiermark im Jahr 1934

3 Unheilvolle Allianzen: Alpine, Heimatschutz und Nazis

3.1 Die Alpine

Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft (ÖAMG) entstand 1881 durch die Fusion von sechs in Schwierigkeit geratenen Hüttengesellschaften. Zum Zentrum dieses Unternehmens wurde Leoben/Donawitz, nahe dem steirischen Erzberg gelegen, aber auch nicht allzuweit vom kärntnerischen Hüttenberg entfernt. 1902 wurde in Donawitz der damals größte Hochofen Europas errichtet, und 1907 war Donawitz die größte Stahlwerksanlage Europas.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kam die Alpine in ausländischen Besitz; 1921 wurde sie Teil der Stinnes-Gruppe; und nach dem Kollaps dieses Konzerns gingen 56 Prozent der Aktien an die Vereinigte Stahlwerke AG mit dem Sitz in Düsseldorf. 1936 wurden die Anteile der Alpine an die von der Vereinigten Stahlwerke AG gegründeten Stahlverein GmbH übertragen. Im Februar 1939 – inzwischen war der „Anschluß“ vollzogen – wurde die Alpine schließlich Teil der Reichswerke Hermann Göring.⁵⁶

In den zwanziger und dreißiger Jahren verfügte die ÖAMG über die folgenden Standorte:

- Donawitz (Stahl- und Walzwerk, Hochöfen),
- Eisenerz (Erzbergbau),
- Seegraben (Kohlebergbau),
- Fohnsdorf (Kohlebergbau),
- Zeltweg (Stahl- und Walzwerk),
- Kindberg-Aumühl (Walzwerk),
- Neuberg (Stahl- und Walzwerk),
- Köflach in der Weststeiermark (Kohlebergbau)
- sowie Hüttenberg in Kärnten (Erzbergbau).⁵⁷

Während dieser gesamten Epoche hatte die Alpine mit schweren Strukturproblemen zu kämpfen. Die höchste Kapazitätsauslastung wurde mit rund zwei Drittel im Jahr 1928 erreicht; ab August 1929 schlug dann aber die Weltwirtschaftskrise voll durch. 1931 betrug die Auslastung nur noch 20,7 und 1933 sogar nur katastrophale 12,6 Prozent.⁵⁸

Die Zahl der Beschäftigten von 1926 bis 1937 (Abbildung 3/1) spiegelt diesen gewaltigen Einbruch ebenfalls deutlich wider. Der Beschäftigungsstand ging von 1929 bis 1932 auf weniger als die Hälfte zurück. Es zeigt sich, daß die wirtschaft-

⁵⁶ Fischer, Alpine, S. 253–255; Hwaletz, Rationalisierung, S. 218; Lackner, Rationalisierung, S. 236; AEIOU, Stw. „Österreichisch-Alpine Montangesellschaft“.

⁵⁷ Lackner, Rationalisierung, S. 246.

⁵⁸ Hwaletz, Rationalisierung, S. 224.

lichen Probleme zum Großteil über die Entlassung von Arbeitern gelöst wurden; weiters senkte man die Lohn- und Sozialkosten der verbliebenen Arbeiter drastisch.⁵⁹

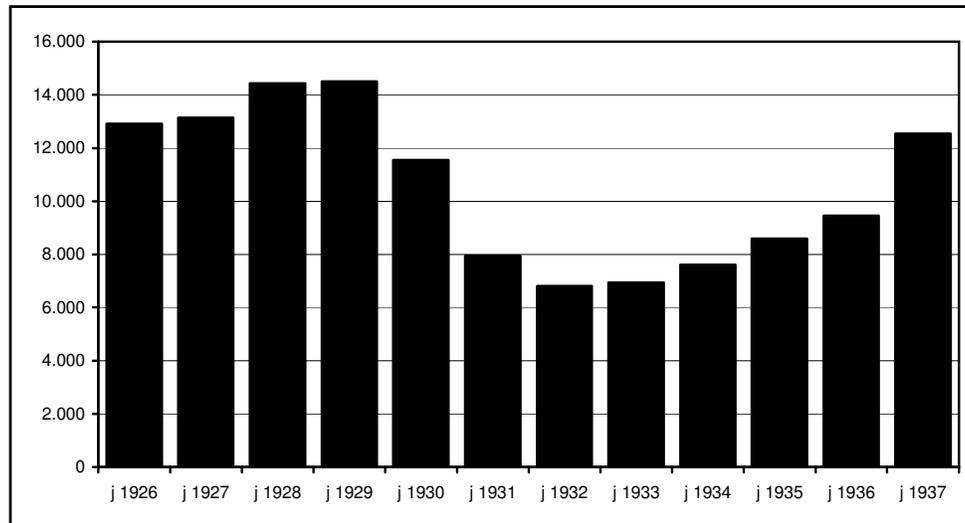


Abbildung 3/1: Beschäftigungsstand bei der Alpine Montangesellschaft zwischen 1926 und 1937

1930 und 1931 hatte die Alpine noch mit einem ausgeglichenen Ergebnis bilanziert, aber Mitte 1932 gingen die letzten Hochöfen aus, nachdem der Export völlig zum Stillstand gekommen war. Im Winter 1932/33 kam es zu einer fünfmonatigen Totalstilllegung der drei Donawitzer Hochöfen. In diesen beiden Jahren gab es schwerwiegende Verluste, die 1934 etwas reduziert werden konnten. 1935 hielten sich Gewinne und Verluste die Waage. Und 1937 war die Gesellschaft erstmals seit 1929 wieder in der Lage, Dividenden zu zahlen.⁶⁰

Der – wenn auch schleppende – Aufschwung der Alpine nach 1934 erfolgte aufgrund der von Deutschland ausgehenden Rüstungskonjunktur. Wegen des chronischen Rohstoffmangels in Deutschland, der Hitlers Rüstungspläne zu untergraben drohte, rückten die reichen Erzvorkommen des Erzberges sehr bald ins Blickfeld der deutschen Wirtschaftsplaner. Zusätzlich wurde Südosteuropa zu einem der wichtigsten Ziele deutschen Hegemonialstrebens – auch in diesem Zusammenhang kam Österreich, und insbesondere der Steiermark mit ihrer Montanindustrie, große strategische Bedeutung zu, denn der Weg nach Südosten konnte nur über Österreich führen.⁶¹

⁵⁹ Hwaletz, Rationalisierung, S. 227.

⁶⁰ Fischer, Alpine, S. 256 f. ; Lackner, Rationalisierung, S. 239.

⁶¹ N. Schausberger, Griff, S. 230: „Schon seit dem wilhelminischen Imperialismus ging es von deutscher Seite in der Anschlußfrage nie allein um das deutschsprachige Österreich, sondern stets um den Gesamtkomplex Südostexpansion, für die Österreich bloß ein unentbehrliches Sprungbrett war. [...] Der Griff nach Österreich sollte für die deutschen Expansionisten in erster Linie eine Etappe des weiteren Ausgreifens nach dem Balkan sein.“ Weiters N. Schausberger, Interdependen-

Aber auch die Montanindustrie hatte ihrerseits schon sehr früh an Hitler Interesse gezeigt. Die schwierige ökonomische Situation brachte die deutsche Stahlindustrie – und somit auch die im deutschen Besitz stehende Alpine – dazu, die Harzburger Front (die „Fronde der faulen Debitoren“) und den Nationalsozialismus zu unterstützen.⁶²

Seit den zwanziger Jahren wurde in der Alpine in diesem autoritären, rechtsgerichteten, später faschistischen Sinn Politik betrieben. Von den Vereinigten Stahlwerken wurde das sogenannte Werksgemeinschafts-System übernommen und eine „Ära der aggressiven, antisozialen und antiösterreichischen Politik“⁶³ eingeleitet. Ziel war die Rationalisierung im technisch-sachlichen, organisatorischen und psychologischen Bereich. Organisatorisch wurde eine fast militärische, streng von oben nach unten aufgebaute, hierarchische Struktur geschaffen – die Werksgemeinschaft. An der Spitze befand sich die Werksleitung; als systemstabilisierendes Glied galten die Betriebsingenieure, die „Männer der technischen und betrieblichen Zucht“, gleichsam der Mittelbau, der einen eigenen Korpsgeist ausbildete; ganz unten standen die Arbeiter, die – da sie zumeist gewerkschaftlich-sozialdemokratisch organisiert waren – als politisch unzuverlässig galten und „lediglich als Gegenstand der Werkspolitik ..., keineswegs als Träger oder Mitarbeiter“ betrachtet wurden. Durch die psychologische Rationalisierung sollten diese Arbeiter zu gefügigen Mitgliedern der Werks- und schließlich auch Volksgemeinschaft erzogen werden. Letztlich entstand in der Alpine so etwas wie ein (antidemokratischer) Staat im (noch demokratischen) Staate.⁶⁴

Alpine-Generaldirektor Anton Apold war Exponent einer ökonomisch, aber auch ideologisch begründeten Anschlußpolitik. Und er galt als einer der wichtigsten Förderer des Steirischen Heimatschutzes seit seinen Anfängen.⁶⁵

3.2 Der Steirische Heimatschutz

Die Entstehung der steirischen Heimwehren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte ähnliche Ursachen wie in anderen österreichischen Bundesländern auch. Es handelte sich dabei um bewaffnete Selbstschutzverbände, spontan gebildete Ortswehren, die gegen die Abtrennung deutschsprachiger Landesteile sowie gegen Plünderungen durch rückflutende Frontsoldaten und gegen linksgerichtete Umsturzversuche gerichtet waren. Die Heimwehr in der Steiermark erfreute sich von Beginn an der nachdrücklichen Unterstützung des Landeshauptmanns, Anton Rin-

zen, S. 280–284. Der deutsche Militärattaché in Wien, Muff, zu dem Thema: „Offensiv bedeutet Österreich ... das Sprungbrett nach dem Südostraum Europas ... Setzt sich Österreich endgültig vom Reich ab, dann ist der Ring um dieses geschlossen, drückt Italien auf dessen Südgrenze, wird Ungarn völlig an die italienische Seite gedrängt, werden die Balkanstaaten für das Reich und dieses für jene politisch bedeutungslos“ (zit. n. Stuhlpfarrer/Steurer, Ossa, S. 35). Vgl. weiters Volkmann, NS-Wirtschaft.

62 Hwaletz, Rationalisierung, S. 219; Volkmann, NS-Wirtschaft, S. 239.

63 So eine Meinung aus dem Jahr 1946 (H. Strakele, Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, Wien 1946); zit. n. Lackner, Rationalisierung, S. 238.

64 Lackner, Rationalisierung, S. 238–242.

65 Fischer, Alpine, S. 261; Pauley, Hahnenschwanz, S. 160.

telen, ohne allerdings – wie in Tirol und Vorarlberg – formell der Landesregierung unterstellt zu werden.

Der in der Obersteiermark 1918 durch den Judenburger Rechtsanwalt Walter Pfrimer gegründete Deutsche Volksrat, der 1919 mit Unterstützung der Alpine militärisch organisiert und bewaffnet wurde, war betont national ausgerichtet. Er wurde zur Keimzelle des deutschnationalen Flügels der steirischen und auch österreichischen Heimwehr.

Das Abzeichen des Steirischen Heimschutzes war ein steirisches Landeswappen (der Panther) mit übergestülptem Stahlhelm mit Hakenkreuz – ein Zeichen, das man in den Anfangsjahren noch kaum mit dem Nationalsozialismus identifizierte, das aber zu einem Omen für die spätere Geschichte der Organisation werden sollte.

Eine erste Bewährungsprobe bestanden die obersteirischen Selbstschutzverbände des Dr. Walter Pfrimer im November 1922, als sie in Judenburg den Abbruch eines von der sozialdemokratischen Gewerkschaft proklamierten Streiks erzwangen.⁶⁶

Nach Jahren der Stagnation konnte der Heimatschutz den sozialdemokratischen Verkehrsstreik, der nach dem Justizpalastbrand am 15. Juli 1927 ausgerufen worden war, durch ein Ultimatum bzw. die Androhung von Gewalt beenden – für die Sozialdemokraten zweifellos eine empfindliche Niederlage.⁶⁷

Danach – zwischen 1927 und 1929 – erreichte die Heimwehrebewegung den Höhepunkt ihres Einflusses in Österreich, wobei der Steirische Heimatschutz dank der reichlich fließenden Mittel der Alpine (aber auch anderer finanzkräftiger Gruppierungen) das politische, organisatorische und militärische Kraftzentrum der Bewegung bildete. Er hatte in seiner Blütezeit in der Steiermark rund 120.000 Anhänger und ca. 20.000 bewaffnete Aktivisten und war somit das stärkste Segment der österreichischen Heimwehren.⁶⁸

Woche für Woche kam es zu Aufmärschen und Konfrontationen mit dem Republikanischen Schutzbund, wobei der Zusammenstoß in St. Lorenzen im Mürztal am 18. August 1929 besonderes Aufsehen erregte. Auf seiten des Schutzbundes gab es drei Todesopfer, zwei Schwerverletzte und zahlreiche Leichtverletzte, auf seiten des Heimatdienstes 30 Schwer- und 20 Leichtverletzte.⁶⁹ Durch dieses und ähnliche Ereignisse verschärfte sich die politische Lage in der Steiermark zunehmend.

66 Wiltschegg, Heimwehr, S. 171–174; Pauley, Hahnenschwanz, S. 33–46. Es ist hier allerdings nicht der Platz, um die genaue Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Steirischen Heimschutzes, insbes. die internen Rivalitäten und Flügelkämpfe, nachzuvollziehen.

67 Wiltschegg, Heimwehr, S. 174 f.; Pauley, Hahnenschwanz, S. 48–51.

68 Pauley, Hahnenschwanz, S. 61.

69 Botz, Gewalt, S. 171–179. Ebenfalls eine Darstellung liefert: Hasiba, Ereignisse. Hasiba spricht von nur einem Todesopfer, was aber offensichtlich falsch ist. Er stützt sich nur auf Zeitungsberichte der folgenden Tage, während zwei der drei getöteten Schutzbündler erst Tage später im Krankenhaus starben.

Besonderen Ausdruck fand der immer aggressiver werdende, gegen die Sozialdemokratie gerichtete Konfrontationskurs im Alpine-Bereich durch die Gründung einer heimatschutznahen, „gelben“ Gewerkschaft.

Im Unterschied zu den meisten österreichischen Heimwehrverbänden, in denen das agrarische Milieu sowie bürgerliche Mittel- und Oberschichten dominierten, versuchte der Steirische Heimatschutz verstärkt, Arbeiter in die Ortsgruppen und lokalen Wehrformationen zu integrieren. Hauptsächlich konzentrierten sich diese Versuche naturgemäß auf die obersteirische Industrieregion, wo drei Viertel aller in der Steiermark sozialversicherten Arbeiter lebten. Bei der Etablierung von Heimatschutz-Ortsgruppen im Industriegebiet spielten Werksingenieure und -beamte der Alpine eine entscheidende Rolle; nicht weniger wichtig war die fördernde Haltung der Werksleitung.

Wie erfolgreich der Heimatschutz in der traditionell roten Industrieregion war, zeigt eine Gegenüberstellung der Stärkeverhältnisse von Heimatschutz und Schutzbund Anfang der dreißiger Jahre (Abbildung 3/2). Gleichzeitig gewinnt man durch diese Zahlen auch einen Eindruck von der Militarisierung der Gesellschaft. Den LGK-Schätzungen zufolge waren zum Beispiel in Bruck an der Mur 2100 Personen in Wehrverbänden organisiert, das waren 17 Prozent der 12.200 Einwohner der Stadt (eine fast schon unrealistisch hohe Zahl). Insgesamt wurden für die ganze Steiermark 27.000 Heimatschützer und 14.500 Schutzbündler genannt.

	Heimat-schutz	Schutz-bund		Heimat-schutz	Schutz-bund
Fohnsdorf	670	600	Vordernberg	135	145
Judenburg	300	230	Bruck/Mur	900	1200
Knittelfeld	900	600	Diemlach	70	110
Zeltweg	220	150	Kapfenberg	350	450
Donawitz	1500	400	Kindberg	250	130
Eisenerz	980	150	Krieglach	700	300
Eisenerz/Erzberg	200	110	Mürzzuschlag	150	1500
Leoben	200	150	Neuberg	150	80
Seegraben	700	120	Wartberg	180	100
Trofaiach	150	100			

Abbildung 3/2: Mitgliederzahlen des Steirischen Heimatschutzes und des Republikanischen Schutzbundes in einigen Orten der Industrieregion Anfang der dreißiger Jahre

Ein weiteres Mittel im Kampf gegen die sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft war die im Mai 1928 ins Leben gerufene Unabhängige Gewerkschaft, die zwar vorgab, eine überparteiliche und unpolitische Interessensorganisation zu sein, aber personell, ideologisch und infrastrukturell eng mit dem Heimatschutz verbunden war. Die Gründer Josef Lengauer, Fritz

Lichtenegger und Ingenieur Josef Oberegger, alle drei bei der Alpine bedienstet, waren Heimatschützer. Lengauer kam 1930 als Abgeordneter des Heimatblocks, „der parlamentarischen Kampftruppe der Heimatwehr“, in den Nationalrat. (Dem Heimatblock war es im Wahlkreis Obersteiermark gelungen, das so wichtige Grundmandat zu erringen.)

Zentral für die Ideologie des Heimatschutzes (und der Unabhängigen Gewerkschaft) war die Ablehnung von Parteiensystem, Parlamentarismus und Klassenbegriff; dem stellte man die Idee einer ständisch gegliederten Volksgemeinschaft gegenüber – auf den Industriebereich übertragen hieß das: Werksgemeinschaft.

Die Unabhängige Gewerkschaft verstand sich laut Eigendefinition als

„Zweckverband von Arbeitnehmern mit der Aufgabe, eine möglichst gerechte Verteilung des Nutzerfolges der von einem Volk als Wirtschaftseinheit geleisteten Arbeit durchzusetzen, wobei der Erfolg um so größer wird, je weniger Störungen der Arbeit erfolgen“.⁷⁰

Ohne explizit auf dieses Mittel zu verzichten, rückte die Unabhängige Gewerkschaft damit vom Streik als Instrument der Interessenspolitik ab. Gerade das war voll im Sinn der Alpine-Werksleitung. Diese übte ihren Einfluß ganz direkt aus, indem sie die Einstellung von durch den Heimatschutz vermittelten Arbeitern bevorzugte, während man sozialdemokratische Arbeiter nach und nach verdrängte.⁷¹ Der sozialdemokratische Arbeiterwille über die Betriebsratswahlen im Werk Eisenerz im Jahr 1931:

„Bei der vorjährigen Wahl am 19. August waren 1800 Arbeiter stimmberechtigt, diesmal haben nur 1127 Arbeiter das Wahlrecht. Im vergangenen Jahr wurden über 800 Arbeiter abgebaut, unter ihnen befanden sich Dutzende Vertrauensmänner und viele Hunderte sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter. Die Alpine hat die Ausmusterung im Sinne des Betriebsfaschismus durchgeführt.“⁷²

Nichts zeigt diese Entwicklung deutlicher als die Ergebnisse bei den Arbeiterbetriebsratswahlen in Donawitz (siehe Abbildung 3/3). Eine übermächtige linke Dominanz wurde hier innerhalb von wenigen Jahren in das Gegenteil verkehrt. Allerdings gab es doch einige Unterschiede bei den verschiedenen Standorten – nicht überall waren Heimatschutz und Alpine in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie derart erfolgreich. Darüber hinaus waren die Versuche der Unabhängigen Gewerkschaft, auch in anderen Unternehmen und Regionen Fuß zu fassen, nicht von großem Erfolg begleitet.

Ein weiteres Pressionsmittel gegen die Arbeiter waren die Werkswohnungen, die nicht dem Mieterschutz unterstanden.

Infolge der sich verschärfenden Wirtschaftskrise hatte aber auch die Unabhängige Gewerkschaft einen zunehmend schwerer werdenden Stand, denn immer öfter war sie dazu ausersehen, den Arbeitern (und somit auch den eigenen Mitglie-

70 Zit. n. E. Staudinger, Unabhängige Gewerkschaft, S. 62.

71 Vgl. im Detail Weinhandel, Unternehmerkontrolle, S. 139–146.

72 Arbeiterwille, 11. 9. 1931; zit. n. Stocker, Akkumulationszwang, S. 254.

dem) Kürzungsmaßnahmen der Alpine-Führung schmackhaft zu machen. Daß sich viele Arbeiter aus reinem Opportunismus dem Heimatschutz angeschlossen und in der Mitgliedschaft bei dieser Organisation eine Art Arbeitsplatz- und Wohnungsgarantie gesehen hatten,⁷³ zeigt ein Bericht vom Mai 1932, als die Alpine alle Arbeiter des Kohlebergwerks Seegraben kündigte, ihnen gleichzeitig aber eine Wiedereinstellung mit einer achtprozentigen Lohnreduktion anheimstellte:

„Da sich der 14tägige Lohn der Bergarbeiter nach allen Abzügen auf 70 bis 90 S beläuft, hatte diese Verfügung eine große Erregung wachgerufen; viele dem Heimatschutz angehörige Arbeiter warfen ihre Hüte weg, und es herrschte eine verzweifelte Stimmung unter den Arbeitern und deren Angehörigen.“⁷⁴

Diese Vorgangsweise war im Alpine-Bereich seit 1931 häufig geübte Praxis. Und damit kam es zunehmend zu Meinungsverschiedenheiten der Unabhängigen Gewerkschaft mit der Werksleitung und zu Widerstand der Gewerkschaftsmitglieder gegen die eigene Führung.

	Sozialdemokraten	Kommunisten	Christlichsoziale	Unabhängige
1926	1669 / 10	1200 / 7	400 / 2	—
1927	1991 / 13	706 / 4	264 / 1 [2]	—
1928	2404 / 13	227 / 1	278 / 1	951 / 5
1929	1815 / 10	96 / —	168 / —	1740 / 10
1930	1183 / [6]	—	174 / —	2321 / [13]
1931	—	—	—	alle Mandate
1932	—	—	—	alle Mandate
1933	—	—	424 / ?	1098 / ?

Abbildung 3/3: Ergebnisse der Arbeiterbetriebsratswahlen im Werk Donawitz von 1926 bis 1933 (Stimmen und Mandate)

Als die Alpine-Leitung ihre Gunst vom Heimatschutz ab- und dem Nationalsozialismus zuwandte (also spätestens im ersten Jahresviertel 1933⁷⁵), war es um die Unabhängige Gewerkschaft geschehen, die im Lauf des Jahres 1933 im Bereich der ÖAMG zerfiel.⁷⁶

73 Ende der zwanziger Jahre wurden die Mitglieder der Unabhängigen Gewerkschaft Alpine intern als „Blutorangen“ bezeichnet: außen gelb und innen rot (Weinhandel, Unternehmerkontrolle, S. 137 f.).

74 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 171.010/32 „Obersteirisches Industriegebiet; Situationsbericht“.

75 Pauley, Hahnenschwanz, S. 160; Fischer, Alpine, S. 262.

76 Die Ausführungen bezügl. der Unabhängigen Gewerkschaft folgen hauptsächlich der ausführlichen und detailgenauen Arbeit von E. Staudinger, Unabhängige Gewerkschaft; weiters Hinteregger, Steirische Arbeiterschaft, 280 f.; Hinteregger, Spurensicherung, S. 56–61; Stocker, Akkumulationszwang; Pauley, Hahnenschwanz, S. 52 f. sowie der materialreichen Diplomarbeit von Weinhandel, Unternehmerkontrolle, S. 150–158.

Ähnlich bergab ging es mit dem Heimatschutz insgesamt. Am 13. September 1931 kam es zum sogenannten „Pfrimer-Putsch“, der ein bezeichnendes Licht auf die politischen Verhältnisse in der Steiermark warf. Der Heimatschutzführer Walter Pfrimer mobilisierte unter dem Vorwand sozialdemokratischer Unruhen im Ennstal den Heimatschutz, um die Macht im Staat zu ergreifen.

Letztlich war es eine Flucht nach vorne, die der Heimatschutz damit antrat. Die angespannte politische Lage, der drohende Zerfall von Heimwehr und Heimatschutz und der bereits unübersehbare Aufstieg der Nationalsozialisten, gepaart mit einer gehörigen Portion Größenwahn, politischem Abenteuerertum und Putschromantik, dürften den Hintergrund für diesen Schritt gebildet haben.⁷⁷

Angesichts der Stärkeverhältnisse in der Steiermark (14.000 Mann Heimatschutz gegen 4000 bis 5000 Mann Polizei, Gendarmerie und Bundesheer), der versteckten Kollaboration der Landesregierung und der abwartenden Haltung lokaler Behörden, die nirgendwo aus eigenem Antrieb gegen die Putschisten Maßnahmen ergriffen, verbietet sich aber für das Unternehmen wohl das häufig bemühte Diktum vom „Operettenputsch“ – nicht zuletzt schon deshalb, weil dabei drei Menschen ihr Leben lassen mußten.⁷⁸

Nach einigen Anfangserfolgen am Morgen des 13. September stellte sich aber sehr bald heraus, daß der Steirische Heimatschutz völlig isoliert war. Die Heimwehren der anderen Bundesländer zogen nicht mit. Als das Bundesheer – sehr spät – gegen die Putschisten in Bewegung gesetzt wurde, war der Aufstand der Heimatschützer faktisch vorüber. Allerdings agierte das Militär so, daß der Heimatschutz bequem entkommen und seine Waffen retten konnte.

Für einige Stunden war ausschließlich der Republikanische Schutzbund gegen den putschenden Heimatschutz gestanden. In Kapfenberg kam es zu einer Schießerei vor dem Arbeiterheim, bei der zwei sozialdemokratische Arbeiter getötet, vier weitere Sozialdemokraten und ein Heimatschützer schwer verletzt wurden. In Kirchdorf bei Pernegg wurde ein Heimschützer getötet.

Der Prozeß gegen Pfrimer und seine sieben Mitangeklagten endete im Dezember 1931 in Graz mit einem politischen Urteil: Freispruch.⁷⁹

Ende Oktober 1931 wurde eine erste „Kampfgemeinschaft“ zwischen Heimatschutz und NSDAP gegründet, die aber bereits zwei Monate später, am 30. Dezember 1931, wieder auseinanderfiel.⁸⁰

Daraufhin war das Jahr 1932 von – zumindest rhetorischer – Feindschaft zwischen „Hahnenschwänzern“ und „Hakenkreuzlern“ geprägt. In allen wichtigen Aspekten waren ihre ideologischen Auffassungen allerdings identisch. Vielleicht betrachteten die Nazis gerade deshalb das Mitglieder- und Anhänger-Reservoir des Heimatschutzes als „Jagdrevier“, das besonders hohe „Abschußquoten“ versprach.⁸¹

77 Vgl. dazu Pauley, Hahnenschwanz, S. 112.

78 Wiltschegg, Heimwehr, S. 179; Pauley, Hahnenschwanz, S. 119 f.

79 Allgemein zum Pfrimer-Putsch: Pauley, Hahnenschwanz, S. 107–126; Hofmann, Pfrimer-Putsch; Botz, Gewalt, S. 184–186.

80 Pauley, Hahnenschwanz, S. 127–136.

81 Pauley, Hahnenschwanz, S. 149 f.

Bei den Gemeinderatswahlen vom 24. April erwies sich der Heimatschutz in seinem obersteirischen Kerngebiet durchaus als Machtfaktor (siehe Abbildung 3/4). Insgesamt scheint den Nazis im April 1932 noch kein entscheidender Einbruch in das Wählerpotential des Heimatschutzes gelungen zu sein.⁸² Dessen Schwäche war aber, wie eine Analyse der Versammlungstätigkeit beider politischen Bewegungen ergibt (siehe Punkt 6.1 und Zusatzabbildung 6/a), unverkennbar. Noch waren alte Strukturen vorhanden, aber die Bewegung insgesamt war im Niedergang, während es bei den Nationalsozialisten eindeutig nach oben ging. Im Zuge der Gemeinderatswahlen scheinen sich die zwei Kurven des Steirischen Heimatschutzes und der NSDAP gekreuzt zu haben.

	Fohnsdorf		Knittelfeld		Donawitz	
	NR 30	GR 32	NR 30	GR 32	NR 30	GR 32
NSDAP	5,9 %	9,6 %	8,5 %	19,4 %	4,7 %	8,0 %
Heimatblock	12,5 %	19,7 %	15,1 %	13,7 %	6,6 %	—
	Leoben		Bruck an der Mur		Kapfenberg	
	NR 30	GR 32	NR 30	GR 32	NR 30	GR 32
NSDAP	10,6 %	18,8 %	5,5 %	9,9 %	6,2 %	8,7 %
Heimatblock	13,3 %	—	12,8 %	12,9 %	19,6 %	21,0 %

Abbildung 3/4: Gegenüberstellung des Ergebnisses der NSDAP und des Heimatblocks bei den Gemeinderatswahlen 1932 in sechs Städten der obersteirischen Industrieregion im Vergleich mit der Nationalratswahl von 1930

Immer wieder kam es im Laufe des Jahres zu – auch tätlichen – Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Heimatschützern; allerdings liegen ebenso Berichte vor, die lokal ein gutes Verhältnis zwischen den beiden „völkischen“ Gruppierungen belegen.

Daß viele Heimatschützer die Nationalsozialisten als ideologische Weggefährten betrachteten, zeigte die Demission Walter Pfrimers von seinem Posten als „Ehrenführer“ des Heimatschutzes am 8. Mai 1932. Zwei Tage später übernahm er nämlich die Führung des Deutschen Heimatschutzes, einer kleinen, an sich bedeutungslosen Organisation, die er am 20. Mai der von Ernst Röhm geführten SA unterstellte.⁸³

⁸² Die von Pauley, Hahnenschwanz, S. 139, wiedergegebene, offenbar unreflektiert aus dem „Panther“, dem steirischen Heimatschutz-Organ übernommene Aussage, der Heimatschutz habe viermal soviel Stimmen erzielt wie die NSDAP, läßt sich allerdings nirgends belegen. Ein – zugegeben höchst problematisches – Gesamtergebnis anhand des Prozentanteils an den vergebenen Mandaten nennt für die NSDAP 3 % und für den Heimatblock 0,7 % (F. Schausberger, Ins Parlament, S. 176; Karner, Steiermark, S. 479); ein Gesamtergebnis von 279 Gemeinden ergibt einen NS-Anteil von 8,5 % und einen Anteil für den Stände- und Heimatblock von 2,4 % (F. Schausberger, Ins Parlament, S. 176).

⁸³ Pauley, Hahnenschwanz, S. 140 f.; Wiltschegg, Heimwehr, S. 181. Vgl. auch ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 173.652/32 „Deutscher Heimatschutzverband, Wahrnehmungen in Steiermark“.

Der Rücktritt des Kabinetts Buresch II am 6. Mai und die Neubildung einer Koalitionsregierung aus Christlichsozialen, Landbund und Heimatblock (ohne Großdeutsche) durch Engelbert Dollfuß, die im Parlament nur über eine Mehrheit von einer Stimme verfügte, ließ den Heimatschutz zum Zünglein an der Waage werden. Letztlich kam es tatsächlich zum Bruch des Steirischen Heimatschutzes mit Starhemberg, obwohl bis März 1933 immer wieder versucht wurde, die Kluft zu schließen. Nach und nach traten gemäßigte Orts- und Bezirksgruppen zur Starhemberg-Heimwehr über.

Der Mitte Mai neugewählte Landesleiter des Heimatschutzes, Konstantin Kammerhofer, stand also während des ganzen Jahres in einem Zweifrontenkrieg mit den Nationalsozialisten und der Starhemberg-Heimwehr. Aber obwohl er im Mai zum Beispiel noch erklärt hatte, der Heimatschutz würde sich „nie der NSDAP unterordnen“,⁸⁴ näherte er sich im Juni 1932 mit der Aufstellung von „Zwölf Grundsätzen“ den ideologischen Vorstellungen der Nationalsozialisten mehr denn je an.

Der erste Grundsatz lautete:

„Der Heimatschutz ist eine wehrhafte, völkische und heimatliche, zugleich nationalrevolutionäre, auf dem Führergedanken fußende Erneuerungsbewegung auf dem deutschen Boden in Österreich.“⁸⁵

Vor allem wurden in dem Dokument – im Unterschied zu früheren Grundsatz-erklärungen der Heimwehr – jetzt Rassismus und Antisemitismus stark betont. Die Terminologie war eindeutig nazistisch; es fand sich nichts darin, wie Bruce Pauley meint, „was nicht auch der fanatischste Nationalsozialist hätte unterschreiben können“. Mit Punkt 11 wurde schließlich eine Art „Arierparagraph“ eingeführt – nur „arischen Volksgenossen“ war es gestattet, Mitglied des Heimatschutzes zu werden.⁸⁶

In den Lageberichten des Jahres 1932 wird dem Heimatschutz durchwegs kein guter Zustand bescheinigt, und immer wieder wird ein Abschwenken vieler Sympathisanten ins nationalsozialistische Lager sowie ein allgemeines „Zurückgehen“ konstatiert. Im Juli stellte das Bundeskanzleramt aufgrund eines monatlichen Lageberichtes fest,

„daß im steirischen Heimatschutz besonders in Führerkreisen starke Bestrebungen im Sinne einer Vereinigung mit der NSDAP bestehen, dem aber ein Großteil, namentlich der bäuerlichen Bevölkerung der Ost- und Weststeiermark und deren Führer scharf ablehnend gegenübersteht“.⁸⁷

Praktisch gleichzeitig meldete die Grazer Polizei:

84 Pauley, Hahnenschwanz, S. 146.

85 Zit. n. Pauley, Hahnenschwanz, S. 147.

86 Zu den zwölf Grundsätzen: Pauley, Hahnenschwanz, S. 147–149; Wiltschegg, Heimwehr, S. 181.

87 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 202.770/32 „Heimatschutzbewegung in Steiermark im Juli 1932“.

„Es wurde überhaupt die Wahrnehmung gemacht, daß in letzter Zeit zwischen den Heimatschützern und Nationalsozialisten, namentlich unter den jungen Leuten, eine verstärkte Gereiztheit besteht, welche wiederholt zu Tätlichkeiten führt.“⁸⁸

Die Annäherung an den Nationalsozialismus vollzog sich also keineswegs friktionsfrei und ohne innere Widersprüche. Im Sommer hieß es, daß die Bewegung „gegenwärtig zu einer wie immer gearteten Aktion kaum fähig sein“ dürfte. Ein Großteil der Mitglieder sei verdrossen und nehme eine abwartende Haltung ein.⁸⁹ Mit dem unverminderten, rasanten Aufstieg der NSDAP vollzogen im Laufe des Jahres wohl immer mehr Heimatschützer den innerlichen und äußerlichen Übergang zur neuen Bewegung.

Es gab aber auch Widerstände gegen diese Tendenzen:

„Insbesondere beginnen weite Kreise der bäuerlichen Anhänger mit der gegenwärtigen Führung unzufrieden zu werden, da die Ziele der Heimwehr starke Anlehnung an jene der Nationalsozialisten nimmt. Das Bestreben der Heimwehrführer, sich nationaler als die Nationalsozialisten zu gebärden, findet bei den Bauern scharfe Ablehnung, der Anschlußgedanke wird von ihnen nicht gutgeheißen.

Die Heimwehrleitung versuchte solche Führer, die sich gegen diese Tendenzen stellten, abzusetzen und ... neue Führer selbst zu ernennen. Solche Führer wurden jedoch von den Heimwehrmitgliedern abgelehnt, und ihren bisherigen Führern wurde das Vertrauen ausgesprochen, so daß in manchen Kreisen zwei Führer bestehen, die sich untereinander bekämpfen. Ein Wiederaufbau in der früheren Geschlossenheit und Stärke dürfte kaum mehr möglich sein.“⁹⁰

Im September 1932 traten einige 1000 Kärntner Heimwehrleute dem Steirischen Heimatschutz bei, der daraufhin den offiziellen Namen „Deutschösterreichischer Heimatschutz“ annahm.⁹¹

Am 13. November 1932 versuchte der Heimatschutz mit einem großen Aufmarsch in Graz, an dem laut Polizeibericht ca. 7600 Mann teilnahmen,⁹² noch einmal Stärke und Geschlossenheit zu demonstrieren. Angeblich hatte Kammerhofer dafür die oberste SA-Führung (darunter anscheinend auch Ernst Röhm)

88 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 189.687/32: „Politische Schlägereien am 18. und 19. Juli 1932 in Graz“.

89 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 210.791/32 „Heimatschutzbewegung im August 1932“.

90 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 221.376/32 „Heimatschutzbewegung im September 1932“.

91 Pauley, Hahnenschwanz, S. 236, Anm. 9. Diese Bezeichnung wurde aber nicht allzu häufig verwendet.

92 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 246.497/32 „Heimatschutzbewegung im November 1932“. Pauley, Hahnenschwanz, S. 156, spricht von 15.000 bis 18.000 Bewaffneten, eine Angabe, die er dem Heimatschutzorgan „Panther“ entnahm. Wiltschegg, Heimwehr, S. 181, spricht von 13.500 Mann (Quelle nicht angegeben), der sozialdemokratische Arbeiterwille, so Wiltschegg, habe nur 7300 Mann gezählt – was den Polizeiangaben am nächsten kam.

eingeladen, um ihr zu demonstrieren, wie schlagkräftig der Hasch nach wie vor sei. Damit sollten Gespräche über eine Zusammenarbeit der beiden paramilitärischen Organisationen vorbereitet oder aufgenommen werden.⁹³

Trotz aller gegenseitigen Polemiken waren zum Jahresende 1932 also allem Anschein nach bereits die Vorbereitungen für eine Kooperation im Gang. Wahrscheinlich bewegte aber letztlich erst die Machtergreifung Hitlers in Deutschland sowie diverse Geldflüsse und die ausbleibende Unterstützung der Alpine den Heimatschutz zur „Kampfgemeinschaft“ mit den Nazis. 1932 war der Steirische Heimatschutz im Niedergang begriffen und geriet zunehmend ins Fahrwasser des aufsteigenden Nationalsozialismus. Teile der Bewegung in der Steiermark schlossen sich hingegen dem Starhemberg-Flügel an. Damit war die Spaltung der Heimwehren perfekt.

3.3 Die Nationalsozialisten

Bereits die Vorläuferin der NSDAP, die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), hatte noch in der Monarchie einen zweiten, kleineren Schwerpunkt – neben den deutschsprachigen Gebieten Böhmens und Mährens – in der Steiermark, und zwar in Graz und in einigen obersteirischen, fast ausschließlich westlich des Palten-/Liesingtales gelegenen Gemeinden, wo sie bei den Reichstagswahlen 1911 immerhin 5,4 Prozent erreichen konnte (bei insgesamt nur 0,59 Prozent). In Knittelfeld galten 5,8 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen der DAP, in Judenburg 5,6 Prozent, in Oberzeiring 5,3 Prozent, in Obdach immerhin 14,6 Prozent und in Unzmarkt sogar 23,6 Prozent.⁹⁴ Stärkste Partei im deutschnationalen Lager waren aber die Deutschfreiheitlichen, die mehr als doppelt so viele Stimmen wie die DAP errangen. Insgesamt stimmten in den erwähnten obersteirischen Gemeinden ein gutes Viertel der Wähler für eine dieser beiden deutschnationalen Gruppierungen.

Rückhalt fand die DAP vor allem bei Eisenbahnern sowie bei Gehilfen aus Handwerk, Handel und Gewerbe. In den ersten Jahren der Republik wandten sich den Nationalsozialisten hauptsächlich deutschsprachige Beamte und Eisenbahner, die aus den Nachfolgestaaten der Monarchie nach Österreich gekommen waren, zu, weiters Öffentlich Bedienstete und Privatangestellte sowie Lehrlinge und Studenten, die von den Auswirkungen der Nachkriegsinflation und den folgenden Sanierungsmaßnahmen besonders betroffen wurden. Ein Rekrutierungsfeld der frühen Nazis waren die völkischen Gewerkschaften (die Deutsche Verkehrsge-

⁹³ Pauley, Hahnenschwanz, S. 156; er bezieht sich bei diesen Angaben auf einen Brief Kammerhofers an den steirischen Gauleiter Uiberreither vom 30. 7. 1940 (Dokument aus dem Kammerhofer-Prozeß von 1949).

⁹⁴ Abgegebene gültige Stimmen für die Deutsche Arbeiterpartei im ersten Wahlgang der Reichstagswahlen von 1911; berechnet nach E. Staudinger, *Entwicklung*, S. 35. Weitere Ergebnisse für die DAP: Schladming 6,4 %, Murau 26,8 %; Neumarkt 8,9 %. In Knittelfeld erreichten die Sozialdemokraten 61,2 % und in Judenburg sogar 71,9 %.

werkschaft und der Deutsche Handlungsgehilfenverband) und das völkische Vereinswesen.⁹⁵

Nach dem Krieg nahm die Partei als Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) an den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 teil und erreichte in ganz Österreich nur 0,78 Prozent der gültigen Stimmen, im Wahlkreis Obersteiermark aber immerhin 3,18 Prozent. 1920 gelang es den Nationalsozialisten auch erstmals, einzelne Vertreter in steirische Gemeindestuben zu bringen, vor allem in den Industriegemeinden der Mur-Mürz-Furche. In Bruck und Kapfenberg wurde die DNSAP hinter den Sozialdemokraten jeweils zweitstärkste Partei.

Bei den Gemeinderatswahlen 1924 und 1928 konnte die (nunmehrige) NSDAP immer wieder örtlich Erfolge erzielen; in Graz zog jeweils ein Nationalsozialist in den Gemeinderat ein. Die Landtagswahlen 1930 brachten den Nazis in der ganzen Steiermark 17.426 gültige Stimmen (3,5 Prozent); im Wahlkreis Obersteiermark aber immerhin 5,8 Prozent, womit weit mehr als die Hälfte aller nationalsozialistischen Stimmen auf die Obersteiermark entfielen (siehe Abbildung 2/6). Weitere Stimmengewinne in dieser Region wurden zweifelsohne vom ebenfalls deutschnational-faschistischen Steirischen Heimatschutz abgesaugt.⁹⁶

1931 begann auch in Österreich der Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zur Massenbewegung. 1930 hatte Hitler bei den Reichstagswahlen in Deutschland 6,4 Millionen Stimmen (18,2 Prozent) erhalten, während die Bewegung in Österreich noch stagnierte (drei Prozent bei den Nationalratswahlen). Bei Regionalwahlen kam es jetzt aber auch in Österreich zu einigen bemerkenswerten Erfolgen (zum Beispiel bei den Gemeinderatswahlen in Klagenfurt im Frühjahr 1931 von 8,6 auf 21 Prozent⁹⁷). Eine Neuorganisation der Partei machte Alfred Proksch zum Landesleiter und den Deutschen Theo Habicht als Landesgeschäftsführer und späterer Landesinspekteur zum De-facto-Führer der österreichischen NSDAP.⁹⁸ Im Laufe des Jahres 1931 und ganz besonders 1932 löste die SA die Heimwehr im „antimarxistischen“ Straßenkampf ab. Die Nazis waren an 34 von insgesamt 39 politischen Gewalttaten in Österreich im Jahr 1932 beteiligt, wenn auch nicht selten in der Rolle des Opfers.⁹⁹

95 Vgl. für Kärnten Elste/Hänisch, Weg, S. 7–26.

96 Zur Frühgeschichte der NSDAP in der Steiermark E. Staudinger, Entwicklung, S. 32–48; weiters Pauley, Hahnenschwanz, S. 87–105; Karner, Steiermark, S. 27 f. u. 536.

97 F. Schausberger, Ins Parlament, S. 76 f. Vgl. auch Elste/Hänisch, Weg, S. 141; dort werden auf Basis der Wahlberechtigten folgende Prozentanteile genannt: November 1930 10,6 %, Februar 1931 15,7 %, Mai 1931 19,7 %.

98 Pauley, Weg, S. 74 f.

99 Botz, Gewalt, S. 186 f. Den Umstand, daß 1932 – entgegen der generellen Tendenz in der Ersten Republik – wesentlich mehr Rechte als Linke Opfer von Gewalttaten wurden, führt Botz darauf zurück, „daß der Konfliktteil, der sich gesamtgesellschaftlich und an Ort und Stelle in der schwächeren Position befindet, häufiger und stärker zur Gewalt greift als der stärkere Konfliktpartner und daß bis 1927 die Marxisten, seit 1932 die antimarxistischen Kräfte jedenfalls auf dem Gebiet von Aufmärschen und Straßenkämpfen im Vorteil waren“ (S. 304). Zu den Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten/Kommunisten und Nationalsozialisten vgl. auch McLoughlin, Gefühl.

Bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 in Wien, Niederösterreich und Salzburg errangen die Nationalsozialisten beachtliche Erfolge (siehe Abbildung 3/5); nur bei der Landtagswahl in Vorarlberg am 6. November 1932 erlitten sie einen überraschenden Rückschlag (10,5 Prozent).¹⁰⁰

	Wien		Niederösterreich		Salzburg	
	NR 30	LT 32	NR 30	LT 32	NR 30	LT 32
Christlichsoziale	23,7 %	20,2 %	44,0 %	46,3 %	41,5 %	37,9 %
Sozialdemokraten	59,0 %	59,0 %	35,6 %	34,8 %	30,0 %	25,6 %
Nationalsozialisten	2,3 %	17,4 %	4,2 %	14,1 %	3,7 %	20,8 %
Großdeutsche	10,4 %	0,7 %	8,6 %	2,4 %	12,7 %	1,9 %
Landbund	—	—	—	1,3 %	5,5 %	6,4 %
Heimatblock	2,2 %	—	6,6 %	—	5,7 %	4,8 %
Kommunisten	0,9 %	1,9 %	0,8 %	1,1 %	0,6 %	2,7 %

Abbildung 3/5: Ergebnis der Landtagswahlen vom 24. April 1932 in Wien, Niederösterreich und Salzburg im Vergleich zu den Ergebnissen der Nationalratswahlen vom 9. November 1930

Gleichzeitig mit den Landtagswahlen in drei Bundesländern wurden in Kärnten und in der Steiermark Gemeinderatswahlen abgehalten. Die NSDAP konnte in der Steiermark ihren Anteil von 1,3 Prozent im Jahr 1928 auf 8,2 Prozent steigern. Dieses Ergebnis blieb allerdings hinter den Zuwächsen in Wien, Niederösterreich und Salzburg zurück. Der Organisationsgrad der NSDAP war zum Zeitpunkt der Wahl anscheinend noch zu gering, um in allen oder doch zumindest in einem großen Teil der steirischen Gemeinden eigene Kandidaten aufzustellen. In 122 Gemeinden, in denen sie kandidierte, kam die steirische NSDAP auf 11,6 Prozent der Stimmberechtigten; in Kärnten waren es (auf gleicher Berechnungsbasis) immerhin 15,7 Prozent.¹⁰¹

In einer um zwei Jahre verschobenen parallelen Entwicklung zu Deutschland war es der Nationalsozialistischen Partei gelungen, das deutschnationale Lager fast vollständig aufzusaugen, während sich die Großparteien bei mehr oder weniger großen Verlusten behaupten konnten. Vehement drängte die österreichische

¹⁰⁰ F. Schausberger, *Ins Parlament*, S. 124–177. Die Landtagswahlen in Vorarlberg fielen offensichtlich in eine Zeit der Stagnation für die NSDAP in Deutschland, die bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 im Vergleich zum 31. Juli 1932 mehr als zwei Millionen Wähler verloren hatte – was augenscheinlich auch auf Österreich zurückwirkte (S. 192); s. dazu auch Punkt 5.2.

¹⁰¹ Zahlenangaben nach Hänisch, *NSDAP-Wähler*, S. 95. F. Schausberger, *Ins Parlament*, S. 167–177, errechnet – im vollen Bewußtsein der Problematik – den NS-Anteil bei den Gemeinderatswahlen in der Steiermark mit 8,5 % und in Kärnten mit 12,2 % (anscheinend auf Basis der abgegebenen, gültigen Stimmen). Zur Problematik einer zahlenmäßigen Bewertung des Resultats dieses Wahlganges in den steirischen Gemeinden s. insbes. Punkt 5.1.

NSDAP nun auf die Abhaltung von Nationalratswahlen, von denen sie sich einen großen Erfolg erwartete.¹⁰²

In einem „Bericht über die politische Lage im Lande Steiermark“ vom 9. Juni 1932 wird von einer rasanten Zunahme der Anhänger und Mitglieder der NSDAP berichtet. Die Regierungsparteien würden von der Bevölkerung für die herrschenden Zustände verantwortlich gemacht.

„Die Folge davon – trotz aller konservativen Einstellung – ist eine zunehmende Abkehr von diesen Parteien und eine im gleichen Maße steigende Sympathie für die besonders radikale Nationalsozialistische Partei, die ihre Ideen in stetig zunehmenden, sehr gut geleiteten und daher wirkungsvollen Versammlungen bis in das entlegenste Gebirgsdorf trägt und dabei ihr Programm in einer der notleidenden Bevölkerung sehr zusagenden Form entwickelt.“

Mit enormer Dynamik breitete sich die NSDAP über die ganze Steiermark aus – und zwar sowohl in ländlich-agrarisch als auch in städtisch-industriell geprägten Bereichen; Monat für Monat wurden neue Ortsgruppen gegründet und unzählige Versammlungen abgehalten. Laut der steirischen Gendarmerie gingen die Zuwächse der Nationalsozialisten vor allem auf Kosten der Großdeutschen, des Landbundes und des Heimatschutzes, aber auch der Sozialdemokraten. Für Leoben zum Beispiel wurde die Zahl der „Angehörigen“ der NSDAP für Anfang Juni 1932 mit 3000 angegeben. Neben Großdeutschen und Heimwehrlern waren es auch Personen aus sozialdemokratischen Beamten- und Angestelltenkreisen, die sich der neuen Partei zuwandten. Ganz besonders die Jugend wurde von der immer wieder als „radikal“ beschriebenen Bewegung angezogen.¹⁰³

Im Laufe des ganzen Jahres gab es überall in der Steiermark Zusammenstöße, vor allem zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf der einen und Nationalsozialisten auf der anderen Seite.

In St. Michael, Bezirk Leoben, brach am 3. April 1932 bei einer NS-Versammlung, bei der rund 100 Kommunisten und Sozialdemokraten anwesend waren, eine regelrechte Saalschlacht aus. Fünf Nationalsozialisten, drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten wurden verletzt, und es entstand beträchtlicher Sachschaden. Eine Fortsetzung der Konfrontation auf der Straße konnte durch eine mittlerweile erschienen Gendarmerieverstärkung verhindert werden.¹⁰⁴

Am 20. April 1932 – wenige Tage vor der Gemeinderatswahl und noch dazu an „Führers Geburtstag“ – fand auf dem Hauptplatz in Judenburg eine Wahlveranstaltung der sozialdemokratischen Lokalorganisation statt. Dabei versuchte sich ein Sozialdemokrat als Hitler-Imitator, „angetan mit brauner Hitlerkappe und braunem Hemd“. Das veranlaßte einige, offensichtlich humorlose Nationalsozia-

102 F. Schausberger, *Ins Parlament*, S. 190–193. Laut seiner Prognose konnte die NSDAP mit rund 400.000 Stimmen und 20 bis 25 Mandaten im Nationalrat rechnen.

103 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 171.593/32 „Bericht über die politische Lage im Lande Steiermark“.

104 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 161.061/34 „Nationalsozialistische Bewegung im Monate April 1932; Wahrnehmung“.

listen im Publikum, eine größere Anzahl ihrer Parteigenossen zu verständigen, die gerade auf dem Weg zu einer NS-Versammlung waren. Diese eilten sogleich „im Schnellschritt herbei, schoben sich keilartig in die Menge und lösten dadurch den Zusammenstoß aus“. Bei der Schlägerei wurden acht Personen (darunter sieben Nazis) durch Stiche, vor allem aber Hiebe verletzt. Die Nationalsozialisten waren angeblich unbewaffnet, während ihre Gegner, „insbesondere solche, die Mützen mit roten Streifen trugen, mit Schlagriemen, Stahlruten, Gummiknütteln, Eisenstangen und Holzknütteln ausgerüstet waren“. Schließlich wurde der Hauptplatz von der Gendarmerie und der inzwischen ausgerückten Bundesheer-Garnison geräumt.¹⁰⁵

Am 23. April konnte in Knittelfeld von der Gendarmerie verhindert werden, daß eine größere Menge Sozialdemokraten in ein Versammlungslokal der Nationalsozialisten eindrang.¹⁰⁶

Einige Tage nach den Wahlen kam es in Leoben zu einem „Handgemenge“ zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, nachdem zuvor zwei Nazis in der Nähe des Kinderfreunde-Heims während eines sozialdemokratischen Vereinsabends überfallen worden waren. Das hatte Nationalsozialisten, die gerade in der Nähe eine Zusammenkunft abhielten, zum Eingreifen bewegt. Bilanz: sieben leichtverletzte Nazis.¹⁰⁷

Der Viktor-Adler-Platz (Hauptplatz) in Knittelfeld wurde am 29. Juli zwischen 19.30 und 23 Uhr zum Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen Nazis/Heimatschützern und Sozialdemokraten/Kommunisten. Die Gendarmerie wurde mit Steinen und Ziegeln beworfen und nahm einige Verhaftungen vor. Über die Hintergründe heißt es in dem Bericht:

„Seit ca. 14 Tagen sind die völkischen Parteien mit den roten Parteigängern in der hiesigen Stadt im scharfen Zwist, der durch rote Parteiangehörige vom Zaun gebrochen wurde. Es wurden fortdauernd die Ankündigungstafeln und -plakate der Nationalsozialisten von Sozialdemokraten und Kommunisten heruntergerissen und vernichtet. Als Gegenaktion haben die Nationalsozialisten in ihren immer wieder neu angebrachten Plakaten schärfere Angriffe gegen die Roten unternommen. In den letzteren Tagen hatte sich dieser Zank bereits derart zugespitzt gehabt, daß von den Sozialdemokraten und Kommunisten auf Personen, die das Hakenkreuz oder den Heimatschutzhut trugen, geradezu Jagd gemacht wurde.“

105 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 152.725/32 „Zusammenstoß von Nationalsozialisten und Sozialdemokraten in Judenburg“. Aus dem Bericht geht nicht hervor, ob die Nazis uniformiert waren; es ist aber wohl anzunehmen, daß es sich um SA-Leute gehandelt hat. Die Sozialdemokraten, die „Mützen mit roten Streifen trugen“, dürften Schutzbündler gewesen sein.

106 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 161.061/34 „Nationalsozialistische Bewegung im Monate April 1932; Wahrnehmung“.

107 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 158.035/32 „Leoben, Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten“. Aus dem Bericht erhellt nicht, wieso die zwei Nazis vor dem Kinderfreunde-Heim von den Sozialdemokraten angegriffen wurden.

Die „völkische Gruppe“ in Knittelfeld war laut Bericht eine kleine, verfolgte Minderheit, die zudem gegen „die Sicherheitsorgane keine aggressive Haltung einnahm“ und deren Anweisungen „widerstandslos“ Folge leistete.¹⁰⁸

Nicht immer und überall war das Verhältnis zwischen Nationalsozialisten und Heimatschützern so gut wie in Knittelfeld. Im Grunde bestanden zwischen den späteren Kampfgefährten in der Illegalität – nach dem Zerschlagen des ersten Kampfbündnisses Ende 1931 – während des ganzen Jahres 1932 schwere Spannungen. Es kam zu einigen tätlichen Auseinandersetzungen, so zum Beispiel am 23. Mai in Graz.¹⁰⁹ Bei Zusammenstößen zwischen Heimwehrleuten und Nationalsozialisten am 18./19. Juli 1932, ebenfalls in Graz, wurden zwei Heimwehrler und vier Nazis schwer verletzt.¹¹⁰

Als Hauptgegner standen sich 1932 auf der Straße freilich Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegenüber. Und Anfang September kam es innerhalb von zwei Tagen zu zwei tödlichen Zwischenfällen – was in Anbetracht der bisherigen Ereignisse und der überhitzten Emotionen letztlich abzusehen gewesen war.

Am Dienstag, dem 6. September 1932 fand in Graz eine Versammlung der NSDAP statt, die von ungefähr 450 Personen – „darunter eine große Gruppe von Kommunisten und jungen Sozialdemokraten“ – besucht wurde und bei der ein „gewesener Kommunistenführer aus Steyr“ als Redner auftrat. Bereits während der Versammlung kam es in der Umgebung des Lokals immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Jungsozialisten/Kommunisten und Nationalsozialisten. An der Albrechtsbrücke wurden schließlich sechs, mit Prügel bewaffnete SS-Leute in Zivil von einer Gruppe von rund 50 Jungsozialisten, die mit Stöcken, Messern und Revolvern ausgestattet waren, überfallen und über die Brücke zum Fischmarkt gejagt. Dabei wurde der 18jährige SS-Student August Abmann aus Graz durch einen Messerstich tödlich verletzt. Drei weitere SS-Männer und ein angeblich Parteiloser wurden durch Stiche und Hiebe leicht verwundet.

Nach Schluß der Versammlung mußten mehrere Trupps von Nationalsozialisten durch Patrouillen nach Hause geleitet werden. Am nächsten Vormittag setzten

108 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 193.378/32 „Vorfälle politischen Ursprunges in Knittelfeld“. Interessant in diesem und anderen Berichten ist die unterschwellige Polemik gegen die städtische Sicherheitswache, die offensichtlich in der von einer „roten Gemeinderatsmehrheit“ beherrschten Stadt den Linken freundlicher gegenüberstand als die Gendarmerie. Die Berichte dieser Sicherheitswache würden wahrscheinlich ein anderes Bild der Vorkommnisse ergeben. Vgl. diesbezüglich auch 198.352/32 „Beschwerde gegen die Gemeinde Donawitz“. In Donawitz war es bei der konstituierenden Gemeinderatssitzung zu Ausschreitungen gegen Abgeordnete des Heimatschutzes gekommen, die zu Beschwerden gegen die Gemeindegewalt geführt hatten. Hier ging es wohl um ein Zurückdrängen der Gemeindegewalt, die ja offensichtlich von der „roten“ Gemeinde Donawitz beeinflusst war, zugunsten der „schwarzen“ Gendarmerie.

109 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 166.072/32 „Zusammenstöße zwischen Heimatschützern und Nationalsozialisten nach einer vereitelten nationalsozialistischen Versammlung am 23. Mai 1932“.

110 Botz, Gewalt, S. 358; ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 189.687/32 „Politische Schlägereien am 18. und 19. Juli 1932 in Graz“. Der Polizeibericht spricht, anders als Botz, von fünf eher leicht verletzten Personen.

sich die Unruhen in Graz fort, und es kam zu einigen kleineren Zusammenstößen.¹¹¹

Am Mittwoch, dem 7. September fanden in Leoben zeitgleich eine sozialdemokratische und eine nationalsozialistische Versammlung statt. Dabei kam es vorerst zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, bei der ein Nationalsozialist durch einen Stich in den Bauch schwer verletzt wurde. Nach Ende der Versammlung wurden die Nationalsozialisten durch Gendarmeriepatrouillen geschützt.

„Die in Leoben wohnhaften Nationalsozialisten wurden bis zum Hauptplatz geleitet, dortselbst lehnten sie eine weitere Begleitung ab, zerstreuten sich und gingen nach Hause. Auf diesem Nachhausewege wurde der in Begleitung seines Vaters gehende Nationalsozialist Josef Laß beim Stadtturm aus der Schulgasse heraus durch einen Schuß, scheinbar aus einem Revolver, getötet. Der Vater des Laß schoß aus seiner Pistole in die Richtung, aus welcher der Schuß hergekommen war, konnte jedoch infolge der dort herrschenden Dunkelheit nicht wahrnehmen, ob jemand in dieser Richtung sich befunden hat. Alle diese Vorfälle riefen eine ungeheure Erregung in Leoben hervor und kam es im Laufe der Nacht zu wiederholten Zusammenstößen, wobei die durch die Anwärtereschule verstärkte Gendarmerie, die mittels Autos von Bruck nach Leoben dirigiert wurde, die Straßen Leobens wiederholt mit Bajonettangriffen räumte.“¹¹²

Als Täter wurde ein Jungsozialist ausgemacht.¹¹³

Beide Begräbnisse wurden von den Nationalsozialisten propagandistisch voll ausgenutzt. Zu Ruhestörungen kam es weder in Graz noch in Leoben.^{114 115}

Der weitere Herbst 1932 war fast in ganz Österreich von blutigen Zusammenstößen, Schlägereien, bewaffneten Überfällen und Anschlägen gekennzeichnet,

111 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 207.057/32 „NSDAP (Hitlerbewegung), Ortsgruppen Graz IV und V, Werbeversammlung am 6. 9. 1932 und Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Jungsozialisten sowie tödliche Stichverletzung des Nationalsozialisten August Aßmann“. Botz, Gewalt, S. 358, spricht von einem Toten und einem Schwerverletzten. In einem telefonischen Bericht an die GDFdöS (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 207.057/32) hatte es noch geheißen, der Vorfall habe sich „vermutlich in Reaktion auf Überfälle sogenannter nationalsozialistischer ‚Rollkommandos‘ auf einzelne Gruppen der Jungsozialisten“ ereignet.

112 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 207.058/32 „Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten in Leoben“.

113 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 222.097/32 „Republikanischer Schutzbund; Tätigkeit im September 1932“. Laut diesem Monatsbericht sind „fast alle in letzter Zeit in Leoben erfolgten Ausschreitungen ... durch die Jungsozialisten, durchwegs 16- bis 20jährige Burschen, provoziert worden“.

114 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 209.194/32 und 223.635/32. In Graz hatte die SDAP die „strenge Parole“ ausgegeben, die Straßen, welche der Leichenzug passierte, zu meiden. Der Schutzbund hielt in seinen Heimen Bereitschaft.

115 Ein weiterer Todesopfer gab es 1933, als der SA-Mann Josef Kristandl am 3. März bei einem Zusammenstoß mit Jungsozialisten in Graz tödlich verletzt wurde (Bolz, Gewalt, S. 360; vgl. den Augenzeugenbericht bei Schiffer, Linke, S. 272 f. – insges. ein interessanter Zeitzeugenbericht zur Lage in der Steiermark und zum Kampf gegen den Nationalsozialismus 1932/33).

wobei der „Simmeringer Zusammenstoß“ vom 16. Oktober 1932 mit drei Toten den traurigen Höhepunkt darstellte.¹¹⁶ In der Steiermark hingegen blieb es für den Rest des Jahres relativ ruhig.

Insgesamt schien der nationalsozialistische Elan gegen Jahresende etwas zu erlahmen. Nach wie vor waren die Versammlungsaktivitäten hoch, stießen aber längst nicht mehr auf ein so großes Interesse wie im Sommer. Viele Versammlungen mußten mangels Besucher abgesagt werden. Auch gingen die politischen Gegner inzwischen konsequenter gegen die NSDAP vor.¹¹⁷

Mit dem 30. Jänner 1933, dem Tag der „Machtergreifung“ Hitlers in Deutschland, wurde auch in Österreich alles anders.

3.4 Der Übergang des Heimatschutzes zu den Nationalsozialisten

Trotz aller Widrigkeiten und Zerfallstendenzen war der Steirische Heimatschutz im Jahr 1933 noch immer eine mächtige Organisation, die in der Steiermark (ohne Graz-Stadt) über rund 15.200 Mitglieder in 186 Ortsgruppen verfügte (davon in der obersteirischen Industrieregion rund 9200 Mitglieder in 70 Ortsgruppen).¹¹⁸ Die Nationalsozialistische Partei hingegen zählte am 30. Jänner 1933 in der Steiermark 5433 Mitglieder und wuchs bis Juni immerhin auf 9835 an.¹¹⁹ Eine Integration des Steirischen Heimatschutzes – der ja auch nach wie vor über beträchtliche Waffenbestände und militärisch geschulte Formationen verfügte – in die NSDAP mußte also eine gewaltige Stärkung dieser Bewegung nach sich ziehen.¹²⁰

Die „Machtergreifung“ Hitlers in Deutschland am 30. Jänner 1933 hatte auch in Österreich tiefgreifende politische und wirtschaftliche Veränderungen zur Folge. Die österreichischen Nationalsozialisten steigerten sich in eine gewaltige Sieges euphorie – die Übernahme der Regierung auch in Österreich konnte mit der tatkräftigen Hilfe aus dem Reich nur noch eine Frage der Zeit sein. Gleichzeitig

¹¹⁶ Botz, *Gewalt*, S. 200–209 u. 258–260; McLoughlin, *Gefühl*, S. 55–59. Die Behauptung McLoughlins (S. 55), daß die Todesopfer der NSDAP in der Steiermark der angreifenden Partei angehört haben, wird durch die vorhandenen Polizei- bzw. Gendarmerieberichte nicht bestätigt.

¹¹⁷ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 237.816/32 „Nationalsozialistische Bewegung im Oktober 1932“; Ktn. 5135, 105.939/33 „Nationalsozialistische Bewegung im Dezember 1932“. Zur Dynamik der nationalsozialistischen Bewegung s. insbes. Kapitel 5.

¹¹⁸ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 177.530/33 „Steirischer Heimatschutz (Kammerhoferrichtung); Tätigkeit im Mai 1933“. Vgl. Abb. 6/4 u. Zusatzabb. 6/e. Es besteht eine verhältnismäßig große Diskrepanz zu den oben (Punkt 3.2, Abb. 3/2) genannten Zahlen (27.000 Haschler Anfang der dreißiger Jahre in der gesamten Steiermark). Es gibt keine klaren Anhaltspunkte, ob diese Diskrepanz durch inzwischen eingetretene politische Veränderungen, die Trennung von Österreichischem und Steirischem Heimatschutz, Mitgliederschwund, unterschiedlichen Zählweisen oder durch andere Faktoren bedingt ist.

¹¹⁹ Pauley, *Hahnenschwanz*, S. 164; vgl. Elste/Hänisch, *Weg*, S. 80. Ob die Mitglieder bei SA, SS und HJ hier ebenfalls mitgezählt sind, wird nicht angeführt. 1932 wurden in der Steiermark vom BKA-Inneres 2700 SA-Mitglieder registriert.

¹²⁰ Dazu kamen noch die Kärntner Heimwehler, die sich dem Steirischen Heimatschutz angeschlossen hatten („Deutschösterreichischer Heimatschutz“, s. Punkt 3.2). Vgl. Elste/Hänisch, *Weg*, S. 348.

lief nun auch das gesamte deutschnationale Lager endgültig mit fliegenden Fahnen zu den Nazis über.

Dieser Welle konnte sich auch der – bereits seit jeher völkisch/großdeutsch gesinnte – Steirische Heimatschutz nicht entziehen, nachdem er ja schon, wie gezeigt worden ist, während des Jahres 1932 mit dem Gedanken einer Verbindung mit den Nazis gespielt hatte und 1931 sogar schon kurz eine derartige Kampfgemeinschaft eingegangen war (siehe Punkt 3.2).

Einen weiteren guten Grund für einen Übergang in das Lager der Nationalsozialisten lieferte wohl die Alpine, die sich im Laufe des Frühjahrs 1933 dazu entschloß, nicht mehr den Heimatschutz, sondern die NSDAP finanziell zu fördern und die Bildung von nationalsozialistischen Betriebszellen zu begünstigen. Der Mehrheitseigentümer der Alpine, die Vereinigten Stahlwerke mit ihrem Präsidenten Albert Vögler, unterstützte Hitler ja bereits seit 1931.¹²¹

Der Heimatschutzführer Konstantin Kammerhofer schien die Zeichen der Zeit rasch zu erkennen. Bei einer Ansprache am 4. Februar 1933 in Hartberg kündigte er an, daß, ähnlich wie in Deutschland, eine „nationale Front im Kampfe gegen den Marxismus, Kapitalismus und die Korruption der Parteien“ entstehen werde.¹²²

Am 9. März 1933 schlossen sich der Deutschösterreichische Heimatschutz, der Tiroler „Bund Oberland“ und die NSDAP zur einer Großdeutschen Front zusammen, der wenige Tage später auch die Großdeutsche Volkspartei beitrug.

Die Auswirkungen der Zusammenarbeit wurden vom steirischen Landesgendarmenkommando sogleich registriert:

„Daß der steir. Heimatschutz mit der nationalsozialistischen Bewegung gegenwärtig sehr sympathisiert, erhellt daraus, daß seine Ortsgruppen im März vielfach bei nationalsozialistischen Veranstaltungen wie Siegesfeiern, Kundgebungen, Aufzügen usw. und zumeist in Uniform teilgenommen haben ... Hierbei haben wiederholt auch Heimatschutzführer das Wort ergriffen und ihrer Freude über das Erstarken der nationalsozialistischen Bewegung Ausdruck verliehen.“¹²³

Eine streng vertrauliche Mitteilung der Bundespolizeidirektion Wien an das Bundeskanzleramt zeigt auch, daß die Ossa, eine Expositur des Berliner Auswärtigen Amtes und des Reichsfinanzministeriums, deren Aufgabe seit der Zeit der Weimarer Republik die wirtschaftliche Penetration Österreichs durch Deutschland zur

121 Pauley, Hahnenschwanz, S. 160; an anderer Stelle (S. 205) schreibt Pauley allerdings, die Alpine habe bereits 1932 dem Heimatschutz ihre finanzielle Unterstützung entzogen und den Nationalsozialisten zugewendet. Weiters E. Staudinger, Unabhängige Gewerkschaft, S. 81; Fischer, Alpine, S. 261. Das Thema wird allerdings jeweils nur kurz gestreift, genauere Forschungen oder eine eingehende Studie zum Themenkomplex Alpine – Nationalsozialismus stehen nach wie vor aus.

122 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 130.470/33 „Heimatschutzbewegung im Februar 1933“.

123 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 143.054/33 „Heimatschutzbewegung im März 1933“.

Vorbereitung des „Anschlusses“ war,¹²⁴ über einen Mittelsmann Einfluß auf die österreichische Heimwehnbewegung nahm und die Abspaltung des Steirischen Heimatschutzes förderte. Dieser Mittelsmann, Ministerialrat a. D. Dr. Krafft, sei

„unter anderem auch mit Generaldirektor Neubacher¹²⁵ der ‚Gesiba‘, ferner dem Sekretär des Gewerbegeossenschaftsverbandes Otto Kraft und dem Sekretär des Heimatschutzführers Dr. Albrecht Alberti namens Dr. Flor¹²⁶ sowie mit dem Rechtsanwalt Dr. Seyß-Inquart¹²⁷ in Verbindung gestanden, wobei es sich zumeist um die Beschaffung von Geld für die Kammerhofer-Gruppe gehandelt habe“.¹²⁸

Schließlich schlossen Nationalsozialistische Partei und Heimatschutz am 22. April 1933 in Liezen ein Abkommen über die Bildung einer Kampfgemeinschaft. Zwar

124 Lt. Stuhlpfarrer/Steurer, Ossa, S. 38, gab es drei Bereiche der wirtschaftlichen Penetration Österreichs durch Deutschland: 1. direkte politische Subventionen; 2. wirtschaftliche Einflußnahme auf Ebene des Privatkapitals; 3. die „Ebene der staatlich kontrollierten, jedoch im eigenen Wirkungsbereich privatwirtschaftlich tätigen Konzernorganisation der Ossa, die auf Grund der staatlichen Stützung bereit und imstande war, überall dort tätig zu werden, wo ein Engagement auf rein privatwirtschaftlicher Ebene unmöglich oder mit zu großen Risiken belastet war“. Ziel war es lt. Definition des Auswärtigen Amtes, „ausländisches Kapital unter unserer Kontrolle in die österreichische Wirtschaft zu leiten, um dort festen Fuß zu fassen und im Wege des Kredits die Wirtschaftskreise zu unterstützen, die den Anschlußgedanken fördern“ (S. 44).

125 Hermann Neubacher war führendes Mitglied der Deutschen Gemeinschaft, einer auf Initiative von Persönlichkeiten des katholischen und des deutschnationalen Lagers geschaffenen Organisation, die die Förderung des „Anschlußgedankens“ zum Ziel hatte (weitere Mitglieder waren u. a. Dollfuß und Seyß-Inquart). 1925 gründete Neubacher den Österreichisch-Deutschen Volksbund, der ebenfalls den „Anschluß“ förderte und im Gegensatz zur Deutschen Gemeinschaft Breitenwirkung erzielen wollte (nomineller Mitgliederstand Ende 1930: angeblich 1,8 Millionen) (E. Staudinger, Vereine, S. 260–263). Neubacher wurde 1935 vorübergehend Landesleiter der illegalen NSDAP und 1938 Bürgermeister von Wien.

126 Fritz Flor war persönlicher Referent des niederösterreichischen Heimwehrführers Albrecht (Graf) Alberti. Flor entstammte katholisch-nationalen Kreisen und trat für einen radikalen, „faschistischen“ Kurs der Heimwehren ein, womit er großen Einfluß auf Alberti auszuüben vermochte. Alberti und Flor führten ab Herbst 1933 – angeblich im Auftrag des Heimwehr-Bundesführers Starhemberg – Geheimverhandlungen mit illegalen Nazis; bei dieser Gelegenheit wurden sie im Jänner 1934 verhaftet. Flor war später Mitarbeiter von Seyß-Inquart und nach dem „Anschluß“ in dessen Stab tätig (Wiltschegg, Heimwehr, S. 343 f., 346 f.).

127 Arthur Seyß-Inquart, im März 1938 Zentralfigur des „Anschlusses“ und 1946 als Kriegsverbrecher in Nürnberg zum Tode verurteilt, war seit Herbst 1932 Mitglied des Steirischen Heimatschutzes (Pauley, Hahnenschwanz, S. 184). Wie Neubacher galt er als „gemäßigter“ Nationalsozialist.

128 ÖStA, AdR, NPA, Ktn. 241, Liasse Österreich 2/21 1933, 25.378-12/33 „Saal Georg; Erhebungen“. (Zu Krafft und Saal vgl. auch Stuhlpfarrer/Steurer, Ossa, passim.) Ein dem Akt beiliegender Brief Kammerhofers an Krafft vom 12. Mai 1933 läßt zusätzlich die Vermutung zu, daß sich der Heimatschutzführer von der Ossa bei einem Problem mit der Rückzahlung eines seiner Weinkellerei fällig gestellten Kredits helfen ließ (oder zumindest lassen wollte). Kammerhofer bat nicht direkt um Unterstützung, machte aber klar, daß er – sollte sich kein Ausweg finden – zurücktreten müsse, „denn ein Fürst Starhemberg“ – und somit ein Verräter – wolle er „in der Bewegung nicht werden“. Aus dem Umstand, daß Kammerhofer in weiterer Folge nicht zurücktrat, läßt sich folgern, daß ihm entsprechende Unterstützung zuteil wurde. (M. E. ist der Brief, der der Polizei von der Sekretärin des Dr. Krafft übergeben worden war, echt, wenn auch nicht alle Zweifel restlos auszuräumen sind.)

wurde dem Hasch in Artikel 1 dieses Abkommens seine organisatorische Eigenständigkeit garantiert, gleichzeitig aber anerkannte er Adolf Hitler „rückhaltlos als Führer der deutschen Nation“. Wenige Tage nach Unterzeichnung des Abkommens flogen die wichtigsten Heimatschutzführer nach Berlin, um Hitler „bedingungslose Treue“ zu schwören.¹²⁹

In den vertraulichen Ausführungsbestimmungen hieß es unter anderem:

„Die Führung des Kampfes liegt unter Wahrung der Bestimmungen des Punktes 2 des Abkommens [Gleichrangigkeit von NS- und Hasch-Führern] bei der Leitung der NSDAP (Hitlerbewegung).“

Bei gemeinsamen Aufmärschen sollte die „Organisation bei der Leitung der NSDAP, die Führung (Spitze) der Marschkolonnen bei der zahlenmäßig stärkeren Gruppe“ liegen. Wer den Ton angeben sollte, war somit klar. Daran änderten auch die Ausführungen der NS-Landesleitung nichts, daß das Abkommen weder eine Unterstellung des Heimatschutzes unter die NSDAP bedeute noch daß ein „allmähliches Aufsaugen desselben“ beabsichtigt sei.¹³⁰

Genau zu diesem „Aufsaugen“ kam es einige Monate später, als am 23. November 1933 in Venedig – NSDAP und Heimatschutz waren in Österreich inzwischen verboten worden – ein Abkommen geschlossen wurde, dessen Inhalt die Verschmelzung beider Organisationen regelte. Ein weiteres Abkommen folgte im Mai 1934 in München.¹³¹

Einige Heimatschutzführer – wie Konstantin Kammerhofer, Hans Rauter, August Meyszner und andere – machten in Nazi-Deutschland „Karriere“. Ihnen war es, wie Bruce Pauley schreibt, vernünftiger erschienen, „bei den aufsteigenden Nationalsozialisten der Zweite als beim niedergehenden Heimatschutz der Erste“¹³² zu sein.

129 Pauley, Hahnenschwanz, S. 162.

130 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, Beilage zu 174.882/33 „Nationalsozialistische (Hitler-)Bewegung im Monate Mai 1933“ – vertrauliche Ausführungsbestimmungen der Landesleitung der NSDAP zum Liezener Abkommen für die Ortsgruppenleiter, dat. 26. 4. 1933.

131 Pauley, Hahnenschwanz, S. 175–184. Dort auch – unter dem zutreffenden Titel „Der Heimatschutz begeht Selbstmord“ – näheres zu einigen komplizierten Streitpunkten und zur späteren Geschichte dieser Abkommen.

132 Pauley, Hahnenschwanz, S. 163.

4 Propaganda, Sabotage, Terror – Typologie illegaler nationalsozialistischer Aktionsformen

Das Grundprinzip der nationalsozialistischen Propaganda war Überwältigung:

„Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß. Aus dieser Tatsache heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig so lange zu verwerten, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag.“¹³³

In der Illegalität standen diesem Prinzip gewisse Hindernisse entgegen – die Möglichkeiten, im nationalsozialistischen Sinn zu agieren, waren aufgrund der staatlichen Repression stark eingeschränkt. Daher war es notwendig, Formen zu finden, die auch aus dem Untergrund ihre Wirkung entfalten konnten. Für diese illegale Propaganda waren allerdings die Voraussetzungen wiederum nicht schlecht, verfügte man doch in allen Teilen des Landes über einen mehr oder weniger großen Stamm von Aktivisten und über Anhänger in allen Schichten der Bevölkerung. Am wichtigsten aber war die – zumindest in den ersten Monaten der Illegalität – vorbehaltlose Unterstützung, die man aus dem Deutschen Reich erhielt. Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter wurden dort hergestellt und in Großmengen nach Österreich geschmuggelt.

Neben dieser zentral von München aus gelenkten Propaganda gab es auch noch regionale Propaganda – Flugschriften, hektographierte Lokalzeitungen, Streuzettel etc., die in Österreich hergestellt und über größere Gebiete verteilt wurden. Zur lokalen Propaganda sind die unzähligen Hakenkreuzschmierereien und -streuungen, die Anbringung von selbst hergestellten Plakaten und Parolen, Höhenfeuer etc. zu zählen.

„Das Ziel der Propaganda war die Demonstration der eigenen Stärke, die Mythisierung des Hakenkreuzsymbols, die Beunruhigung der politischen Führer und der Regierung sowie die Mobilisierung der Anhänger durch Aktivismus. Für die meist jungen Burschen und Mädchen, die die Propagandaaktionen durchführten, stand der Hauch des romantischen Versteckspiels, die pubertäre Auflehnung gegen Autoritäten und die persönliche Bewährung durch eine Mutprobe hinter dem Bewußtsein, im Auftrag einer anonymen, mächtigen, alles könnenden, alles erreichenden und nicht faßbaren großen Organisation zu handeln.“¹³⁴

Letztlich konnte aber alles zur Propaganda werden, das dem nationalsozialistischen Prinzip der Überwältigung zum Durchbruch verhalf – auch und gerade Gewalt. Die zahlreichen Sabotage- und Terrorakte, die von illegalen österreichischen

133 Hitler, Mein Kampf, S. 198.

134 Jagschitz, Struktur, S. 15.

Nationalsozialisten durchgeführt wurden, sind demnach „auch als extremste Form der Propaganda, als ‚Propaganda der Tat‘ aufzufassen“.¹³⁵

Große Mengen an Sprengstoff und Waffen wurden vor allem von Deutschland, aber auch aus anderen Nachbarstaaten (insbesondere Jugoslawien¹³⁶) nach Österreich geschmuggelt. Gerade in diesem „militärischen“ Bereich scheint die straffe zentrale Lenkung bei weitem überwogen haben, ganz im Gegensatz zu den von den Nazis ausgestreuten Gerüchten von spontanen Einzelaktionen. Ausführende waren SA, SS sowie speziell gebildete und geschulte Terrorgruppen. Die Österreichische Legion, die in Bayern aus nationalsozialistischen Flüchtlingen aus Österreich gebildet worden war, spielte dabei eine besondere Rolle.¹³⁷

Die illegalen nationalsozialistischen Aktionsformen reichten also vom harmlosen, oft spontanen, meist aber geplanten Aktionismus über Sabotage- und Terroraktionen unterschiedlichster Art und unterschiedlichsten Ausmaßes bis zum vorsätzlichen Mordanschlag.

4.1 Katalog illegaler nationalsozialistischer Aktionsformen

Die nachfolgende Auflistung basiert im großen und ganzen auf den Lageberichten des Landesgendarmierkommandos für Steiermark und des steirischen Sicherheitsdirektors.¹³⁸ Die gebildeten Kategorien werden in diesen sehr ausführlichen Berichten zwar nicht explizit verwendet, in ihrer Wertung der Schwere von illegalen Verstößen und Verbrechen nimmt die Exekutive aber implizit eine ähnliche Haltung ein.

Primär gewaltloser Aktionismus

- Tragen verbotener Abzeichen und Erkennungszeichen
(z. B. Hakenkreuze; ein Stück Stacheldraht am Hut von ehemaligen Häftlingen in Anhaltelagern; Selbstbinder in den reichsdeutschen Farben; Lederröcke mit Knöpfen, in denen Hakenkreuze eingestanz waren; weiße Sportstrümpfe etc.)
- Heil-Hitler-Rufe, Leistung des Hitler-Grußes, Singen des Horst-Wessel-Liedes und ähnlicher NS-Lieder
- Boykott- und Streikaktionen
 - gegen Privatpersonen, insbesondere Geschäftsleute, weil sie Parteigänger des politischen Gegners und/oder Juden waren
 - gegen Maßnahmen der Regierung und anderer öffentlicher Institutionen (z. B. „Raucherstreik“, um die Einnahmen der Regierung aus dem Tabakmonopol zu verringern, Boykott der von der Regierung aufgelegten „Treffer-

¹³⁵ Botz, Gewalt, S. 262.

¹³⁶ Z. B. ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4894, 222.654/34 „Nat.so. Propaganda, die von Jugoslawien aus gegen Österreich betrieben wird“; Bundespolizeikommissariat Villach am 10. 8. 1934 an das BKA, GDfdöS.

¹³⁷ Jagschitz, Struktur, S. 16; Jagschitz, Putsch, S. 33–43 u. 68–72.

¹³⁸ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 5136, 5137 – monatliche bzw. wöchentliche Lageberichte des Landesgendarmierkommandos und des Sicherheitsdirektors für Steiermark.

- anleihe“, Boykott gegen Waren aus Italien zur Zeit des Abschlusses der Römer Protokolle etc.)
- demonstrative Austritte aus der katholischen Kirche bzw. Übertritte zur evangelischen Kirche
 - Weigerung, sich für eine Putzschar aufstellen zu lassen; Provokationen im Zuge der Tätigkeit der Putzschar
 - Demonstrationen und Demonstrationsbummel
(z. B. „in absonderlichen Kleidungsstücken“ gegen das Uniformverbot, gegen die Sonderfahrten des Starhemberg-Heimatschutzes zur Türken-Befreiungsfeier nach Wien, aus Anlaß der Begrüßung des deutschen Ministers Frank; Gegen-demonstrationen gegen Konzerte der Deutschmeister-Kapelle, gegen eine Ver-sammlung des „Reichsbundes der Österreicher“; Begrüßungsfeiern anläßlich der Rückkehr von nationalsozialistischen Führern und Parteigenossen aus der Haft; Kundgebungen beim Kreisturnerfest des Deutschen Turnerbundes; Ver-suche der Störung von „vaterländischen“ Kundgebungen; Umzüge; tägliche Straßenbummel und Massenspaziergänge etc.)
 - Zurschaustellung des Hakenkreuzes in allen denkbaren Varianten
 - Errichtung von Hakenkreuzen an schwer zugänglichen Stellen im Terrain (z. B. aus Holzgestellen, durch Schneeaushhebung, im Wasser bzw. in Flüs-sen, im Gelände, auf Bäumen, auf Starkstromleitungen, Aufsteigenlassen eines Drachens mit dem Hakenkreuz etc.)
 - Hissen und Anbringen von Hakenkreuzfahnen und Hakenkreuzwimpeln an schwer zugänglichen Stellen (z. B. Aufstellen eines Maibaumes mit einer Hakenkreuzfahne, auf Starkstromleitungen, über Fernsprech- und Stromlei-tungen geworfen, auf Kaminen, öffentlichen und privaten Gebäuden etc.)
 - Abbrennen von sogenannten Höhen- und Hakenkreuzfeuern (z. B. bei den Sonnwendfeiern von nationalen Vereinen und Studentenverbindungen, aus Anlaß von Wahlsiegen, von Hitlers Geburtstag und sonstigen nationalsozia-listischen Gedenktagen etc.)
 - Klebe-, Schmier- und Streuaktionen
(z. B. Aufkleben von Flugzetteln entlang von Bundesstraßen; Anbringen ge-fälschter Wandzeitungen; Beschädigung von „vaterländischen“ Wandzeitun-gen; verbotene Eintragungen in Hütten- und Fremdenbücher; Beschmierung von Straßen, Brücken, Wänden, Heustadeln, Felsen und dergleichen mit Ha-kenkreuzen und Parolen; Ausstreuen von Flugblättern und Flugzetteln aller Art; Ausstreuen von Flugzetteln aus fahrenden Autos oder von Motorrädern; Anbringen von Hakenkreuzen und Inschriften; Ausstreuen von Hakenkreuzen aus Papier)
 - Totenkult
(z. B. Begräbnisse von NS-Führern und -Parteigenossen; „Friedhofpropaganda“ zu Allerseelen; Niederlegung von Kränzen mit Hakenkreuzschleifen bei Krie-gerdenkmälern und auf Friedhöfen anläßlich des 9. November etc.)
 - Versammlungen, Veranstaltungen und Zusammenkünfte
(z. B. „Bildungsvorträge“, die hauptsächlich von Nationalsozialisten besucht wurden; Hitler-Geburtstagsfeiern; Radioübertragungen von Hitler-Reden aus

Deutschland, „Vermittlung verbotener Rundfunksendungen“; Siegesfeiern; wöchentliche Sprechabende; Besprechungen; „gesellige Zusammenkünfte“; Appellübungen; Exerzierübungen; Geländeübungen; gemeinsame Ausflüge von SA-Ortsgruppen etc.)

- Versenden von zum Teil anonymen „Werbe- und Propagandabriefen“ mit der Post an bestimmte oder auch zufällige Personengruppen (oft verbunden mit Drohbriefen), zumeist aus Deutschland
- Begünstigte oder vollführte Flucht nach Deutschland oder Jugoslawien
- Unterwanderung von öffentlichen und privaten Institutionen sowie die Bildung von Tarnorganisationen zum Zweck der Schaffung einer illegalen organisatorischen Plattform
(z. B. deutschnationale Turnvereine, Alpenverein, Deutscher Schulverein Südmärk, Lager des staatlichen freiwilligen Arbeitsdienstes etc.; weiters aber auch viele Dienststellen der Polizei/Gendarmerie, des Bundesheeres, von Ämtern und Behörden etc.)
- Hilfsaktionen
(z. B. Sammlungen für die Angehörigen inhaftierter Parteigenossen, Verteilung von Hilfsgeldern aus Deutschland, Unterstützungskredite aus Deutschland für notleidende Kleinbauern etc.)

Gewalt gegen Sachen/Sabotage

- „Harmlose“ Attacken und „Lausbubenstreiche“
(z. B. das Ausstreuen von Schuhnägeln auf der Bundesstraße oder das nächtliche Einwerfen von Fenstern mit Steinen etc.)
- Werfen von Papierböllern und sonstigen Explosivkörpern sowie Gasphiolen
- Anschläge auf Fernsprech- und Stromleitungen des Bundes, von öffentlichen Institutionen sowie von Industriebetrieben, teils durch Explosionen, teils durch Abzwicken der Drähte
(z. B. Steweag, Bundesbahn, RAVAG; Felten und Guilleaume etc.)
- Brandlegung an öffentlichen und privaten Gebäuden und Einrichtungen
- Sprengstoffattentate auf staatliche, auf „vaterländische“ und kirchliche Einrichtungen sowie auf Häuser und Geschäftslokale von politischen Gegnern, Vertretern des Staates und Juden
(z. B. Straßenbauten, Eisenbahnschienen, Gerichte und andere Amtsgebäude, Gendarmeriewachstuben, Unterkünfte des Schutzkorps, katholische Vereinsheime, Beamte, Gendarmen, bekannte „Vaterländische“ oder Linke etc.)

Gewalt und Terror gegen Personen

- Anschläge mit sogenannten Stinkphiolen bzw. Stinkbomben und Tränengas
(z. B. Deponierung in Sälen, in denen „vaterländische“ Kundgebungen stattfinden sollten; in Amtsgebäuden, Wachstuben; Wurf von Stinkbomben in Veranstaltungen etc.)

- Psychoterror
(z. B. Hetzaktion gegen bestimmte Personen mit Plakaten; Hinterlegung von Sprengkörperattrappen vor Wohnungstüren von politischen Gegnern; Drohbrieife an Gendarmen, Beamte, Schutzkorpsleute und Privatpersonen etc.)
- Steinwürfe auf Fensterscheiben von Räumen, in denen sich Menschen aufhielten
(z. B. nächtliche Steinwürfe auf Schlafzimmerfenster; auf die Fenster von Räumen, in denen Veranstaltungen stattfanden etc.)
- Papierböllerverschleudern auf Menschen
(z. B. Papierböllerverschleudern aus Gebäuden auf vorbeigehende Passanten; Böllerverschleudern in Räume, in denen Veranstaltungen politischer Gegner stattfanden etc.)
- Brandlegung an bewohnten öffentlichen und privaten Gebäuden
- Sprengstoffanschläge auf bewohnte öffentliche und private Gebäude
- Gewalttätige Überfälle auf und Mißhandlung von mißliebigen Personen
(z. B. Schutzkorpsleute, Gendarmen, Beamte, Repräsentanten des Staates, Vertreter der katholischen Kirche, politische Gegner etc.)
- Mordanschläge, Schußattentate und gezielte Sprengstoffanschläge auf Personen

Der primär gewaltlose Aktionismus war manchmal bunt, phantasievoll, anarchisch, auf ein Lächerlichmachen der staatlichen Ordnungsmacht ausgerichtet (zum Beispiel bei den Demonstrationen gegen das von der Regierung verhängte Uniformverbot); oft scheint es durchaus zulässig, von „Lausbubenstreichen“ und „Räuber-und-Gendarmen-Spielen“ zu sprechen.

Die – von der Exekutive so genannten – „Schmieraktionen“ waren im übrigen zentral vorbereitet und minutiös geplant, wie eine parteiamtliche Anweisung der NSDAP aus dem Mai 1933 (einen Monat vor dem Verbot) zeigt:

„Diese Zettel haben an dem Tag, der in dem der Sendung beigelegten Begleitschreiben angegeben sein wird, zu kleben, und zwar so dicht, daß es keine Stelle gibt, von der aus man nicht eine ganze Reihe dieser Zettel erblickt. Wenn die Zettel entfernt werden, sind sie sofort wieder zu ergänzen.

Inschriften wie ‚Heil Hitler‘, ‚Ein Volk – Ein Reich‘, ‚Wir wollen zu Hitler‘ sind möglichst groß auf alle möglichen Flächen (Zäune, Mauern, Scheunen, Tore, mit Kalk auch auf von der Bahn aus sichtbaren Dächern) zu malen, und zwar so, daß sie vom Vorbeifahrenden leicht lesbar sind.

Auch auf Rasenflächen, Futtermauern und dergleichen kann, sofern sie gut sichtbar sind, mit Kalk geschrieben werden. (*Achtung: Überall saubere Schrift, ohne Rechtschreibfehler!*)¹³⁹

139 Gau-Nachrichten, Folge 28, 19. Mai 1933, S. 17 (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4876). Hervorhebungen im Original. Vgl. ein Rundschreiben der Gauleitung Steiermark, das die Verteilung von Flugblättern detailliert regelt (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., 172.206/33, Ktn. 4876).

Ganz bewußt hatte die NSDAP zu diesem Mittel gegriffen, um die Einschränkung der politischen Werbung durch die Bundesregierung zu unterlaufen, wie aus einem Richterlaß der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit hervorgeht.¹⁴⁰

Daß man sich auf seiten der Nazis immer wieder etwas Neues einfallen ließ, zeigt ein Lagebericht der GDfdöS vom April 1934, also nach zehn Monaten Erfahrungen mit illegalen nationalsozialistischen Aktionen:

„Als neue Methoden der Propaganda können angeführt werden: Streuen von Kunstdünger auf Wiesenflächen, um üppigen Graswuchs in Hakenkreuzform zu bewirken; Malen von Hakenkreuzen auf den Rücken von Hunden, die heimattreuen Personen gehören; demonstratives Leisten des Hitlergrußes gleichzeitig durch zahlreiche Personen, so daß die Exekutive schwer einschreiten kann; Raucherstreik (Steiermark); Böller mit besonderer Schallwirkung (Salzburg). Ein neues nationalsozialistisches Abzeichen taucht auf: eine Frauenhaarspange mit Edelweiß.“¹⁴¹

Bei einer Gesamtbetrachtung aber wirken diese Aktionen vor allem destruktiv und primitiv, als eine Manifestation selbstgefälligen und spätpubertären Allmachts-glaubens. Und selbstverständlich konnten diese „Lausbubenstreiche“ zu Gewalt gegen Sachen, aber auch gegen Personen führen; in den meisten Fällen war eine gewisse Sachbeschädigung grundsätzlich gegeben (die Hakenkreuz-Schmierereien beispielsweise wurden seitens der Exekutive folgerichtig als provokativer Akt des Vandalismus angesehen).

Die Gewalt gegen Sachen (hier im wesentlichen mit Sabotage gleichgesetzt) und die Gewalt gegen Personen (hier vor allem mit Terror gleichgesetzt) ist oft nicht zu trennen: Ein Brand- oder Bombenanschlag gegen ein Gebäude konnte jederzeit auch einen Passanten oder einen Insassen treffen; ein geplatzter Reifen auf der Bundesstraße, nachdem Nazis Schusternägel gestreut hatten, konnte auch einen Unfall mit Personenschaden nach sich ziehen. Allerdings – und deshalb wurde diese Unterscheidung hier getroffen – läßt sich im Laufe der Zeit ein sukzessives Übergehen zu zunehmend gewalttätigeren Aktionsformen beobachten, auf Menschenleben wurde immer weniger Rücksicht genommen. Die illegalen nationalsozialistischen Aktionen eskalierten – und mündeten schließlich in der offenen Gewalt des Juliputsches.

In weiterer Folge soll nun noch kurz auf drei Sonderformen illegaler nationalsozialistischer Betätigung eingegangen werden.

4.2 Drohbriefe und Psychoterror

Psychoterror und nackte Drohungen zählten selbstverständlich zum Repertoire des nazistischen Kampfes. Adressaten waren vor allem Amtsträger, Gendarmen, Poli-

140 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4875, 170.702/33 „Besondere Maßnahmen gegen den Mißbrauch fremden Eigentums zu politischer Propaganda“; Richterlaß des BKA, GDfdöS vom 19. Juni 1933.

141 ÖStA, AdR, BKA, Zeitgeschichtliche Sammlung, Mappe 37, zusammenfassender Lagebericht der GDfdöS für die 1. Hälfte April 1934.

zisten, „Vaterländische“ etc. Dabei übernahm das kommende „Dritte Reich“ in gewisser Weise die Funktion des „Jüngsten Gerichtes“. In einem häufig verschickten Brief „an die nationalen Beamten der Sicherheitsbehörden“ beispielsweise hieß es nach einigen Propagandafloskeln ganz offen:

„Gewissen Kollegen, die mit einem wahren Sadismus Jagd auf Nationalisten machen – meist sind es Windische und Tschechen –, denen teile mit, daß die Abrechnung furchtbar sein wird.

Wir werden jeden hängen, der einen von uns gemein behandelt.

Genau so brutal wie heute diese Henkersknechte uns verfolgen und unsere Existenz zerstören, genau so brutal wird die Vergeltung sein. [...]

Wenn Sie zufällig etwas finden sollten, z. B. schwere deutsche Maschinengewehre und neue deutsche Handgranaten, so müssen Sie halt einen Augenblick blind sein und vorbeigehen. [...]

Für jede Arbeit, die wir Ihnen heute machen müssen, werden wir uns nach unserer Machtergreifung hundertfach erkenntlich zeigen.“¹⁴²

Etwas subtiler – aber nicht minder deutlich – war ein Streifen, der im November 1933 über die behördlichen Plakate mit der Ankündigung der Wiedereinführung der Todesstrafe auf Mord, Brandlegung und boshafte Beschädigung fremden Eigentums im standrechtlichen Verfahren geklebt wurde:

„Richtet nicht, auf daß Ihr nicht auch gerichtet werdet!

Evangelium Lukas 6.37“¹⁴³

Ein drittes Beispiel von vielen: Der nach Deutschland geflohene Kärntner Gausinspekteur Kothen versandte unter dem offiziellen Briefkopf der österreichischen Landesleitung in München Drohbriefe an Personen in Kärnten:

„Sie sind schon einmal wegen Ihrer Verleumdung mit vier Wochen Kerker bestraft worden. Neuerdings haben Sie den dortigen Wagnermeister XY bei der Gendarmerie verdächtigt und seine Verhaftung veranlaßt. Der unbescholtene Deutsche hat Ihretwegen über acht Tage in Haft gesessen.

Ich bringe Ihnen zur Kenntnis, daß es im Dritten Reich in Kärnten für solche Halunken wie Sie andere Strafen geben wird als Haftstrafen. Sie sind vorgemerkt.“¹⁴⁴

Der in Deutschland gegründete „Kampfring der Deutschösterreicher im Reich“ schickte systematisch „Werbe- und Propagandabriefe“ nach Österreich. Drohungen waren hier selten, vielmehr war das Ziel dieser Briefe die „Aufklärung“ über die wahren Zustände in Österreich und die angeblich paradiesischen Verhältnisse im Deutschland Adolf Hitlers.¹⁴⁵

142 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5136, Beilage 2 zu 253.174/33. Hervorhebungen im Original.

143 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5136, Beilage 4 zu 248.172/33.

144 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4882, 122.920/34 „Von Kothen; Drohbriefe mit politischer Tendenz“.

145 Z. B. ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4883, 127.988/34. Angeblich war geplant, zweieinhalb Millionen österreichische Haushalte mit derartigen Briefen zu erreichen.

4.3 Flucht nach Deutschland

Im Sommer 1933 erwähnte das LGK in seinem monatlichen Lagebericht ein neuartiges Phänomen:

„Als neueste Erscheinung konnte wahrgenommen werden, daß in der 2. Hälfte Juli l. J. vorläufig nur in den Bezirken Liezen und Gröbming, und zwar besonders in der Schladminger Gegend, einer Hochburg des Nationalsozialismus, eine größere Anzahl von Parteigenossen, ob sie nun Strafen zu gewärtigen hatten oder nicht, darunter Bauernsöhne, Knechte, Arbeiter und Professionisten, unter dem Vorwand, eine längere Almwanderung zu unternehmen, ihre Angehörigen und Arbeitsplätze ohne Abschied und ohne zu kündigen, mit einem Rucksack ausgerüstet verlassen, mit gedungenen Mietautos bis an die salzburgisch-bayrische Grenze fuhren und dort vermutlich nach Deutschland flüchteten, zumal von einigen Geflüchteten bereits Kartengrüße aus Deutschland, so unter anderem aus Augsburg, eingetroffen sind. Über den Zweck ihrer Flucht bestehen vorläufig nur Vermutungen. Auf diese Weise sind aus obigen Gegenden bereits über 60 Personen geflüchtet. [...]

Am 28. 7. gelang es dem Posten Schladming, zwei Nationalsozialisten, die ebenfalls nach Deutschland flüchten wollten, festzunehmen. Dieselben hatten eine Bestätigung einer natsoz. Bezirksleitung bei sich, daß ihr Abschub wegen Verfolgung durch österr. Behörden befürwortet wird.“¹⁴⁶

Die als „Hochverrat“ gewertete Flucht von zumeist jungen Nationalsozialisten nach Deutschland, wo diese im Regelfall in die Österreichische Legion eingereiht wurden, ist zweifellos als Sonderform im Rahmen der illegalen Betätigung zu sehen. Wie die GDfdÖS-Akten¹⁴⁷ und zeitgenössische Berichte belegen, wurden viele illegale „Heldentaten“ schon mit der Hoffnung begangen, einen Vorwand für die Flucht ins Reich Adolf Hitlers zu finden und der tristen Situation in der Heimat zu entkommen.

Auch Bruno Kreisky, der sich – nach seiner Entlassung aus den Gefängnissen des austrofaschistischen Regimes – 1937 für einige Monate in Jadersdorf im Gitschtal in Kärnten aufhielt, machte ähnliche Erfahrungen:

„Der kleine Ort, inmitten einer Hügellandschaft nahe der italienischen Grenze, bot ein gespenstisches Bild. Es gab fast keine jungen Männer dort. Die meisten hatten, um der Eintönigkeit und Armut ihres Bergbauernschicksals zu entinnen, einen einfachen Weg gefunden: Sie malten auf eine Kapelle, auf ein öffentliches Gebäude oder auf einen Felsen ein großes Hakenkreuz und hatten damit – die NSDAP war ja seit Juni 1933 verboten – einen Anlaß zur Flucht nach Deutschland, wo sie in die ‚Österreichische Legion‘ eintra-

¹⁴⁶ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 202.036/33 „Nationalsozialistische (Hitler-) Bewegung im Juli 1933“.

¹⁴⁷ Vgl. z. B. ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4908 u. 4909, die beide ausschließlich einen Sammelakt über die Österreichische Legion enthalten; in anderen Kartons finden sich aber noch viele weitere, z. T. sehr umfangreiche Akten mit Berichten über Flüchtlinge.

ten. Waren sie verheiratet, konnten sie mit einem so großen Sold rechnen, daß sie ihre Angehörigen unterstützen konnten. Nazi-Deutschland war sehr großzügig, wo es um die Aufstellung einer antiösterreichischen Schattenarmee ging. Diese Legion rekrutierte sich aus Tausenden von Flüchtlingen, und man kann sich gut vorstellen, wie sehr dieses Potential die Nationalsozialisten in Österreich zwischen 1934 und 1938 beflügelte. Man mußte sich nur illegal betätigen, und schon konnte man in das ersehnte Deutschland gehen.“¹⁴⁸

Die protokollierte Aussage eines 1916 geborenen landwirtschaftlichen Arbeiters aus dem Bezirk Braunau, Oberösterreich, der desillusioniert nach Österreich zurückgekehrt war, gibt ebenfalls Auskunft über die Motivlage vieler Flüchtlinge:

„Ich war bis zu meiner Flucht nach Deutschland im Oktober 1933 nicht eingeschriebenes Mitglied der NSDAP, doch habe ich mit dieser Partei sympathisiert. Mein Vater war ein Gegner der NSDAP, und ich hatte diesbezüglich des öfteren mit ihm Zerwürfnisse und Auseinandersetzungen. Ich entschloß mich daher, nach Deutschland zu flüchten, zumal ich auch befürchten mußte, daß ich wegen Tätigkeit für die NSDAP bestraft werde. Ich habe kurz vorher mit noch drei Kollegen aus Gunskirchen Hakenkreuzzettel aufgeklebt. Meine drei Kollegen erhielten damals acht Tage Arrest.“¹⁴⁹

Ähnlich klingt der Bericht eines 1910 geborenen, ledigen Gastwirtssohnes aus Stainz in der Weststeiermark:

„Am 10. August 1934 zerstritt ich mich mit meinem Vater und ging von daheim fort, ohne mich von ihm zu verabschieden. Er hatte mir vorgeworfen, daß er mit mir nicht zufrieden sei und ich ihm zuwenig arbeite. Meiner Mutter jedoch sagte ich, daß ich nach Jugoslawien gehe, und zwar nach Varasdin. Ich entschloß mich deshalb, nach Varasdin zu fahren, weil ich von der Mutter des vorgenannten XY erfahren hatte, daß ihr Sohn in einem Lager untergebracht sei, es ihm dort sehr gut gehe und daß die Flüchtlinge per Schiff nach Hamburg transportiert werden.“¹⁵⁰

Neben der Hoffnung auf bessere Lebensumstände scheinen also vor allem auch Generationskonflikte viele junge Leute zur Flucht bewegt zu haben. Die Angst vor Bestrafung durch die Exekutive war oft wohl nur vorgeschützt.

Wenn man – abgesehen von allen persönlichen Gründen für die Flucht – allerdings bedenkt, wie stark das Potential an gegen den österreichischen Staat gerichteten Bedrohung war, daß zumindest bis zum Juli 1934 von der Österreichischen Legion ausging, so kann man die Besorgnis der Sicherheitsbehörden angesichts dieses Phänomens verstehen. Die Flüchtlinge wurden in einem formellen Verfah-

148 Kreisky, Zeiten, S. 278.

149 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4908, 340.602/35.

150 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4909, 308.505/35.

ren ausgebürgert,¹⁵¹ und es wurden „Ausbürgerungsverzeichnisse“ erstellt, um eine „Wiedereinreise rechtskräftig Ausgebürgerter“ zu verhindern.¹⁵²

Bis Ende Oktober 1934 wurden aus der Steiermark 998 Personen rechtskräftig und 291 noch nicht rechtskräftig ausgebürgert (siehe Zusatzabbildung 4/a). Die obersteirische Industrieregion war dabei mit 29 Prozent ein wenig, aber nicht signifikant überrepräsentiert. Auffallend viele Flüchtlinge (47 Prozent) kamen aus den näher zur deutschen Grenze gelegenen Bezirken der Obersteiermark (Gröbming und Liezen) bzw. aus den untersteirischen Grenzbezirken Leibnitz (inklusive Radkersburg) und Deutschlandsberg.

Die Zahl der aus ganz Österreich zu diesem Zeitpunkt rechtskräftig Ausgebürgerten lag zum genannten Zeitpunkt bei 3879 Personen (siehe Zusatzabbildung 4/b). Demnach kam rund ein Viertel aller nationalsozialistischen Flüchtlinge aus der Steiermark. Allerdings waren Salzburg und Kärnten im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl innerhalb Österreichs noch wesentlich stärker überrepräsentiert.¹⁵³

4.4 Tarnorganisationen und Unterwanderung

Die Schaffung einer organisatorischen Plattform für die illegale Betätigung durch die Unterwanderung bestehender Organisationen und Institutionen sowie durch die Bildung von Tarnorganisationen wird in der Literatur immer wieder ausführlich erwähnt. Die Voraussetzungen dafür wurden bereits vor dem Juni 1933 geschaffen, als es der NSDAP gelang, in die oft seit langem bestehenden Vereine und Organisationen des deutschnationalen Lagers vorzudringen.¹⁵⁴ Eine weitere Ausgangsbasis waren regelrechte „Zellen“, die sich im Öffentlichen Dienst gebildet hatten, wobei die Unterwanderung von Polizei und Militär besonders gefährlich für den Staat wurde, wie der Juliputsch bewies.¹⁵⁵

151 Z. B. ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5136, 211.951/33 „Steiermark; Berichte über Ausbürgerungen“. Dieser Akt enthält ein ganzes Konvolut von Formularen der Bezirkshauptmannschaft Judenburg vom 8. September 1933 über Leute, deren „Bundesbürgerschaft“ und „Landesbürgerschaft“ aberkannt wurde: „Begründung: ___ ist laut Bericht des Gendarmeriepostenkommandos ___ vom ___ am ___ ins Deutsche Reich ohne Bewilligung ausgereist.“

152 Z. B. ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4896, 234.098/34.

153 Im Zusammenhang mit diesen Zahlen ist interessant, welche zahlenmäßige Stärke der österreichischen Legion beigemessen wurde. Lt. Jagschitz, Putsch, S. 36, umfaßte sie bereits im August 1933 3500 bis 4000 Mann und überstieg nie eine Gesamtzahl von 9000 bis 10.000. Botz, Gewalt, S. 261, nennt ebenfalls eine Höchstzahl von 10.000 Mann. Zeugenaussagen, die in einem Lagebericht des steirischen Sicherheitsdirektors vom November 1933 wiedergegeben werden, nennen rund 3000 bis 3500 Mann (Ktn. 5136, 237.444/33 „Lagebericht XIII/November 1933“). Einer Budapester Zeitung gegenüber wurde im Oktober 1933 von seiten des Lagerkommandanten des Lagers Lechfeld ebenfalls eine Zahl von 3500 genannt (Ktn. 4878, 220.174/33). Aus Angaben der GDFdS läßt sich für den 15. Mai 1934 ein ungefähre Stand von 6600 bis 8700 Mann erschließen (Ktn. 4888, 168.658/34, Skizzenbeilage). In den quasi regimeoffiziellen „Beiträgen zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte“ wird die Stärke der Legion auf 15.000 Mann geschätzt (S. 39). Die Diskrepanz dieser Zahlen zu der Zahl der offiziell wegen Flucht nach Deutschland Ausgebürgerten ist also offensichtlich.

154 Vgl. E. Staudinger, Vereine, S. 271 f.

155 Bekanntestes Beispiel ist der aus Bundesheer-Mitgliedern bestehende „Deutsche Soldatenbund“, der im Juni 1933 behördlich aufgelöst wurde; diese Gruppe sollte als „SS-Standarte 89“

Nach dem Verbot waren es vor allem deutschnationale Turnvereine, die die Möglichkeit der illegalen Betätigung boten. Dieser Umstand wurde von den Sicherheitsbehörden auch sofort erkannt. In einem Richterlaß des BKA, GDföS vom 16. August 1933 hieß es diesbezüglich unter anderem:

„Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) nahestehende Turnvereine im Widerspruch mit dem strikten Verbot ... die Tätigkeit der NSDAP (Hitlerbewegung) beziehungsweise ihrer Wehrformationen fortsetzen beziehungsweise hierzu den Versuch unternehmen. Einerseits sollen neue derartige Vereine zur Gründung gelangen und andererseits bestehende Vereine den korporativen Beitritt von Parteimitgliedern vollziehen. Die militärische Schulung und Weiterbildung von früheren SA- und SS-Angehörigen soll auf diese Weise weiter zur Durchführung gelangen.“¹⁵⁶

In weiterer Folge wurden derartige Vereine sukzessive verboten; ein generelles Verbot wurde aber erst nach dem Juliputsch erlassen.¹⁵⁷ Allerdings gelang es den Nazis immer wieder, neue Wege für die Bildung von Tarnorganisationen zu finden. Eine weitere, in den Berichten oft erwähnte unterwanderte bzw. Tarnorganisation war der „Deutscher Schulverein Südmark“: Das LGK Steiermark meldete zum Beispiel im Juli 1933, daß die Hitlerjugend systematisch in die Südmark-Jugend „übergeleitet“ werde. Weiters wurde der staatliche „Freiwillige Arbeitsdienst“ zu einem Sammellager illegaler nationalsozialistischer Betätigung.¹⁵⁸ Daneben entstanden noch zahlreiche andere, äußerlich oft möglichst harmlos wirkende Vereine, die sich als NS-Tarnorganisationen entpuppten.¹⁵⁹

Nicht selten konnten derartige Tarnorganisationen einfach deshalb existieren, weil sie von den Behörden stillschweigend geduldet wurden. Ein mangelnder Wille zur Umsetzung von Regierungsmaßnahmen war häufig zu beobachten. Viele österreichische Beamte, aber auch die Angehörigen freier Berufe wie Rechtsanwälte und Ärzte, waren traditionell deutschnational orientiert und gingen 1932/33 fast geschlossen ins Nazi-Lager über. Nach dem Verbot zogen sie sich zwar zurück, blieben aber zumeist insgeheim ihrer Überzeugung treu.¹⁶⁰

zur Kerntuppe des Putsches werden (Jagschitz, Putsch, S. 81; vgl. weiters ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4875, 171.524/33 „Verein ‚Deutscher Soldatenbund‘ mit dem Sitz in Wien, behördliche Auflösung“ sowie 167.599/33 „Glass Fridolin und Genossen; Verdacht des Verbrechens der Meuterei, ev. des Hochverrates“).

156 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4877, 201.606/33 „Turnvereine, geheime Fortsetzung der Tätigkeit der NSDAP (Hitlerbewegung)“.

157 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4894, 222.142/34 „Deutsche beziehungsweise deutschvölkische Turnvereine; Einstellung der Tätigkeit“; BKA, GDföS am 7. 8. 1934 an alle Sicherheitsdirektionen und Polizeibehörden.

158 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 202.036/33 „Nationalsozialistische (Hitler-) Bewegung im Juli 1933“.

159 Z. B. eine „Akademische Segelfliegergruppe“ – ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 225.841/33.

160 Pauley, Weg, S. 112.

Eine Erhebung über die „Politische Einstellung von Staatsanwälten und Richtern im Bundesland Steiermark“,¹⁶¹ die vom steirischen Sicherheitsdirektor im Oktober 1934 an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit in Wien übermittelt wurde, fiel im Sinne des austrofaschistischen Regimes verheerend aus:

- 53 Richter wurden als nationalsozialistisch bzw. als völkisch/national eingestuft;
- 29 als „vaterländisch“ (davon nur fünf als aktiv);
- weitere 23 Richter wurden als neutral bzw. indifferent bezeichnet (bei sieben davon war ihre Einstellung nicht bekannt).

Diesem Bericht zufolge waren sämtliche 17 Richter in Graz als nationalsozialistisch oder zumindest als völkisch eingestellt zu bezeichnen.

Natürlich ist eine derartige Auflistung sehr problematisch, weil ja Gesinnung etwas Schwankendes ist, etwas, das man gegen außen – gerade in solchen Zeiten und gerade als Richter und Staatsbeamter – nicht offen zur Schau stellt. Und die Einschätzung der Gesinnung durch Gendarmen ist wohl noch wesentlich problematischer – hier spielten viele Faktoren eine Rolle. Trotzdem, eine allgemeine Tendenz ist wohl deutlich zu erkennen. Und die häufigen Klagen der Exekutive bzw. der Heimwehren gegen das – ihrer Meinung nach – zu lasche Vorgehen der Justiz gegen NS-Täter war kaum zu überhören.

Allerdings wurden auch immer wieder Stimmen gegen das Verhalten der Gendarmerie und Polizei laut. Im Zusammenhang mit dem Juliputsch hieß es beispielsweise:

„Das Verhalten des Gendarmerieabteilungskommandanten XY in Leibnitz während der Umsturztag war mehr als fragwürdig. [...] Auf sein Verhalten ist das langsame Vorrücken des Bundesheeres nach Mureck und Radkersburg zu erklären, wodurch ein großer Teil der Nat.soz. nach Jugoslawien entfliehen konnte. Gend.-Major XY gilt als Nationalsozialist, war früher Landbündler und verkehrt privat nur in nationalsozialistischen Kreisen. Bei der Aufstellung des Schutzkorps bevorzugte er die Bauernwehr, bei deren Aufnahme er sehr wenig rigoros vorging. [...]

In der Umgebung von Radkersburg wurde angeblich der Gutsbesitzer Rittmeister AB verhaftet, der sich rühmte, durch seine Verbindung mit dem Gendarmerieoberstleutnant erfahre er alle die NSDAP bedrohenden Befehle. So habe er auch den Res. Bef. Nr. 50 längst vorher gekannt.“¹⁶²

161 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5140, 263.150/34. „Gegen die in Graz tätigen Staatsanwälte sowie gegen die bei den übrigen Gerichten eingeteilten staatsanwältlichen Funktionären kann hinsichtlich ihrer politischen Einstellung nichts Nachteiliges in Erfahrung gebracht werden.“ – Somit enthält die vorliegende Auflistung nur die politische Einstellung der Richter.

162 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903, 223.257/34 „Informationen über die Juliereignisse in Steiermark“.

5 Die Dynamik des nationalsozialistischen Aktionismus

Die von den Nationalsozialisten in der Weimarer Republik seit 1930 entwickelte Dynamik wird hauptsächlich mit der Weltwirtschaftskrise im allgemeinen und der Anziehungskraft der Person Adolf Hitlers im besonderen in Zusammenhang gebracht.¹⁶³

Als Anhängsel der deutschen Partei, das sie spätestens seit 1926 war, profitierte die österreichische NSDAP mit einiger Verzögerung vom Aufschwung „draußen im Reich“ und machte seit 1932 ihrerseits eine äußerst dynamische Entwicklung mit, die durch das Verbot der Partei am 19. Juni 1933 ihrem Charakter nach verändert, nicht aber gestoppt werden konnte. Nachfolgend wird versucht, diese dynamische Entwicklung für die Steiermark bzw. die obersteirische Industrieregion anhand der Akten der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit in ihren Grundzügen zu rekonstruieren. Vorerst aber soll kurz auf die Gemeinderatswahlen vom 24. April 1932 eingegangen werden.

5.1 Die Ausgangslage: Gemeinderatswahlen 1932

Die Erstellung eines Gesamtergebnisses dieser Wahlen für die Steiermark ist insofern problematisch, als erstens kein amtliches Endergebnis vorliegt, zweitens in ungefähr der Hälfte der über 1000 Gemeinden gar nicht gewählt wurde, weil nur eine einzige Liste kandidierte, und drittens – gerade im bürgerlichen und deutsch-nationalen Lager – von Gemeinde zu Gemeinde Gemeinschafts- und Namenslisten (zumeist als „Wirtschaftsliste“, „Wirtschaftsblock“, „Ständevertretung“ etc.) in unterschiedlichster Zusammensetzung auftraten.¹⁶⁴ Die Abbildung 5/1 zeigt das Gesamtergebnis von 351 steirischen Gemeinden.

163 So z. B. Alan Bullock: „Es war kein Zufall, daß die Massen sich Hitler erst nach Beginn der Weltwirtschaftskrise zuwendeten. [...] Er begriff wie kein anderer deutscher Politiker seiner Zeit ..., daß solche ökonomischen Rückschläge vor allem die Psyche der Menschen trafen und daß es die dadurch verursachten emotionalen Traumata waren – Angst, Ressentiments, Verzweiflung, Sehnsucht nach Sicherheit und neuer Hoffnung –, denen ein politischer Führer sich widmen mußte“ (Bullock, Hitler, S. 302 f.).

164 Zur Problematik einer Analyse der Ergebnisse der steirischen Gemeinderatswahlen von 1932 vgl. weiters: F. Schausberger, *Ins Parlament*, S. 172–177; E. Staudinger, *Entwicklung*, S. 54 f.; zusätzlich Elste/Hänisch, *Weg*, S. 107 (für Kärnten, wo es zeitgleich Gemeinderatswahlen gab, deren Ergebnisse in der Analyse ähnliche Probleme aufwerfen). Hinsichtlich des Gesamtergebnisses für die Steiermark herrscht in der Literatur einige Verwirrung: Jagschitz, *Struktur*, S. 11, datiert die Gemeinderatswahlen in Kärnten und der Steiermark auf März und April 1933 und nennt für die Steiermark einen Stimmenanteil der NSDAP von 16 %. Karner, *Steiermark*, S. 28, spricht hingegen von einem landesweiten Stimmenanteil der NSDAP von 3 %. Hänisch, *NSDAP-Wähler*, S. 95, spricht von 7,1 % auf Basis der Wahlberechtigten und 8,2 % auf Basis der gültigen Stimmen. F. Schausberger, *Ins Parlament*, S. 176, nennt 8,5 %. Karner beruft sich (S. 479, Anm. 12) auf das offizielle Gesamtergebnis, das im steirischen Landesgesetzblatt veröffentlicht wurde, während Hänisch sein Ergebnis mangels einer landesweiten Dokumentation aus einer Vielzahl von Zeitungsberichten errechnet hat. Als Basis hat Hänisch nur jene 351 Gemeinden genommen, deren Wahlergebnis bekannt und auswertbar ist. So gesehen werden die Unterschiede zwischen Karner

	Basis Wahlberechtigte		Basis gültige Stimmen	
	1928	1932	1928	1932
Bürgerliche Parteien	49,8 %	44,2 %	59,0 %	54,1 %
Sozialdemokraten	33,4 %	31,5 %	39,5 %	35,9 %
Nationalsozialisten	1,1 %	7,1 %	1,3 %	8,2 %
Kommunisten	0,1 %	1,6 %	0,2 %	1,8 %
Nichtwähler und Ungültige	15,6 %	15,6 %	—	—

Abbildung 5/1: Ergebnis der Gemeinderatswahlen vom 24. April 1932 in 351 steirischen Gemeinden im Vergleich zu den Gemeinderatswahlen vom 22. April 1928

Die NSDAP konnte demnach stark zulegen – auch im Vergleich zu den Landtagswahlen von 1930, wo sie 3,5 Prozent erreicht hatte. Trotzdem blieb sie bei diesen Gemeinderatswahlen weit hinter den Ergebnissen bei den gleichzeitig stattgefundenen Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg zurück.

Im Bezirk Leoben stellte die NSDAP in 17 von 21 Gemeinden, in denen ein Wahlverfahren stattfand, eine eigene Liste und erreichte 12,7 Prozent der gültigen Stimmen¹⁶⁵ (siehe Zusatzabbildung 5/a). In der Stadt Leoben gewannen die Nazis immerhin 1296 Stimmen oder 18,8 Prozent und stellten daraufhin den Vizebürgermeister; in der kleinen Gemeinde Hafning erreichten sie fast ein Drittel aller Stimmen, in St. Stefan und Mautern jeweils 28 Prozent, in Trofaiach und Kallwang jeweils 24 Prozent; in roten Hochburgen wie Donawitz, Göß, Niklasdorf, Vordernberg, aber auch Eisenerz blieb ihr Ergebnis hingegen unterdurchschnittlich – hier konnte zum Teil der Heimatschutz noch seine traditionelle Position als „antimarxistisches“ Bollwerk behaupten.

In den größeren Städten der Industrieregion blieben die Nazis zumeist unter zehn Prozent: Judenburg und Fohnsdorf jeweils 9,6 Prozent, Donawitz 8,0 Prozent, Bruck an der Mur 9,9 Prozent, Kapfenberg 8,7 Prozent; in Leoben erreichten sie aber 18,8 Prozent, in Knittelfeld 19,4 Prozent und in Mürzzuschlag 19,7 Prozent (womit sie in den beiden letztgenannten Gemeinden jeweils zur zweitstärksten Partei wurden). In sieben steirischen Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern, die bis auf eine (Leoben) von einer absoluten SDAP-Mehrheit beherrscht wurden, erreichte die NSDAP insgesamt 11,2 Prozent der gültigen Stimmen.¹⁶⁶

und Hänisch klar. Jagschitz scheint seine Zahlen aus dem Mitteilungsblatt der Landesleitung Österreich der NSDAP zu beziehen. F. Schausberger hat die Ergebnisse von 279 Gemeinden ausgewertet, die in zwei steirischen Tageszeitungen veröffentlicht wurden.

¹⁶⁵ Wenn man nur den Anteil in denjenigen Gemeinden rechnet, in denen die NSDAP tatsächlich antrat, waren es 13,3 %. Somit lag sie im Bezirk Leoben genau im Schnitt der gesamten Steiermark, wenn man nur die Ergebnisse in Orten berücksichtigt, in denen sich auch tatsächlich nationalsozialistische Kandidaten der Wahl stellten (13,2 % lt. Hänisch, NSDAP-Wähler, S. 95, Fn. 314).

¹⁶⁶ Prozentangaben nach Hänisch, NSDAP-Wähler, S. 97 f., und nach eigenen Berechnungen anhand der Angaben in der Obersteirischen Volkszeitung vom 26. April 1932.

5.2 Nationalsozialistische Versammlungen vom April 1932 bis zum Februar 1933

Das Zahlenmaterial, das sich aus den leider nicht vollständig überlieferten Monatsberichten des steirischen Landesgendarmeriekommandos gewinnen läßt, ist etwas fragmentarisch. Trotzdem reicht es aus, die Entwicklung der NS-Bewegung und ihre regionale Verteilung in der Steiermark während des knappen Jahres vom Erfolg der österreichischen Nazis bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen vom April 1932 bis zum Verfassungsbruch von Anfang März 1933 zu verfolgen.

Die Zahlen lassen einerseits Aussagen über die Stärke der NSDAP in einzelnen steirischen Bezirken und Landschaften zu und ermöglichen damit auch erste Rückschlüsse auf die soziale Schichtung und die Kernmilieus der Bewegung (siehe Punkt 6); andererseits erlauben sie es auch, den dynamischen Verlauf des Aufstiegs und – wie zu zeigen sein wird – seine Stockung nachzuvollziehen. Beides freilich im Rahmen einer gewissen Schwankungsbreite und mit bestimmten Vorbehalten. Manches könnte falsch oder mangelhaft sein, anderes wurde möglicherweise nicht erfaßt oder vergessen.¹⁶⁷ In der Analyse erweisen sich die Zahlen als sehr kongruent und schlüssig. Und sie werden praktisch immer durch die verschiedensten anderen Quellen und die Fachliteratur verifiziert.

	Apr. 32	Mai 32	Juni 32	Juli 32	Aug. 32	Sep. 32
Anzahl der Versammlungen	124	62	k. A.	k. A.	157	138
Gesamtanzahl der Teilnehmer	14.558	7.113	k. A.	k. A.	20.976	11.380
Ø Teilnehmer pro Versammlung	117	115	k. A.	k. A.	134	82
	Okt. 32	Nov. 32	Dez. 32	Jän. 33	Feb. 33	Gesamt
Anzahl der Versammlungen	157	k. A.	22	37	89	786
Gesamtanzahl der Teilnehmer	10.433	k. A.	1.857	3.675	9.821	79.813
Ø Teilnehmer pro Versammlung	66	k. A.	84	99	110	102

Abbildung 5/2: Nationalsozialistische Versammlungen in der Steiermark (außer Graz-Stadt) von April 1932 bis Februar 1933

Abbildung 5/2 läßt einen gleichmäßigen und sehr schnellen Anstieg der NSDAP und ihrer Aktivitäten in der ganzen Steiermark bis zum August 1932 erkennen. Leider fehlen die wichtigen Berichte für Juni und Juli, aber die diesbezügliche Formulierung im LGK-Monatsbericht August sind ein eindeutiges Indiz für die Gültigkeit dieser Annahme:

¹⁶⁷ Man darf z. B. generell nicht übersehen, daß sehr oft viele politische Gegner organisiert an den Veranstaltungen der Nazis teilnahmen. So befanden sich zum Beispiel unter den 240 Teilnehmern einer Versammlung in St. Peter-Freienstein am 24. September 1932 130 Sozialdemokraten und Kommunisten; unter den 300 Teilnehmern einer Veranstaltung in St. Peter a. O. zumeist Christlichsoziale und Landbündler; bei einer Veranstaltung in Klöch, Bezirk Radkersburg, am 25. September unter 130 Teilnehmern 100 Gegner. Allerdings beweist vielleicht gerade der Umstand, daß eine derartig große Anzahl Gegner angezogen wurde – und sei es, um die Veranstaltung zu stören –, die enorme Wirkungskraft der Nazi-Bewegung.

„Die nationalsozialistische Bewegung erfuhr im August eine weitere Steigerung und erzielte einen Rekord von 161 öffentlichen Versammlungen. [...] Die stete Zunahme der Bewegung ist unverkennbar und gewinnt auch unter der Bauernschaft, hauptsächlich im Oberlande, immer mehr an Boden. Sie äußert sich auch in den meist beifälligen Aufnahmen der Versammlungsreden und im Anwachsen der Zahl der Versammlungsteilnehmer.“¹⁶⁸

Der Rückgang bei der Zahl der Versammlungen im Mai gegenüber dem April ist wohl als ein Atemschnöpfen nach dem Gemeinderatswahlkampf zu verstehen. Offensichtlich waren die Ressourcen im April voll ausgeschöpft worden. Sehr schnell aber – und zwar innerhalb weniger Wochen – nahm man an Stärke so zu, daß man in der Lage war, eine Art permanenten Wahlkampf zu führen.¹⁶⁹

Die monatlichen Lageberichte zeigen, daß diese permanente Propagandawelle professionell geplant und generalstabsmäßig organisiert war und das kleinste Dorf und hinterste Tal erreichte. Bestimmte Redner traten immer wieder in allen Teilen des Landes auf.¹⁷⁰ Um diese Kampagnen durchzuführen, bedurfte es – bei allem Fanatismus und selbstlosen Einsatz – sicher auch größerer Geldsummen, allein schon zur Deckung der Spesen. Man bedenke nur die damaligen Verkehrsverhältnisse, die die oft weite Anreise zu abgelegenen Versammlungsorten ungleich mühsamer machten, als das heute der Fall wäre.

Ab September kam es zu einem auffälligen Einbruch, und zwar weniger bei der Anzahl der Versammlungen als vielmehr bei den durchschnittlichen Teilnehmern pro Versammlung. Waren im August noch im Schnitt 134 Besucher pro Versammlung gezählt worden, so waren es im September 82 und im Oktober überhaupt nur noch 66. Die Zahl der Veranstaltung blieb zwar gleich hoch, das heißt, die Aktivisten waren nach wie vor voll im Einsatz, aber die Menschen ließen sich nicht mehr so ansprechen wie im Sommer; der Durchschnitt der Besucher ging vom August bis zum Oktober 1932 um die Hälfte zurück. Die Begeisterung flaute vorerst einmal ab.

Ein Umstand, der vom LGK sehr genau registriert wurde:

„Obwohl die Versammlungstätigkeit der Nationalsozialisten nach wie vor eine äußere Rege ist und sie nichts unversucht lassen, auch in den kleinsten Orten Fuß zu fassen, scheint die Bewegung doch infolge des nunmehr eingesetzten energischen Widerstandes in den christlichsozialen und landbündlerischen Gemeinden keine wesentlichen Fortschritte mehr zu machen.“¹⁷¹

168 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 212.292/32 „Nationalsozialistische Bewegung im August 1932“. Eine genaue Auswertung der vom LGK genannten Zahlen ergibt, daß 157 Versammlungen stattfanden, nicht wie angegeben 161.

169 Ähnlich Elste/Hänisch, Weg, S. 85: „Sie [die NSDAP] agierte vor Ort in Permanenz und nicht nur zu den anstehenden Wahlterminen.“

170 Die Gau-Nachrichten, 1. Jg., Folge 4, 10. 2. 1931, enthalten eine Liste sogenannter „Gau-redner“, deren Namen in weiterer Folge in den Gendarmerieberichten als Versammlungsredner immer wieder auftauchen.

171 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 237.816/32 „Nationalsozialistische Bewegung im Oktober 1932“.

Die Zahlen für Dezember 1932 und Jänner 1933 sind wenig aussagekräftig. Zum einen mag die Jahreszeit eine ausgedehnte Versammlungstätigkeit – zumal unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise, die im Winter 1932/33 auf dem Höhepunkt war – unterbunden haben; zum anderen – und das ist wohl der Hauptgrund – wirkte ein von der Regierung am 1. Dezember 1932 erlassenes befristetes Versammlungs- und Aufmarschverbot.

Der Rückgang des Zulaufs zur NSDAP, den die Zahlen vordergründig nahelegen, war aber anscheinend tatsächlich deutlich spür- und erkennbar:

„Die Nationalsozialisten haben in ihrer Bewegung, was die Versammlungs- und sonstige öffentliche Tätigkeit betrifft, gegenüber den Vormonaten einen auffälligen Rückgang erfahren. Hiefür mag wohl das erlassene Verbot der Abhaltung allgemein zugänglicher Versammlungen, Aufzüge usw. die hauptsächliche Ursache sein. [...] Aber abgesehen davon ist ein Nachlassen der Zugkraft der nationalsozialistischen Idee unverkennbar, was sich besonders im Zurückgehen des Besuches der Versammlungen ausdrückt.“¹⁷²

Die Entwicklung in Deutschland ist in dieser Hinsicht von Bedeutung. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 war die NSDAP mit 13,746 Millionen Stimmen (37,3 Prozent) und 230 Sitzen zur stärksten Partei geworden. Als es ihr in weiterer Folge nicht gelang, die Regierung zu übernehmen, geriet sie in eine Phase der Depression und des Abschwungs. Die Reichstagswahlen vom 6. November 1932 brachten einen deutlichen Rückgang auf 11,737 Millionen Stimmen (33,1 Prozent) und 196 Sitze – womit sie allerdings nach wie vor stärkste Reichstagsfraktion blieb.

Der aus der Versammlungsstatistik (Abbildung 5/2) ablesbare Höhepunkt im August und der Abschwung ab September 1932 vollzog sich augenscheinlich parallel zu Deutschland. Die Bindung der österreichischen NSDAP an die Partei „im Reich“ wird dadurch deutlich. Ein weiteres Indiz für diese Entwicklung ist der Ausgang der Landtagswahlen in Vorarlberg, wo man am 6. November 1932 den Stimmenanteil der letzten Landtagswahlen von 1928 zwar von einem auf 10,5 Prozent verzehnfachen konnte, im Vergleich zu den Ergebnissen in Wien, Niederösterreich und Salzburg im Frühjahr aber enttäuschend abschnitt.¹⁷³

Ende des Jahres befand sich die NSDAP auf einem Tiefpunkt – sowohl in Deutschland, wo der nationalsozialistische Angriff auf den Staat abgeschlagen schien, als auch in Österreich, wo es bislang nicht gelungen war, auch nur annähernd die Stärke der deutschen Mutterpartei zu erreichen.

Zur fatalen Wende kam es am 30. Jänner 1933, dem Tag der „Machtergreifung“ Hitlers in Deutschland. Im Februar wurde in der Steiermark wieder ein deutliches Anwachsen der NS-Bewegung erkennbar, während man im Jänner eine zwar „ziemlich rührige Tätigkeit“ entwickelt hatte, letztlich aber noch in Stagnation verharret war. Jetzt aber hieß es:

172 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 105.939/33 „Nationalsozialistische Bewegung im Dezember 1932“.

173 F. Schausberger, Ins Parlament, S. 162–167.

„Die Nationalsozialisten haben im Monate Feber 1933 wieder eine äußerst lebhaftige Werbe- und Versammlungstätigkeit entwickelt. Durch die Ende Jänner 1933 erfolgte Übernahme der Kanzlerschaft in Deutschland durch ihren Führer Adolf Hitler gewann die Bewegung wieder neuerlich – namentlich unter der Jugend – an Zugkraft, weil nun die Verwirklichung ihrer radikalen Programmpunkte wenigstens in Deutschland in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist. [...] Die Werbetätigkeit wird konsequent auch auf das flache Land ausgedehnt, wo die allgemein herrschende Notlage und Unzufriedenheit mit den behördlichen Maßnahmen für die Bewegung einen guten Nährboden abgibt.“¹⁷⁴

Eine detaillierte Versammlungsstatistik (Abbildung 6/2 und Zusatzabbildung 6/b) stellt neben der regionalen Verteilung auch den zeitlichen Verlauf in den einzelnen Bezirken dar. Wenn man den April 1932 zum Vergleich und als Ausgangspunkt heranzieht, zeigt sich, daß die Partei sehr rasch flächendeckend organisiert war und bald das ganze Land gleichmäßig mit Versammlungen überziehen konnte. Die agrarischen Bezirke der Ost-, West- und Südsteiermark wurden rasch von der NS-Propagandawelle erfaßt, während man in den traditionellen Hochburgen (wie etwa Leoben, Mürzzuschlag, Judenburg, Gröbming, Liezen) wahrscheinlich zugunsten bisher vernachlässigter Bezirke etwas zurücksteckte. Die äußerst rechte Spalte der Zusatzabbildung 6/c zeigt deutlich, daß die Intensität der Aktivitäten in den traditionellen Hochburgen nach dem April 1932 zugunsten der weniger starken Bezirke zurückging.

Es wäre aber wohl voreilig, die Zunahme der Besucherzahlen und Versammlungen in den agrarischen Bezirken mit einer Zunahme der Begeisterung für die NSDAP gleichzusetzen. Die monatlichen Lageberichte zeigen, daß sich gerade auf dem Land erhebliche Widerstände regten. Zwar wird auch in diesen Bereichen ein genereller Zuwachs für die NSDAP registriert, vor allem aber auf Kosten der Großdeutschen; Christlichsoziale und Landbund setzten den Nazis nach einigen „Schrecksekunden“ offensichtlich starken Widerstand entgegen, der ab September 1932 ganz offensichtlich Früchte zu tragen begann.

5.3 Mitgliederentwicklung zwischen September 1932 und Mai 1933

NS-interne Statistiken, die in den Steirischen Gau-Nachrichten, einem Mitteilungsblatt der Gauleitung für „Ortsgruppen, Ämterführer, Redner, Stützpunktführer [und] Vertrauensmänner“, veröffentlicht wurden, lassen Rückschlüsse auf die äußerst fulminante Mitgliederentwicklung in den Jahren 1932/33 zu. Leider werden in diesen Statistiken keine konkreten Zahlen genannt, sondern nur einigermaßen undurchsichtige Verhältniszahlen, zu denen keine Bezugsgröße angegeben wurde – offensichtlich war man seitens der Gauleitung bemüht, die tatsächlichen

¹⁷⁴ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 130.486/33 „Nationalsozialistische Bewegung im Monate Feber 1933“.

Zahlen nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.¹⁷⁵ Trotzdem sind diese Statistiken sehr nützlich, weil sie erstens die relative Stärke in den einzelnen Gerichtsbezirken der Steiermark erkennen lassen und zweitens auch die dynamische Entwicklung über einen gewissen Zeitraum zeigen (siehe Zusatzabbildung 6/d).

In dem genannten Zeitraum von nur sieben Monaten nahm die NSDAP-Mitgliedschaft diesen internen Angaben zufolge in der ganzen Steiermark (mit Graz-Stadt) um nicht weniger als 110 Prozent zu, wobei es – einerseits flächenmäßig betrachtet, andererseits über den Zeitverlauf – starke Wachstumsunterschiede gab.

In den Bezirken der obersteirischen Industrieregion, die bis auf eine Ausnahme in der ersten Hälfte der steirischen Gerichtsbezirke lagen, betrug die Zunahme im großen und ganzen zwischen 50 und 100 Prozent, also etwas weniger als der Gau-durchschnitt – allerdings war die Ausgangsbasis in der Obersteiermark wesentlich besser gewesen als in den untersteirischen Agrarbezirken, wo zwischen September 1932 und Mai 1933 die größte Zunahme zu verzeichnen war.

Es fällt auf, daß im Oktober/November 1932 ein ähnlicher Einbruch zu konstatieren ist wie bei den Versammlungsstatistiken. Die obersteirischen Bezirke stagnierten: Schladming beispielsweise – immer der mit Abstand führende Bezirk – erlebte einen Rückgang vom September auf Oktober 1932 von 80,60 auf 73,80; insgesamt gab es keine oder nur sehr geringe Fortschritte, manchmal auch einen Rückgang. Auch die Zahl der Ortsgruppen-Neugründungen ging auffallend zurück.¹⁷⁶

Mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland setzte sich dann der Aufstieg mit neugewonnener Kraft fort: Ein richtiggehender Run zur Mitgliedschaft bei der NSDAP war nun zu verzeichnen, so daß in den Gau-Nachrichten wiederholt gewarnt wurde, bei der Neuaufnahme von Mitgliedern sorgfältig vorzugehen, da viele „Konjunkturritter“ zur Partei drängten.

5.4 Übergang zu illegalen Aktions- und Kampfformen

Spätestens ab März 1933 erfolgte parallel zum „autoritären Kurs“ der Regierung der Übergang zu Aktionsformen, die später in der Illegalität verstärkt zum Einsatz kamen und ausgebaut wurden.

Als Antwort auf die diktatorischen Maßnahmen der Regierung gingen die Sozialdemokraten in die Defensive, die Nationalsozialisten in die Offensive. Der Grund für dieses so unterschiedliche Verhalten war klar: Zum einen hatten die Nazis in Österreich keine mühsam errungenen Positionen zu verteidigen, zum anderen hatten sie durch die Ereignisse in Deutschland einen ungeheuren Aufschwung erfahren. In jenen Monaten befanden sie sich offensichtlich in der Erwartung des nahen Sieges.

¹⁷⁵ Vgl. Elste/Hänisch, Weg, S. 80. Lt. Pauley, Hahnenschwanz, S. 164, zählte die steirische NSDAP am 30. Jänner 1933 5433 Mitglieder, Mitte Juni jedoch bereits 9835. Die österreichische NSDAP wuchs im gleichen Zeitraum von 43.129 auf 68.465 Mitglieder an.

¹⁷⁶ Gau-Nachrichten, 2. Jg., Folge 34, 4. 11. 1932.

Und vor der Folie dieser absoluten Sieges- und Heilserwartung der ersten Jahreshälfte 1933 entwickelten sich die zunehmend brutaler werdenden Kampf- und Aktionsformen der Illegalität – eine Entwicklung, die im Juli 1934 ihren Höhepunkt erreichte.

Aber die illegalen Kampfformen entstanden nicht erst im März 1933, sondern entwickelten sich aus den Straßen- und Saalschlachten, Prügeleien etc. des Jahres 1932 und der Jahre davor. Nachdem die Demokratie für die Nazis nur ein Mittel zum Zweck der eigenen Machtergreifung war, war es für sie auch völlig unproblematisch und unkompliziert, von gewohnten Formen Abstand zu nehmen. Das rasche und umstandslose Einsetzen des illegalen Kampfes bewies letztlich, daß man in der Führung der Partei darauf vorbereitet war, unter Umständen auf neue Formen der politischen Agitation umzusteigen.

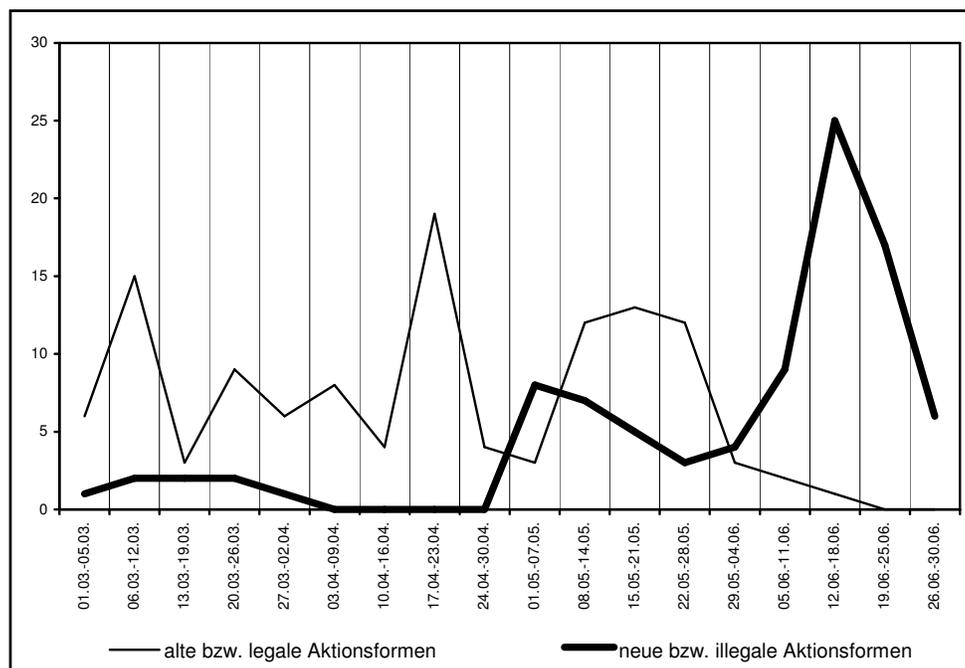


Abbildung 5/3: Der Übergang der NSDAP in der obersteirischen Industrieregion zu illegalen Aktions- und Kampfformen zwischen Anfang März und Ende Juni 1933 (Zahl der in den LGK-Berichten erwähnten Fälle)

Unter neuen bzw. illegalen Aktionsformen (siehe Abbildung 5/3) befindet sich alles, was sich von früher unterschied, dem Charakter nach neu war und die illegalen Aktionen der nächsten Jahre bestimmen würde: Schmieraktionen, Bummel und „spontane“ Straßendemonstrationen, Höhenfeuer, Papierböllern- und Sprengstoffanschläge, Sabotageakte; alte militante Aktionsformen, wie offene Zusammenstöße mit politischen Gegnern (vor allem Linke, aber auch Heimwehr) oder etwa Exekutionsvereitelungen, traten unter dem Druck des sich zunehmend etablierenden Polizeistaates nach und nach zurück, ebenso natürlich alte zivile Formen wie politische Versammlungen, Ansprachen, Aufmärsche, Appelle, Festveranstaltungen.

tungen, sogenannte gesellige Zusammenkünfte („Deutsche Abende“, „Bunte Abende“) etc. Die verschärfte Gangart der Regierung machte es nötig, neue politische Ausdrucksformen zu finden. Diese neuen Formen waren allerdings in den alten oft bereits implizit angelegt und gingen nicht selten direkt aus ihnen hervor.¹⁷⁷

Den Auftakt zu einem verstärkten öffentlichen Auftritt der österreichischen Nazis gab der Wahlsieg der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933: In der ganzen Steiermark (mit Ausnahme von Graz-Stadt) fanden aus diesem Anlaß 19 Fackelzüge mit Musik und elf Kundgebungen statt.¹⁷⁸ Am selben Tag ging die Dollfuß-Regierung vom rechtsstaatlichen Weg ab. Und so lassen sich für den März auch die ersten typisch illegalen Aktionsformen beobachten: Klebe- und Schmieraktionen, Höhenfeuer, sogenannte Straßenbummel (als provokante Alternative zu den nunmehr verbotenen Aufmärschen und Demonstrationen).

Im März 1933 kam es noch zu den aus den vorangegangenen Jahren bekannten Störungen, Gegenveranstaltungen und -demonstrationen (zumeist linksgerichteter) politischer Gegner, ebenso traten Nazis bei gegnerischen Veranstaltungen als Unruhestifter auf; ab April wurde von derartigen Aktionen zunehmend weniger berichtet.

Der April 1933 verlief nach dem stürmischen März – auch von den Maßnahmen der Regierungsseite her gesehen – relativ ruhig; einen Höhepunkt erreichte die NS-Propagandatätigkeit, die in diesem Monat in der obersteirischen Industrieregion ausschließlich in traditionellen Bahnen verlief, rund um den 20. April („Führers Geburtstag“) mit zahlreichen Geburtstagsfeiern, Freudenfeuern, ja sogar Gottesdiensten.

„Die behördlich auferlegten Beschränkungen – wie Versammlungs-, Aufmarsch- und Uniformverbot – werden von den Nationalsozialisten zwar als unangenehm empfunden, sie trachten aber unverdrossen, die tatsächlich entstandenen Einbußen an Werbungsmöglichkeiten durch lebhaftes Agitation von Mann zu Mann, durch intensiven Vertrieb ihrer Presse und Umgehung des Versammlungsverbot durch möglichst zahlreiche Abhaltungen von Mitgliederversammlungen und Versammlungen geladener Gäste wettzumachen.“¹⁷⁹

177 Nicht wenige dieser „neuen“ Aktionsformen der nationalsozialistischen Illegalität wurzeln tief in den Nationalitätenkämpfen der Donaumonarchie und waren oft im deutschnationalen Milieu der Universitäten entwickelt worden. In Prag z. B., wo 1908 sogar das Standrecht ausgerufen werden mußte, „diente der ‚Bummel‘ deutscher Burschenschafter über den Graben als bewährtes und sicheres Mittel, nationale Krawalle auszulösen“ (Hamann, Wien, S. 389).

178 Diese Veranstaltungen fanden zumeist am 6. März oder den darauffolgenden Tagen statt; deshalb scheinen sie in der Abb. 5/3 erst in der Woche vom 6. bis 12. 3. auf. Vgl. auch Gau-Nachrichten, 3. Jg., Folge 12, 28. 2. 1933, in denen ganz exakte „Richtlinien betreffend Durchführung der Siegeskundgebungen am 6. und 7. März 1933“ erlassen wurden.

179 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 160.849/33 „Nationalsozialistische Bewegung im Monate April 1933“.

Anfang Mai setzte eine deutlich verschärfte Gangart ein, wie die LGK-Berichte deutlich erkennen lassen. In den Gau-Nachrichten erschien – im Zusammenhang mit dem von der Regierung erlassenen Uniformverbot – die folgende Anweisung:

„Sonntag, den 7. d. M. mit dem Beginn von 10 Uhr gehen sämtliche Parteigenossen, SA, SS-Männer, HJ und Sympathisierende in ihrem Orte spazieren. Uniform darf nicht getragen werden, sondern Zivilhose, weißes Hemd, schwarze Binde mit Hakenkreuznadel. Kopfbedeckung wird keine getragen. Der Spaziergang soll etwa zwei Stunden dauern. Der Spaziergang darf natürlich kein militärisches Marschieren sein. Schmährufe gegen die Regierung sind zu unterlassen.

In nächster Zeit sollen überall, wo es nicht ausdrücklich verboten ist, namentlich an Bahnlinien, Hakenkreuzzettel geklebt werden. Sachschäden sind dabei zu vermeiden.“¹⁸⁰

Von Mitte Mai an spitzte sich die Lage zu. Der Besuch des deutschen „Reichsjustizkommissars“ Hans Frank und der am 27. Mai 1933 erlassene Boykott des österreichischen Fremdenverkehrs durch das Deutsche Reich („Tausendmarksperr“) mündeten in einer nationalsozialistischen Terrorwelle gegen Österreich. Ab 12. Juni 1933 kam es in allen Teilen des Landes zu zahlreichen Terror- und Sabotageakten. Gleichzeitig – fast parallel – wurden im ganzen Bundesgebiet NS-Führer verhaftet:

„Auf Grund des Erlasses des Sicherheitsministers vom 12. 6. 1933 ... sind sämtliche nationalsozialistischen Gauleiter, politischen Führer, SA- und SS-Führer, die an oberster Spitze stehen, in Haft zu nehmen, weil mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Ereignisse in den letzten Tagen den Verdacht begründet erscheinen lassen, daß die Gesetzwidrigkeiten von einer Zentrale geleitet werden [sic].“¹⁸¹

Auch hier – der NS-Angriff auf den österreichischen Staat und die Abwehrmaßnahmen der Regierung gingen fast Hand in Hand und führten zu einer weiteren Drehung der Eskalationsschraube. Bis zum 19. Juni kamen in ganz Österreich infolge der Terrorakte drei Personen ums Leben, und es wurden fünf weitere schwer verletzt.¹⁸² Das LGK vermerkte diesbezüglich:

„Die früheren Verbote und Einschränkungen hatten nur zur Folge, daß die Tätigkeit der Partei immer bedenklichere und radikalere Formen annahm, weshalb die zuletzt getroffenen Regierungsmaßnahmen dringend notwendig waren und auch bereits eine sichtliche Beruhigung der Lage im Lande zur Folge hatten.“¹⁸³

180 Gau-Nachrichten, Folge 27, 6. Mai 1933.

181 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 171.854/33.

182 Botz, Gewalt, S. 216.

183 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 187.701/33 „Nationalsozialistische (Hitler-) Bewegung im Juni 1933“.

Das Verbot der NSDAP am 19. Juni 1933 führte – zumindest in der Industrieregion, in der es in den letzten Wochen buchstäblich tagtäglich zu NS-Aktionen bis hin zu Sprengstoffanschlägen gekommen war – zu einem kurzen Aussetzen der nationalsozialistischen Betätigung. Am 19., 20. und 21. Juni blieb alles ruhig – eine Art Schrecksekunde?

Jedenfalls konnte sich die NSDAP von dem längst erwarteten Schritt der Regierung relativ schnell erholen und rasch weitere gefährliche Aktionen setzen. Das Verbot hatte die Partei weder unerwartet noch unvorbereitet getroffen.¹⁸⁴ Die Grundstrukturen der illegalen NSDAP waren bereits vor dem 19. Juni 1933 gebildet worden.

5.5 Nationalsozialistische Aktivitäten in der obersteirischen Industrieregion von Ende Mai bis Ende Oktober 1933

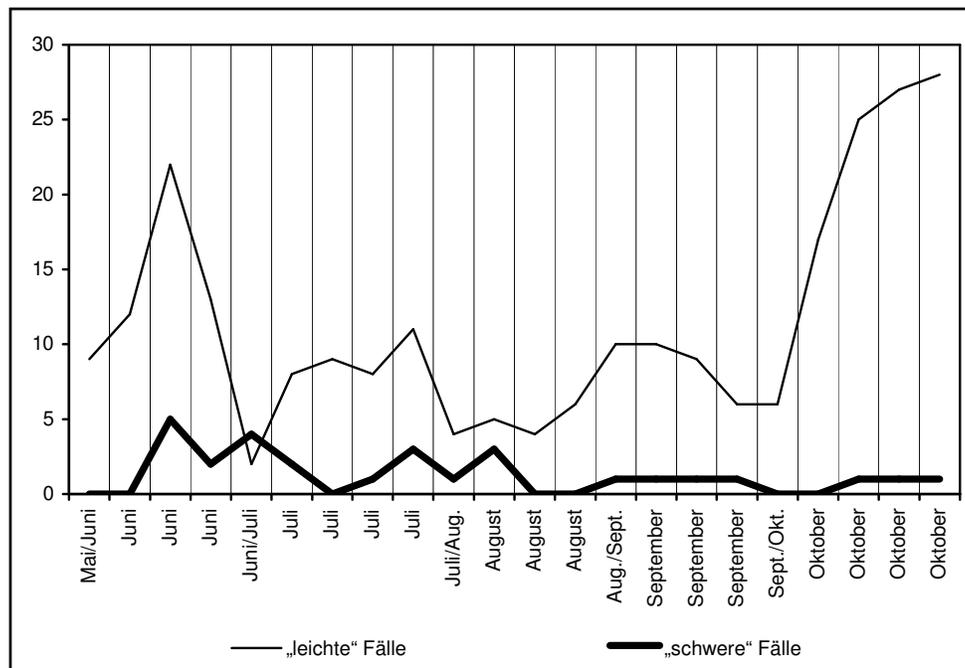


Abbildung 5/4: Verlauf der NS-Aktivitäten in der obersteirischen Industrieregion vom 29. Mai bis zum 29. Oktober 1933 (pro Woche)

Die Abbildung 5/4 zeigt den Kurvenverlauf der NS-Aktivitäten in der Industrieregion in der Übergangsphase bzw. in der Frühphase der Illegalität. Ein erster Hö-

¹⁸⁴ „Das Verbot traf die Partei unvorbereitet, wenn auch nicht unerwartet, doch waren noch keine effizienten Maßnahmen für eine Illegalität getroffen“ (Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, S. 243). Zahlreiche von der Exekutive sichergestellte NS-interne Dokumente zeigen demgegenüber, daß spätestens seit Mai 1933 Maßnahmen für den Fall des unmittelbar bevorstehenden Verbots getroffen wurden (vgl. z. B. ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4876). Inwiefern diese Maßnahmen „effizient“ waren, darüber freilich läßt sich streiten.

hepunkt wurde durch die Terrorwelle vom 12. bis 19. Juni 1933 erreicht, die unmittelbar das Verbot der Partei in Österreich auslöste. Danach kam es zu einem Absinken der Aktivitäten, die während des ganzen Sommers aber auf einem mittleren Niveau anhielten.

Immer wieder wurden Aktionen „leichten“ Charakters, also verbotene Versammlungen und Demonstrationen, Klebe- und Schmieraktionen, Höhenfeuer etc., durchgeführt, nicht selten aber auch Sabotage- und Terrorakte. Im Oktober nahmen die verbotenen Aktivitäten auffallend zu, was im Monatsbericht der Gendarmerie etwas verklausuliert folgendermaßen klingt:

„Gegenüber den Vormonaten hat die verbotene Tätigkeit der Angehörigen der ehemaligen nationalsozialistischen Partei im Oktober 1933 nicht abgenommen. Nach der Tatsache, daß verschiedene verbotene Aktionen im Lande fast überall zu gleicher Zeit vorgenommen wurden, zu schließen, erscheint die Annahme nicht unbegründet, daß die einzelnen Aktionen von einer Zentralstelle aus durch einen geheimen Nachrichten- und Verbindungsdienst fallweise angeordnet werden.“¹⁸⁵

Der nationalsozialistische Aktionismus war gelenkt. Es bestand offensichtlich ein gut funktionierender Verbindungsdienst, der es möglich machte, schlagartig mit Aktionen zu beginnen – oder auch, wie am 12. Februar 1934, derartige Aktionen auf Kommando zu stoppen. Inwiefern es regionale Unterschiede bzw. Unterschiede zwischen einzelnen Formationen, Gruppen und Cliques der illegalen NSDAP gab, läßt sich aus dem vorhandenen Material freilich nicht erschließen.

Hinsichtlich der Unterscheidung in „leichte“ und „schwere“ Fälle ist vor allem auffallend, daß die im Oktober einsetzende Propagandawelle verhältnismäßig friedlich verlief. Im Gegensatz zum Juni/Juli/August stiegen die „schweren“ Fälle (also Sabotage und Terror) nicht parallel zu den „leichten“ Fällen (Propaganda) an.

5.6 Nationalsozialistische Terror- und Sabotageaktionen in der obersteirischen Industrieregion Anfang 1934

Zwischen dem 31. Dezember 1933 und dem 10. Februar 1934 wurden von der Gendarmerie in der obersteirischen Industrieregion 237 Fälle von gelungenen und versuchten Sprengstoff- und Böllerdetonationen gezählt, die überwiegend von Nationalsozialisten initiiert wurden (von linkem Bombenterror in größerem Maßstab wird erst nach dem 12. Februar 1934 berichtet). Das Liniendiagramm der täglichen Explosionen (siehe Abbildung 5/5) zeigt heftige Ausschläge mit zwei markanten Höhepunkten am 20. Jänner und am 1. Februar 1934. Beide Male stand das Gebiet von Leoben/Donawitz im Zentrum; am 20. Jänner explodierten alleine in Leoben zwischen 20.30 und 21 Uhr 23 Papierböller und zwei Sprengkörper.

¹⁸⁵ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5136, 242.388/33 „Nationalsozialistische (Hitler-) Bewegung im Oktober 1933“.

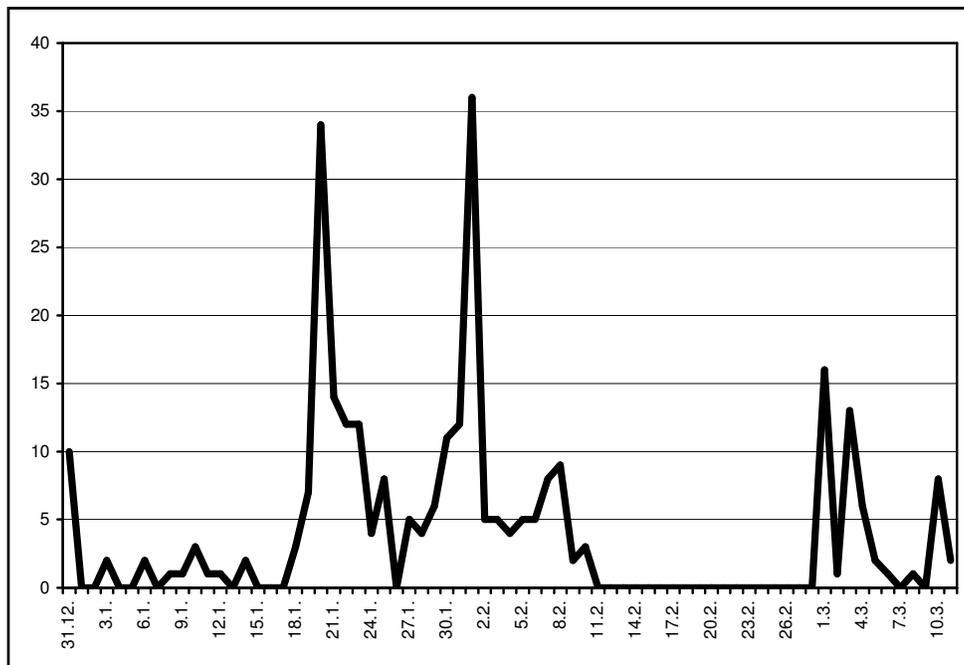


Abbildung 5/5: Nationalsozialistische Böller- und Sprengstoffanschläge vom 31. Dezember 1933 bis 11. März 1934 in der obersteirischen Industrieregion (gelingene und mißlungene Explosionen – täglich)

Am 12. Februar 1934 – dem Tag des Schutzbundaufstandes – ebte diese Welle der Gewalt schlagartig völlig ab. Theo Habicht verkündete eine Woche später über Rundfunk einen mit bestimmten Bedingungen für einen „Friedensschluß“ mit der Regierung verknüpften „Waffenstillstand“ bis Ende Februar, der auch ausnahmslos eingehalten wurde, wie das Tagesdiagramm eindrucksvoll zeigt. Beginnend mit 1. März kam es wieder zu einer Reihe von Explosionen, die insgesamt aber nicht mehr das Ausmaß von Ende Jänner/Anfang Februar erreichten. – Bei aller Konkurrenz scheint zu diesem Zeitpunkt die zentrale Führung der illegalen NSDAP von Deutschland aus noch verhältnismäßig klaglos funktioniert zu haben.

Eine Aufgliederung nach Bezirken belegt, daß Leoben eindeutig das Zentrum des NS-Terrors in der obersteirischen Industrieregion war. Die drei anderen Bezirke lagen ungefähr gleichauf.

Die Abbildung 5/6 zeigt ein Beispiel für eine offensichtlich im größeren Maßstab geplante Sabotageaktion in der obersteirischen Industrieregion gegen Einrichtungen der Bahn und Post im Jänner 1934. Auch hier wird exakt abgesprochenes, konzertiertes Vorgehen deutlich.

Ähnliche Aktionen hatte es entlang der Südbahnstrecke am 18. Jänner anlässlich der Durchfahrt des italienischen Unterstaatssekretärs Suvich gegeben.¹⁸⁶

¹⁸⁶ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5137, 112.702/34 „Lagebericht IV/Jänner 1934“.

Bezirk Judenburg	
Bahn zwischen Judenburg und Zeltweg (km 239)	zwischen 0.30 und 0.45 Uhr neun Leitungsdrähte und zwei Signaldrähte der Eisenbahn mittels Drahtschere abgezwickelt; Verzögerungen im Zugverkehr; Täter unbekannt
Bahn zwischen Judenburg und Zeltweg (km 233,3)	zwischen 0.30 und 0.45 Uhr ein Signaldraht und 16 Telegrafendrähte durchgeschnitten; Täter unbekannt
Bahn zwischen Zeltweg und Knittelfeld (km 231,1)	zwischen 0.30 und 0.45 Uhr zwei Signaldrähte und 17 Telegrafendrähte durchgeschnitten; Täter unbekannt
Bezirk Leoben	
Präbichl	Beschädigung der Telefon- und Telegrafenerleitung Eisenerz–Leoben; Täter unbekannt; Sachschaden ca. 120 S
Donawitz	drei Telefon- und 17 Telegrafenerleitungen zerschnitten; unbekannte Täter; Schaden ca. 200 S
Eisenerz	Abzwicken der Drähte der staatlichen Telefon- und Telegrafenerleitung Richtung Hiefalau und Vordernberg; Täter unbekannt
Gemeindegrenze Trofaiach/Hafning	Anschlag auf die Telefon- und Signalleitung der Leobner-Vordernberg-Bahn; dadurch wurden Zugverspätungen verursacht
Bezirk Bruck an der Mur	
Bahnstrecke Bruck–Leoben	Zwischen 1.15 und 1.35 Uhr Unterbrechung sämtlicher Fernsprechklinen und der elektrischen Blocklinie zwischen Bruck und Oberaich; ein Ein-fahrtssignal durch Abzwicken des Signaldrahtes außer Kraft gesetzt; Schaden ca. 500 S; Täter unbekannt
Politische Expositur Mürzzuschlag	
Mürzzuschlag–Neuberg	Neun Telefondrähte entlang der Bahnlinie und sechs Telefondrähte entlang der Bundesstraße abgezwickelt; Täter unbekannt; Schaden 60 S

Abbildung 5/6: Anschläge auf Telefon-, Telegrafener- und Signalleitungen in der Nacht vom 27. auf den 28. Jänner 1934 in der obersteirischen Industrieregion

5.7 Verhaftete und angezeigte Nationalsozialisten in der Steiermark von Juli 1933 bis November 1934

Eine vom LGK jeden Monat erstellte und nach bestimmten Vergehen aufgegliederte Gesamtstatistik der verhafteten und angezeigten Nationalsozialisten zeigt, daß ab Jahreswechsel 1933/34 die NS-Aktivitäten in der Steiermark zunahmen, dann anlässlich der Februarereignisse zurückgingen, um im April 1934 einen weiteren Höhepunkt zu erreichen (siehe Abbildung 5/7). Allerdings waren die NS-Aktivitäten im April – zumindest der Zahl der Angezeigten und Verhafteten zufolge¹⁸⁷ – weniger gewalttätig als im Jänner. Während danach die „leichten“ Fälle rückgängig waren, blieb der Level der „schweren“ Fälle gleich hoch, ja stieg sogar ein wenig an (siehe Zusatzabbildung 5/b, die den Kurvenverlauf bei den „schweren“ Fällen wesentlich deutlicher zeigt).

¹⁸⁷ Zur Problematik dieser Statistik, die auch Hinweise auf die Effizienz der Arbeit der Exekutive liefern kann, s. Punkt 6.4.

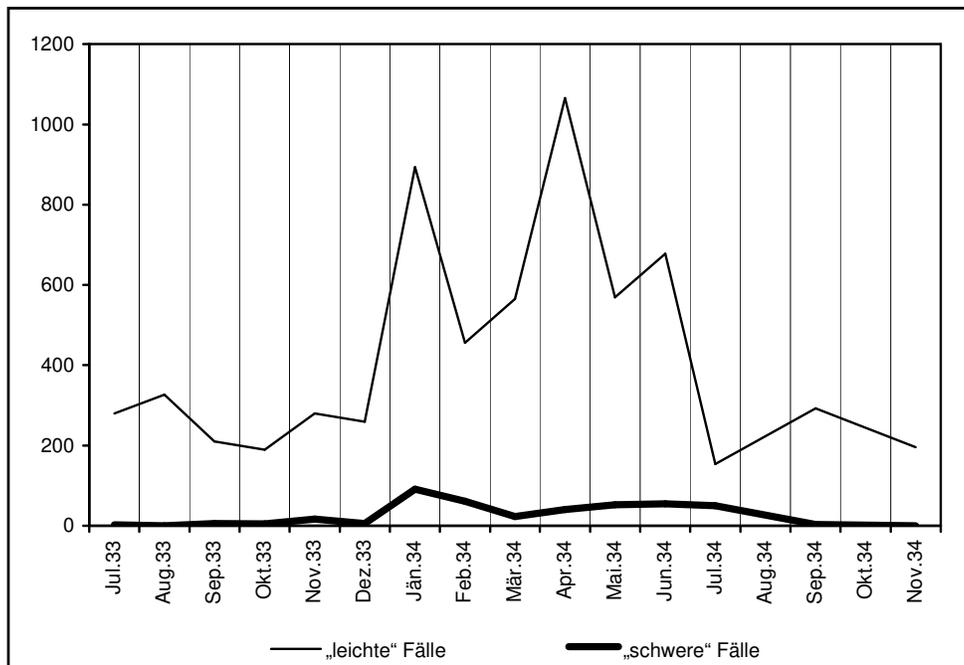


Abbildung 5/7: Verhafteten und angezeigten Nationalsozialisten in der Steiermark (ohne Graz-Stadt) von Juli 1933 bis November 1934 (ohne Juliputschisten)

5.8 Sprengstoffanschläge im Bezirk Leoben im Juli 1934

Eine Aufstellung sämtlicher im Bezirk Leoben vom 1. bis 21. Juli 1934 stattgefundenen Sprengstoffanschläge (siehe Zusatzabbildung 5/c) erlaubt nähere Einblicke in die Mikrostruktur derartiger Terroraktionen.

33 Fälle wurden erwähnt, in zehn Fällen vermutete die Exekutive nationalsozialistische, in sieben Fällen sozialdemokratische oder kommunistische Täter; beim Rest der Fälle waren die Täter unbekannt oder es wurden keine näheren Angaben zu den vermuteten Tätern gemacht. Die Anzahl der Sprengstoffanschläge von links wird also recht hoch veranschlagt. (Ob die vermutlich stark nationalsozialistisch durchgesetzte Gendarmerie und Polizei das Ausmaß des nationalsozialistischen Bombenterrors durch falsche oder einseitige Angaben abschwächen wollte, läßt sich aufgrund der Quellen nicht feststellen, bestenfalls vermuten.)

Praktisch alle Anschläge fanden im Dreieck St. Michael/Trofaiach/Niklasdorf statt, in dessen Zentrum der Ballungsraum Leoben/Donawitz/Göß liegt, in dem sich wiederum etwas mehr als die Hälfte aller Attentate zutrug.

30 Anschläge (94 Prozent) fanden zwischen 21 Uhr und 3 Uhr statt; 23 Anschläge (72 Prozent) zwischen 22 Uhr und 2 Uhr; 15 Anschläge (47 Prozent) zwischen 23 Uhr und 1 Uhr; das heißt, zur Ausführung der Aktionen wurde – wenig überraschend – durchwegs der Schutz der Dunkelheit gesucht.

Sehr oft waren – sofern diesbezügliche Angaben vorliegen – Anlagen der Bundesbahn Ziel von Anschlägen; weiters diverse öffentliche Gebäude und Anlagen

wie die Papierfabrik Niklasdorf, das Verwaltungsgebäude „Zechnerhof“ in St. Michael, das Werkshotel, das katholische Vereinsheim und das Kinogebäude in Donawitz, der Stiftpark und ein Briefkasten in Göß, das Studentenheim in Leoben; ebenso wurden auf Private und Geschäftslokale – vermutlich bekannte politische Gegner oder Juden – häufig Anschläge verübt.

Als Sprengstoff wurde elfmal vermutlich Ammonit verwendet, je dreimal vermutlich Dynamit und Schwarzpulver; bei den restlichen Fällen war der verwendete Sprengstoff unbekannt oder es wurden keine Angaben gemacht.

5.9 Durch nationalsozialistische Terror- und Sabotageakte angerichteter Sachschaden

Statistisch am eindrucksvollsten wird die Eskalation des nationalsozialistischen Terrors zum Juli 1934 hin durch die vom Bundeskanzleramt erhobenen Schadensziffern belegt (siehe Abbildung 5/8). Der Nazi-Terror wurde von Monat zu Monat zunehmend brutaler und gefährlicher – die nationalsozialistischen Aktionen gewannen eine neue „Qualität“, sie bewirkten hohe Sachschäden und richteten sich nun auch vermehrt ganz bewußt gegen Personen.¹⁸⁸

April 1934	S 1.650,-	Juni 1934	S 52.000,-
Mai 1934	S 20.000,-	Juli, August 1934	S 203.000,-
		Gesamt rund	S 277.000,-

Abbildung 5/8: Durch nationalsozialistischen Terror in der Steiermark (ohne Graz-Stadt) bewirkter Sachschaden im Frühjahr und Sommer 1934

5.10 Resümee

Seit ihrem überraschenden erdrutschartigen Erfolg bei den Reichstagswahlen 1930 (107 Reichstagsmandate gegenüber 12 im Jahr 1928) entwickelte die NSDAP der Weimarer Republik eine enorme Dynamik. Der triumphierende deutsche Nationalsozialismus vermochte auch in Österreich gewaltige Kräfte freizusetzen; allerdings wurde hier die entsprechende Bewegung mit einer Verzögerung von zwei Jahren nachvollzogen. Als der Siegeslauf der NSDAP in Deutschland im November 1932 gebrochen und der Angriff auf den Staat abgewehrt schien, verlor auch die Partei in Österreich sofort an Anziehungskraft, wie die Versammlungsstatistiken der steirischen Gendarmerie beweisen.

Als Höhe- und Wendepunkt der nationalsozialistischen Dynamik ist zweifelsohne der 30. Jänner 1933 anzusehen, als Adolf Hitler zum Reichskanzler er-

¹⁸⁸ Am 23. Juni 1934 kam der Kaplan Franz Eibel bei einem nationalsozialistischen Sprengstoffanschlag ums Leben, eine Frau wurde verletzt; am 29. Juni wurde in Fohnsdorf ein Gendarm von einem flüchtenden Nazi verletzt, etwas später wurde in der Nähe von Schattenberg ein weiterer Gendarm vom selben Nazi erschossen; am 5. Juli wurde in Donawitz von einem Nazi aus dem Hinterhalt auf einen Heimwehrmann geschossen, der schwere Verletzungen erlitt.

nannt wurde. Seit diesem Zeitpunkt wußte die österreichische Nationalsozialistische Partei das Deutsche Reich hinter sich – der Sieg im kleinen Österreich konnte nur noch eine Sache von Wochen und Monaten sein ... Dementsprechend offensiv agierte die Bewegung. Fast entstand so etwas wie eine Sogwirkung; das Beispiel des – propagandistisch übersteigert bejubelten – Aufschwungs in Deutschland übte eine magische Wirkung auf die Massen aus. Trotzdem erwies sich das autoritäre österreichische Regime in seinem nicht immer geradlinigen Abwehrkampf überraschend erfolgreich und widerstandsfähig.

Vieles weist darauf hin, daß die illegalen nationalsozialistischen Aktionen zentral geplant (auf Ebene der Landesleitung, der einzelnen Gaue und Bezirke) und streng organisiert durchgeführt wurden. Das beweisen am besten die zahlreichen konzertierten Propaganda-, Sabotage- oder Terroraktionen, die ganz offensichtlich eine zentrale Steuerung voraussetzen, oder zum Beispiel das schlagartige Abbrechen sämtlicher Nazi-Aktivitäten in ganz Österreich am 12. Februar 1934.

Zweifellos gab es bei den einzelnen NS-Propaganda- und Terroraktionen lokale Abweichungen und Unterschiede, die ja auch in der (zeitgenössischen) Literatur ausreichend dokumentiert sind. Im großen und ganzen aber verliefen die einzelnen Wellen quer über das ganze Bundesgebiet. Die Obersteiermark, die zumeist – aber nicht immer – besonders stark betroffen war, machte dabei keine Ausnahme.¹⁸⁹

Die bereits mehrfach zitierten Gau-Nachrichten vom Mai 1933 zum Beispiel schrieben die Sonnwendfeiern für den Bezirk Graz-Umgebung den einzelnen Ortsgruppen nach Anzahl und Ort („immer auf von Graz sichtbaren Höhen“) genau vor:

„Geringe Abweichungen von den einzelnen Orten sind ohne weiters zulässig. Wesentliche Abänderungen wollen nur im Einvernehmen mit der Bezirksleitung durchgeführt werden, damit keine Lücken entstehen.“¹⁹⁰

Diese Weisung dürfte die Prinzipien, nach denen nationalsozialistische Aktionen auch und gerade in der Illegalität durchgeführt wurden, auf den Punkt gebracht haben: möglichst detaillierte Anordnungen der zentralen Führung – lokale Abweichungen, wenn es die Gegebenheiten erforderlich machten. Spontaner Aktionismus spielte dabei eine sehr geringe Rolle. Unstimmigkeiten scheint es eher aufgrund des typischen nationalsozialistischen Polykratismus¹⁹¹ gegeben zu haben, also zwischen den einzelnen Teilorganisationen und Gliederungen der Partei, vor allem SA und SS. Die illegale nationalsozialistische Dynamik war demnach sowohl in Form als auch Inhalt streng zentral gesteuert.

189 Zu den Terrorwellen vgl. die von der Regierungsseite lancierten zeitgenössischen Schriften „Das Braunbuch“, „Der braune Terror gegen Österreich“ und „Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte“; weiters – neben vielen anderen Darstellungen – vor allem Botz, Gewalt.

190 Gau-Nachrichten, Folge 28, 19. Mai 1933, Beilage (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4876).

191 Polykratie = Machtausübung von vielen. Im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus wurde das Wort von Martin Broszat geprägt, um die wuchernden Sonderbürokratien und Aufsplitterung der Macht auf viele konkurrierende Zentren, die sich allesamt auf das meist nur zögernd erteilte „Führerwort“ beriefen, zu charakterisieren (Broszat, Der Staat Hitlers).

Inwiefern die Konkurrenz zwischen den rivalisierenden Gruppen bereits während der Terrorwellen in der ersten Phase der Illegalität bis zum Juli 1934 Auswirkungen zeigte, läßt sich anhand der Quellen schwer abschätzen. Einerseits wußten Spitzel immer wieder von Unstimmigkeiten in der nationalsozialistischen Führung zu berichten, auch diverses, von der Exekutive aufgegriffenes NS-internes Material läßt darauf schließen; andererseits äußert die steirische Gendarmerie in ihren Berichten wiederholt die Vermutung einer strengen zentralen Planung der Aktionen. Die unterschwelligten Gegensätze scheinen erst nach dem 30. Juni 1934, dem sogenannten „Röhm-Putsch“ bzw. der Ausschaltung der SA als politischer Faktor in Deutschland, voll durchgebrochen zu sein.

Die nationalsozialistische Dynamik der Jahre 1933/34 mündete schließlich in einem gewalttätigen Ausbruch: dem Putschversuch vom 25. Juli 1934. Zunehmend stärker werdende zentrifugale Kräfte und ein übersteigerter Aktionismus, der ins Leere zu laufen drohte, führten zu diesem schlecht geplanten, blutigen Aufstand und zu einer vorläufigen Niederlage.

Der Juliputsch stellte den Abschluß der ersten, putschistischen, auf den offenen Bürgerkrieg hinauslaufenden Phase der nationalsozialistischen Illegalität in Österreich dar. Danach kam es zu einer – parteiintern keineswegs unumstrittenen – deutlichen Änderung der Strategie, wobei aber viele bekannte Formen der Jahre 1933/34 beibehalten und teilweise sogar ausgebaut wurden.

6 Regionale Verteilung

Einer der wesentlichsten Indikatoren zur Bestimmung der Struktur einer politischen Bewegung ist die regionale Verteilung ihrer Anhänger und Mitglieder. Die historische Wahlforschung beispielsweise zieht ihre Schlüsse auf Sozial-, Berufs-, Alters-, Geschlechtsstrukturen etc. überwiegend aus der regionalen Stärke bzw. Schwäche einer Partei, die sich in Wahlergebnissen manifestiert.¹⁹² Im Rahmen dieser Studie kann auf Wahlergebnisse aber nur am Rande – zur Bestimmung der Ausgangslage – zurückgegriffen werden. Der eigentliche Aufstieg der NSDAP zu einer Massenbewegung begann erst zu einem Zeitpunkt, als in Österreich keine Wahlen mehr stattfanden.

In den Beständen der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit läßt sich auswertbares Material vor allem in bezug auf nationalsozialistische Versammlungen in der Steiermark in den Jahren 1932/33 und illegale Aktionen in den Jahren 1933/34 finden. Weiters existieren nach steirischen Bezirken und Gerichtsbezirken gegliederte NS-interne Statistiken bezüglich der Mitgliederstärke.

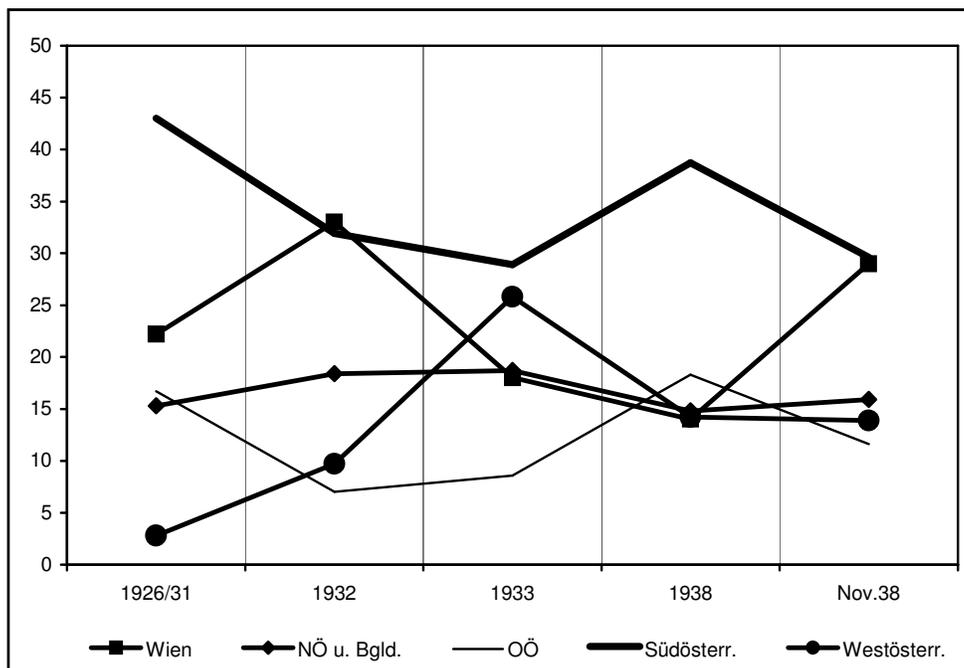


Abbildung 6/1: Regionale Stärkeverhältnisse der NSDAP-Mitgliedschaft in Österreich (in Prozent)

Die zeitgeschichtliche und Erinnerungsliteratur enthält eine Vielzahl von mehr oder weniger vagen Angaben, Aussagen und Vermutungen zur regionalen Ge-

¹⁹² Vgl. Falter, Wähler; für Österreich vgl. Hänisch, NSDAP-Wähler bzw. Elste/Hänisch, Weg.

wichtsverteilung der Nazi-Bewegung in Österreich. Vor allem im südösterreichischen Raum (Steiermark und Kärnten) werden zumeist die Hochburgen vermutet.¹⁹³ Eine empirische Betrachtung der Entwicklung der NSDAP-Mitgliedschaft in Österreich bringt grundsätzlich kein anderes Ergebnis, allerdings gab es im zeitlichen Verlauf starke Schwankungen, wie die Abbildung 6/1 zeigt.

In der Frühphase waren die Steiermark und Kärnten zweifelsohne *die* Hochburgen der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich; 1932 lagen die Wachstumsschwerpunkte in Wien; 1933 holte Westösterreich (also Vorarlberg, Tirol und Salzburg) stark auf; in der Phase der Illegalität bis 1938 war wiederum ein deutliches Ansteigen im Süden zu verzeichnen. Nach dem Anschluß glich sich das regionale Stärkeverhältnis der NSDAP im wesentlichen der Gesamtbevölkerung an – aus der „Bewegung“ wurde eine allmächtige Staatspartei, der man nicht mehr aus Überzeugung, sondern aus Opportunismus beitrat. Die Steiermark und Kärnten waren aber nach wie vor überrepräsentiert (29,6 Prozent Anteil an den Mitgliedern und 21 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung), während Niederösterreich und das Burgenland in jeder Phase weit unter ihrem Anteil an der österreichischen Bevölkerung blieben.¹⁹⁴

In bezug auf die Phase von 1932 bis 1934 stellt Gerhard Botz fest,

„daß die NSDAP auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise in solchen städtisch-industriellen Regionen besonders erfolgreich war, die einerseits aufgrund ihrer ‚alten‘ Industrien und ihrer Branchenstruktur besonders krisenanfällig waren und andererseits in einem sozialstrukturellen Nahe-, wenn nicht Mischungsverhältnis mit besonders traditionellen agrarischen Gebieten standen“.¹⁹⁵

Eine These, die auf die Situation in der obersteirischen Industrieregion während der Weltwirtschaftskrise maßgeschneidert erscheint und nachfolgend auch Bestätigung finden wird.

6.1 Nationalsozialistische Versammlungen vom April 1932 bis zum Februar 1933

Die minutiösen Zahlen über nationalsozialistische Versammlungen in der Steiermark, die jeden Monat vom steirischen Landesgendarmeerikkommando an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit übermittelt wurden, ermöglichen bei entsprechender Auswertung nicht nur Aussagen über die Dynamik der NS-

193 Z. B. Pauley, Weg, passim; Jagschitz, Struktur, S. 11 f.

194 Botz, Soziale Basis, S. 36. Was Niederösterreich und das Burgenland betrifft, scheint sich dieser Umstand nach 1938 aber stark geändert zu haben, und zwar so, daß die NSDAP ihre ursprüngliche zahlenmäßige Schwäche „mehr als bloß aufholte“ (Bolz, NSDAP-Mitglieder, S. 126). Hinsichtlich des Wahlverhaltens stellte Dirk Hänisch fest, daß Kärnten zu den Bundesländern gehörte, „in denen der Nationalsozialismus deutlich günstigere Mobilisierungsvoraussetzungen fand als anderswo“. Trotzdem sei dieses Bundesland „kein Sonderfall der nationalsozialistischen Wählermobilisierung gegen Ende der Ersten Republik gewesen“ (Elste/Hänisch, Weg, S. 114). Ähnliches gilt demnach zweifellos für die Steiermark.

195 Bolz, Arbeiterschaft, S. 34.

Bewegung (siehe Abbildung 5/2), sondern auch Rückschlüsse auf die regionale Verteilung.

Für den April 1932 ist auch ein Vergleich der Versammlungstätigkeit von NSDAP, Heimatschutz und KPÖ möglich, der zeigt, wo in der Steiermark die politischen Auseinandersetzungen besonders intensiv ausgefochten wurden (siehe Zusatzabbildung 6/a).

Dabei sticht eine Konzentration der Aktivitäten aller drei Bewegungen auf die Bezirke mit hohem Industrieanteil bei der Analyse sofort ins Auge. Die NSDAP hielt in der obersteirischen Industrieregion – in der knapp 27 Prozent der steirischen Bevölkerung (ohne die Stadt Graz) wohnten – 42 Prozent der Versammlungen ab und erreichte dabei 49 Prozent aller Besucher, die in diesem Monat in der gesamten Steiermark zu ihren Veranstaltungen kamen. Noch wesentlich stärker war die diesbezügliche Ausrichtung der Kommunisten mit 52 Prozent der Versammlungen und 65 Prozent der Besucher in der Industrieregion. Aber auch der Heimatschutz hatte seine Schwerpunkte zweifellos in der Mur-Mürz-Furche: 31 Prozent Versammlungen, 49 Prozent Besucher.

Die NSDAP war aktiver als Heimatschutz und Kommunisten zusammen, sie war auch die einzige Bewegung, die in allen steirischen Bezirken Versammlungen abhielt. Der geringere Schnitt fällt kaum ins Gewicht und läßt sich wahrscheinlich mit der besonders breiten Streuung und der hohen Präsenz auch in kleinen und abgelegenen Dörfern erklären.

Die Schwäche des Heimatschutzes war bereits deutlich; noch konnte man sich auf alte Strukturen stützen, aber der fulminanten Veranstaltungsflut der Nazis hatte man wenig entgegenzusetzen. Die „Hahnenschwänzler“ waren im Niedergang, während es bei den „Hakenkreuzlern“ eindeutig nach oben ging. Im Zuge des Gemeinderatswahlkampfes – so hat es den Anschein – kreuzten sich die Kurven der beiden faschistischen Bewegungen.

Bezirkweise Statistiken der NS-Versammlungen in der Steiermark (Abbildung 6/2 und Zusatzabbildungen 6/b und 6/c) lassen Aussagen über die regionale Verteilung bzw. Gewichtung der NS-Aktivitäten im Zeitraum April 1932 bis Februar 1933 zu. Wie auch bereits beim Vergleich von NSDAP, Heimatschutz und KPÖ (Zusatzabbildung 6/a) zeigt sich deutlich, daß die obersteirischen Industriebezirke Judenburg, Leoben, Bruck an der Mur und Mürzzuschlag dabei im Verhältnis zur steirischen Gesamtbevölkerung (außer Graz-Stadt) überrepräsentiert waren: 41,1 Prozent sämtlicher Versammlungsteilnehmer kamen aus dieser Region – und das bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 26,9 Prozent.¹⁹⁶ Angesichts der Tatsache, daß sehr oft politische Gegner an Versammlungen teilnahmen und daß es sogar üblich war „Gegenredner“ einzuladen, besagt allein dieser Umstand noch nicht allzuviel. In der Industrieregion, wo die Arbeiterbewegung besonders stark war und überaus militant auftrat, hatten sich möglicherweise besonders viele Gegner zu NS-Versammlungen eingefunden und waren von der Gendarmerie mitgezählt worden.

¹⁹⁶ Die Anteile in den einzelnen Monaten: April 49,3 %; Mai 39,7 %; August 45,0 %; September 29,7 %; Oktober 36,0 %; Dezember 31,5 %; Jänner 50,7 %, Februar 38,6 %.

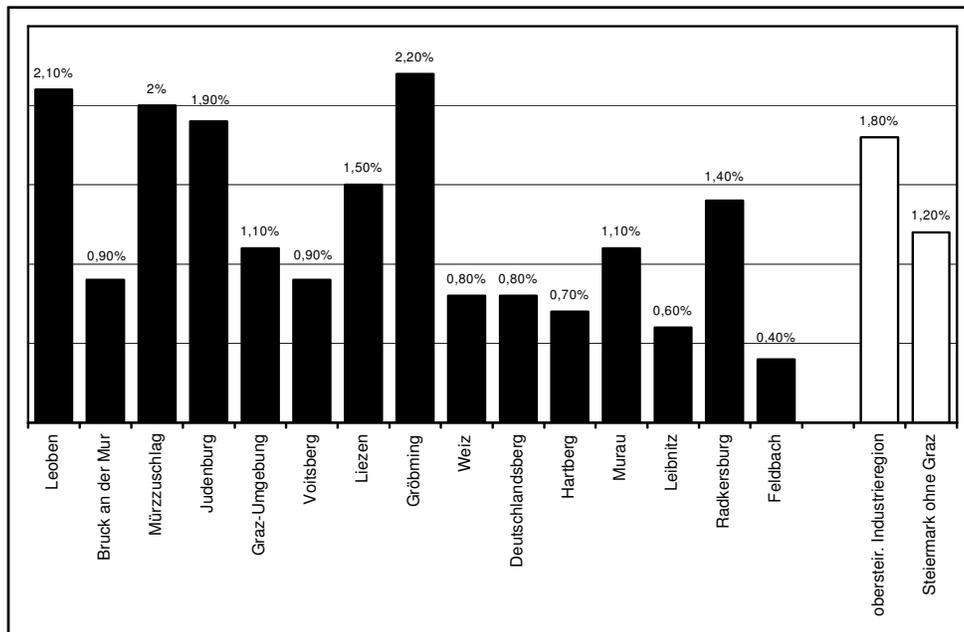


Abbildung 6/2: Teilnehmer an nationalsozialistischen Versammlungen in allen steirischen Bezirken (außer Graz-Stadt) vom April 1932 bis Februar 1933 (in Prozent der Wohnbevölkerung)

6.2 NSDAP-Mitglieder nach steirischen Bezirken

Eine Gegenüberstellung der Reihung, die sich aus den Versammlungsberichten der Gendarmerie ergibt und einer internen Reihung der Nationalsozialistischen Partei in den Steirischen Gau-Nachrichten bezüglich der Mitgliederstärke in den einzelnen Bezirken (Abbildung 6/3) führt zu einer weitgehenden Bestätigung der Analyse der LGK-Berichte; diverse Verschiebungen fallen dabei praktisch kaum ins Gewicht. Der Schluß scheint demnach zulässig, daß die Zahl der Versammlungsteilnehmer in den einzelnen Bezirken im großen und ganzen die Stärke der NSDAP in diesen Bezirken widerspiegelt.

Auffallend ist dabei eine deutliche Konzentration auf die Obersteiermark, und zwar nicht nur auf die Industrieregion, sondern auch auf die überwiegend agrarisch geprägten Bezirke Gröbming, Liezen und Murau. Noch deutlicher wird dieser Umstand durch eine Reihung nach Gerichtsbezirken, die die Gau-Nachrichten ebenfalls vornehmen (siehe Zusatzabbildung 6/d). Die Gerichtsbezirke des steirischen Ennstals sowie des oberen Murtals mit ihren überwiegend bäuerlichen Milieus nehmen dabei die vordersten Plätze ein. Dieser Befund wird durch die Tatsache erhärtet, daß die Salzburger Gerichtsbezirke St. Michael und Tamsweg, die unmittelbar an dieses Gebiet angrenzen, in der ursprünglichen Reihung der Gau-Nachrichten hinter Schladming an zweiter und dritter Stelle kommen.¹⁹⁷

¹⁹⁷ St. Michael und Tamsweg (Salzburg) waren ebenso wie Jennersdorf, Oberwart und Güssing (Burgenland) NS-intern Teile des „Gaus Steiermark“.

LGK-Berichte (April 1932 bis Februar 1933)	Steirische Gau-Nachrichten (Mai 1933)
1. Gröbming	1. Gröbming
2. Leoben	2. Liezen
3. Mürzzuschlag	3. Leoben
4. Judenburg	4. Murau
5. Liezen	5. Judenburg
6. Radkersburg	6. Bruck an der Mur
7. Graz-Umgebung	7. Graz
7. Murau	8. Weiz
9. Voitsberg	9. Voitsberg
9. Bruck an der Mur	10. Hartberg
11. Weiz	11. Leibnitz
11. Deutschlandsberg	12. Deutschlandsberg
13. Hartberg	13. Feldbach
14. Leibnitz	
15. Feldbach	

Abbildung 6/3: Reihung der steirischen Bezirke nach NS-Affinität. Gegenüberstellung von Statistiken der steirischen Gendarmerie über Teilnehmerzahlen an NS-Versammlungen und von internen NS-Angaben über die Mitgliedsstärke der Partei

Als erster von Arbeitermilieus dominierter Gerichtsbezirk liegt Leoben an siebenter Stelle; Bad Aussee an achter und Mariazell an neunter Stelle sind am besten als Bezirke mit gemischten Milieus zu bezeichnen (also als Bezirke, in denen sich bäuerliche Milieus, Arbeitermilieus und bürgerliche Milieus ungefähr die Waage halten). Als erster nicht obersteirischer Gerichtsbezirk nimmt das oststeirische Vorau den zehnten Rang ein.

Den Schluß der Reihung bilden fast geschlossen die ost-, west- und südsteirischen Gerichtsbezirke, die allesamt einen besonders hohen Agraranteil aufweisen (wesentlich höher als die meisten der führenden obersteirischen Bezirke). Einzig Radkersburg stellt hier eine gewisse Ausnahme dar – ein Umstand, der übrigens ganz gut mit der anhand der LGK-Berichte erstellten Versammlungsstatistik korreliert. Die in der NS-internen Statistik ebenfalls erwähnten, an das genannte Gebiet angrenzenden burgenländischen Bezirke Jennersdorf, Oberwart und Güssing, die einen ganz ähnlichen Charakter aufweisen wie die untersteirischen Bezirke, fügen sich hingegen wiederum sehr gut in das Gesamtbild ein.

Die überwiegend von Arbeitermilieus bzw. gemischten Milieus dominierten Bezirke liegen im wesentlichen im Mittelfeld. Der Gerichtsbezirk Bruck an der Mur ist unter den Arbeiterbezirken eindeutig derjenige mit der geringsten NS-Affinität.¹⁹⁸

¹⁹⁸ Bundesweit lag bei den NS-Parteibezirken Ende 1932 Klagenfurt-Stadt vor Innsbruck-Stadt, Gröbming, Zell am See, Tamsweg und Spittal an der Drau (Elste/Hänisch, Weg, S, 81).

6.3 Der Heimatschutz nach der Spaltung

Nach dem Abschluß des „Liezener Abkommens“ im April 1933, durch das die zweite Kampfgemeinschaft zwischen NSDAP und Heimatschutz besiegelt wurde (siehe Punkt 3.4), kam es in der steirischen Heimwehrbewegung endgültig zur Spaltung zwischen dem deutschnationalen, nunmehr nazistischen Steirischen Heimatschutz unter seinem Führer Konstantin Kammerhofer und dem regierungstreuen Österreichischen Heimatschutz unter Ernst Rüdiger Starhemberg.¹⁹⁹ Das LGK erstellte in seinem Monatsbericht Mai 1933 eine genaue Statistik mit detaillierten Angaben von Mitgliederzahlen und Ortsgruppen in den einzelnen steirischen Bezirken (siehe das Balkendiagramm in Abbildung 6/4 und die Zusatzabbildung 6/e mit den genauen Zahlen).

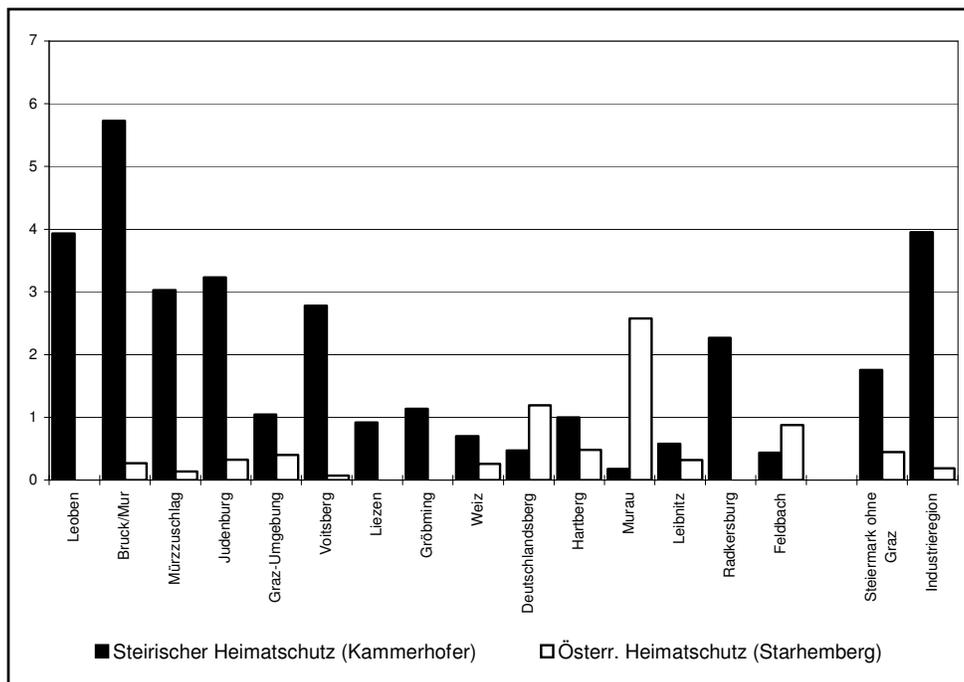


Abbildung 6/4: Vergleich der Stärke des Steirischen und des Österreichischen Heimatschutzes in den einzelnen politischen Bezirken der Steiermark (ohne Graz-Stadt) im Mai 1933 (in Prozent der Wohnbevölkerung)

60 Prozent aller Mitglieder des Steirischen Heimatschutzes (9153 Personen), aber nur elf Prozent der Mitglieder des Österreichischen Heimatschutzes kamen aus der obersteirischen Industrieregion. Im Grunde zeigt sich, mit einigen Abweichungen, ein ähnliches Obersteiermark-Untersteiermark-Gefälle wie bei den Versammlungen und den NS-Mitgliederzahlen. Wieder eine Ausnahme – diesmal besonders markant – ist die Region um Radkersburg, dem Kernland des Untersteirischen Bauernkommandos, das als eine von drei Keimzellen des Steirischen Heimat-

¹⁹⁹ Vgl. Pauley, Hahnenschwanz, S. 159–187, insbes. S. 166 f.

schutzes zu bezeichnen ist.²⁰⁰ Auch der Bezirk Voitsberg – zum „Königreich Alpine“ gehörend – weist einen überdurchschnittlich hohen Heimatschutz-Anteil auf.

6.4 NS-Aktivitäten und die Arbeit der Exekutive von Dezember 1933 bis Juni 1934

In seinen monatlichen Lageberichten erstellte das steirische Landesgendarmeriekommando auch jeweils eine Statistik für alle steirischen Bezirke (außer Graz-Stadt) mit der Zahl der Anzeigen, der Festnahmen, der Fälle, bei denen keine Täter ausgeforscht werden konnten („uneruierte Fälle“) und der Anzahl der zur Behebung von durch illegale Nazi-Aktionen entstandenen Schäden aufgebotenen „Putzscharen“, die aus örtlich bekannten NS-Sympathisanten zusammengestellt wurden.²⁰¹ Diese Daten lassen sich insbesondere hinsichtlich der regionalen Verteilung entsprechend auswerten (siehe das Liniendiagramm Abbildung 6/5 und Zusatzabbildung 6/f mit den genauen Zahlen).

Auf die obersteirische Industrieregion entfielen nur 21,1 Prozent aller Anzeigen und Festgenommenen (bei einem Anteil von 26,9 Prozent an der steirischen Bevölkerung ohne Graz-Stadt). Einziger Bezirk Leoben ist in dieser Statistik im Vergleich zu seinem Anteil an der Gesamtbevölkerung überrepräsentiert. Der Bezirk Gröbming war einsamer Spitzenreiter: Fast zehn Prozent aller in der Steiermark Anzeigen und Festgenommenen kamen aus dieser Region, während der Anteil an der steirischen Gesamtbevölkerung nur knappe vier Prozent ausmachte. Auf einen wegen NS-Aktivitäten Anzeigen oder Festgenommenen entfielen im Bezirk Gröbming 65 Bürger, im Bezirk Bruck an der Mur hingegen waren es 400. Insgesamt waren die untersteirischen Agrarbezirke bei der Zahl der Anzeigen und Festgenommenen im Vergleich zu ihrem Anteil an der steirischen Gesamtbevölkerung zumeist überrepräsentiert; ebenso wenn man das Verhältnis zur Einwohnerzahl betrachtet.

Genau umgekehrt verhielt es sich bei der Zahl der registrierten ungeklärten Fälle, die weder zu Anzeigen noch zu Festnahmen führten. Die Industrieregion hielt

²⁰⁰ Pauley, Hahnenschwanz, S. 34–37.

²⁰¹ Derartige Putzscharen wurden seit Sommer 1933 eingesetzt. Immer wieder kam es in diesem Zusammenhang zu Problemen mit Personen, die die Arbeit in der Putzschar verweigerten; häufig waren Beschwerden an die höheren Stellen die Folge. In einem Rundschreiben an alle Sicherheitsdirektoren und Bundespolizeidirektionen stellte deshalb die GDföS im November 1933 u. a. fest, daß es sinnvoll sei, „bei der Zusammenstellung der sogenannten Putzscharen im Interesse der Wahrung des Ansehens und der Autorität der Behörden von der Heranziehung öffentlicher Angestellter abzusehen, sofern nicht unmittelbare Täterschaft vorliegt oder die betreffenden Personen durch ihre gegenwärtige Haltung die strafbare Handlung nicht begünstigt oder gefördert haben. Unter den gleichen Voraussetzungen sind auch Notare und Notariatskandidaten, Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter, endlich staatsanwaltliche Funktionäre in Putzscharen nicht einzuteilen. Hierbei wird bemerkt, daß der Umstand, daß solche Personen etwa seinerzeit der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei als Mitglieder angehört haben, ... für sich allein nicht ausreicht, um sie zur Arbeit in Putzscharen verhalten zu können“ (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4879, 243.682/33, „Aufstellung von Putzscharen“).

hier den Löwenanteil von 37,2 Prozent (26,9 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung). Die untersteirischen Agrarbezirke wiesen im Verhältnis wesentlich weniger ungeklärte Fälle auf als die Bezirke der Obersteiermark und die von industriellen und gemischten Milieus geprägten Regionen.

Zwischen der Zahl der Angezeigten/Festgenommenen und der Anzahl von uneruierten Fällen besteht also ein interessantes Spannungsfeld, das Rückschlüsse auf die Arbeit der Exekutive zulässt. Es zeigt sich, daß die steirische Gendarmerie regional anscheinend ziemlich unterschiedlich agierte. Wenn man nur die Angezeigten/Festgenommenen betrachtet, ergibt sich nämlich ein vorerst irritierendes Bild: Hier waren Bezirke im Vordergrund, die aufgrund anderer Erhebungen (zum Beispiel die Versammlungsstatistik) nicht als NS-Hochburgen in Erscheinung traten. Wenn man die uneruierten Fälle in die Betrachtung mit einbezieht, klafft die Schere oft weit auseinander: In Bezirken mit wenig Angezeigten/Festgenommenen gab es nicht selten sehr viele uneruierte Fälle.

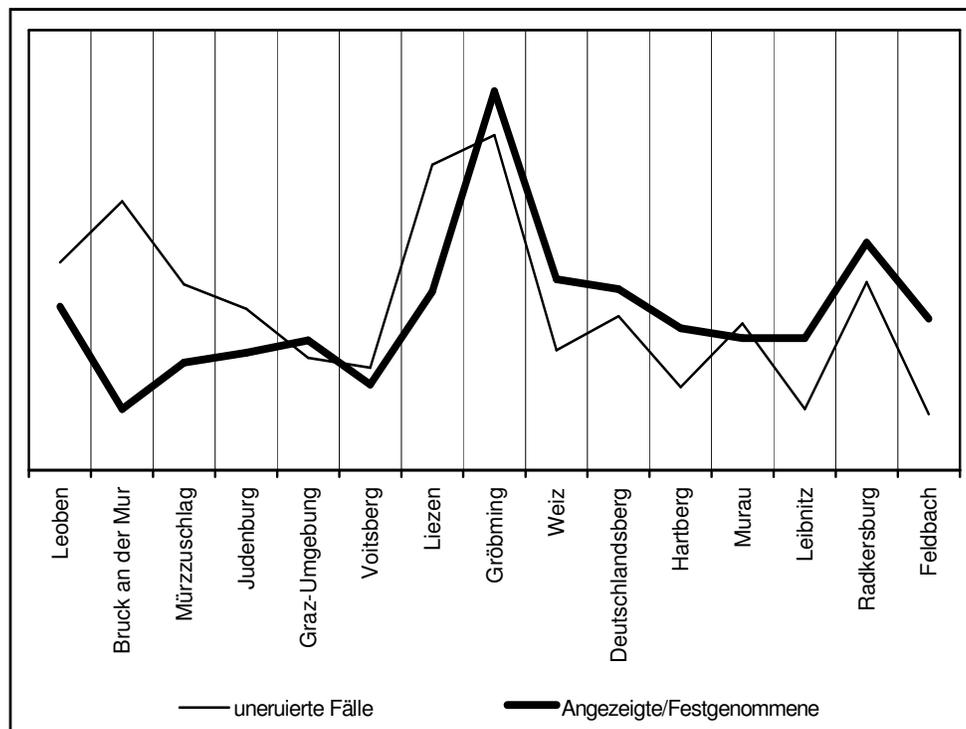


Abbildung 6/5: Uneruierte Fälle von illegalen nationalsozialistischen Aktionen im Vergleich mit angezeigten und festgenommenen Nationalsozialisten in der Steiermark (ohne Graz-Stadt) vom Dezember 1933 bis Juni 1934 (in Prozent der Wohnbevölkerung)

Das Liniendiagramm in Abbildung 6/5 zeigt es deutlich: In den obersteirischen und in den stärker industrialisierten Bezirken standen wenig Anzeigen und Festnahmen einer hohen Zahl von nicht geklärten Fällen gegenüber. In den Agrar-

bezirken der Ost-, West- und Südsteiermark war es zumeist umgekehrt. Einzige wirkliche Ausnahme von dieser Regel ist der Bezirk Murau.²⁰²

Man könnte deshalb – bei allen Vorbehalten – durchaus den Schluß ziehen, daß die Exekutive (und damit ist auch der aus Heimwehrleuten zur Unterstützung der Gendarmerie rekrutierte Schutzkorps gemeint) in Regionen mit starker NS-Präsenz wesentlich nazifreundlicher vorging als in Regionen, in denen der Nationalsozialismus nicht so stark verankert war. Besonders auffallend ist dieses Verhalten, wie die Abbildung zeigt, in den vier Bezirken der obersteirischen Industrieregion, was die Vermutung zuläßt, daß die Exekutive hier besonders stark NS-unterwandert war. Das gilt allerdings erstaunlicherweise nicht für Gröbming, die am stärksten vom Nationalsozialismus verseuchte Region der Steiermark. Hier scheint sich die Abwehrarbeit des Regimes im besonderen Maß konzentriert zu haben, was angesichts des Ausmaßes trotzdem ein hoffnungsloses Unterfangen blieb.²⁰³

Die Zahl der Putzscharen könnte ein Indikator für das Ausmaß von NS-Aktionen in einem Bezirk insgesamt sein; zum anderen könnte sie aber auch zeigen, wie scharf die Exekutive gegen prominente Nationalsozialisten vorzugehen bereit war (ähnlich wie es die Statistik der Angezeigten/Festgenommenen tut). Allerdings zeigt sich im großen und ganzen das gleiche Bild wie bei den Fällen, die nicht aufgeklärt werden konnten. Eine gemeinsame Betrachtung von uneruierten Fällen und Putzscharen ergibt demnach einen Überblick über die regionale Verteilung der illegalen NS-Aktivitäten in der Steiermark in dem besagten Zeitraum (siehe Abbildung 6/6).

Das Resultat dieser Auswertung entspricht im wesentlichen dem oben bei den Versammlungstatistiken und internen NS-Mitgliedszahlen erstellten Befund. Die obersteirischen Bezirke hatten eine wesentlich höhere Affinität zum Nationalsozialismus als die untersteirischen. Einzig Radkersburg konnte in diese Phalanx einbrechen. Dieser südsteirische Grenzbezirk zeigte zudem im Zeitverlauf eine deutliche Zunahme seit 1932. Erstaunlich in der Industrieregion ist nur, daß der Bezirk Bruck in dieser Aufstellung vor Leoben liegt, ein Umstand, der sich aus der Betrachtung der vorliegenden Zahlen nicht vollständig erklären läßt. Anscheinend ging in Leoben die Exekutive schärfer vor und war im Gegensatz dazu die Brucker Exekutive besonders „erfolglos“ bzw. von Nazis unterwühlt.

202 Dieser Umstand läßt sich z. T. möglicherweise damit erklären, daß hier sowohl die Nazis überdurchschnittlich stark waren (s. Abb. 6/3) als auch die Starhemberg-Heimwehr (wie die Abb. 6/4 zeigt).

203 In bezug auf die Situation im steirischen Ennstal berichtete der Sicherheitsdirektor für Steiermark im September 1934 nach Wien: „Ich glaube bewiesen zu haben, daß ich überall dort, wo mir die Möglichkeit gegeben ist, mit brutaler Hand durchgreife. Ich kenne die Verhältnisse im Ennstal sehr genau, sie sind nicht wesentlich anders als in vielen anderen Teilen, Steiermark ist einmal gründlich verseucht und kann nicht der Maßstab mit anderen Ländern angelegt werden. Wenn Teile der Bevölkerung abseits stehen, so kann ich sie nicht zwingen, eine andere Haltung einzunehmen, jedenfalls aber greife ich in allen mir zur Kenntnis gebrachten Fällen einer staatsfeindlichen Haltung ganz energisch ein, wobei ich mein Hauptinteresse gerade auf die Intelligenz richte.“ (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5139, 237.802/34 „Politische Verhältnisse im steirischen Ennstal; Vorschlag zur Befriedung derselben“.)

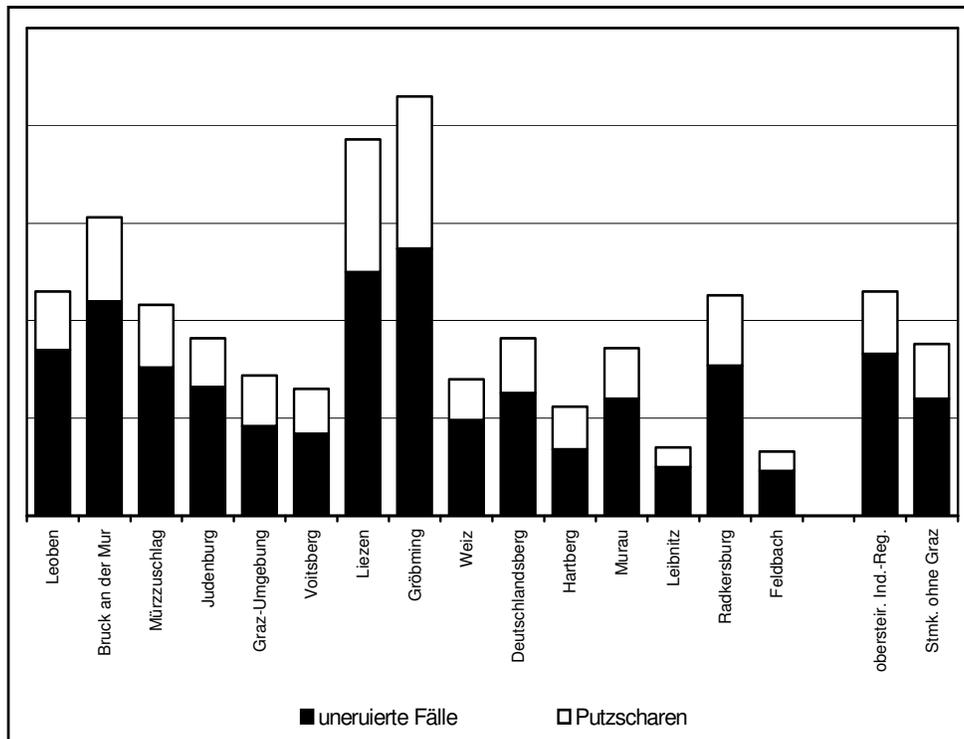


Abbildung 6/6: Anzahl der uneruierten illegalen nationalsozialistischen Aktionen sowie der von der Gendarmerie nach illegalen nationalsozialistischen Aktionen in der Steiermark (ohne Graz-Stadt) zur Behebung der Schäden eingesetzten Putzscharen von Dezember 1933 bis Juni 1934 (in Prozent der Wohnbevölkerung)

6.5 Zentren der nationalsozialistischen Aktivitäten in Österreich im Juni 1934

Eine vom BKA anhand der einlaufenden Meldungen für die Zeit vom 15. bis 30. Juni erstellte Österreich-Karte mit allen „Anschlägen größeren Maßstabs“ weist die obersteirische Industrieregion als *das* Zentrum der nationalsozialistischen Terroraktivitäten in Österreich aus. Konkret war die Mur-Mürz-Furche bzw. die Südbahnstrecke zwischen Judenburg und Weißenbach (im niederösterreichischen Semmeringgebiet) sowie das Murtal zwischen Bruck und Graz und das weststeirische Bergbauggebiet betroffen.

Konzentrierte Nazi-Aktionen gab es noch an der Westbahnstrecke im salzburgisch-oberösterreichischen Bereich; ebenso im Inntal und an der Brennerstrecke in Tirol und auffallend stark auch in der Rheinebene in Vorarlberg. Aber grundsätzlich blieb kein österreichisches Bundesland völlig verschont. Bahnkörper, Geleise, Blocksignaldrähte, Eisenbahnbrücken, -viadukte, -unterführungen, Starkstrom-, Hochspannungs- und Überlandleitungsmasten, Telefon-, Telegraf- und Lichtlei-

tungen sowie Privathäuser, Pfarrhöfe und öffentliche Gebäude waren bevorzugte Objekte dieser Terror- und Sabotageaktionen.²⁰⁴

Die Abbildung 6/7 gibt eine weitere von der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit für den Zeitraum vom 16. bis 30. Juni 1934 für ganz Österreich erstellte Statistik der Böller- und Sprengstoffanschläge wieder. Mit 52 Böller- und Sprengstoffanschlägen nahm die Steiermark eine traurige Spitzenposition ein, wobei auf die obersteirische Industrieregion dem Augenschein nach wiederum um einiges mehr als die Hälfte dieser Anschläge entfallen sein dürfte. Die Hochrechnung der Anschläge auf die Wohnbevölkerung jedes Bundeslandes ergibt allerdings ein überraschendes Bild, nämlich ein signifikantes West-Ost-Gefälle: die Steiermark und Kärnten liegen dabei nur im Mittelfeld.

Bundesland	Zahl der Orte mit NS-Betätigung	Zahl der Böller- und Sprengstoffanschläge	Einwohner pro Anschlag
Wien	—	38	49.319
Niederösterreich	75	30	50.303
Burgenland	52	—	—
Oberösterreich	30	23	39.231
Steiermark	45	52	19.521
Kärnten	45	29	13.970
Salzburg	50	21	11.705
Tirol	30	30	11.637
Vorarlberg	20	18	8.633

Abbildung 6/7: „Nazi-Akte in der Zeit vom 16. bis 30. Juni 1934“

Interessant, daß die Nazis gerade in den Bundesländern Vorarlberg und Tirol, in denen es im Zuge des Juliaufstandes völlig ruhig bleiben sollte, in der Zeit vor dem Putsch eine besonders hohe Aktivität entwickelten. Allerdings darf man, wenn man Vergleiche zu den „Hochburgen“ im Süden Österreichs zieht, nicht vergessen, daß Vorarlberg, Tirol und Salzburg jeweils eine lange Grenze zu Deutschland haben, daß der Schmuggel von Sprengstoffen und Waffen wesentlich einfacher war (wegen der nahen Grenze und der gebirgigen Lage, die den illegalen Grenzübergang erleichterte) und daß es auch leichter war, nach vollendeter Tat nach Deutschland zu entkommen.²⁰⁵

204 ÖStA, AdR, BKA-Inneres, Varia NS-Bewegung 1934–38, Umschlag 1 „Anschläge größeren Maßstabes (also ohne Böller) in der Zeit vom 15. bis 30. Juni 1934. (Zusammengestellt nach den im BKA eingelangten Meldungen)“. Die Originalkarte enthält braune (nationalsozialistische Anschläge), rote (sozialdemokratische oder kommunistische Anschläge) und blaue (ungeklärte Anschläge) Einträge. Die gegenständliche Karte enthält nur eine rote Eintragung in Oberösterreich, die restlichen Eintragungen sind braun oder blau.

205 Die durch diese Statistik angedeutete starke Position der westlichen Bundesländer innerhalb der österreichischen NS-Bewegung deckt sich übrigens sehr gut mit der von Botz registrierten rasanten Zunahme des Nationalsozialismus in Westösterreich am Beginn der illegalen Phase (vgl. Abb. 6/1).

6.6 Resümee

Ein Liniendiagramm, das die drei wichtigsten, in diesem Abschnitt ermittelten Ergebnisse zusammenfaßt (siehe Abbildung 6/8), zeigt das – bei allen Abweichungen – signifikante Obersteiermark-Untersteiermark-Gefälle bei der NS-Affinität deutlich. Dabei wurden die Bezirke nach rein geographischen Gesichtspunkten angeordnet, gleichsam von links oben nach rechts unten (korrekt gesprochen in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung).

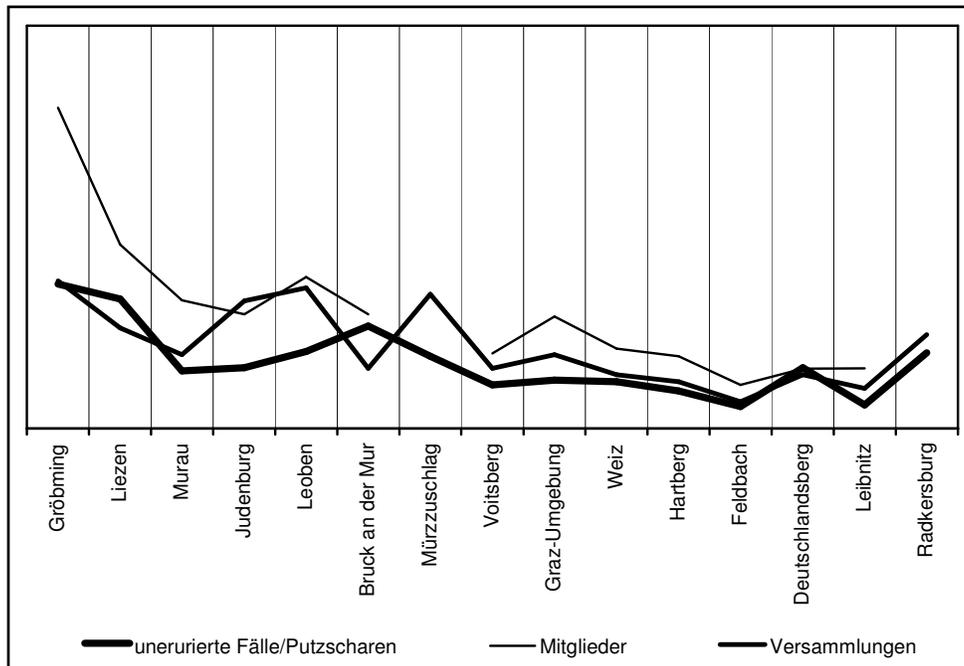


Abbildung 6/8: Das Obersteiermark-Untersteiermark-Gefälle bei der NS-Affinität

Es führen die Bezirke Gröbming und Liezen; die vier obersteirischen Industriebezirke weisen ebenfalls ein hohes Niveau auf; danach fallen die Linien kontinuierlich ab und erreichen mit dem oststeirischen Bezirk Feldbach den Tiefpunkt, um mit den Grenzbezirken Deutschlandsberg, Leibnitz und Radkersburg wieder leicht anzusteigen, wobei Radkersburg eine verhältnismäßig hohe NS-Affinität aufweist, die aber noch unter den obersteirischen Industriebezirken liegt.

Bemerkenswert an diesem Ergebnis ist besonders, daß die obersteirischen Agrarbezirke Gröbming, Liezen, aber auch Murau weit vor den west-, ost- und südsteirischen Agrarbezirken liegen. Für dieses auffallende Ergebnis, das sich anscheinend nicht an sozial- bzw. milieustrukturellen Gegebenheiten orientiert, sondern – vordergründig zumindest – an geographischen, dürfte es mehrere, wahrscheinlich miteinander verknüpfte Gründe geben.

Zum einen sind das historische Gründe. Bereits die Vorläuferpartei der NSDAP in der Monarchie, die DAP, hatte in der Obersteiermark einen (zweiten) Schwer-

punkt; ebenso gelang es hier den Nazis in den ersten Jahren der Republik gewisse bescheidene Erfolge zu erzielen, die über den Bundesschnitt hinausgingen. Und bei den Landtagswahlen 1930 gab es in der Obersteiermark immerhin fast sechs Prozent für die NSDAP. (Siehe diesbezüglich Punkt 3.3.)

Anhand der genannten Tatsachen kann man davon ausgehen, daß die NSDAP in der Obersteiermark – im Gegensatz zur West-, Ost- und Südsteiermark – also bereits vor 1933 über einen gewissen Rückhalt und über eine organisatorische Basis verfügte, auf der weiter aufgebaut werden konnte.²⁰⁶

Ein weiterer Erklärungsansatz ist die Konfession. Wie die Zusatzabbildung 6/g belegt, wirkte sich ein überdurchschnittlicher Protestantenanteil in einer bestimmten Region vermutlich positiv auf die Höhe des NS-Anteils aus. Im Grunde war beim Konfessionsanteil in der Steiermark nämlich ein ähnliches Obersteiermark-Untersteiermark-Gefälle gegeben wie bei der NS-Affinität. Besonders auffällig ist diese Beziehung im Gerichtsbezirk Schladming, dem einzigen Gerichtsbezirk der Steiermark mit einem überwiegend evangelischen Bevölkerungsanteil (52,3 Prozent), der auch alle Statistiken hinsichtlich der NS-Affinität haushoch anführt (vergleiche Zusatzabbildung 6/d).²⁰⁷ Als zweites Beispiel sei der Gerichtsbezirk Radkersburg genannt, der in bezug auf die Stärke der nationalsozialistischen Partei in seinem untersteirischen Umfeld ebenfalls aus der Reihe tanzte. Mit einem Protestantenanteil von 3,8 Prozent erreichte er zwar gerade den steirischen Durchschnitt, überflügelte damit aber seine unmittelbaren Nachbarn bei weitem.

Weiters sind auch noch hinsichtlich der NS-Affinität wirksam werdende wirtschaftliche Unterschiede zwischen den agrarischen Milieus der Ober- und Untersteiermark zu vermuten, was am besten dadurch belegt wird, daß sich die dem Nazi-Gau Steiermark zugeschlagenen Bezirke der Bundesländer Salzburg und Burgenland ganz ähnlich verhielten wie ihre unmittelbaren Nachbarn.²⁰⁸ Hierüber läßt sich aber mangels Zahlen oder gar entsprechender Studien bestenfalls spekulieren.

Möglicherweise waren die Bauern in den kargen alpinen Regionen der Obersteiermark noch stärker von der Wirtschaftskrise betroffen als die Bauern im we-

206 Das belegt auch eine in den Gau-Nachrichten Anfang 1931 wiedergegebene Liste der stärksten Ortsgruppen: 1. Graz, 2. Leoben, 3. Trofaiach, 4. Knittelfeld, 5. Kapfenberg, 6. Donawitz, 7. Judenburg, 8. Mürzzuschlag, 9. Bruck/Mur, 10. Schladming, 11. Leibnitz, 12. Murau, 13. Krieglach, 14. Fohnsdorf, 15. Rottenmann, 16. Weiz, 17. Bad Aussee, 18. St. Stefan, 19. Voitsberg, 20. Wartberg, 21. Köflach, 22. Eisenerz, 23. Kindberg (Gau-Nachrichten, Folge 2, 1. Jg., 23. 1. 1931). 18 von 23 Ortsgruppen befanden sich in der Obersteiermark, 14 davon wiederum in der Industrieregion.

207 Die Obersteiermark wird in der Literatur immer wieder als eines der Zentren des Krypto- bzw. Geheimprotestantismus im 17., 18. Jahrhundert genannt. So z. B. bei Friedrich Heer: „Die kaiserliche Regierung weiß nur zu gut, daß es in den Gebirgsländern Österreichs Protestanten in namhafter Zahl gab: so im oberösterreichischen Salzkammergut, in der Obersteiermark, in Oberkärnten, im oberen Ennstal, im Palten- und Liesingtal, im Murtal. [...] Es sind die Täler, Märkte, Orte, in denen sich nach 1871 und bis 1938 radikaler politischer Widerstand gegen ‚Wien‘, Habsburg, Rom scharf akzentuiert“ (Heer, Identität, S. 84).

208 Die in Abb. 6/1 dargestellte, im Vergleich zum übrigen Österreich hohe NS-Affinität der alpinen Bundesländer West- und Südösterreichs im Jahre 1933 scheint auf eine ähnliche oder gleiche Beziehung hinzuweisen.

sentlich fruchtbareren Flach- oder Hügelland der Ost-, West- und Südsteiermark. Jedenfalls war gerade in der Forstwirtschaft, neben der Milchwirtschaft *die* Haupteinnahmequelle der obersteirischen Landwirte, ein tiefgreifender und lang anhaltender Rückgang zu verzeichnen.²⁰⁹ Die traditionell exportorientierte Holzindustrie wurde durch die Deflationspolitik der Regierung noch zusätzlich behindert.

Für Kärnten stellte Dirk Hänisch fest, daß die NSDAP in landwirtschaftlich geprägten Ortschaften mit bäuerlichen Betrieben, die mehrheitlich über 20 Hektar Betriebsfläche aufwiesen, erfolgreicher waren als in Ortschaften mit mehrheitlich kleineren Betrieben. Kleinbäuerliche Strukturen erwiesen sich in nationalsozialistischer Hinsicht also als mobilisierungshemmend.²¹⁰ Möglicherweise verhielt es sich in der Steiermark ähnlich; hier sind die landwirtschaftlichen Betriebe in der gebirgigen Obersteiermark aus topographischen Gründen im Durchschnitt wesentlich großflächiger als in der hügeligen oder flachen Untersteiermark.²¹¹

Ein zeitgenössischer Bericht belegt jedenfalls die explosive Stimmung unter den obersteirischen Bauern:

„Die Verhältnisse im Ennstale sind vom politischen Standpunkt aus desolat. Die Ramsau ist zu 100 Prozent, Schladming 99 Prozent nationalsozialistisch; obwohl flußabwärts die Verhältnisse etwas besser sind, ist in Liezen doch noch immer eine überwiegende Mehrheit der Nationalsozialisten zu konstatieren. Die Einstellung zum Staat ist nach dem Juli unter den Bauern absolut nicht besser geworden, im Gegenteil ist die Erbitterung gegen die Regierung noch gestiegen und ist in der nächsten Zeit mit einer Bauernerhebung zu rechnen.“²¹²

209 Tremel, Wirtschaftsgeschichte, S. 387.

210 Elste/Hänisch, Weg, S. 182 f.

211 Tautscher/Gmoser, Wirtschaft, S. 459.

212 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5139, 237.802/34 „Politische Verhältnisse im steirischen Ennstal; Vorschlag zur Befriedung derselben“.

7 Altersstruktur

Die gesamte Literatur zur Sozialgeschichte des Nationalsozialismus betont die besondere „Jugendlichkeit“ dieser Bewegung. Ein Umstand, der auch von zeitgenössischen Beobachtern bereits durchwegs bemerkt wurde: Junge Leute aus der Altersgruppe von 18 bis 35 Jahren waren es vor allem, die vom nationalsozialistischen Aktivismus angesprochen wurden.²¹³ Die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit stellte in einem Lagebericht fest, daß an der nationalsozialistischen Propaganda „meist junge, arbeitslose, fanatische Burschen“ teilnahmen.²¹⁴

In diesem Zusammenhang ist es besonders bemerkenswert, daß Jürgen Falter in seiner breitangelegten Studie über „Hitlers Wähler“ in der Weimarer Republik keine überdurchschnittliche Anfälligkeit von Jungwählern für die NSDAP feststellen konnte; eher scheinen ältere Wählerschichten zur Hitlerbewegung tendiert zu haben.²¹⁵

Die wichtigsten Erkenntnisse zur Altersstruktur der österreichischen Nationalsozialisten stammen von Gerhard Botz auf Basis seiner Stichprobenerhebung in der NS-Mitgliederkartei des Berlin Document Center; er konnte feststellen, daß 43 Prozent der NSDAP-Beitretenden in Österreich im Jahr 1933 den Geburtsjahrgängen 1904 bis 1913 (also den 20- bis 29jährigen) angehörten und 28 Prozent den zwischen 1894 und 1903 Geborenen (also den 30- bis 39jährigen). Das Durchschnittsalter der NS-Mitglieder war somit mit rund 33 Jahren weit unter dem der österreichischen Gesamtbevölkerung (56,6 Jahre). Es scheinen also vor allem diese Geburtsjahrgänge für den Nationalsozialismus ansprechbar gewesen zu sein:

„Kaum mehr als 20 Alterskohorten (die zwischen 1894 und 1913 Geborenen) sind im Ablauf der Ereignisse zwischen 1909 und 1933 ... spezifischen Sozialisationsbedingungen ausgesetzt gewesen, die beinahe nur diese Altersgruppen für den Nationalsozialismus prädestiniert haben. Die jüngeren Geburtsjahrgänge (nach 1914 Geborene), die später politisch bewußt werdenden und die anders politisch Geprägten sind nicht im selben Maße ansprechbar gewesen. Die sogenannte Volksgemeinschaftsideologie, der Kult der Gewalt, die Verherrlichung der Fronterfahrung haben die Gruppe der 1894 bis 1913 Geborenen von ihrem jugendlichen Stadium an faschistisch vorgeprägt.“²¹⁶

Weiters hat Botz sich ausführlich mit der Altersgliederung von „Militanten“ in der Ersten Republik befaßt. Bei dieser Gruppe der an politischen Gewalttaten als Täter, Opfer oder Zeugen beteiligten Personen ist eine besondere, geradezu extreme Jugendlichkeit zu konstatieren. 22 Prozent gehörten den 16- bis 19jährigen,

213 Vgl. z. B. Falter, Wähler, S. 146; Pauley, Weg, S. 93 f.

214 ÖStA, AdR, BKA, Zeitgeschichtliche Sammlung, Mappe 37, Lagebericht 1. Hälfte Mai 1934 der GDfdöS.

215 Falter, Wähler, S. 146–154.

216 Botz, Soziale Basis, S. 39.

61 Prozent den 20- bis 29jährigen an, womit 83 Prozent der Militanten unter 30 Jahren alt waren. Dabei treten signifikante Unterschiede zwischen den politischen Lagern zutage: 73 Prozent der NS-Militanten waren unter 25 Jahren alt, während nur rund 50 Prozent aus dem Lager der „Marxisten“ und aus dem katholisch-konservativen bzw. Heimwehr-Lager dieser Altersgruppe angehörten.²¹⁷ Das durchschnittliche Alter der sozialistischen Militanten betrug 1932/33 27,7 Jahre, das der katholisch-konservativen und Heimwehr-Militanten 27,2, das der nationalsozialistischen Militanten hingegen nur 23,1 Jahre.²¹⁸

Franz Schausberger hat in seiner Untersuchung des „parlamentarischen Agi(ti)rens“ der Nationalsozialisten in den österreichischen Landtagen in den Jahren 1932/33 auch die Berufs- und Altersstruktur der Kandidaten der NSDAP erhoben und Überlegungen dazu angestellt. Dabei entwickelte er eine Typologie von drei politischen Generationen im nichtsozialistischen Lager:

- „1. Vor-Frontgeneration (bis Jahrgang 1888): gemäßigt, kompromißbereit, konsensfähig, für Zusammenarbeit mit dem politischen Gegner, beharrend, eher demokratisch und parlamentarisch (z. B. Kunschak, Reither, Buresch, Ender, Dinghofer).
2. Frontgeneration (Jahrgang 1889–1896): für autoritäre Muster, kompromißlos, antimarxistisch, für klare Entscheidungen, unduldsam, Sehnsucht nach klarer Führung, unzufrieden mit den Zuständen, Wille zu Gehorsam, Uniformierung und Disziplin. Ständestaat als Alternative zur parlamentarischen Demokratie (z. B. Dollfuß, Schuschnigg, Schmitz, Raab).
3. Nach-Frontgeneration (ab Jahrgang 1897): keine eigene Kriegserfahrung, Suche nach neuer Romantik, Jugendbewegung, Sehnsucht nach radikaler Überwindung alles Bisherigen, also auch des bestehenden politischen Systems. Anfällig für die Radikalismen der Heimwehr und des Nationalsozialismus (z. B. Starhemberg, Globocnik, Frauenfeld).“²¹⁹

Das Durchschnittsalter der NS-Kandidaten

- für den Wiener Gemeinderat betrug 38,8 Jahre (im Vergleich zu 47,3 Jahren bei den Christlichsozialen);
- für den niederösterreichischen Landtag 40,8 Jahre (z. B. Großdeutsche 52, Sozialdemokraten 45,5, Kommunisten 37,7);
- für den Salzburger Landtag 39,9 Jahre (z. B. Großdeutsche 50,7, Sozialdemokraten 50, Heimatblock 44,2, Kommunisten 38,5)
- und für den Vorarlberger Landtag 41 Jahre (z. B. Landbund 50,9, Christlichsoziale 43,7, Kommunisten 33,6).

Somit stellte die NSDAP nach der KPÖ die jüngsten Kandidaten. Während bei der Christlichsozialen, der Sozialdemokratischen und der Großdeutschen Partei sowie

217 Botz, *Gewalt*, S. 325–327.

218 Botz, *Changing Patterns*, S. 206.

219 F. Schausberger, *Ins Parlament*, S. 200.

beim Landbund die Vertreter der Vor-Frontgeneration eindeutig überwogen, dominierten bei den Nationalsozialisten die Kandidaten aus der Front- und Nach-Frontgeneration; bei den Kommunisten herrschte eindeutig die Nach-Frontgeneration vor.²²⁰

7.1 Inhaftierte im Anhaltelager Wöllersdorf

Gerhard Jagschitz kommt in einer Untersuchung über die Anhaltelager in Österreich, die im Anhang auch eine Statistik der Altersstruktur der vom austrofaschistischen Regime im Mai 1934 in Wöllersdorf Inhaftierten enthält, zu einer ähnlichen Erkenntnis wie Gerhard Botz.²²¹ Die Nationalsozialisten waren im Schnitt jünger als die Sozialdemokraten; die Kommunisten (deren Zahl aber gering war im Vergleich zu den beiden anderen Gruppen) wiesen eine ähnliche Altersstruktur wie die Nazis auf (siehe Abbildung 7/1).

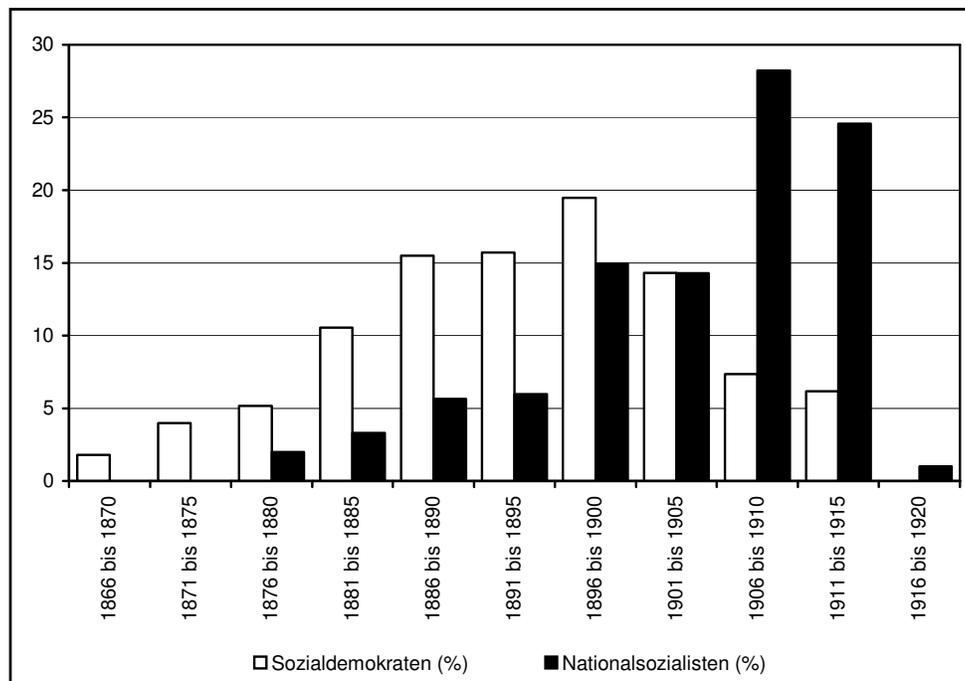


Abbildung 7/1: Altersstruktur der im Mai 1934 in Wöllersdorf angehaltenen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten nach Geburtsjahrgangsguppen (in Prozent)

Die Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten könnten signifikanter kaum sein: zum einen fällt die Verteilung auf die Altersgruppen bei den sozialdemokratischen Inhaftierten wesentlich gleichmäßiger aus als bei nationalsozialistischen, zum anderen sind sie auch deutlich älter. Der Schwerpunkt ist

²²⁰ F. Schausberger, *Ins Parlament*, S. 195–219.

²²¹ Jagschitz, *Anhaltelager*, S. 150.

bei den Nazis um zwei Altersgruppen nach rechts verschoben, zudem ist der Anstieg wesentlich steiler. An die 60 Prozent der angehaltenen Nationalsozialisten waren unter 30 Jahren alt, aber nur knappe 20 Prozent der Sozialdemokraten. Die wenigen Kommunisten in Wöllersdorf die unter den 844 Angehaltenen nur 4,7 Prozent ausmachten, zeigten eine ähnliche Altersstruktur wie die Nationalsozialisten – rund 56 Prozent waren unter 30 Jahren alt.

7.2 Nationalsozialistische Flüchtlinge nach Deutschland und Jugoslawien

Die Akten der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit enthalten umfangreiches Material, das in Hinsicht auf die Altersstruktur der nationalsozialistischen illegalen Bewegung auszuwerten ist. So liegen zum Beispiel sogenannte „Ausbürgerungsverzeichnisse“ vor, die Namen, Geburtsdatum, Herkunftsort und Beruf von Hunderten Nationalsozialisten enthalten, die in den Jahren 1933 und 1934 illegal nach Deutschland gingen, um dort zum Großteil in die Österreichische Legion eingereiht zu werden.²²² Weiters sind zwei Listen mit NS-Flüchtlingen erhalten, die nach dem mißglückten Aufstand im Juli 1934 vor allem aus Kärnten, aber auch aus der Steiermark nach Jugoslawien flüchteten.²²³ Diese Listen enthalten Namen, Herkunftsorte und Geburtsdaten.

Die Daten der folgenden Personengruppen konnten ausgewertet werden:

- 417 aus ganz Österreich Ausgebürgerte (NS-Flüchtlinge nach Deutschland) (vom Juli 1934);
- 342 Ausgebürgerte (NS-Flüchtlinge nach Deutschland und Jugoslawien) aus den Bezirken der obersteirischen Industrieregion (vom November 1934);
- 766 vor allem aus Kärnten, aber auch aus der Steiermark nach Jugoslawien geflüchtete nationalsozialistische Juliputschisten (vom August und Oktober 1934).

Eine Zusammenführung der drei Datenbestände schien nicht zielführend, weil die Gefahr bestand, daß manche Namen möglicherweise mehrfach enthalten sind.

²²² ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4896, 234.098/34 „Verhinderung der Wiedereinreise rechtskräftig Ausgebürgerter (9. Verzeichnis)“, dat. 29. Juli 1934; Ktn. 4899 („Ausbürgerungsverzeichnisse“), 309.888, „Verhinderung der Wiedereinreise rechtskräftig Ausgebürgerter (10. Verzeichnis)“, dat. 17. Nov. 1934.

²²³ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4896, 234.156/34 „SA-Emigranten in Jugoslawien. Verzeichnis“ – „Verzeichnis über jene Flüchtlinge, welche sich am 28. Juli 1934 in Unterdrauburg sammelten und von der jugosl. Behörde nach Marburg und von dort nach Varasdin abgeschoben wurden“; 266.793/34, „Verzeichnis geflüchteter Mitglieder der SA“. Woher der Sicherheitsdirektor für Kärnten die Listen hatte, erhellt aus dem Akt nicht. Bei Suppan, Jugoslawien, S. 428, heißt es: „Die österreichische Gesandtschaft in Belgrad wurde angewiesen, von der jugoslawischen Regierung Listen der nach Jugoslawien geflüchteten österreichischen Nationalsozialisten zu verlangen. [BKA/AA an GeS. Belgrad u. Konsulat Laibach am 14. 8. 1934 ...] [...] Der Politische Direktor Puric hielt natürlich die Übergabe solcher Listen für kaum ‚möglich‘ ...“ – Allerdings können die Listen m. E. wohl nur von den Jugoslawen kommen.

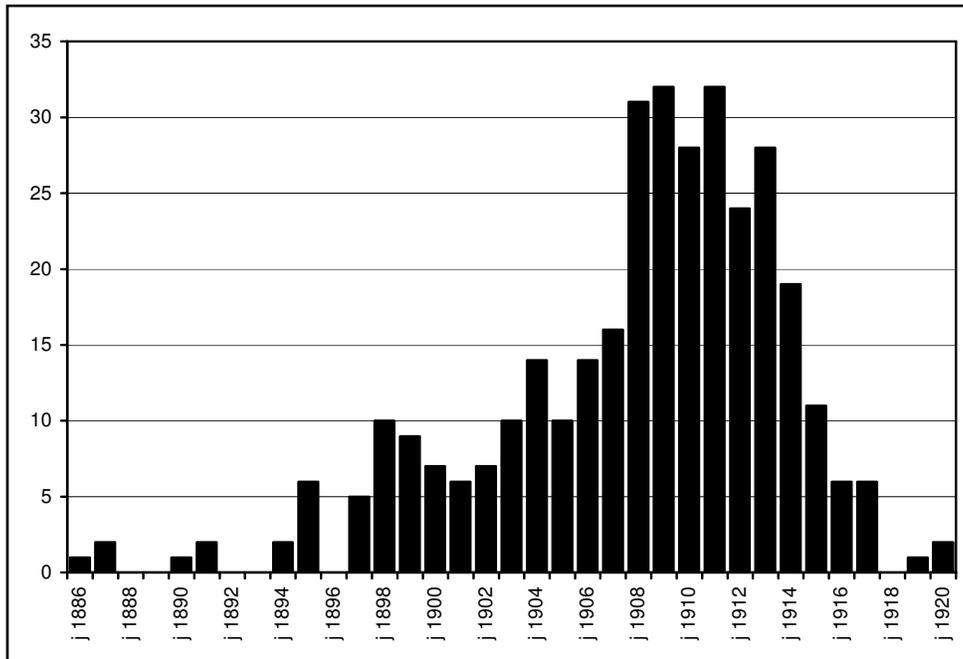


Abbildung 7/2: Altersstruktur von 342 bis Ende Oktober 1934 ausgebürgerten Personen (NS-Flüchtlinge nach Deutschland und Jugoslawien) aus den Bezirken der obersteirischen Industrieregion (in absoluten Zahlen)

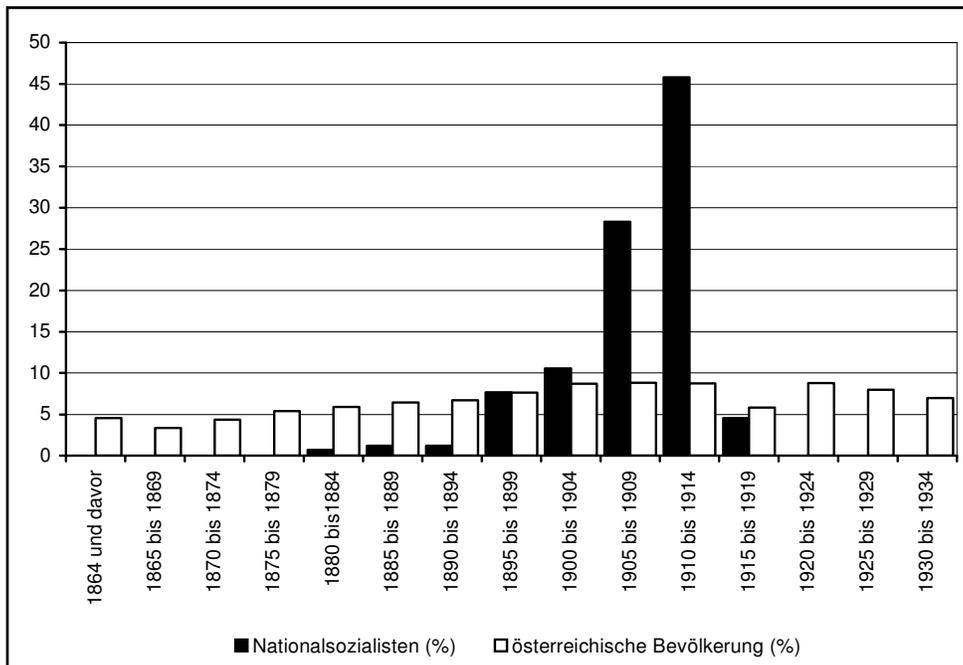


Abbildung 7/3: Altersstruktur von 417 aus ganz Österreich ausgebürgerten Personen (NS-Flüchtlinge nach Deutschland) nach Geburtsjahrganggruppen im Vergleich zur Altersstruktur der österreichischen Bevölkerung nach der Volkszählung 1934 (in Prozent)

Die Abbildung 7/2 zeigt – nach Jahrgängen gereiht – die typische Altersstruktur, die im wesentlichen bei allen drei Flüchtlingsgruppen gleich ist: Die Verteilung ist sehr ungleichmäßig, der Anstieg ist äußerst steil, der Schwerpunkt liegt bei den Jahrgängen 1908 bis 1914, also bei den 1934 20- bis 26jährigen. 194 von 342 Personen (57 Prozent) fielen unter diese Jahrgänge; 26 Flüchtlinge waren sogar unter 20 Jahren alt, die beiden jüngsten erst 14.

Wenn man die prozentuelle Verteilung der Flüchtlinge (diesmal aus ganz Österreich) nach Altersgruppen mit der Altersschichtung der österreichischen Bevölkerung im Jahr 1934 vergleicht, zeigt sich, wie stark die dominierende Gruppe der 20- bis 30jährigen überrepräsentiert war (siehe Abbildung 7/3 und Zusatzabbildung 7/a). Durch die Einteilung in Geburtsjahrganggruppen wird der steile Anstieg und die ungleichmäßige Verteilung deutlicher als in Abbildung 7/2. Es wird offensichtlich, daß die Altersgruppe der 20- bis 30jährigen mit über 70 Prozent unter den militanten NS-Aktivisten noch wesentlich stärker vertreten war als unter den gewöhnlichen Mitgliedern der NSDAP, unter denen sie laut Botz im Jahr 1933 rund 40 Prozent einnahm.

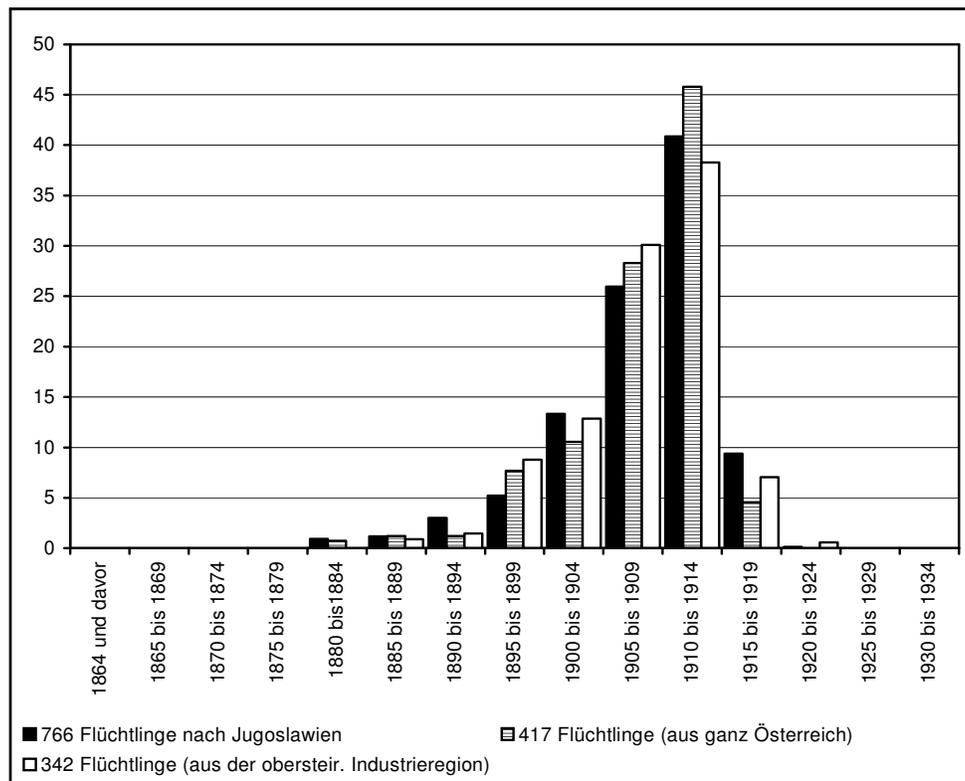


Abbildung 7/4: Altersstruktur von nationalsozialistischen Flüchtlingen aus Österreich nach Jugoslawien und Deutschland im Jahr 1934 nach Geburtsjahrganggruppen (in Prozent)

Ein Vergleich der drei untersuchten Flüchtlingsgruppen fällt äußerst homogen aus, wie die Abbildung 7/4 deutlich zeigt. Statistisch relevante regionale Unterschiede

lassen sich nicht erkennen. Mehr als 40 Prozent der Flüchtlinge gehörten der Gruppe der zwischen 1910 und 1914 Geborenen an (den 20- bis 24jährigen); mehr als 28 Prozent den zwischen 1905 und 1909 Geborenen (den 25- bis 29jährigen); immerhin rund sieben Prozent waren jünger als 20 Jahre. 77 Prozent der Flüchtlinge (also mehr als drei Viertel) waren unter 30 Jahren alt; 49 Prozent (also praktisch die Hälfte) unter 25; verschwindende vier Prozent waren 40 Jahre oder älter; das Durchschnittsalter betrug ziemlich genau 26 Jahre (siehe auch Zusatzabbildung 7/b). Somit ist diese Gruppe von ihrer Altersstruktur her wohl am ehesten mit den an politischen Gewalttaten im Laufe der Ersten Republik beteiligten Nationalsozialisten zu vergleichen, die aber sogar zu 87 Prozent unter 30 Jahren alt waren – Gerhard Botz schließt daher auf eine stärkere Aggressivität der Altersgruppen bis 29 Jahre.²²⁴

Gewaltanwendung (zum Beispiel während des Juliputsches) – und die dadurch bedingte Verfolgung durch die österreichische Exekutive – mag sicher einer der wichtigsten Gründe für die Flucht gewesen sein. Aber es gab auch andere, nicht weniger wichtige Motive: Bei den nationalsozialistischen Flüchtlingen handelte es sich um junge, hochmobile Leute (fast ausschließlich Männer übrigen), die zum Großteil wohl noch nicht gebunden waren und sich auch beruflich – zumal unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise – noch nicht etabliert hatten. Die Hoffnung, im aufstrebenden „Reich“ Arbeit zu finden und eine Existenz gründen zu können, wird vielen die Flucht erleichtert haben (siehe auch Punkt 4.3).

7.3 Am nationalsozialistischen Juliaufstand Beteiligte

Aus einer Analyse der „Hochverratsanzeigen“, die von den örtlichen Gendarmenrieposten nach den Ereignissen Ende Juli 1934 an die Staatsanwaltschaften gerichtet wurden, lassen sich besonders viele Daten bezüglich des Alters- sowie des Sozialprofils der am Juliaufstand Beteiligten gewinnen (vgl. diesbezüglich auch die Punkte 8 und 9).²²⁵

Abbildung 7/5 kontrastiert die Altersstruktur dieser Gruppe, die von aktiv mit der Waffe in der Hand Beteiligten bis zu bloß Hilfedienste Leistenden, Botengängern, Zuträgern etc. reicht, mit der Struktur von 766 überwiegend aus dem Lavanttal und aus dem restlichen Kärnten, aber auch aus der Steiermark auf der Flucht vor den Regierungstruppen nach Jugoslawien übergewechselten militanten Nazis. Und hier zeigen sich doch einige Unterschiede: Die Jahrgänge der Juliputsch-Beteiligten sind etwas gleichmäßiger verteilt, der Anstieg – obwohl er sich in denselben Altersgruppen vollzieht – ist nicht so steil wie bei den Flüchtlingen. Das heißt, die Flüchtlinge waren im Schnitt jünger, obwohl auch die Juliputsch-Beteiligten ebenfalls noch sehr jung waren: im Schnitt 28,35 Jahre. Aber immerhin befanden sich unter ihnen elf Prozent, die 40 Jahre oder älter waren (gegen vier Prozent bei den Flüchtlingen); nur 40 Prozent (gegen 49) waren unter 25 Jah-

²²⁴ Botz, Gewalt, S. 327. Dabei wurden die Daten von 132 Personen ausgewertet.

²²⁵ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903 und Ktn. 4904/a.

ren und 65 Prozent (gegen 77) unter 30 Jahren alt (siehe auch Zusatzabbildung 7/b).

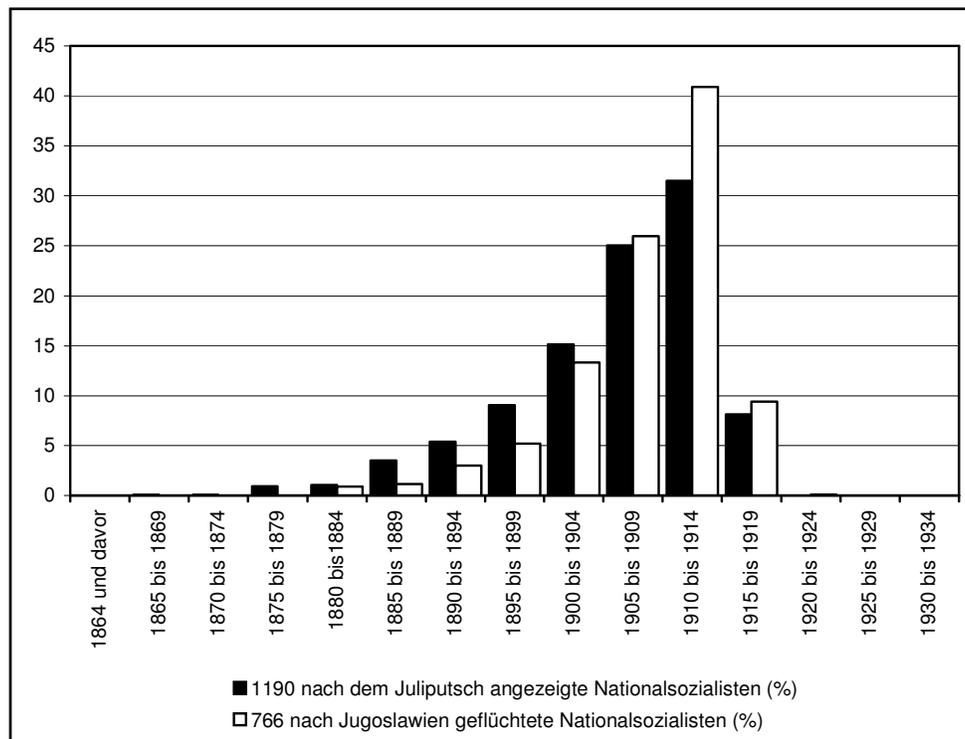


Abbildung 7/5: Altersstruktur von 1190 nach dem Juliputsch 1934 verhafteten bzw. angezeigten Personen aus der ganzen Steiermark im Vergleich zur Altersstruktur von 766 nach dem Juliputsch nach Jugoslawien geflüchteten Personen nach Geburtsjahrganggruppen (in Prozent)

Die Bereitschaft zur Flucht muß nicht nur mit einer größeren Aggressivität der unter 30jährigen²²⁶ – die dann entsprechende Verfolgung und Bestrafung nach sich zog – zu tun haben, sondern kann auch auf andere, bereits oben bei der Analyse der Abbildung 7/4 angesprochene Faktoren zurückzuführen sein. Konkret: Mit der Flucht entzogen sich viele junge Illegale auch den engen, bedrückenden Verhältnissen der eigenen Heimat und Familie. Als „Held“ und „Verfolgter“ für die nationalsozialistische Sache ins Reich Adolf Hitlers zu gehen, schien vielen als eine große Chance, die sie nur zu gerne ergriffen. Hier sahen sie eine Möglichkeit, eine Existenz aufzubauen.

Wenn es in Österreich etwas zu verlieren gab, waren viele bereit, trotz der befürchteten Strafe zurückzukehren. So fällt zum Beispiel bei den ursprünglich aus

²²⁶ Gerhard Botz spricht angesichts der Erkenntnis, daß unter den von ihm analysierten 204 an Gewalttaten als Täter, Opfer oder Zeugen Beteiligten die Täter eindeutig am jüngsten waren, davon, daß „dieser Tatbestand ... auf stärkere Aggressivität der Altersgruppen bis 29 Jahren hin[deute], die wiederum eher auf sozio-psychische als soziale ‚Faktoren‘ zurückzuführen sein dürfte“ (Bolz, Gewalt, S. 326).

Radkersburg nach Jugoslawien Geflüchteten und Mitte August 1934 Zurückgekehrten auf, daß sie – obwohl ideal in die Altersstruktur der Flüchtlinge passend – zumeist die Söhne von Besitzern und Gewerbetreibenden oder beruflich bereits etabliert waren („Verwalter“ beispielsweise) – also etwas zu verlieren und durch die militärische Existenz im SA-Lager eigentlich nichts zu gewinnen hatten. Leute, die keine Erbschaft erwarten durften und deren Existenz weniger gesichert war oder die einfach zu sehr belastet waren, kehrten dahingegen nicht zurück. Auch zwei im November 1934 zurückgekehrte Schuhmacher waren Schwiegersohn und Sohn eines Schuhmachermeisters in Radkersburg (beide hatten also Arbeit, der eine war verheiratet).²²⁷

Im großen und ganzen ging die Bereitschaft zur Flucht aber mit zunehmendem Alter eindeutig zurück. Wer 30 Jahre oder älter war, mußte tatsächlich drifftige Gründe (zum Beispiel die Furcht vor schwerer Bestrafung) für die Flucht ins Ausland haben.

7.4 Steirische Kommunisten

Zum Vergleich der Alters- und Sozialstruktur mit einer ebenfalls radikalen, von der anderen Seite des politischen Spektrums kommenden Gruppe, die zumindest einige Zeit in der Industrieregion, aber auch in anderen Regionen der Steiermark eine gewisse Rolle spielte, wurde eine „Kommunistenevidenz für Steiermark“ aus den Jahren 1931 bis 1933 ausgewertet. Es handelt sich dabei nach Definition des BKA um ein „Verzeichnis über jene Personen, welche sich im Lande Steiermark außerhalb Graz in der kommunistischen Bewegung als Agitatoren, Redner, Delegierte, Versammlungseinberufer, Zellen- und Gruppenleiter, Flugschriftenverteiler und Plakatschreiber führend betätigen“.²²⁸

Entsprechend dieser Definition scheint diese Gruppe eher mit den nationalsozialistischen Juliputsch-Beteiligten als mit den nationalsozialistischen Flüchtlingen zu vergleichen sein. Deshalb wurde in Abbildung 7/6 eine Kontrastierung der Altersstruktur von Juliputsch-Beteiligten und steirischen Kommunisten versucht.

Die kommunistischen Aktivisten waren wesentlich älter als die nationalsozialistischen Putschisten. Man hätte anhand anderer zur Verfügung stehender Unterlagen eigentlich annehmen können, daß die Altersstruktur der beiden Gruppen im wesentlichen gleich oder zumindest ähnlich war. Das legt ja zumindest die oben erwähnte Altersstruktur von 40 in Wöllersdorf angehaltenen Kommunisten nahe sowie die erhobenen Durchschnittsalter von Landtagskandidaten des Jahres 1932. In Wahrheit wiesen die erfaßten Kommunisten im Jahre 1934 ein Durchschnittsalter von 36,2 Jahren auf (gegenüber den 28,4 Jahren der nationalsozialistischen Juliputsch-Beteiligten). Der Schwerpunkt lag mit 39 Prozent bei der Gruppe der 30- bis 39jährigen; insgesamt 71 Prozent waren 30 Jahre oder älter. Die unter 30jährigen waren mit 29 Prozent klar in der Minderheit (gegenüber

²²⁷ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903, 314.692/34.

²²⁸ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 101.340/33 „Kommunistenevidenz für Steiermark; Ergänzungen und Berichtigung“.

65 Prozent bei den Nazis) (siehe auch Zusatzabbildung 7/b). Die Altersstruktur der steirischen kommunistischen Aktivisten läßt sich ziemlich gut mit den in Wölbersdorf angehaltenen Sozialdemokraten vergleichen (siehe Abbildung 7/1).

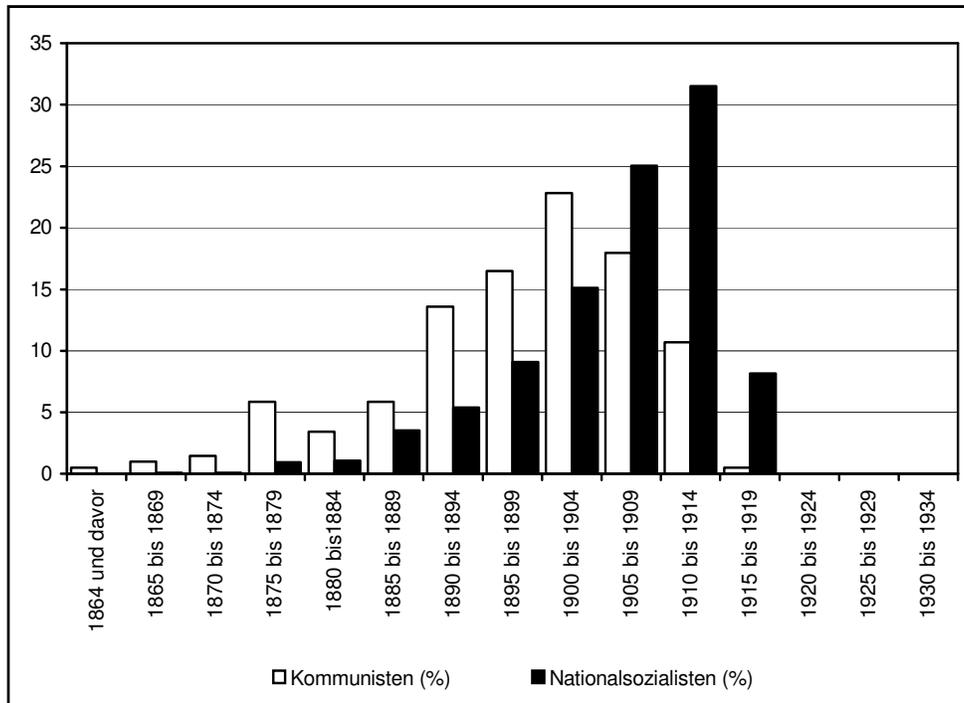


Abbildung 7/6: Altersstruktur von 206 außerhalb Graz-Stadt wohnhaften aktiven steirischen Kommunisten im Vergleich zur Altersstruktur von 1190 nach dem Juliputsch 1934 verhafteten bzw. angezeigten Personen aus der ganzen Steiermark nach Geburtsjahrgangsguppen (in Prozent)

Über die Gründe für dieses überraschende Ergebnis kann man in Ermangelung von Individualdaten nur spekulieren. Die Ähnlichkeit der Altersstruktur mit den sozialdemokratischen Aktivisten legt aber immerhin die Vermutung nahe, daß es sich bei den steirischen Kommunisten zumindest zum Teil um abtrünnige Sozialdemokraten handelte, und zwar nicht nur um besonders junge und radikale, sondern um Leute aus allen (Alters-)Schichten der SDAP. Insgesamt scheint die steirische Gendarmerie doch breitere soziale und altersmäßige Schichten erfaßt zu haben, als üblicherweise für die KP aktiv wurden. Somit ist die „Kommunistenevidenz für Steiermark“ möglicherweise ein ganz gutes Abbild der zumindest temporären Anhängerschaft, die die KP in der Weltwirtschaftskrise gewinnen konnte.²²⁹

²²⁹ Daß die Sympathie für den Kommunismus ziemlich plötzlich eine völlige Kehrtwendung erfahren konnte, zeigt ein Bericht des LGK vom April 1933: „Die kommunistische Ortsgruppe Oberzeiring hat sich im April aufgelöst und sind deren Mitglieder fast zur Gänze der nationalsozialistischen Partei beigetreten“ (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 160.850/33).

7.5 Resümee

Die Abbildung 7/7 gibt – diesmal der Übersichtlichkeit halber als Linien- und nicht als Säulendiagramm – einen zusammenfassenden Überblick über die ausgewerteten Datenbestände.

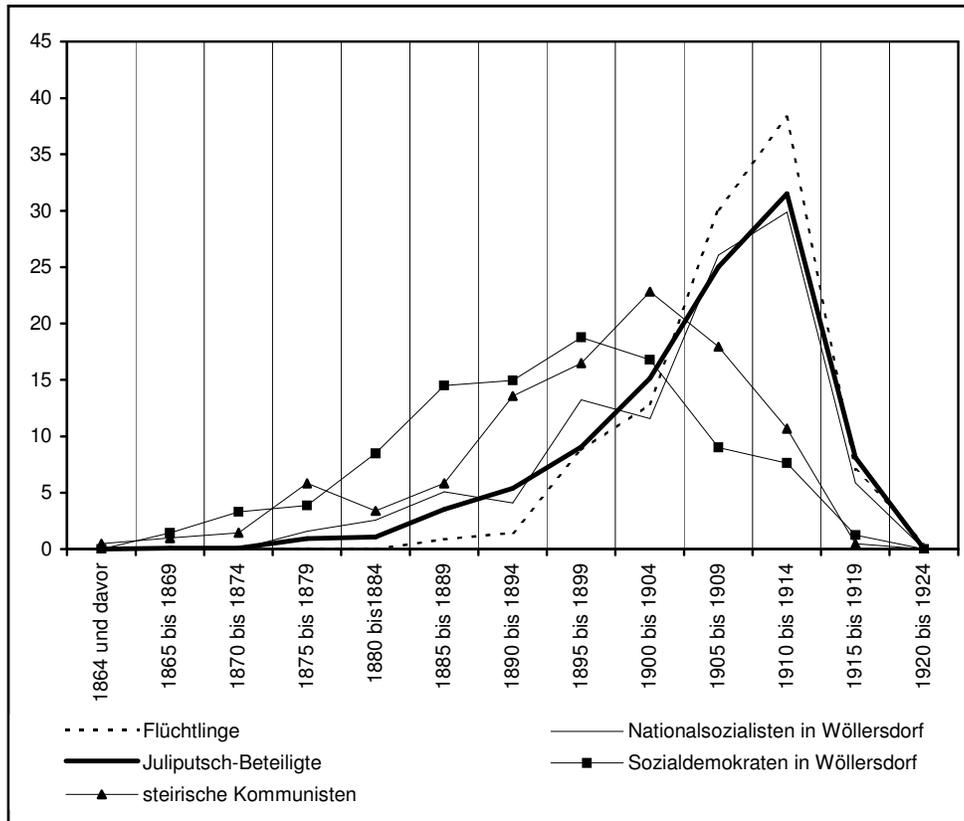


Abbildung 7/7: Altersstrukturen von Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten im Vergleich

Der Kurvenverlauf der drei verschiedenen nationalsozialistischen Gruppen ist im wesentlichen kongruent; der Anstieg bei den Flüchtlingen ist steiler als bei den Juliputsch-Beteiligten; die in Wöllersdorf Angehaltenen und die Juliputsch-Beteiligten verfügen praktisch über dieselbe Altersstruktur. Die Strukturen von Kommunisten und Sozialdemokraten sind ziemlich ähnlich und unterscheiden sich deutlich von den Nationalsozialisten: Der Kurvenverlauf ist flacher, die Scheitelpunkte sind merklich nach links verschoben – die sozialdemokratischen und kommunistischen Aktivisten waren insgesamt um einiges älter als die nationalsozialistischen.²³⁰

²³⁰ Für den Steirischen Heimatschutz liegen leider keine ähnlich auswertbaren Aufstellungen vor. (Einzig für Fohnsdorf konnte für den Juliputsch registriert werden, daß Teilnehmer, die aus dem Heimatschutz stammten, im Schnitt um rund zweieinhalb Jahre älter waren als andere Teil-

Dieses Ergebnis entspricht genau dem, was Gerhard Botz für die Altersgliederung von Militanten in der Ersten Republik feststellte: Die Nationalsozialisten waren im Schnitt um einige Jahre jünger als die Sozialdemokraten.²³¹ Weiters waren die erfaßten Illegalen im Schnitt jünger als die normalen Parteimitglieder, die 1933 der Partei beitraten,²³² aber älter als die an politischen Gewalttaten beteiligten militanten NS-Aktivisten.²³³

Daß die nationalsozialistischen Illegalen um einiges jünger waren als die NS-Landtagskandidaten im Jahr 1932 überrascht nicht weiter. Insgesamt gehören die im Rahmen dieser Untersuchung erfaßten Nationalsozialisten zu 91 Prozent der Nach-Frontgeneration im Sinne von Schausberger an, sechs Prozent der Frontgeneration und der magere Rest von drei Prozent der Vor-Frontgeneration.

Als vorläufige These, die durch die nachfolgenden Punkte 8 und 9 noch untermauert werden soll, läßt sich formulieren: Die Gruppe der Juliputsch-Beteiligten dürfte von der Altersschichtung (und auch von der sozialen Schichtung) her am ehesten mit dem Querschnitt der illegalen Nationalsozialisten auf dem Land und in kleinstädtischen Bereichen zu vergleichen sein, weil sich unter ihnen auch etwas ältere, „gesetzte“ Menschen – mit Familie und halbwegs gesicherter, wenn auch unter Umständen bedrohter Existenzgrundlage – aus dem Umfeld befanden, vorsichtig agierende, aber nicht völlig abseits stehende Parteimitglieder, Sympathisanten, Mitläufer und vor allem die politische Führungsschicht. Die Flüchtlinge hingegen stellen den radikalen Aktivkern dar, junge, überzeugte SA-Männer und militärische Führer, die zu illegalen Aktionen in jeder Form bereit waren – und die, wie aus den Polizeiakten immer wieder hervorgeht, von den älteren politischen Führern aus „Intelligenzkreisen“ als Kampftruppe benutzt wurden. Ein LGK-Monatsbericht vom Dezember 1933 zum Beispiel beschreibt dieses Verhältnis folgendermaßen:

„Die Ausforschung von Personen, die sich einer verbotenen natsoz. Tätigkeit schuldig machen, erschwert sich nach wie vor insbesondere dadurch, daß diese Personen, die sich zumeist aus Jugendlichen, Arbeitslosen und sonstigen unverantwortlichen Personen rekrutieren, besonders vorsichtig zu Werke gehen, während sich die verantwortlichen Führer, die zumeist Intelligenzkreisen angehören, im Hintergrunde halten.“²³⁴

nehmer, die auf keine derartige Vergangenheit zurückblicken konnten – vgl. Punkt 9.) Auch gibt es wenig Material, das nur auf die obersteirische Industrieregion bezogen ist, es dürften aber – wie der Vergleich der drei Flüchtlingsgruppen zeigt – keine nennenswerten regionalen Unterschiede bezüglich der Altersstruktur bestanden haben.

231 Botz, *Changing Patterns*, S. 206.

232 Botz, *Soziale Basis*, S. 39.

233 Botz, *Gewalt*, S. 327.

234 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5137, 112.702/34 „Lagebericht IV/Jänner 1934“, Beilage „Nationalsozialistische (Hitler-)Bewegung im Dezember 1933“. Ähnlich im Juni 1933: „Überhaupt konnte die Wahrnehmung gemacht werden, daß die Nationalsozialisten mit Vorliebe Jugendliche mit der Durchführung von strafbaren Handlungen beauftragen, während sich die Führer und Verantwortlichen im Hintergrunde halten“ (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 187.701/33).

8 Soziale Struktur

In der wissenschaftlichen Erforschung des Faschismus im allgemeinen und des Nationalsozialismus im besonderen wurden eine ganze Reihe von Untersuchungen zur sozialen Basis dieser Bewegungen angestellt, die zu unterschiedlichen, oft heftig umstrittenen, aber auch sehr einflußreichen Thesen führten. Oft zitiert wurde das Diktum Seymour Martin Lipsets vom „Extremismus der Mitte“ (1960): Faschismus sei eine spezifische politische Ausdrucksform der Mittelschichten – wie der Kommunismus für die Arbeiterklasse oder der traditionelle Autoritarismus für die Oberschichten. Der kleine, selbständige Mittelstand habe unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise bevorzugt zum Nationalsozialismus tendiert. Bereits in der zeitgenössischen Diskussion hatte es ähnliche Ansätze gegeben (Theodor Geiger, 1930). Andere Theorien gehen davon aus, daß die NSDAP in der Weimarer Republik ihre Erfolge vor allem auf der Mobilisierung der Jungwähler und ehemaligen Nichtwähler gegründet und von der Radikalisierung ehemaliger Rechtswähler profitiert habe. Mittelschichtwähler seien erst sehr spät zur NSDAP gestoßen. Die Theorie des politischen Konfessionalismus wiederum basiert auf drei politischen Lagern oder Blöcken in Deutschland (bürgerlich-protestantischer Block, katholischer Block, sozialistischer Block); die Wähler der Nazi-Partei seien vor allem aus dem bürgerlich-protestantischen Lager gekommen, das zu rund 80 Prozent für Hitler gestimmt habe.²³⁵

Immer stärker tendierten aber die Untersuchungsergebnisse bezüglich der Zusammensetzung der nationalsozialistischen Bewegung in Richtung „Volkspartei“, das heißt Sammelbewegung mit durchaus heterogener sozialer Basis. Heinrich August Winkler bezeichnete die NSDAP als eine „Volkspartei ... , die in den Mittelschichten zwar ihre soziologischen Hauptstützen besaß, aber auch Teile der Arbeiterschaft für sich gewinnen konnte“.²³⁶ Und Jürgen Falter kam zu dem Schluß, bei der NSDAP in der Weimarer Republik habe es sich um eine „Volkspartei des Protests“ bzw. um eine „Volkspartei mit Mittelstandsbauch“ gehandelt.²³⁷

In Hinblick auf Österreich bezeichnete Gerhard Botz die NSDAP aufgrund von Stichprobenerhebungen in der NS-Mitgliederkartei des Berlin Document Center

„als eine asymmetrische Volkspartei, in der allerdings die Arbeiter beträchtlich, die Bauern wenig deutlich unterrepräsentiert gewesen sind“.²³⁸

Das soziale Spektrum dieser Partei war breiter als das der meisten bürgerlichen und „marxistischen“ Parteien. Es sei gut zu belegen,

235 Darstellung der wichtigsten Modelle nach der hervorragenden Zusammenfassung bei Falter, Wähler, S. 42–53 u. 366 f.; vgl. weiters Kershaw, NS-Staat, S. 60 f.

236 Zit. n. Botz, Soziale Basis, Anm. 37, S. 55.

237 Falter, Wähler, S. 364–375.

238 Botz, Soziale Basis, S. 44.

„daß der Faschismus im allgemeinen der sozialen Herkunft seiner Anhänger nach nicht einfach als kleinbürgerlich – eher noch seiner Ideologie nach –, sondern vielmehr als ‚mittelständisch‘ (im Sinne von altem *und* neuem Mittelstand) zu charakterisieren ist, was große Teile der Lohnabhängigen einschließt“.²³⁹

	1926 bis 1931	1932	1933	1938	österr. Bevölke- rung 1934	
Bauern	3,1	13,8	12,2	12,0	10,8	
Selbständige in Gewerbe und Handel	10,9	6,4	5,2	10,9	12,3	53,5
„Handwerker“	7,8	11,7	22,6	14,9		
Arbeiter	20,3	18,1	27,0	29,1		
Angestellte	21,9	14,9	11,3	14,9	11,4	
Öffentlich Bedienstete	26,6	26,5	9,6	16,0	10,0	
Freie Berufe	6,3	4,3	7,8	1,1	1,0	
Studenten	3,1	4,3	4,3	1,1	—	

Abbildung 8/1: Berufssoziale Gliederung der Beitretenden zur NSDAP in Österreich (in Prozent)

Nicht unähnlich lautet das Ergebnis, zu dem Alfred Elste und Dirk Hänisch in ihrem Buch über den Nationalsozialismus in Kärnten bis 1938 kommen, wobei allerdings eine noch größere Absenz von bäuerlichen und Arbeiterschichten vor 1933 konstatiert wird:

„Ihre Wählerbasis war überwiegend durch die neuen Mittelschichten bestimmt, und insbesondere die Unterrepräsentation der Bauern und Arbeiter zeigt, daß die Nationalsozialisten *vor 1933* mit ihren Bemühungen der Wählerrekrutierung fast kaum ins Schwarz der Landbevölkerung und selten ins Rot der Arbeiterschaft trafen.“²⁴⁰

8.1 Zu den verwendeten Quellen und zur speziellen Problematik

Die im Rahmen der vorliegenden Studie zur sozialstrukturellen Auswertung verwendeten Quellen entsprechen denen, die auch für die Altersstruktur herangezogen wurden: Es sind in den Akten des BKA-Inneres sogenannte „Ausbürgerungsverzeichnisse“ erhalten geblieben, die die Namen, Alters-, Berufs- und Herkunfts-

²³⁹ Botz, Faschismus, S. 124 u. 125 (kursive Hervorhebung durch Botz); auch Pauley, Weg, S. 97, geht vom „Mittelklassecharakter der österreichischen Anhängerschaft der Nationalsozialisten“ aus; eine konzise Zusammenfassung bietet Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, S. 239 f.

²⁴⁰ Elste/Hänisch, Weg, S. 195 (kursive Hervorhebung durch Elste/Hänisch). Ähnlich auf S. 92: „Auf Funktionärssebene jedenfalls präsentierte sich die NSDAP 1932 in Kärnten als Partei des ‚neuen Mittelstandes‘. Sie hatte zu keinem Zeitpunkt den Charakter einer ‚Volkspartei‘, denn wichtige soziale Segmente der Gesellschaft wie Bauern und Arbeiter blieben nach wie vor stark unterrepräsentiert.“

angaben von nach Deutschland geflüchteten illegalen Nationalsozialisten enthalten; weiters gibt es mehrere Kartons mit einer Fülle von „Hochverratsanzeigen“ der örtlichen Gendarmerien an die Staatsanwaltschaft aus Anlaß des Juliputsches, die ein vollständiges „Nationale“ enthalten – also genau Angaben über Alter, Stand, Beruf sowie eine Beschreibung der Taten, derer diese Personen beschuldigt wurden. Hinsichtlich der äußerst interessanten Frage, ob eine bestimmte Person eine Anstellung hatte oder gerade arbeitslos war, geben die verwendeten Listen und Hochverratsanzeigen leider nur selten Auskunft; zwar heißt es manchmal „arbeitsloser Schuhmachergeselle“ oder „Bergarbeiter (arbeitsl.)“ etc., aber diese Daten scheinen offensichtlich nicht systematisch erhoben worden zu sein, daher können dazu leider auch keine verlässlichen Aussagen gemacht werden.²⁴¹

In der einschlägigen Literatur gibt es kein Modell einer Gliederung nach Berufen bzw. sozialen Kategorien, das problemlos zu übernehmen gewesen wäre. Deshalb wurde in Anlehnung an diese Kategorien bzw. an die von der Volkszählung 1934 verwendeten „Wirtschaftsabteilungen“ eine einigermaßen praktikable Einteilung getroffen. Vor allem ist diese Einteilung dem zur Verfügung stehenden Quellenmaterial inhärent – sie drängt sich angesichts der immer wiederkehrenden Bezeichnungen gleichsam auf; zweitens wurde versucht, neben der beruflichen Gliederung auch die Stellung im Beruf, die ja für die soziale Zugehörigkeit maßgeblich ist, zu berücksichtigen; drittens wurde auf die Kompatibilität bezüglich der Milieutheorie geachtet.

Nun die Einteilung im Detail:

- Selbständige in Land- und Forstwirtschaft
- Selbständige in Handel und Gewerbe
- Freie Berufe
- Studenten und Schüler
- Öffentlich Bedienstete
- Privatangestellte
- landwirtschaftliche Arbeiter
- gewerbliche Arbeiter
- Industrie- und Facharbeiter
- Hilfsarbeiter

Trotzdem ist auch diese Einteilung fragwürdig, denn zweifellos ist es ein Unterschied, ob zum Beispiel ein dem Militär entstammender Öffentlich Bediensteter einfacher Wehrmann oder Offizier war; ein Bundesbahner wird sich sicherlich als Angehöriger des Arbeiterstandes verstanden und auch so agiert haben; ein Vertre-

²⁴¹ Vgl. diesbezüglich Falter, Wähler, S. 290–314. Er kommt aufgrund wahlhistorischer Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß hohe Arbeitslosigkeit eher zu einem niedrigeren als zu einem höheren Stimmenanteil für die NSDAP geführt habe; der Effekt zugunsten der NSDAP, der von der Erwerbslosigkeit ausgegangen sei, sei „höchst mittelbarer Natur“ gewesen. Wilding, Arbeit, S. 86–91, bietet eine gute Zusammenfassung des Diskussionsstandes.

ter der Ministerialbürokratie wird dem eigenen Selbstverständnis nach bürgerlich gedacht und gehandelt haben ... Alle aber standen sie im Öffentlichen Dienst und sahen sich dem „Staat“ in der einen oder anderen Weise verpflichtet – die Frage war nur, *welchem* Staat.

Es mag zutreffen, daß ein Bauer – rein arbeitsrechtlich gesehen – ebenso ein Selbständiger ist wie ein Gemischtwarenhändler, Tischlereibesitzer oder Großhandelskaufmann, trotzdem wird das soziale Selbstverständnis und Handeln dieser Personen wahrscheinlich sehr unterschiedlich gewesen sein – von den Freien Berufen wie Rechtsanwalt, Arzt, Notar etc. gar nicht zu sprechen. Genauso macht es wenig Sinn, landwirtschaftliche Arbeiter, Knechte etc. mit Industriearbeitern, Bauarbeitern oder Handwerksgehilfen als Lohnabhängige und manuell Arbeitende über einen Kamm zu scheren. Unter Umständen waren sie – wie die Quellen zeigen – eher bereit, mit den Bauern und Hofbesitzern gegen die Landwirtschaftskrankenkasse zu demonstrieren als gemeinsam mit sozialdemokratischen Industriearbeitern für den Ausbau sozialer Rechte. Es war das agrarische Milieu, durch das sie geprägt wurden. Aber Milieu heißt natürlich auch, daß manuell Arbeitende in Handwerksbetrieben in einem agrarisch geprägten Umland (zum Beispiel in Obdach im Bezirk Judenburg) wahrscheinlich eine andere Sozialisation erfahren haben als die gleichen Handwerksgehilfen in Leoben/Donawitz oder Bruck/Kapfenberg.

Es gibt keine scharfen Abgrenzungen. Das Bilden von Kategorien – gerade in sozialer Hinsicht – bedeutet immer auch das Weglassen und Übergehen von feinen sozialen Differenzierungen. Serielle Analysen, wie sie hier durchgeführt werden, können immer nur eine Annäherung an die soziale Wirklichkeit zulassen, die in ihrer Komplexität durch sie nur unvollkommen erklärbar wird. Maßgeblich hinsichtlich der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht oder zu einem Milieu ist vor allem das Selbstverständnis der geschichtlichen Akteure selbst; für eine entsprechende qualitative Analyse liegen aber keine zeitgenössischen Individualdaten aus Umfragen etc. vor, weil diese damals noch nicht durchgeführt wurden. Da die im Rahmen dieser Studie ausgewerteten Daten oft nur sehr zufällig und beliebig zustande kamen, bewegen sich viele der nachfolgenden Aussagen – bei aller Vorsicht – oft am Rande der Spekulation. Andererseits sind die Ergebnisse so aussagekräftig und schlüssig, daß ein Verzicht auf eine Auswertung dieser Quellen einer Selbstbeschneidung im Sinne eines falsch verstandenen wissenschaftlichen Purismus gleichkäme.²⁴²

8.2 Anhaltelager Wöllersdorf

Gerhard Jagschitz hat in seiner Arbeit über die Anhaltelager des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes auch die Rohdaten einer Berufsstatistik veröffentlicht, ohne diese allerdings näher auszuwerten.²⁴³ Die von ihm gebildeten Kategorien sind

²⁴² Vgl. zu den unter diesem Punkt angesprochenen Problemen die sehr aufschlußreichen Überlegungen von Dirk Hänisch zum gleichen Gegenstand (Elste/Hänisch, Weg, S. 172 f.).

²⁴³ Jagschitz, Anhaltelager, S. 137, kommt angesichts der Berufsangaben in den Häftlingslisten zur Überzeugung, daß sie „eine einwandfreie wissenschaftliche Zuordnung in Selbständige

zwar mit den von mir gewählten nicht völlig kompatibel; trotzdem sind die Ergebnisse seiner Untersuchung gerade hinsichtlich des Vergleichs Nationalsozialisten – Sozialdemokraten interessant (siehe Abbildung 8/2).

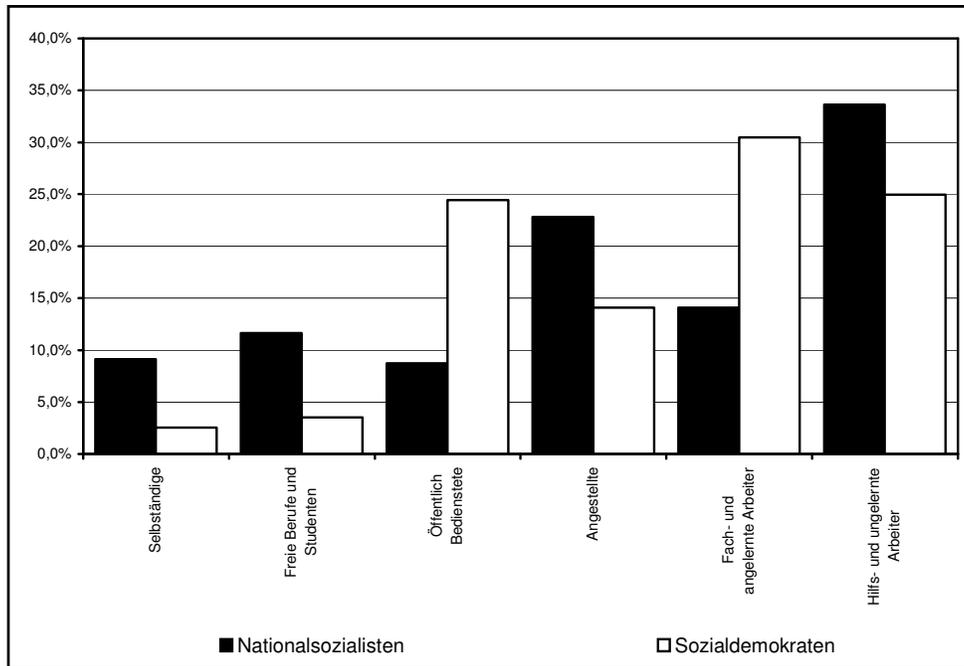


Abbildung 8/2: Berufsstatistik der im Mai 1934 in Wöllersdorf Angehaltenen

Insgesamt entsprach der Arbeiteranteil der beiden Gruppen gemeinsam ziemlich genau dem Anteil der Arbeiter an der österreichischen Gesamtbevölkerung. Bei den Selbständigen, Freien Berufen und Studenten überwogen eindeutig die Nationalsozialisten, bei den Öffentlich Bediensteten die Sozialdemokraten – was wahrscheinlich mit der besonderen Situation nach dem Februar 1934 zu tun hatte, als der Öffentliche Dienst von Sozialdemokraten „gereinigt“ worden war.²⁴⁴ Bei den Privatangestellten dominierten die Nationalsozialisten; bei den gelernten Arbeitern eindeutig die Sozialdemokraten, während bei den ungelerten Arbeitern die Nationalsozialisten stärker vertreten waren. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei war nach dieser Statistik trotz der starken Arbeiteranteile der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wesentlich eher eine „Arbeiterpartei“ als diese, die im großen und ganzen auch bei der speziellen, für die Gesamtpartei während der Illegalität aber möglicherweise durchaus repräsentativen Gruppe der aus politischen Gründen Inhaftierten das Bild einer „Volkspartei“ bot.

und Lohnabhängige“ nicht zulassen. Das gilt im Grunde auch für die anderen, im Rahmen dieser Studie verwendeten Quellen; es kann daher nicht genug betont werden, daß die vorliegenden Ergebnisse als Näherungs- und Schätzwerte zu betrachten sind.

244 Mehr als ein Drittel gehörte übrigens der Bundesbahn oder Straßenbahn an – eindeutig „proletarische“ Schichten also; unter den 38 Bundes- und Gemeindebediensteten dürften sich viele Bedienstete der Gemeinde Wien befunden haben.

Ein Vergleich mit 196 in der „Kommunistenevidenz“ des LGK erfaßten steirischen Kommunisten zeigt, daß die KP im Gegensatz zur SDAP und zur NSDAP tatsächlich fast eine reine Arbeiterpartei war. Nur rund acht Prozent gehörten nicht der Arbeiterklasse an; eindeutig dominant war die Gruppe der Hilfsarbeiter mit rund 43 Prozent; gewerbliche und industrielle (Fach-)Arbeiter machten jeweils rund 20 Prozent aus; die meisten der relativ stark vertretenen Öffentlich Bediensteten waren Eisenbahner.²⁴⁵

8.3 Nationalsozialistische Flüchtlinge in den Jahren 1933 und 1934

Unter den überwiegend sehr jungen männlichen Österreichern, die in der Zeit bis zum Juliputsch 1934 das Land illegal verließen und zum Großteil in Deutschland in die Österreichische Legion eingereicht wurden, befanden sich zu fast zwei Dritteln Personen aus dem Arbeitermilieu (wobei Knechte und landwirtschaftliche Arbeiter dem bäuerlichen Milieu zugerechnet werden). Weitere elf Prozent rekrutierten sich aus der Gruppe der Privatangestellten. Besonders auffallend ist dabei die Dominanz der gewerblichen Arbeiter mit 45,5 Prozent. Damit sind Berufe wie Bäcker, Chauffeur (heute würde man wohl Kraftfahrer, Fernfahrer etc. sagen), Elektriker, Fleischhauer, Friseur, Kellner, Maler, Mechaniker, Sattler, Schlosser, Schmied, Schneider, Schuhmacher, Spengler, Tischler, Wagner etc. gemeint. Auffallend gering ist der Anteil der Industriearbeiter (siehe Abbildung 8/3).

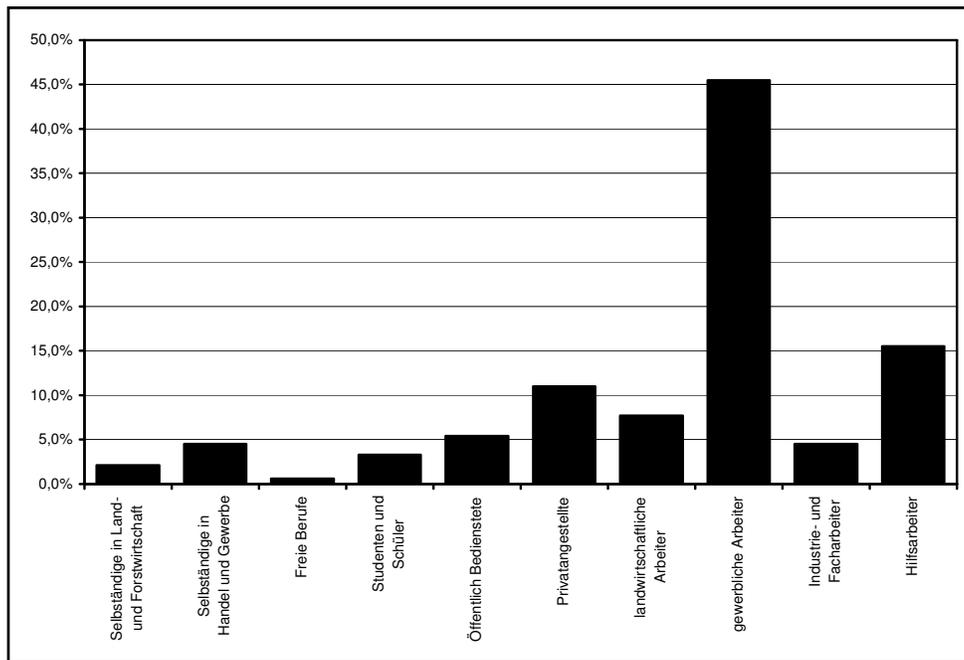


Abbildung 8/3: 336 Nationalsozialistische Flüchtlinge aus ganz Österreich nach Berufskategorien

²⁴⁵ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 101.340/33 „Kommunistenevidenz für Steiermark; Ergänzungen und Berichtigung“.

Ein Vergleich mit einer ähnlichen Gruppe von Flüchtlingen, die allesamt aus dem Bezirk Judenburg stammten, zeigt, daß hier Industriearbeiter sowie Privatangestellte wesentlich stärker (jeweils zehn Prozent mehr) vertreten waren, wohingegen die gewerblichen Arbeiter nur mehr ein knappes Drittel ausmachten, allerdings nach wie vor führten. Auch Hilfsarbeiter waren unter den Flüchtlingen des Bezirkes Judenburg um fünf Prozent weniger vertreten; die restlichen Unterschiede sind nicht signifikant. Eindeutig ist zu erkennen, daß Judenburg im Vergleich zum Durchschnitt des übrigen Österreich ein zu einem gut Teil von der Großindustrie beherrschter Bezirk war (siehe Zusatzabbildung 8/a).

8.4 Am nationalsozialistischen Juliputsch Beteiligte

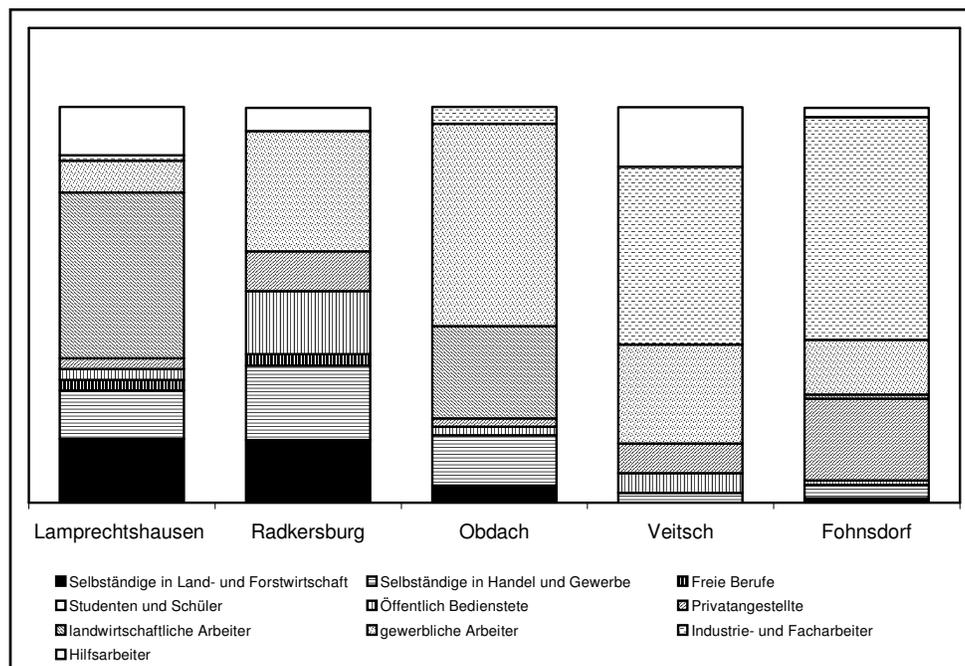


Abbildung 8/4: Vergleich der beruflichen Zusammensetzung von Juliputsch-Beteiligten in fünf österreichischen Gemeinden

Die Abbildung 8/4 zeigt, daß die Träger der dominierenden lokalen sozialen Milieus auch die Träger des Putsches waren. In einer Kleinstadt wie Radkersburg mit starken bürgerlichen Strukturen befand sich ein hoher Prozentsatz von Gewerbetreibenden, Öffentlich Bediensteten und Angestellten unter den Putschisten, wie das in von der Großindustrie beherrschten Gemeinde wie Fohnsdorf oder Veitsch nicht der Fall war; hier waren Werksangestellte und Industriearbeiter maßgeblich beteiligt. In einer an sich proletarischen Gemeinde mit einem stark bäuerlich geprägten Umland (Obdach) war die Durchmischung sehr stark; insgesamt dominierten gewerbliche und Landarbeiter (zumindest unter dem „Fußvolk“). In einer Landgemeinde wie Lamprechtshausen in Salzburg-Land, wo ein besonders blutig

verlaufender Aufstand stattfand, war eindeutig das bäuerliche Milieu vorherrschend (siehe auch die Zusatzabbildung 8/b mit den genauen Zahlen).²⁴⁶

Der Vergleich der drei Gemeinden aus den obersteirischen Industriebezirken mit den beiden anderen macht auch augenscheinlich, daß der illegale Nationalsozialismus in der Industrieregion hauptsächlich von Industriearbeitern (Fußvolk) und von Industrieangestellten (Führer) getragen wurde.

Aufschlußreich hinsichtlich der Unterschiede in der Zusammensetzung der beiden Gruppen der Flüchtlinge und der Juliputsch-Beteiligten ist eine Gegenüberstellung der Sozialschichtung (siehe Abbildung 8/5).

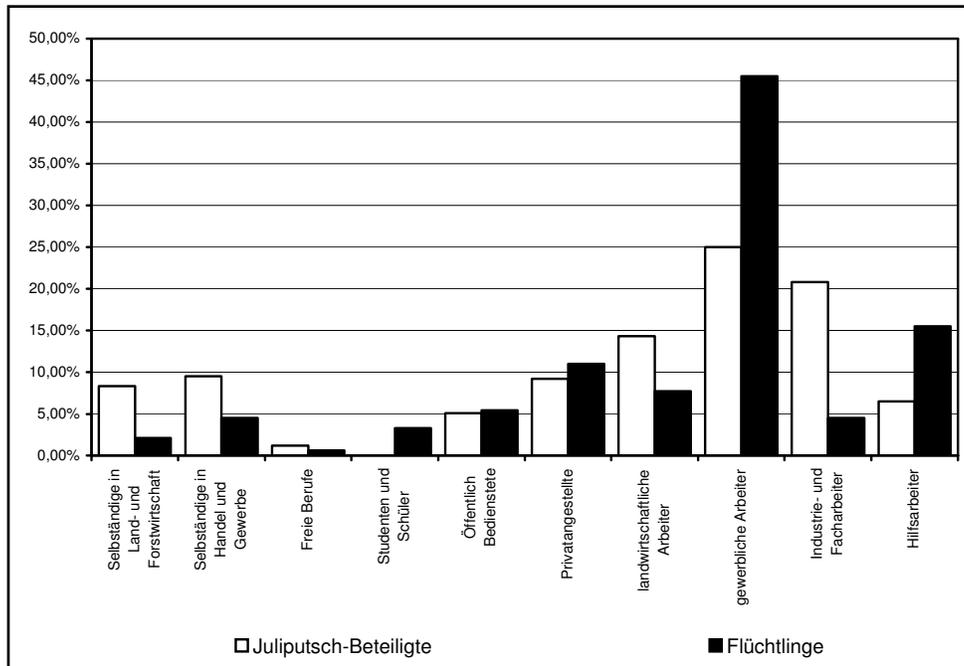


Abbildung 8/5: Berufskategorien von 336 Juliputsch-Beteiligten aus sieben österreichischen Gemeinden im Vergleich mit 336 Flüchtlingen aus ganz Österreich

Die Unterschiede sind vor allem bei den verschiedenen Berufskategorien der Arbeiter markant, aber auch bei den Selbständigen aus Land- und Forstwirtschaft sowie aus Handel und Gewerbe. Insgesamt ist die Verteilung der Berufskategorien bei den Juliputsch-Beteiligten wesentlich gleichmäßiger und längst nicht so zugespitzt und einseitig wie bei den Flüchtlingen, die sich fast ausschließlich aus ganz spezifischen Schichten rekrutierten (nämlich zu 60 Prozent aus gewerblichen und Hilfsarbeitern).

Eine aus mehreren Gründen statistisch zweifelhafte – und deshalb wohl nur als grobe Schätzung bzw. als Spekulation zu bezeichnende – Aufteilung nach Milieus

²⁴⁶ Alfred Elste zeigt in seiner Darstellung des Juliputsches in Kärnten, daß sich in den Reihen der Putschisten „Angehörige aller sozialen Schichten“ fanden (Elste/Hänisch, Weg, S. 279; vgl. bezüglich des Sozialprofils besonders die Darstellung auf den Seiten 278 bis 281).

zeigt, daß die Flucht nach Deutschland zu zwei Drittel eine Sache von aus dem Arbeitermilieu (das 1934 ca. 50 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung umfaßte) und zu einem Viertel aus dem bürgerlichen Milieu stammenden Personen war (rund 18 Prozent der Gesamtbevölkerung); nur jeder zehnte Flüchtling kam aus einem bäuerlichen Umfeld (ein Drittel der Gesamtbevölkerung). Junge gelernte und ungelernte Arbeiter, weiters Studenten und Angestellte waren somit eher bereit, ihre Heimat zu verlassen als Bauernsöhne und Knechte.

Am Juliputsch waren Arbeiter in etwa in ihrem Verhältnis an der Gesamtbevölkerung beteiligt; Bauern und im bäuerlichen Bereich Erwerbstätige legten stark zu, blieben aber nach wie vor unterrepräsentiert; der bürgerliche Anteil an den Juliputsch-Beteiligten blieb hingegen gleich wie bei den Flüchtlingen, also stärker als der Anteil an der Gesamtbevölkerung.²⁴⁷

8.5 Industriearbeiter und -angestellte als Träger des Juliputsches in der Industrieregion

Die Rolle der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft (ÖAMG) als Katalysator der Nazi-Bewegung in der Obersteiermark ist hinlänglich bekannt. Daß der NS-Juliaufstand gerade im „Königreich Alpine“ so besonders heftig und blutig verlief, ist zum überwiegenden Teil auf die Teilnahme von Angestellten und Arbeitern der Alpine zurückzuführen.²⁴⁸

Ein dicker Sammelakt der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit²⁴⁹ nennt unter anderem konkrete Zahlen. Die BH Leoben berichtete an den Sicherheitsdirektor für Steiermark, daß am Aufstand „16 Angestellte und 315 Arbeiter der einzelnen im Verwaltungsbezirk Leoben befindlichen Betriebe der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft“ beteiligt gewesen seien; davon bei der NSDAP in leitenden Positionen acht Angestellte („Werksbeamte“ und „Ingenieure“) und 17 Arbeiter (wobei die Beobachtung gemacht werden kann, daß Arbeiter als Führer bei der SA erst von der Funktion des Standartenführers abwärts zum Einsatz kamen). Beim Steirischen Heimatschutz befanden sich drei weitere Angestellte in leitenden Positionen. Weiters heißt es in dem Bericht, daß seit dem 19. Juni 1933 insgesamt 256 Angestellte und Arbeiter der Alpine Montangesellschaft wegen illegaler Tätigkeit für die NSDAP bestraft und 87 Angestellte und Arbeiter in einem Anhaltelager angehalten worden seien.

Die „Politische Expositur Mürzzuschlag“ nannte als Teilnehmer am Juliputsch: fünf Angestellte und 17 Arbeiter des Werkes Aumühl in Kindberg; davon hatten

²⁴⁷ Aber diese Spekulationen gehen angesichts des vorliegenden und des ausgewerteten Materials wahrscheinlich schon um einiges zu weit. Eine vollständige Auswertung sämtlicher vorliegender „Hochverratsanzeigen“, die aus zeitökonomischen Gründen nicht möglich war, könnte das diesbezügliche Ergebnis in jedem Fall schärfen und auf nicht ganz so wackelige Beine stellen.

²⁴⁸ Vgl. dazu insbes. E. Staudinger, Alpine; aber generell auch sämtliche Standardwerke zum Juliputsch 1934.

²⁴⁹ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4926, 318.297/35 „Österr. Alpine-Montan Gesellschaft, Untersuchung wegen der Vorfälle anlässlich der Juliunruhen“. Darin: 323.164/35 „Arbeiter und Angestellte der Betriebe der ‚Alpine Montan Gesellschaft‘ Zeltweg, Kindberg, Fohnsdorf, die vom März 1933 bis Juli 1934 wegen verbotener parteipolitischer Betätigung bestraft wurden“.

vier Angestellte und zwei Arbeiter (darunter ein Werksmeister) führende Funktionen in der Partei inne. Seit dem Verbot der NSDAP seien im Amtsbereich 33 Arbeiter und Angestellte der ÖAMG abgestraft sowie zwei Ingenieure und ein Werksarzt in ein Anhaltelager abgegeben worden.

„Eine Kündigung dieser Leute durch die Alpine fand erst über Betreuung des Reg. Kom. Ing. Oberegger [statt]. Vor dem Juliputsch wurden die von hieramts abgestraften Individuen wegen verbotener Parteitätigkeit nicht gekündigt, sondern lediglich unter Ausbezahlung des Urlaubsgeldes für die Haftdauer beurlaubt. Auch von den angehaltenen Beamten wurde keinem gekündigt.“

Das Gendarmeriepostenkommando Fohnsdorf zählte 17 Angestellte/Beamte und 86 Arbeiter (meist Bergmänner) auf, die „beanstandet“ worden seien (womit nicht ganz klar ist, ob alle erwähnten Personen am Putsch teilnahmen bzw. ob alle Personen bereits vor dem Putsch beanstandet wurden – was allerdings eher unwahrscheinlich ist). In Zeltweg nahmen drei Angestellte und 16 Arbeiter der Alpine am Putsch teil, die „fast alle ausschließlich seinerzeitige Mitglieder des aufgelösten Steir. Hasch“ gewesen seien. Insgesamt konnten die Arbeiter und Angestellten, die wegen illegaler Betätigung für die NSDAP in Arrest oder Anhaltelager kamen, ihre Arbeit praktisch immer sofort nach der Verbüßung wiederaufnehmen. Kündigungen wegen Straffälligkeit gab es offensichtlich nicht.

Leider liegen, bis auf Fohnsdorf, aus den von der Alpine beherrschten Regionen keine entsprechenden Berichte vor, die eine Gewichtung des Anteils von Alpine-Arbeitern und -Werksbeamten im Vergleich zur übrigen Bevölkerung erlauben würde; aber die genannten Daten belegen auch so die führende und maßgebliche Rolle der Arbeiter und Angestellten der ÖAMG während des Juliputsches im speziellen und im illegalen Nationalsozialismus der Industrieregion im allgemeinen.²⁵⁰

8.6 Resümee

Was die beiden hauptsächlich untersuchten Gruppen – die nationalsozialistischen Flüchtlinge und die Juliputsch-Beteiligten – betrifft, kann man von einer Unterrepräsentation der Arbeiterschaft (wie sie Gerhard Botz für die Gesamtpartei aufgrund seiner Forschungen konstatiert hat) nicht sprechen.

Die Flüchtlinge waren fast zu zwei Drittel Arbeiter im weitesten Sinn. Auffallend ist der hohe Anteil von gewerblichen Arbeitern bzw. Handwerkern, Schichten, die Botz mit dem Terminus „kleinbetriebliche Arbeiter“ versieht. In dieser Hinsicht decken sich die vorliegenden Ergebnisse genau mit seinen Untersuchungen: Er konstatiert für 1933 und die Zeit der Illegalität einen hohen Anteil an arbeitslosen, jugendlichen und eben kleinbetrieblichen Arbeitern, weiters ein leicht-

²⁵⁰ Ähnlich verhielt es sich in Kärnten, wo z. B. in Radenthein die Österreichisch-Amerikanische Magnesit Aktiengesellschaft (ÖAMAG) die treibende Kraft hinter den Nazis war und die Arbeiter und Angestellten dieses Unternehmens führend beteiligt waren (Elste/Hänisch, Weg, S. 280 f.).

tes Stärkerwerden der Arbeiter und eine weniger disproportionale Vertretung der Bauern.²⁵¹ Sehr stark dürfte zu diesem massierten Arbeiteranteil bei den nationalsozialistischen Flüchtlingen nach Deutschland zweifellos der Umstand beigetragen haben, daß 1934 44 Prozent aller männlichen Arbeiter in Industrie und Gewerbe arbeitslos waren.²⁵²

Hinsichtlich der Unterschiede zwischen Juliputsch-Beteiligten und Flüchtlingen wird sich eine ähnliche Erklärung finden lassen wie bei der Altersschichtung: Die Juliputsch-Beteiligten dürften von ihrer Sozialstruktur einen Querschnitt der illegalen Nationalsozialisten dargestellt haben: nicht selten durchaus etablierte und angesehene Mitbürger, überraschend viele Selbständige, verhältnismäßig wenig Öffentlich Bedienstete, die angesichts ihrer heiklen beruflichen Lage gezwungen waren, „abseits“ zu stehen; wesentlich mehr Industriearbeiter, wesentlich weniger gewerbliche und Hilfsarbeiter als unter den Flüchtlingen. Diese hingegen bildeten so etwas wie den militanten Kern, zumeist ungebundene, gelernte oder ungelernte junge Arbeiter, aber auch Angestellte, die nicht selten mit ihrem – oft keineswegs ungefährlichen – politischen Engagement auch die Hoffnung auf eine bessere persönliche Zukunft „draußen im Reich“ verbanden.

Aber auch unter den Juliputsch-Beteiligten war der Arbeiteranteil hoch und dürfte in etwa dem an der österreichischen Gesamtbevölkerung entsprochen haben; wobei man auch noch bedenken muß, daß gerade in einem Hauptaufstandsgebiet – die obersteirische Industrieregion bzw. das Gebiet der Alpine – Industriearbeiter und Industrieangestellte Träger des Putsches waren.

Und gerade diese Beobachtung ist möglicherweise die wichtigste: Die Träger der jeweils dominierenden Milieus bzw. Submilieus waren die Träger der Aufstandsbewegung, wobei dieselben sozialen Abstufungen zwischen „Führern“ und „Gefolgschaft“ immer und überall galten. Demnach scheint die österreichische NSDAP in der Illegalität von einer Protest-/Sammelbewegung des neuen Mittelstandes, die sie vor 1933 war, zu einer „Volkspartei mit Mittelstandsbauch“ (Jürgen Falter) geworden zu sein.²⁵³

251 Botz, Basis, S. 42.

252 Volkszählung 1934, Heft 1, S. 253–259. S. auch Punkt 2.3 u. Abb. 2/7 u. 2/8.

253 Eine Untersuchung der Veränderung der Sozialstruktur der NSDAP-Wähler in Kärnten von 1923 bis 1932 zeigt deutlich eine langsame Angleichung bzw. Einebnung der Unterschiede. Die ursprünglich fast reine Mittelstandsbewegung konnte im Laufe der Jahre im verstärkten Maß auch Wähler anderer Schichten ansprechen. Es weist vieles darauf hin, daß sich diese Tendenz in der Illegalität fortgesetzt hat (Elste/Hänisch, Weg, S. 185–191).

9 Struktur und Dynamik des Juliaufstandes

Die Steiermark war das erste Bundesland, das dem Zeichen zum Aufstand aus Wien Folge leistete. Neben Kärnten kam es hier zu den schwersten und blutigsten Kämpfen, von denen bis auf die Bezirke Voitsberg, Hartberg, Bruck an der Mur, Mürzzuschlag sowie die Stadt Graz alle Teile des Landes erfaßt wurden. Laut offiziellen Angaben betragen die Verluste auf Regierungsseite 41 Tote und 87 Verwundete und auf Seite der Aufständischen 42 Tote und 59 Verwundete sowie fünf tote und 18 verletzte Unbeteiligte (zusammen 88 Tote und 164 Verwundete).²⁵⁴

Nach den „Beiträgen zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte“ gestalteten sich die Kämpfe

„in der Obersteiermark, dem wirtschaftlichen Herrschaftsgebiete der unter reichsdeutscher Leitung stehenden und trotz aller ihr von Österreich eingeräumten weitgehenden Prärogativen in staatsgegnerschaftlichem Sinne geführten Alpinen Montangesellschaft, besonders ernst und unheilvoll“.²⁵⁵

In Leoben kamen demnach vier Bundesheersoldaten, ein Schukomann sowie drei Unbeteiligte ums Leben. In Mautern starb ein Gendarmeriebeamter, in Trofaiach zwei Schukomänner und in Donawitz ein Gendarm (insgesamt also zwölf Tote auf Regierungsseite). Die Gefechte in Judenburg forderten zehn (zum Teil) Schwerverletzte bei der Exekutive.²⁵⁶

Die im Archiv der Republik vorliegenden Quellen lassen auch einige bedingte und spezielle Aussagen über Struktur und Dynamik des Juliputsches zu, die über die bereits gewonnenen Erkenntnisse hinausgehen. Es wurden dafür die erhobenen Daten aus sechs steirischen Gemeinden mit zum Teil höchst unterschiedlicher Sozialstruktur verwendet (Fohnsdorf, Obdach, Kapellen, Radkersburg, Ramsau und Veitsch). Die Unterlagen, deren Aufarbeitung und Auswertung allerdings äußerst mühsam und zeitaufwendig ist, würden auch vertiefende Forschungen in diese Richtung zulassen. Aufgrund der schmalen Datenbasis ist der beispielhafte und nicht allgemeingültige Charakter der nachfolgenden Aussagen zu betonen. Darüber hinausgehende Schlüsse sind nur sehr bedingt und bei aller gebotenen Vorsicht zulässig.

9.1 Nationalsozialistische „Führer“ und „Gefolgschaft“ beim Juliputsch

Die erhalten gebliebenen „Hochverratsanzeigen“ der steirischen Gendarmerie ermöglichen eine Unterscheidung zwischen Personen, die am Aufstand führend beteiligt waren, und Teilnehmern untergeordneten Ranges ohne Führungsposition. Bei entsprechender Auswertung lassen sich einige Rückschlüsse auf die Struktur

254 Beiträge, S. 107; vgl. Jagschitz, Putsch, S. 148 f.

255 Beiträge, S. 95.

256 Beiträge, S. 95–97. Angaben über die Verluste der Nationalsozialisten liegen nicht vor.

der illegalen NSDAP sowie die „feinen Unterschiede“ zwischen „Führern“ und „Gefolgschaft“ ziehen.

	„Führer“	„Gefolgschaft“
Anzahl	26 Personen	225 Personen
Durchschnittsalter	33 Jahre	27,6 Jahre
Stand	42,3 % ledig 57,7 % verheiratet	72,4 % ledig 27,6 % verheiratet
Kinder	3 ledige (0,27 pro Kopf) 25 eheliche (1,67 pro Kopf) insgesamt 1,08 Kinder pro Kopf	14 ledige (0,09 pro Kopf) 119 eheliche (1,92 pro Kopf) insgesamt 0,59 Kinder pro Kopf
Personen mit Vorstrafen	15,4 %	18,7 %
Konfession	80,8 % römisch-katholisch 19,2 % evangelisch	84,8 % römisch-katholisch 14,8 % evangelisch 0,5 % konfessionslos

Abbildung 9/1: Vergleich von „Führern“ und „Gefolgschaft“ beim Juliputsch

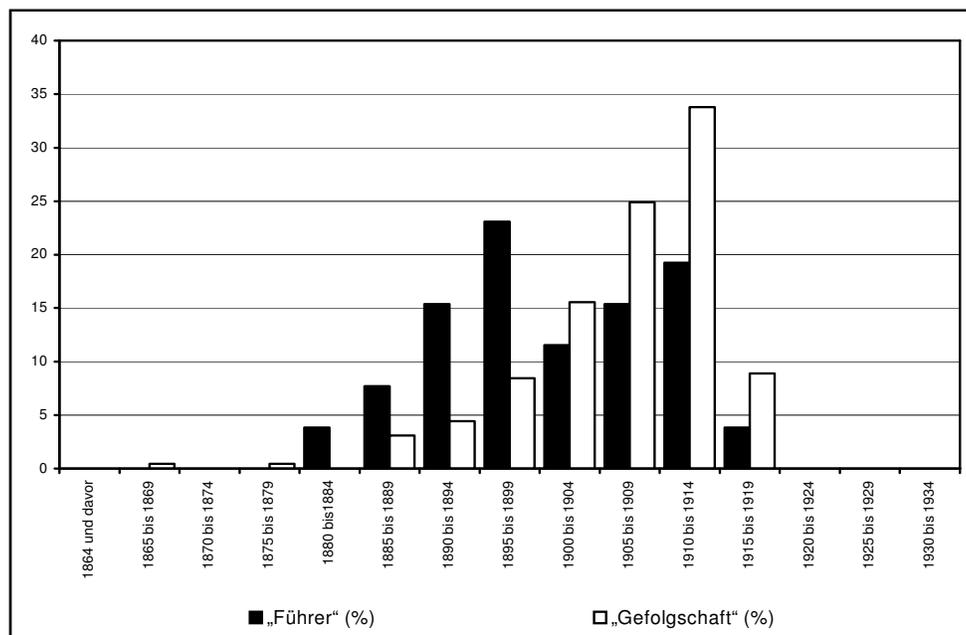


Abbildung 9/2: Vergleich der Altersstruktur von „Führern“ und „Gefolgschaft“ beim Juliputsch (in Prozent)

Der tabellarische Vergleich (Abbildung 9/1) zeigt die Standes- und Statusunterschiede deutlich. Das Durchschnittsalter der „Führer“ war wesentlich höher, sie waren zum überwiegenden Teil bereits verheiratet und hatten Kinder, während die „Gefolgsleute“ zu drei Viertel unverheiratet waren und noch keine eigene Familie gegründet hatten. Bei den Vorstrafen gibt es wenig signifikante Unterschiede.²⁵⁷

²⁵⁷ Hier wäre vor allem interessant gewesen, wie viele der Juliputsch-Beteiligten wegen „normaler“ Kriminalität und wie viele wegen politischer Vergehen vorbestraft waren. Trotz rudi-

Die Altersstruktur der „Führer“ (siehe Abbildung 9/2) zeigt eine verhältnismäßig untypische Gestalt, wenn man sie mit den unter Punkt 7 wiedergegebenen Diagrammen vergleicht – dies wahrscheinlich deshalb, weil sich in dem vorliegenden Säulendiagramm die Altersstrukturen von zwei Hierarchien spiegeln: zum einen die Altersstruktur der politischen Führung, die älter (Schwerpunkt 35- bis 44jährige) war und im Schnitt einen höheren sozialen Status hatte; zum anderen die der militärischen Führung, die zum Großteil aus jungen (Schwerpunkt 20- bis 29jährige), vor allem kleinbetrieblichen und gewerblichen Arbeitern (Schlossergehilfe, Schneidergehilfe, Sattlergehilfe, Bäckergehilfe etc.) bestand.²⁵⁸

Der altersstrukturelle Aufbau der „Gefolgschaft“ hingegen enthält keinerlei Überraschungen. Er entspricht völlig den anderen, im Rahmen dieser Studie untersuchten Gruppen – der Schwerpunkt liegt auch hier bei den 20- bis 29jährigen, allerdings noch viel ausgeprägter als bei der Gruppe der militärischen Führer.²⁵⁹

Bei den „Führern“ herrschten die Kategorien der Öffentlich Bediensteten und der Privatangestellten vor. Weiters waren die gewerblichen Arbeiter stark vertreten, was wiederum auf das durch die Altersstruktur (Abbildung 9/2) angedeutete Bestehen von zwei unterschiedlich strukturierten Hierarchien hinweist. Gewerbliche sowie Industrie- und Facharbeiter dominierten bei der „Gefolgschaft“ eindeutig.

Daß die Industriearbeiter bei den „Führern“ sehr viel schwächer vertreten waren als die gewerblichen Arbeiter, könnte möglicherweise auf eine wesentlich stärker nach den sozialen Kategorien von „oben“ und „unten“ gegliederte Struktur in denjenigen Gemeinden hinweisen, in denen die Großindustrie das soziale Leben bestimmte. Konkret: Das in der Alpine bestehende strenge Konzept von „Betriebsführer“ und „betrieblicher Gefolgschaft“²⁶⁰ übertrug sich auch auf die Hierarchie in den im Alpine-Bereich bestehenden SA-Gruppen – die Ingenieure traten

mentärer Ansätze lassen sich dazu anhand der Quellen aber keinerlei gültige Aussagen treffen. Es dürfte sich aber, so ergibt der Augenschein bei Sichtung der einzelnen Anzeigen, zumeist um Vorstrafen aufgrund illegaler NS-Betätigung gehandelt haben. Der Unterschied von 3 % zeigt aber doch, daß die „Kleinen“ eher zur Rechenschaft gezogen wurden, während es – wie sich das LGK ausdrückte – „den verantwortlichen Führer, die zumeist Intelligenzkreisen angehören“, gelang, sich „im Hintergrund [zu] halten“.

258 Eine klare und exakt verwertbare Unterscheidung zwischen politischer und militärischer Führung (SA) ist leider aufgrund der etwas ungenauen Angaben in den Anzeigen sehr oft nicht eindeutig zu treffen, doch kann man mit gutem Grund annehmen, daß die militärischen Führer jünger waren und auf der sozialen Leiter tiefer standen als die politischen Führer. Übrigens zeigt das Diagramm der „Führer“ ansatzweise eine ähnliche Gestalt wie das Diagramm der Wöllersdorf angehaltenen Nationalsozialisten (Abb. 7/1), was die Vermutung nahelegt, daß sich im Anhaltelager eine verhältnismäßig große Anzahl von NS-Führern befand.

259 Am Rande ist auch noch eine Beobachtung aus Fohnsdorf interessant: Hier wurde von der Gendarmerie – anscheinend konsequent – explizit angeführt, ob ein Aufständischer Mitglied des Steirischen Heimatschutzes war. Von 85 genannten Personen waren demnach 18 beim Heimatschutz. Ihr Durchschnittsalter war mit 31,8 Jahren um zweieinhalb Jahre höher als das der gesamten 85 Aufständischen (29,3 Jahre). Die nicht sonderlich stark belegte Behauptung von Pauley, Hahnenschwanz, S. 205 (vgl. auch S. 190 f.), daß der größte Teil der Putschisten in der Steiermark Heimatschutzleute gewesen seien, wird durch diese Zahlen somit nicht bestätigt.

260 Vgl. Lackner, Rationalisierung, S. 240 f.; E. Staudinger, Alpine, S. 16 f.

in Fohnsdorf als militärische Führer in Erscheinung, die einfachen Bergleute bildeten das Fußvolk.

Bemerkenswert ist ferner, daß Selbständige bei der „Gefolgschaft“ stärker in Erscheinung traten als bei den „Führern“.

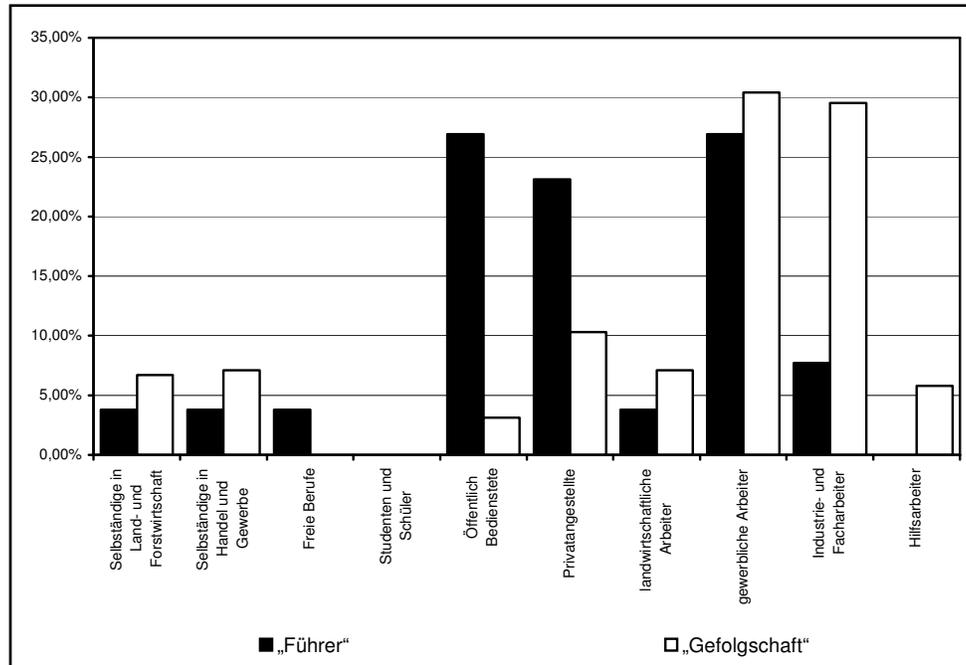


Abbildung 9/3: Vergleich der Sozialstruktur von „Führern“ und „Gefolgschaft“ beim Juliputsch nach Berufskategorien

Im übrigen war der Putsch Männersache. Frauen waren praktisch nicht beteiligt; wenn solche ausnahmsweise von der Gendarmerie verhaftet bzw. zur Anzeige gebracht wurden, handelte es sich zumeist um die Gattinnen von Rädelsführern.

9.2 Betriebe als Zellen des illegalen Nationalsozialismus

Manche Betriebe waren so etwas wie Zellen bzw. Aktivkerne des illegalen Nationalsozialismus.²⁶¹ Die Rolle der ÖAMG „als Zentrum der Nazi-Bewegung in Österreich“²⁶² ist bekannt und dokumentiert²⁶³ und war auch unmittelbar nach den Ereignissen kein Geheimnis, wie zahlreiche GDfdÖS-Akten belegen. Über die Ereignisse in Fohnsdorf hieß es beispielsweise:

„Der Aufruhr in Fohnsdorf und Umgebung wurde durchwegs von den Betriebs- und Werksingenieuren sowie Beamten der österr. Alpine Montan-

261 Vgl. Elste/Hänisch, Weg, S. 280 f.

262 So Minister Neustädter-Stürmer; zit. n. Fischer, Alpine, S. 263.

263 Z. B. Beiträge, S. 96; E. Staudinger, Alpine, S. 23 f., Jagschitz, Putsch, S. 147; Fischer, Alpine, S. 263; Etschmann, Kämpfe, S. 26 etc. Eine Studie, die sich ausführlich dem Thema Alpine – NSDAP widmet, steht aber meines Wissens noch aus.

Ges. geleitet. Sie haben die Alarmierung der SA veranlaßt, Aufklärungs- und Verbindungsfahrten mit Autos der Alpine Montan-Ges. unternommen, die Sprengung der Bahnstrecke Judendorf–Fohnsdorf und die Zerstörung der Telefonlinien anbefohlen. Aus der Aktivität der nat.soz. Parteigänger in diesem Bezirke ist ersichtlich, daß die Leitung in den Händen von Intelligenz-
lern lag.“²⁶⁴

Ähnlich lautende Berichte liegen von fast allen Standorten der Alpine vor. Aber auch die „Beamtenschaft“ anderer Industriebetriebe wurde verdächtigt, sich für die Nazis betätigt zu haben; in diesem Zusammenhang werden etwa das Blech- und Eisenwerk Styria in Wasendorf, die Steirischen Magnesitwerke Leoben-Leitendorf, die Böhlerwerke in Kapfenberg und andere erwähnt.

In Gemeinden mit gemischten Milieus waren es oft kleine und mittlere Gewerbebetriebe, Guts- und Bauernhöfe, Geschäfte oder Ämter, die als illegale Nazi-Zellen eine wichtige Funktion hatten. Im Zuge des Juliaufstandes wurde diese verdeckte Funktion manifest. Viele Teilnehmer wurden von ihren Chefs zu den Sammelstellen geschickt. Die Abhängigkeit war also eine zweifache: einmal im Beruf, ein zweites Mal als „Parteisoldat“. Und wahrscheinlich hatten so auch viele ihre Anstellung bekommen – als „Parteisoldat“!

In Radkersburg fiel in dieser Hinsicht beispielsweise der Besitzer einer Druckerei auf: Er fungierte als „Zusammentrommler“ und schickte die bei ihm Beschäftigten in den Kampf. Ein 18jähriger Schriftsetzerlehrling sagte diesbezüglich aus:

„Am 25. 7. 1934 gegen 13.15 Uhr sagte mein Dienstgeber XY zu mir: ‚Die Regierung ist zurückgetreten, Rintelen hat die Geschäfte übernommen, jetzt gehen wir alle auf die Straße.‘ Ich ging sofort zum Hauptplatz in Radkersburg, hielt mich dortselbst eine Zeitlang auf und ging sodann zur BH. Dort gab mir ein unbekannter Nazi ein Gewehr, mit welchem ich im Hofraum der BH den Überwachungsdienst versah.“²⁶⁵

Das Postamt in Radkersburg dürfte ebenfalls eine Nazi-Zelle gewesen sein. Weiters waren die Söhne eines Eisenhändlers ebenso beteiligt wie seine Angestellten. Offensichtlich scheinen sich ganze Familien für die Nazis engagiert zu haben, und zwar sehr oft Gewerbetreibende mit einem möglicherweise guten Namen, die über gewisse Kontakte verfügten und Einfluß hatten.

In Lamprechtshausen (Salzburg-Land) – um ein zweites, gut dokumentiertes Beispiel zu zitieren – wurde ein Gasthaus, gleichzeitig auch noch „Ökonomie“ und Fleischhauerei, „als der eigentliche Ausgangspunkt der vaterlandsfeindlichen Bewegung betrachtet“ und war gleichsam das Zentrum der Aufstandsbewegung in diesem Ort; der Besitzer, sein Sohn, seine Gattin und zwei Bedienstete wurden verhaftet. Ebenso an der Aktion beteiligt waren unter anderem ein Ziegeleibesitzer

264 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4904/a, 251.345/34 „Nat.soz. Juliputsch, Aufruhr in Fohnsdorf und Umgebung“.

265 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903, 253.619/34 „Nat.soz. Juliputsch, Vorfälle im Gebiete des Gend.-Postenkommandos Radkersburg“.

und dessen Sohn sowie anscheinend einige seiner Arbeiter – auch dies ein Hinweis auf das Bestehen einer Nazi-Zelle in diesem Unternehmen.^{266 267}

Möglicherweise sah sich mancher Wirtschaftstreibende auch gezwungen, seine Angestellten in den Kampf ziehen zu lassen bzw. selbst daran in irgendeiner Form teilzunehmen. In Obdach wurden viele Selbständige zur Bewachung der besetzten Amtsgebäude verwendet, als die SA nach der Besetzung der Gendarmerie und anderer Amtsgebäude Richtung Judenburg zog. Ob diese Aufgaben immer mit vollem Engagement erfüllt wurden, bleibt dahingestellt. So tat zum Beispiel ein weiterer Kaufmann des Ortes im Postamt – anscheinend ohne große Überzeugung – Dienst:

„Im Postamt selbst befand sich der Kaufmann XY aus Obdach, welcher eine Hakenkreuzarmbinde trug und das Postamt zu überwachen hatte. Die Überwachung des Postamtes nahm aber XY nicht genau, so daß ein Telephonieren seitens der eingeschlossenen Postangestellten und Rev. Insp. AB möglich war.“²⁶⁸

Die nachfolgende Aussage eines ursprünglich nach Jugoslawien geflüchteten, später aber zurückgekehrten Tischlergehilfen (Sohn des Besitzers – Juniorchef) aus Radkersburg mag vielleicht eine Schutzbehauptung sein, läßt aber ebenfalls das genannte Motiv für die Teilnahme am Putsch anklingen:

„Als ich ... fortging kamen die beiden Maurergehilfen A und B, welche bewaffnet waren, zu mir und sagten, ob ich nicht mithalte. Ich habe von ihnen immer Arbeitsaufträge erhalten und muß auch jetzt mittun. Ich ließ mich überreden und ging zur BH. [...]

Ich habe mich nur deshalb bei dem Putsche beteiligt, um einen geschäftlichen Vorteil zu haben. Ich war nie bei der NSDAP, sondern war früher bei den Sozialdemokraten und habe mich auch bei keinen weiteren Aktionen beteiligt.“²⁶⁹

266 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903, 218.190/34 „Vorfälle aus Anlaß des Juliputsches im Bereiche des Gend.-Postens Lamprechtshausen, Bez. Salzburg“.

267 Ein weiteres Beispiel: In der Marktgemeinde St. Peter am Kammersberg, Bezirk Murau, in der es während des Juliaufstandes ruhig blieb, wurde eine von einem deutschen Staatsbürger betriebene, Ende der zwanziger Jahre gegründete Pelztier-Zuchtanstalt zur Keimzelle des Nationalsozialismus im ganzen Bezirk. 1932/33 wurde auf dem Anwesen ein Raum für Schulungszwecke zur Verfügung gestellt und eine SA-Sturm, dessen Kern die Mitarbeiter des Unternehmens bildeten, gegründet. Offensichtlich war man mit diesen politischen Aktivitäten sehr erfolgreich, denn im Mai 1933 rangierte der Gerichtsbezirk Oberwölz (zu dem St. Peter gehört) nach fulminantem Aufstieg hinsichtlich der Mitgliedszahlen bei der NSDAP in der Steiermark an dritter Stelle (vgl. Zusatzabb. 6/d). Noch 1930 hatte man in St. Peter – Gerüchten zufolge – anlässlich der Nationalrats- und Landtagswahlen erstmals aufgetauchte Stimmzettel für die NSDAP einfach vernichtet. (Heide Stöckl, Heimat um den Greim, Eibiswald 1995; darin Beitrag von Josef Mandl, S. 30–36.)

268 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4904/a, 336.870/34 „Nat. soz. Juliputsch; Vorfälle in dem Rayon des Gend.-Postenkdo. Obdach, Stmk“.

269 ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903, 253.619/34 „Nat. soz. Juliputsch, Vorfälle im Gebiete des Gend.-Postenkommandos Radkersburg“.

Zweifellos bestand ein dichtes Netz aus gegenseitigen Abhängigkeiten – gerade in Kleinstädten und Dörfern –, und dadurch entstand wohl der Zwang, sich politisch an seinen Auftraggebern zu orientieren, gerade in Zeiten, in denen es auf jeden Auftrag ankam, um zu überleben. (Daß der genannte Tischler früher angeblich Sozialdemokrat war, läßt vermuten, daß er von seiten der „Vaterländischen“ wohl keine Aufträge zu erwarten hatte.) Die vorgebliche Regierungsübernahme in Wien war der Zeitpunkt, zu dem man Farbe bekennen mußte – und zwar sehr spontan und ohne Möglichkeit, die Sache zu überdenken.

9.3 Konfession

Auf den ersten Blick sehr aussagekräftig sind die Zahlen bezüglich des religiösen Bekenntnisses (siehe Abbildung 9/1): Beide Gruppen zusammengezählt waren mehr als 15 Prozent der Juliputsch-Beteiligten in den erfaßten Gemeinden evangelischer Konfession – im Vergleich zu einem evangelischen Bevölkerungsanteil von 3,8 Prozent in der Steiermark bzw. 4,1 Prozent in ganz Österreich. Dabei bestanden zwischen „Führern“ und „Gefolgschaft“ ebenfalls noch signifikante Unterschiede. Allerdings verliert diese, aufgrund der genannten Zahlen zu vermutende markante Mehrbeteiligung evangelischer Bevölkerungsteile am Juliputsch ihre Bedeutung, wenn man die Konfessionsanteile der ausgewerteten Gemeinden ermittelt. Fast zwölf Prozent der Wohnbevölkerung dieser Gemeinden waren nämlich Protestanten. Somit kann nur noch von einer geringfügigen Überrepräsentation evangelischer Bevölkerungsteile gesprochen werden.

In weiterer Folge könnte man argumentieren, daß es kein Zufall sein kann, daß gerade in Gemeinden mit besonders hohen Anteilen an evangelischer Bevölkerung Aufstandsversuche stattgefunden haben. Eine überschlagsmäßige Auswertung der in den vom Bundeskommissariat für Heimatdienst veröffentlichten „Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolution“ erwähnten Orte nach Konfessionsanteil ergibt allerdings keine auffälligen statistischen Besonderheiten (ganz leicht überhöhter Protestantenanteil). Es ist aber auffallend, daß die heftigsten und blutigsten Auseinandersetzungen in der Steiermark im Raum Leoben, Liezen und vor allem Gröbming stattfanden, in Regionen mit einem im Verhältnis zur übrigen Steiermark überdurchschnittlichen Protestantenanteil.²⁷⁰

270 Vgl. Haydter/Mayr, Hauptwiderstandsgebiete. Diese Studie kommt aufgrund relativ aufwendiger statistischer Verfahren zu dem Ergebnis, daß sich die nationalsozialistischen Kämpfe in Juli 1934 in denselben Gegenden ereigneten, die auch Zentren des Bauernkrieges und späterer Protestantenvertreibungen waren (S. 403). – Dirk Hänisch stellt aufgrund von Wahlanalysen fest, daß in Kärnten von der „protestantischen Konfessionsstruktur nur ein schwacher, aber nachweisbar positiver Effekt auf das Abschneiden der Nationalsozialisten ab 1927“ ausging. 1932 wählten knapp 20 % der Protestanten die NSDAP, während unter den Katholiken (bzw. Nichtprotestanten) nur 9 % der Hitler-Partei ihre Stimme gaben (Elste/Hänisch, Weg, S. 143–150).

9.4 Der Verlauf des Aufstandes

Die „Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte“ stellten hinsichtlich der Ereignisse in der Steiermark fest:

„Fast gleichzeitig mit den Gewalttaten in Wien, jedenfalls aber zumeist noch im Laufe des 25. Juli, sammelten sich die Nationalsozialisten und deren Kampfgenossen ...“²⁷¹

Eine Analyse der im Staatsarchiv erhaltenen – längst nicht vollständigen – Berichte aus einzelnen steirischen Orten bestätigt diese Aussage. In 70 Prozent der Fälle begannen die Nazi-Aktionen im Laufe des Nachmittags und des Abends des 25. Juli; sonst in der Nacht vom 25. auf den 26. Juli. Die Aussage des NS-Bezirksleiters von Radkersburg wirft in diesem Zusammenhang ein interessantes Licht auf die Putschplanung:

„Montag, den 23. 7. 1934 erhielt ich vom Leibnitzer natsoz. Kreisführer ... die Nachricht, daß ich nach Leibnitz zu kommen habe. Dortselbst wurde mir gesagt, daß ich sofort die ganze SA in Radkersburg in Alarmbereitschaft zu setzen habe, es wird innerhalb 48 Stunden ein Umsturz in Wien, und zwar innerhalb der Regierung stattfinden, der unter dem Schlagwort: ‚Regierung Dollfuß gestürzt‘ durch Radio Wien verlautbart wird, worauf sämtliche Orts-, Kreis- und Landesführer ihre Aktionen in ganz Österreich durchzuführen haben. Genau eine Stunde nach dieser Radiomeldung habe ich (XY) sofort die SA im ganzen hiesigen Bezirke durch Motorradfahrer zu alarmieren, und diese SA hat sofort in der Richtung der größeren Ortschaften des hiesigen Gerichtsbezirkes abzugehen. [...]

Ich bestimmte hierauf, in Radkersburg angekommen, mehrere Vertrauensmänner, auf die betreffende Radiomeldung zu achten und mir hierüber sofort Mitteilung zu machen. Als diese Radiomeldung am 25. 7. 1934 um ca. 13 Uhr kam, führte ich den von der Kreisleitung erhaltenen Befehl durch.“²⁷²

In Kärnten hingegen, neben der Steiermark das Hauptaufstandsgebiet, ging es erst am Nachmittag des 26. Juli los – zu einem Zeitpunkt also, als in vielen steirischen Orten die Nazis bereits die Waffen gestreckt hatten. Es war wegen des verspäteten Losgehens des Aufstandes sogar möglich gewesen, Bundesheertruppen in die Steiermark zu schicken, um den dortigen Aufstand niederzuwerfen.²⁷³ Ähnlich in

²⁷¹ Beiträge, S. 93.

²⁷² ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903, 253.619/34 „Nat.soiz. Juliputsch, Vorfälle im Gebiete des Gend.-Postenkommandos Radkersburg“. – Der Termin für die Befehlsausgabe (23. 7. 1934) deckt sich exakt mit den Angaben bei Elste/Hänisch, Weg, S. 273. – Der Rädelführer des Aufstandsversuches in Kapellen, Bezirk Mürzzuschlag, will den Befehl bereits ca. drei Wochen vor dem Putsch erhalten haben, und zwar in einem Kuvert, das erst nach der Radioverlautbarung vom Rücktritt der Regierung zu öffnen gewesen sei (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4904/a, 336.867/34 „Nat.Soz. Juliputsch; Vorfälle im Rayon des Gend.-Postenkomm. Neuberger an der Mürz“).

²⁷³ Beiträge, S. 87 f., Steinböck, Kärnten, S. 821; Elste/Hänisch, Weg, S. 273.

Oberösterreich, wo am 25. noch alles ruhig blieb und der Aufstand in verschiedenen Landesteilen erst in der Nacht vom 26. auf den 27. Juli losbrach.²⁷⁴ In Salzburg begann die Aufstandsbewegung mit einer noch größeren Verzögerung, und zwar mehr oder weniger erst im Laufe des 27. Juli.²⁷⁵ In Lamprechtshausen zum Beispiel waren die Nationalsozialisten bereits am 25. Juli alarmiert worden, hatten jedoch mangels Weisungen nichts unternommen. Erst am 27. Juli 1934 kam aus Salzburg der Befehl, um 19.30 Uhr mit der Aktion zu beginnen.²⁷⁶ Andere Bundesländer wiederum waren vom Nazi-Aufstand gar nicht oder nur marginal betroffen.

Bei allen lokalen und regionalen Besonderheiten lief der Aufstand in der Steiermark im wesentlichen nach dem folgenden Schema ab, wobei es örtlich natürlich zu größeren Abweichungen kam:

- Alarmierung der SA-Leute und Parteimitglieder
- Sammlung und Ausgabe von Waffen
- Überfall auf die örtliche Gendarmerie; Besetzung von Post, Bahn und anderen Amtsgebäuden – oder (in kleineren Ort) Zug in die nächste größere Gemeinde
- Abfangen und Gefangensetzen von Schutzkorpsleuten vor der Sammlung; Erbeutung von Waffen der Heimwehren
- Beschlagnahme von Fahrzeugen
- Teilnahme an Aktionen in Nachbargemeinden; Zug der SA in größere Nachbarorte, ältere Mitglieder bleiben zur Bewachung zurück
- Beendigung der Aktion durch die Regierungsseite (Gendarmerie, Schutzkorps, Bundesheer) oder durch freiwillige Auflösung, durch Abzug bzw. Rückzug (zum Beispiel auf Paßhöhen)
- Flucht oder Gefangennahme durch die Exekutive

Die Auswertung der erwähnten unvollständigen Gendarmerieberichte aus einzelnen steirischen Ortschaften bezüglich des Endes der örtlichen Aktionen ergibt folgendes Bild: Sieben (von 20) Aktionen waren bis zum Morgen des 26. Juli beendet; weitere acht bis zum Nachmittag dieses Tages; die restlichen fünf Aktionen fanden in der Nacht vom 26. auf den 27. oder im Laufe des 27. Juli ihr Ende.²⁷⁷ Zumeist waren spätestens nach 24 Stunden die Aufstandsversuche der einzelnen örtlichen Gruppen vorbei (im Schnitt dauerten die 20 Aktionen 18 Stunden lang).

²⁷⁴ Beiträge, S. 108 f.

²⁷⁵ Beiträge, S. 114 f.

²⁷⁶ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903, 218.190/34 „Vorfälle aus Anlaß des Juliputsches im Bereiche des Gend.-Postens Lamprechtshausen, Bez. Salzburg“.

²⁷⁷ Wenn man darüber hinaus bedenkt, daß die Bezirke Voitsberg, Hartberg, Bruck an der Mur, Mürzzuschlag sowie die Stadt Graz vom Aufstand fast vollständig verschont blieben (lt. Beiträge, S. 93–107), scheint der Befund Bruce Pauleys (Hahnenschwanz, S. 189), am 26. Juli um 5 Uhr nachmittags seien zwei Drittel der Steiermark in den Händen der Aufständischen gewesen, um einiges zu hoch gegriffen.

9.5 Resümee

Hintergründe des nationalsozialistischen Aufstandsversuches im Juli 1934 – zum Beispiel für das terminlich höchst unkoordinierte Losbrechen in einzelnen Regionen und Bundesländern – lassen sich mit den im Rahmen dieser Studie herangezogenen Quellen nicht (oder kaum) ausleuchten. Ob und wann in einem Bundesland ein Aufstandsversuch gestartet wurde, dürfte von der Haltung der jeweiligen Führung der einzelnen Nazi-Gaue zu den Ereignissen in Wien bestimmt gewesen sein. Jedenfalls scheint nur ein loser Zusammenhang mit den Ereignissen in Wien bestanden zu haben.²⁷⁸

Die lokalen Führer nahmen die diesbezüglichen Pläne und Anweisungen offensichtlich auf wie viele ähnliche Pläne – abwartend. Und wie die Akten der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit belegen, schwirrte das Land in den Jahren 1933/34 vor Putschgerüchten. Ob das Signal zum Aufstand, das mit der ominösen Rundfunkdurchsage der RAVAG schließlich erfolgte, beachtet oder ignoriert wurde, hing von vielen Faktoren ab: von der Radikalität der Führung und Mannschaft, von der Bewaffnung, von der Organisationsstärke und nicht zuletzt auch von der Position der lokalen Führer im internen Machtgeflecht.

Von einer monolithischen Geschlossenheit der Nazi-Bewegung kann jedenfalls keine Rede sein. Im Gegenteil: In mancher Hinsicht war die illegale Partei ein sehr loses Geflecht, mühsam zusammengehalten von der in sich zerstrittenen Landesleitung in München. Einzig die Gewißheit, „Führer“ und „Reich“ hinter sich zu haben, hielt die Einheit aufrecht, bewahrte die einzelnen Gruppierungen und Cliques aber nicht vor gegenseitiger Rivalität, die oft bis aufs Messer ausgefochten wurde.

Vieles scheint im Sommer 1934 – als die „Machtergreifung“ auch in Österreich nach Ansicht der Nationalsozialisten längst überfällig war – zur Aktion gedrängt zu haben. Der im Laufe der Jahre 1933/34 ständig in seiner Intensität und Gewalttätigkeit zunehmende Kampf gegen den österreichischen Staat entwickelte schließlich eine für die Führung letztlich unkontrollierbare Eigendynamik, die fast zwangsläufig in der Eskalation des 25. Juli 1934 mündete. Oft drängt sich der Eindruck auf, als seien ganze Ortsgruppen in ein unkalkuliertes Abenteuer hineingeschlittert. Offensichtlich läßt sich für eine derartig dynamische, aber nach wie vor lose Bewegung, wie es die nationalsozialistische in Österreich in den Jahren seit 1932 war, die Erreichung des Ziels – also die „Machtergreifung“ – nicht endlos hinausschieben, ohne Gefahr zu laufen zu zerfallen.²⁷⁹

Nun noch kurz zu zwei weiteren Erkenntnissen aus der Untersuchung von Struktur und Dynamik des Juliputsches:

²⁷⁸ S. diesbezügl. das einzige nach wie vor gültige Standardwerk: Jagschitz, Putsch, insbes. S. 138–144. Zur Problematik der mangelhaften Quellenlage S. 9 f.

²⁷⁹ Vgl. dazu insbes. die Schlußbetrachtung in Ian Kershaws Studie über „Hitlers Macht“, in der er darlegt, daß der Nationalsozialismus von seinem Wesenskern her auf eine fortgesetzte, grenzenlose Expansion angelegt war, was ihn zur Folgerung führt, „daß die nationalsozialistische Herrschaftsform nicht nur inhärent zerstörerisch, sondern auch selbstzerstörerisch war“ (S. 246). Der Juliputsch könnte auf einer ähnlichen Linie gedeutet werden.

Die Bedeutung des konfessionellen Faktors für den illegalen Nationalsozialismus wird – allerdings nicht besonders überzeugend – bestätigt. Ein überdurchschnittlicher Protestantenanteil in einer gewissen Region scheint auch eine überdurchschnittliche Stärke der NSDAP zur Folge gehabt zu haben.²⁸⁰ In einem zu 90,5 Prozent katholischen Land, wie es Österreich im Jahr 1934 war, kann die Verantwortung für den Nationalsozialismus aber in keinem Fall (auch nur teilweise) auf die kleine protestantische Minderheit abgewälzt werden.

Die Ergebnisse der sozial- und altersstrukturellen Analyse von „Führern“ und „Gefolgschaft“ bestätigen die unter Punkt 7 (Altersstruktur) und 8 (Sozialstruktur) gewonnenen Erkenntnisse. Die Juliputsch-Beteiligten waren in ihrer von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlichen, vom dominierenden Milieu abhängigen Zusammensetzung ein genaues Abbild der illegalen Nazi-Bewegung insgesamt. Und ganz offensichtlich wurde der Ablauf der Ereignisse in seiner Dynamik und Struktur auch von diesem jeweiligen Milieu, von bestehenden gegenseitigen – oder auch einseitigen – Abhängigkeiten, entscheidend geprägt.

280 Genauere Aussagen über die Quantität lassen sich hingegen nicht machen, dafür ist die verwendete Datenbasis einfach zu schmal. Eine vollständige, allerdings sehr zeitaufwendige und mühsame Aufarbeitung der im AdR vorhandenen Quellen hinsichtlich des Juliputsches könnte diese Aussagen noch entscheidend schärfen und auf eine gesicherte Basis stellen. Wahrscheinlich wäre sogar eine (annähernde) Quantifizierung möglich.

10 Zusammenfassung

Mit der Illegalität trat die nationalsozialistische Bewegung in der Steiermark, wie in ganz Österreich, in eine neue Phase ein. Die vorangegangene Epoche ab 1931 war von einem rasanten Aufstieg und einem gewaltigen Zuwachs an Anhängern gekennzeichnet gewesen. Nachdem dieser Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte 1932 eine deutliche Dämpfung erfahren hatte, steigerte sich ab dem 30. Jänner 1933 die nationalsozialistische Dynamik in Österreich zu einer fast grenzenlosen und fanatischen Sieges euphorie. Durch das Verbot der NSDAP wurde diese ursprüngliche Dynamik zwar dem Charakter nach verändert, keineswegs aber gebremst oder gar gebrochen.

Der Entzug der legalen Basis führte zu einer deutlichen Veränderung der nationalsozialistischen Aktionsformen. Gewalt, vor allem bei sogenannten Straßen- und Saalschlachten, hatte schon immer ganz wesentlich zum Repertoire des nationalsozialistischen Auftretens gehört; nun erfolgte sukzessive ein Übergang zu Sabotage und Terrorismus in Form von Anschlägen gegen Sachen und Personen. Daneben existierten auch primär gewaltlose Aktionsformen, die als Propaganda im weitesten Sinne zu bezeichnen sind. Als organisatorische Plattform dienten die weiterhin legalen Vereine des deutschnationalen/völkischen Lagers; zusätzlich wurden rasch in praktisch allen Institutionen des sich formierenden ständestaatlichen Regimes illegale nationalsozialistische Zellen und Stützpunkte aufgebaut.

Die erste, putschistische Phase der nationalsozialistischen Illegalität in Österreich fand mit der Ermordung des Bundeskanzlers am 25. Juli 1934 und dem Ausbruch des offenen Bürgerkrieges in weiten Teilen des Landes – wobei die Obersteiermark eines der Zentren war – ihren Höhepunkt und Abschluß. Die Entwicklung dahin kann man als eskalativ bezeichnen: Im nationalsozialistischen Untergrundkampf gegen das österreichische Regime war eine allmähliche, schließlich sich immer rascher steigernde Verschärfung unverkennbar. Als eine von unmittelbarer Heilserwartung getragene, trotz aller Stärke immer noch lose Bewegung war der Nationalsozialismus auf eine „fortgesetzte, grenzenlose Expansion angelegt“ (Ian Kershaw) – eine zu lange Verzögerung der Machtergreifung barg die unmittelbare Gefahr des Zerfalls in sich. Der zum Teil von irrationalen Voraussetzungen ausgehende und chaotisch geplante Juliaufstand kann demnach – auch! – als ein Versuch gewertet werden, diesen befürchteten Zerfall abzuwenden.

Obwohl die nationalsozialistische Bewegung in den frühen dreißiger Jahren in allen Teilen Österreichs starken Zulauf bekam, muß die Obersteiermark als eine österreichweit hinsichtlich ihrer NS-Affinität herausragende Region bezeichnet werden. Wichtigster Grund für diese Stärke in den Industriegebieten der Mur-Mürz-Furche war die Rolle der hier das wirtschaftliche und soziale Leben bestimmenden Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft, die als faschistischer Katalysator agierte, indem sie bis 1932/33 den völkisch-deutschnationalen Steirischen Heimatschutz und danach die Nationalsozialisten aktiv förderte. Der Zusammenschluß von Heimatschutz und NSDAP im April 1933 ist als logische Folge dieser Entwicklung zu betrachten. Mit den ehemaligen Heimatschützern

standen der Nazi-Bewegung in der Phase der Illegalität in der obersteirischen Industrieregion eine große Zahl von militärisch geschulten, disziplinierten und einsatzbereiten Aktivisten zur Verfügung.

Der innersteirische Vergleich bei der NS-Affinität ergibt ein deutliches Obersteiermark-Untersteiermark-Gefälle. Alle verfügbaren Daten und Berichte zeigen, daß die Nationalsozialisten in der Obersteiermark wesentlich mehr Rückhalt in der Bevölkerung hatten und dementsprechend öffentlich stärker in Erscheinung traten als in den Regionen südlich des Alpenhauptkamms. Dies ist – neben anderen Faktoren – auf die folgenden Gründe zurückzuführen:

- die profaschistische Haltung der Alpine und anderer Industriebetriebe;
- den überdurchschnittlichen Protestantenanteil sowie den historisch in der Region stark verbreitete Kryptoprottestantismus;
- eine wirtschaftlich noch schlechtere Lage der Agrarbevölkerung der Obersteiermark im Vergleich zur Untersteiermark;
- eher großbäuerliche Strukturen der Obersteiermark im Unterschied zu den eher kleinbäuerlichen, für die nationalsozialistische Mobilisierung hinderlichen Strukturen der Untersteiermark.

Vieles spricht dafür, daß es in der Illegalität zu einer markanten Änderung der Sozialstruktur kam. Die Nationalsozialistische Partei entwickelte sich von einer Protest- und Sammelbewegung des Mittelstandes zu einer Volkspartei, in der keine Bevölkerungsschicht mehr markant unterrepräsentiert war, wenn auch das Mittelstandssegment weiterhin im Verhältnis zu seinem Anteil an der Gesamtbevölkerung ein Übergewicht hatte. Bäuerliche und Arbeiterschichten stießen ab 1933 in verstärktem Ausmaß zur Hitlerbewegung. Unter den jugendlichen Aktivisten der illegalen Partei (dem „Fußvolk“) waren gewerbliche, kleinbetriebliche Arbeiter (Handwerker) auffallend stark vertreten. In der obersteirischen Industrieregion hatten Industriearbeiter und -angestellte der hier beheimateten Betriebe der Großindustrie, vor allem der Alpine, große Bedeutung.

Zwischen „Führern“ und „Gefolgschaft“ herrschten deutliche soziale und altersmäßige Unterschiede, die in allen Milieus in ähnlicher, wenn auch jeweils milieukonformer Schichtung anzutreffen waren. Für den Alpine-Bereich sieht diese Beziehung schematisch vereinfacht folgendermaßen aus:

Werksleitung:	Hintermänner, Förderer
Ingenieure und Werksbeamte:	politische und militärische Führerschaft
Fach- und Hilfsarbeiter:	Aktivisten, Gefolgschaft

Der Großteil der illegalen NS-Aktivisten der Jahre 1933/34 kann als sehr jugendlich eingestuft werden – so waren rund drei Viertel der nationalsozialistischen Flüchtlinge nach Deutschland oder Jugoslawien und rund zwei Drittel der am nationalsozialistischen Juliaufstand Beteiligten unter 30 Jahren alt. Sie waren also 1905 oder später geboren und gehörten somit der Generation an, deren Kindheit vom Ersten Weltkrieg bestimmt gewesen war.

Anhang 1: Abbildungsnachweise und Zusatzabbildungen

Abbildungsnachweise zu Kapitel 2

Abbildung 2/1: Politische Bezirke, Gerichtsbezirke und Gemeinden der obersteirischen Industrieregion mit Wohnbevölkerung im Jahr 1934

Quelle: Volkszählung 1934, Heft 7, S. 2–39. GB = Gerichtsbezirk.

Abbildung 2/2: Gliederung der Gemeinden nach Größenstufen (bezogen auf die Wohnbevölkerung) in der obersteirischen Industrieregion und in ganz Österreich (ausgenommen Wien) im Jahr 1934 (in Prozent)

Quelle: Volkszählung 1934, Heft 7, S. 2–39; Heft 1, S. 31. – Angegeben ist die prozentmäßige Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Gemeinden (Lesebeispiel: Im Gerichtsbezirk Leoben lebten 25,1 % aller Bürger in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, 26,3 % in Gemeinden, die zwischen 2000 und 5000 Einwohner umfaßten und 48,6 % in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern). Anordnung jeweils nach Dorfanteil (Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern). Gemeinden mit über 20.000 Einwohnern wurden in die Tabelle nicht mehr aufgenommen, da es nur um den Vergleich mit der obersteirischen Industrieregion ging, wo es keine Gemeinden in höheren Größenstufen gibt. – „Mit der Grenze von 2000 Einwohnern soll annähernd eine Scheidung der Siedlungsplätze mit überwiegend ländlichem von solchen mit überwiegend städtischen Charakter erreicht werden. Die Ergebnisse dieser Gliederung werden vielfach nicht immer mit den tatsächlichen Verhältnissen in Einklang stehen, zumal es in Österreich eine Reihe von Landgemeinden gibt, deren Bevölkerungszahl die gezogene Grenze von 2000 weit übersteigt und umgekehrt auch einzelne Stadtgemeinden mit weniger als 2000 Bewohnern vorkommen. In den höheren Größenstufen der Gemeinden tritt freilich der städtische Charakter immer klarer und eindeutiger hervor“ (Volkszählung 1934, Heft 1, S. 30).

Abbildung 2/3: Österreichs Bevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen im Jahr 1934 (in Prozent)

Quelle: Volkszählung 1934, Heft 1, S. 106; Heft 7, S. 2–39. Angegeben ist die Summe der wirtschaftlich Zugehörigen (Berufsträger, Hausfrauen und sonstige Angehörige); das waren insgesamt in ganz Österreich 5.608.099 Personen (inklusive Personen ohne Angaben oder ohne Beruf waren es 6.760.233). Daher auch die Unterschiede bei den Prozentangaben zu den nachfolgenden Abbildungen 2/4 und 2/5: Dort wurden nämlich auch die Personen ohne Angaben und die Berufslosen berücksichtigt. Öffentlicher Dienst = Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung, Rechtspflege und Strafvollzug, Heerwesen, religiöse Dienste, ausländische Hoheitsverwaltung. Häusliche Dienste = Hauspersonal. Geld- und Kreditw. = Geld-, Kredit- und Versicherungswesen.

Abbildung 2/4: Wirtschaftliche Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung in der obersteirischen Industrieregion im Jahr 1934 (in absoluten Zahlen und in Prozent)

Quelle: Volkszählung 1934, Heft 7, S. 2–39. Im Jahr 1934 war der politische Bezirk Mürz-zuschlag, der bis 1933 noch bestanden hatte, dem politischen Bezirk Bruck an der Mur zugeteilt worden; der politische Bezirk Knittelfeld entstand erst nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Ersten Republik war Knittelfeld ein Teil des politischen Bezirks Judenburg (die 1934 bestehende Einteilung in politische Bezirke und Gerichtsbezirke in der obersteirischen Industrieregion geht aus der Abb. 2/1 hervor). Weitere Angaben s. Abb. 2/3.

Abbildung 2/5: Wirtschaftliche Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung in den wichtigsten Ballungszentren der Mur-Mürz-Furche im Jahr 1934

Quelle: Volkszählung 1934, Heft 7, S. 2–39. Weitere Angaben s. Abb. 2/3.

Abbildung 2/6: Ergebnis der steirischen Landtagswahlen vom 9. November 1930 nach Wahlkreisen

Quelle: Zahlen errechnet nach den Angaben bei Karner, Steiermark, S. 536. Prozentangaben auf Basis der gültigen Stimmen. In der ganzen Steiermark wurden insgesamt 504.931 gültige Stimmen abgegeben, davon in der Obersteiermark 165.876, womit dieser Wahlkreis der größte war (fast ein Drittel aller gültigen Stimmen).

Abbildung 2/7: Die Arbeitslosen nach Wirtschaftsabteilungen in Österreich im Jahr 1934

Quelle: Volkszählung 1934, Heft 1, S. 253–259. – „Nach der Berufsstatistik der Volkszählung hat sich für den Stichtag des 22. März 1934 eine Zahl von 593.245 Arbeitslosen ergeben Hiezu kommen noch, ... diejenigen als ‚arbeitslos‘ Bezeichneten, die noch in keiner Stellung standen, im Hause des Erhalters lebten und nicht für einen bestimmten Beruf ausgebildet waren. Ihre Zahl betrug allerdings nur 2419. Insgesamt haben sich somit 595.664 Personen als arbeitslos bezeichnet. Aus den methodischen Bemerkungen ... folgt, daß diese Zahl als eine obere Grenzzahl zu betrachten ist. Die Zahl der Arbeitslosen an sich wird sonst in der österreichischen Statistik nicht erfaßt. Wir besitzen in der Zahl der Stellensuchenden einen Hinweis auf die Stärke der Arbeitslosigkeit. Diese Zahl wurde für Ende März 1934 mit 403.158 angegeben. Auch sie gibt kein vollständiges Bild der Zahl der Arbeitslosen, weil in ihr die Arbeitslosen auf einigen Gebieten der Wirtschaft nicht in größerem Maße erfaßt sind, so z. B. die Arbeiter in der Landwirtschaft, im privaten Haushalt und im öffentlichen Dienst, weil ferner ohne Zweifel manche Arbeitslose, besonders nach länger dauernder Arbeitslosigkeit, sich bei den Arbeitsämtern nicht anmelden, schließlich auch, weil die infolge Krankheit Arbeitslosen gar nicht, die noch nicht in Stellung gewesenen Arbeitslosen nur zu einem kleinen Teil inbegriffen sind, die bei der Volkszählung einbezogen waren. Es ist daher diese Zahl als untere Grenzzahl zu betrachten. Die richtige Zahl der Arbeitslosen in Österreich zum Zeitpunkt der Zählung liegt zwischen diesen zwei Grenzzahlen eingeschlossen. [...] Von den Arbeitslosen aller Wirtschaftsabteilungen entfiel die Hauptmasse 72,2 v. H., auf die Wirtschaftsabteilung Industrie und Gewerbe, d. h. fast drei Viertel aller Arbeitslosen waren in der Wirtschaftsabteilung Industrie und Gewerbe zu finden. Dieses Prozent bedeutet allerdings einen Durchschnitt aus verschiedenen Prozentsätzen der Stellungen im Beruf; von den arbeitslosen Angestellten entfielen nur 33 v. H. auf Industrie und Gewerbe, dagegen von den arbeitslosen Arbeitern 79,0 v. H., von den arbeitslosen Lehrlingen gar 83,7 v. H.“

Abbildung 2/8: Die Arbeitslosen nach Wirtschaftsabteilungen in der Steiermark im Jahr 1934

Quelle: Volkszählung 1934, Heft 1, S. 264.

Zusatzabbildungen zu Kapitel 2

	Zahl der Angestellten, Arbeiter und Lehrlinge	davon arbeitslos in den angeführten Wirtschaftsgruppen in %								
		alle Wirtschaftsgruppen insges.	Land- und Forstwirtschaft	Industrie und Gewerbe	Handel und Verkehr	Geld, Kredit, Vers.	Öffentlicher Dienst	Freie Berufe	Häusl. Dienste	ohne Betriebsangabe
Wien	790.628	33,1	38,6	45,4	25,3	13,2	2,7	18,2	10,0	78,2
Burgenland	55.855	27,5	12,3	49,3	16,5	4,3	1,4	7,2	7,4	46,1
Niederösterr.	423.711	26,9	6,1	40,7	16,6	9,8	2,1	11,3	14,8	66,7
Salzburg	72.943	25,5	6,3	44,0	22,4	8,1	3,5	11,3	18,4	70,0
Tirol	94.405	23,8	9,3	35,3	21,8	10,4	1,2	9,4	12,1	65,7
Kärnten	112.833	23,3	9,2	39,2	18,8	7,5	2,3	9,0	14,4	63,1
Steiermark	282.165	22,8	5,9	37,1	19,8	10,2	2,6	12,5	14,1	66,4
Oberösterreich	259.979	22,5	6,2	40,4	16,4	8,2	2,2	11,2	15,4	70,5
Vorarlberg	45.333	19,4	10,8	24,0	9,2	3,7	2,2	3,5	6,2	69,4
Österreich	2.141.319	27,7	7,6	41,8	22,0	11,9	2,4	14,3	12,1	70,2

Zusatzabbildung 2/a: Die Arbeitslosen nach Wirtschaftsabteilungen in den österreichischen Bundesländern im Jahr 1934

Quelle: Volkszählung 1934, Heft 1, S. 262–265.

Abbildungsnachweise zu Kapitel 3

Abbildung 3/1: Beschäftigungsstand bei der Alpine Montangesellschaft zwischen 1926 und 1937

Quelle: Hwaletz, Rationalisierung, S. 225.

Abbildung 3/2: Mitgliederzahlen des Steirischen Heimatschutzes und des Republikanischen Schutzbundes in einigen Orten der Industrieregion Anfang der dreißiger Jahre

Quelle: E. Staudinger, Unabhängige Gewerkschaft, S. 64. Im Vergleich zu anderen Angaben (vgl. z. B. Punkt 6.3, Abb. 6/4 u. Zusatzabb. 6/e) erscheinen die genannten Zahlen etwas hoch. Insgesamt liegen sehr unterschiedliche Mitgliedszahlen vor, was aller Erfahrung nach auf politische Überlegungen zurückzuführen sein dürfte. Wenn man alle differierenden Zahlen berücksichtigt, kann man hinsichtlich des Heimatschutzes in seiner stärksten Zeit von rund 20.000 Mitgliedern ausgehen.

Abbildung 3/3: Ergebnisse der Arbeiterbetriebsratswahlen im Werk Donawitz von 1926 bis 1933 (Stimmen und Mandate)

Quellen: Stocker, Akkumulationszwang, S. 259; E. Staudinger, Unabhängige Gewerkschaft, S. 66. Links vom Schrägstrich die Anzahl der Stimmen, rechts die der Mandate; im Prinzip werden die von Stocker genannten Zahlen wiedergegeben, in eckigen Klammern zusätzliche bzw. differierende Angaben bei Staudinger.

Abbildung 3/4: Gegenüberstellung des Ergebnisses der NSDAP und des Heimatblocks bei den Gemeinderatswahlen 1932 in sechs Städten der obersteirischen Industrieregion im Vergleich mit der Nationalratswahl von 1930

Quelle: Hänisch, NSDAP-Wähler, S. 97 f. Angaben auf Basis der gültigen Stimmen. In Leoben und Donawitz war der Heimatschutz Teil einer bürgerlichen Koalition (Wirtschaftsblock) (vgl. Zusatzabb. 5/a).

Abbildung 3/5: Ergebnis der Landtagswahlen vom 24. April 1932 in Wien, Niederösterreich und Salzburg im Vergleich zu den Ergebnissen der Nationalratswahlen vom 9. November 1930

Quelle: F. Schausberger, Ins Parlament, S. 133, 151 und 159.

Zusatzabbildungen zu Kapitel 4

Bezirkshauptmannschaft	rechtskräftig Ausgebürgerte	noch nicht rechtskräftig Ausgebürgerte	Gesamt
Leoben	100	70	170
Bruck an der Mur	104	—	104
Judenburg	42	57	99
Graz (Stadtbezirk)	59	20	79
Graz (Landbezirk)	58	24	82
Gröbming	165	18	183
Liezen	92	16	108
Murau	48	7	55
Weiz	15	39	54
Hartberg	17	2	19
Feldbach	20	2	22
Deutschlandsberg	122	3	125
Leibnitz	156	33	189
Gesamt	998	291	1289

Zusatzabbildung 4/a: Anzahl der mit Stichtag 28. 10. 1934 in der Steiermark rechtskräftig und noch nicht rechtskräftig Ausgebürgerten

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4899, 309.888 „Verhinderung der Wiedereinreise rechtskräftig Ausgebürgerter (10. Verzeichnis)“. *Bezirk Bruck an der Mur*: inkl. Mürrzuschlag. *Graz (Stadtbezirk)*: Verzeichnis der Bundespolizei Graz – es handelt sich also wohl um das Stadtgebiet von Graz, lt. Amtskalender von 1935 ein eigener Bezirk. *Graz (Landbezirk)*: Verzeichnis der Bezirkshauptmannschaft Graz; es handelt sich also wohl um den Bezirk Graz Umgebung, und zwar anscheinend linkes und rechtes Murufer; lt. Amtskalender 1935 „Verwaltungsbezirk Graz (Landbezirk)“. Dazu gehören lt. dem Amtskalender 1935 auch Voitsberg, Köflach etc. – allerdings finden sich in der Liste keinerlei Ausgebürgerte aus der Weststeiermark (Voitsberg, Köflach, Bärnbach etc.), was nicht unmöglich, aber doch ziemlich unwahrscheinlich ist. Möglicherweise wurde auf den ehemaligen Bezirk Voitsberg vergessen. *Bezirk Leibnitz*: inkl. Radkersburg. – Auf den Listen finden sich u. a. so prominente Namen wie Walter Oberhaidacher, Fritz Knaus, Hans Rauter, August Meysner und Konstantin Kammerhofer, womit sich im übrigen die Annahme bestätigt, daß sich auf der Liste auch Personen befinden, die am Juliputsch beteiligt waren und nach Jugoslawien flüchteten. Es ist anzunehmen, daß es sich im Sinne des Textes auf der Mantelinnenseite des Aktes um vollständige Listen aller Ausgebürgerter seit dem Verbot der NSDAP handelt.

Bundesland	Ausgebürgerte	Bundesland	Ausgebürgerte
Wien	92	Kärnten	792
Niederösterreich	187	Salzburg	985
Burgenland	101	Tirol	142
Oberösterreich	440	Vorarlberg	142
Steiermark	998	Gesamt	3879

Zusatzabbildung 4/b: Anzahl der bis Ende Oktober 1934 aus Österreich ausgebürgerten nationalsozialistischen Flüchtlinge

Quelle: wie Zusatzabb. 4/a. Gesamtstatistik für ganz Österreich, die sich aus zwei im Akt angeführten Tabellen erschließen läßt; allem Anschein nach handelt es sich dabei im Gegensatz zur Auflistung in Zusatzabb. 4/a ausschließlich um die bereits rechtskräftig Ausgebürgerten.

Abbildungsnachweise zu Kapitel 5

Abbildung 5/1: Ergebnis der Gemeinderatswahlen vom 24. April 1932 in 351 steirischen Gemeinden im Vergleich zu den Gemeinderatswahlen vom 22. April 1928

Quelle: Hänisch, NSDAP-Wähler, S. 95. Insgesamt fand nur in 582 Gemeinden ein Wahlverfahren statt; in 446 Gemeinden entfiel die Wahl, weil nur eine Liste eingereicht worden war. Zu den bürgerlichen Parteien zählen Christlichsoziale, Einheitsliste, Wirtschaftspartei, Heimatblock, Landbund, Ständeliste und diverse Koalitionen.

Abbildung 5/2: Nationalsozialistische Versammlungen in der Steiermark (außer Graz-Stadt) von April 1932 bis Februar 1933

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 161.061/32, 174.925/32, 212.292/32, 223.635/32, 237.816/32; Ktn. 5135, 105.939/33, 126.275/33, 130.486/33. Für die Monate Juni, Juli und November 1932 liegen in dem erwähnten Quellenbestand keine Berichte vor (k. A. = keine Angaben). Die Gesamtzahl umfaßt somit nur acht Monate.

Abbildung 5/3: Der Übergang der NSDAP in der obersteirischen Industrieregion zu illegalen Aktions- und Kampfformen zwischen Anfang März und Ende Juni 1933 (Zahl der in den LGK-Berichten erwähnten Fälle)

Quelle: Monatliche Lageberichte des Landesgendarmierkommandos für Steiermark: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135: 145.808/33 (März 1933), 160.849/33 (April 1933), 174.882/33 (Mai 1933), 187.701/33 (Juni 1933). Aufgenommen wurden alle für die vier Bezirke der Industrieregion erwähnten Fälle ohne weitere qualitative und quantitative Bewertung.

Abbildung 5/4: Verlauf der NS-Aktivitäten in der obersteirischen Industrieregion vom 29. Mai bis zum 29. Oktober 1933 (pro Woche)

Quelle: Monatliche Lageberichte des Landesgendarmierkommandos für Steiermark: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 174.882/33 (Mai 1933), 187.701/33 (Juni 1933), 202.036/33 (Juli 1933), 215.176/33 (August 1933); Ktn. 5136, 227.788/33 (September 1933), 242.388/33 (Oktober 1933). Erwähnte Fälle ohne Datumsangaben wurden anteilmäßig auf die Wochen umgerechnet bzw. nach dem Zufallsprinzip vergeben. „Leichte“ Fälle sind die unter Punkt 4.1 („Katalog illegaler nationalsozialistischer Aktionsformen“) unter „Primär gewaltloser Aktionismus“ (Fälle von „Flucht nach Deutschland“ wurden allerdings ausgeklammert), „schwere“ Fälle die unter „Gewalt gegen Sachen/Sabotage“ und „Gewalt und Terror gegen Personen“ aufgelisteten Formen. Ab

November 1933 beinhalten die monatlichen Lageberichte keinen erschöpfenden Katalog der in der Industrieregion registrierten Fälle mehr.

Abbildung 5/5: Nationalsozialistische Bölker- und Sprengstoffanschläge vom 31. Dezember 1933 bis 11. März 1934 in der obersteirischen Industrieregion (gelungene und mißlungene Explosionen – täglich)

Quelle: Wöchentliche Lageberichte des Sicherheitsdirektors für Steiermark: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5137, 104.024/34, 109.112/34, 112.702/34, 116.269/34, 120.482/34, 124.743/34; Ktn. 5138, 131.013/34; BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4883, 132.846/34, 132.249/34; ÖStA, AdR, BKA-Inneres 1934 Sicherheitsdirektorenberichte, Ktn. 0042, ZI Na 997/34. Grundsätzlich wurde jede in den Berichten erwähnte Explosion, Detonation etc. aufgenommen; weiters auch nicht explodierte Sprengkörper. Zumeist handelte es sich um die Explosion von sogenannten Papierböllern, die aber – wie die Berichte von Personen- und Sachschäden beweisen – nicht so harmlos waren, wie der Name vermuten lassen könnte. Daneben ist auch noch von „Knallkörpern“, „Raketen“, aber auch Sprengstoffen aller Art die Rede. In den nicht allzu häufigen Fällen, in denen kein genaues Datum angegeben oder rein verbale Beschreibungen („mehrere Detonationen“, „einige Explosionen“ etc.) geboten wurden, mußte eine Schätzung vorgenommen werden, die der Tendenz der anderen, exakt beschriebenen Fällen entspricht.

Abbildung 5/6: Anschläge auf Telefon-, Telegraf- und Signalleitungen in der Nacht vom 27. auf den 28. Jänner 1934 in der obersteirischen Industrieregion

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5137, 120.482/34 („Lagebericht VI/Feber 1934“).

Abbildung 5/7: Verhafteten und angezeigten Nationalsozialisten in der Steiermark (ohne Graz-Stadt) von Juli 1933 bis November 1934 (ohne Juliputschisten)

Quelle: Monatliche Lageberichte des Landesgendarmeriekommandos für Steiermark: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 202.036/33 (Juli 1933), 215.176/33 (August 1933); Ktn. 5136, 227.788/33 (September 1933), 242.388/33 (Oktober 1933), 255.256/33 (November 1933); Ktn. 5137, 112.702/34 (Dezember 1933, Beilage zum Wochenbericht IV/1934), 125.247/34 (Jänner 1934), 143.619/34 (Februar 1934), 157.087/34 (März 1934), 177.604/34 (April 1934), 195.116/34 (Mai 1934), 208.353/34 (Juni 1934), 241.200/34 (Juli/August 1934), 267.721/34 (September 1934), 337.206/34 (November 1934). Für Oktober und Dezember 1934 liegen keine monatlichen Lageberichte vor. Diskrepanzen zur Wochenstatistik in der Industrieregion (Abb. 5/4) ergeben sich aus Abweichungen zwischen der vom LGK zusammengestellten Gesamtstatistik und den nach Bezirken gegliederten verbalen Darstellungen in den jeweiligen monatlichen Lageberichten.

Abbildung 5/8: Durch nationalsozialistischen Terror in der Steiermark (ohne Graz-Stadt) bewirkter Sachschaden im Frühjahr und Sommer 1934

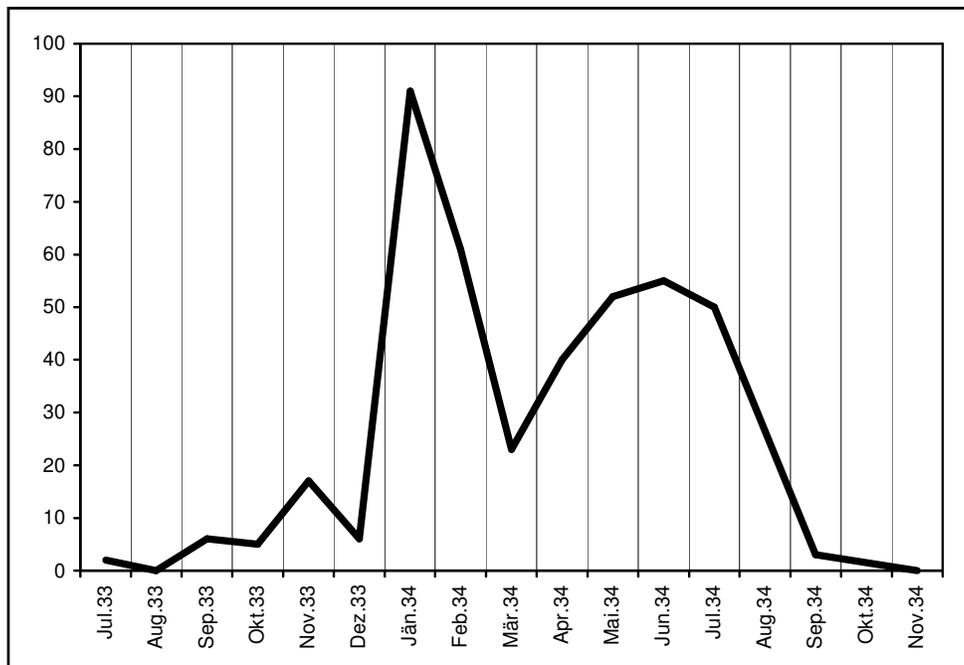
Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5137, 125.247/34. Gesamtstatistik aller Fälle anhand der sich auf den Innenseiten der Mantelakten der monatlichen Lageberichte befindlichen, meist handschriftlichen Tabellen. Alle diese Akten befinden sich in einer Mappe mit der angeführten Nummer.

Zusatzabbildungen zu Kapitel 5

	NSDAP		Bürgerl.		SDAP		KPÖ		gültige Stimmen
	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	
Leoben	1.296	18,8	2.740	39,8	2.537	36,9	305	4,4	6.878
Donawitz	772	8,1	3.342	35,2	4.864	51,2	527	5,5	9.505
Göß	119	7,1	556	33,1	1.006	59,8	—	—	1.681
Niklasdorf	105	7,9	311	23,4	898	67,6	15	1,1	1.329
Proleb	—	—	285	62,2	173	37,8	—	—	458
St. Michael	215	13,1	581	35,4	744	45,3	102	6,2	1.642
St. Stefan	251	28,3	386	43,6	249	28,1	—	—	886
Kraubath	46	7,8	380	64,6	162	27,6	—	—	588
Traboch	—	—	214	53,8	184	46,2	—	—	398
Kammern	—	—	417	59,9	279	40,1	—	—	696
Mautern Markt	151	28,3	270	50,6	113	21,2	—	—	534
Mautern Umgeb.	87	12,3	382	54,2	236	33,5	—	—	705
Kallwang	201	24,1	356	42,7	277	33,2	—	—	834
Wald	46	8,6	206	38,7	271	50,9	9	1,7	532
Trofaiach	314	24,5	495	38,6	424	33,0	51	4,0	1.284
Gai	68	15,9	321	75,2	38	8,9	—	—	427
Hafning	238	31,2	231	30,2	295	38,6	—	—	764
Vordernberg	123	8,0	380	24,6	1.015	65,7	27	1,7	1.545
Eisenerz	397	9,6	1.682	40,8	1.834	44,4	213	5,2	4.126
Hieflau	108	11,5	218	23,2	601	64,0	12	1,3	939
Gesamt	4.537	12,7	13.753	38,5	16.200	45,3	1.261	3,5	35.751

Zusatzabbildung 5/a: Ergebnis der Gemeinderatswahlen vom 24. April 1932 im Bezirk Leoben

Quelle: Obersteirische Volkszeitung, Leoben, Dienstag, 26. April 1932. In dieser Aufstellung fehlen zwei Gemeinden lt. Volkszählung 1934: In Radmer fand offensichtlich kein Wahlverfahren statt (vgl. Hänisch, NSDAP-Wähler, S. 94 f., Fn. 310); für St. Peter-Freienstein liegen keine Angaben über die Stimmenanzahl, sondern nur über die Mandate (8 Sozialdemokraten, 6 Wirtschaftspartei) vor. Bürgerl. = Bürgerliche Gruppierungen, vor allem die Wirtschaftslisten, die unter Namen wie Wirtschaftspartei, Wirtschaftsliste, Wirtschaftsblock, Bürgerlicher Wirtschaftsblock, Wirtschafts- und Heimatblock auftraten; weiters Ständevertretung und Ständeblock sowie die bundesweit etablierten Christlichsozialen und der Landbund; eine Trennung zwischen eher christlichsozial und eher national orientierten Bürgerlichen ist unmöglich; der Anteil der Christlichsozialen, der Großdeutschen, des Landbundes und des Heimatschutzes an den einzelnen Wirtschafts- und Ständelisten ist nicht festzustellen und dürfte von Gemeinde zu Gemeinde variiert haben. Hänisch, NSDAP-Wähler, S. 95, hat für die Darstellung des Ergebnisses der Gemeinderatswahlen dieselbe Einteilung getroffen (vgl. Abb. 5/1).



Zusatzabbildung 5/b: Gesamtzahl der aufgrund von Gewalt gegen Sachen/ Sabotage und Gewalt und Terror gegen Personen („schwere“ Fälle) verhafteten und angezeigten Nationalsozialisten in der Steiermark (ohne Graz) von Juli 1933 bis November 1934 (ohne Juliputschisten)

Quelle: wie Abb. 5/7.

Zeit	Ort	Umstand	Sprengstoff	Wirkung	Täter
1. 7., 0.07	Vordernberg, Bundesstraße	Sprengstoffanschlag	nicht feststellbar	Sachschaden; 35 Fensterscheiben zertrümmert	[keine Angaben]
2. 7., 0.45	Donawitz, Kinogebäude	Sprengstoffanschlag	Dynamit	Sachschaden	unbekannt
2. 7., 3.00	Donawitz, Bahnkörper Hinterberg	nicht explodierte Sprengkörper aufgefunden	Ammonit	keine Explosion, trotzdem Beschädigung der Bahnanlagen	vermutl. NS
2. 7., 22.15	Eisenerz, Pfarrhof und Marienvilla	Sprengstoffanschlag	unbekannt	Sachschaden	NS XY verhaftet
3. 7., 22.30	Bahnstrecke Leoben-St. Michael	Sprenganschlag auf die Bahnstrecke	vermutlich Dynamit	Sachschaden; Störung des Eisenbahnverkehrs	vermutl. NS
3. 7., 23.15	St. Michael; Verwaltungsgebäude „Zechnerhof“	Sprenganschlag, vermutl. Papierböller	vermutl. Schwarzpulver	22 Fensterscheiben zertrümmert; Sachschaden 57 S	vermutl. Kommunist
6. 7., 0.30	Eisenerz	Sprengstoffanschlag	unbekannt	Sachschaden	vermutl. NS
6. 7.	Niklasdorf, Papierfabrik	Papierböllerexplosion	unbekannt	[ansch. kein Schaden]	vermutl. NS
8. 7., 1.47 und 2.10	St. Michael, Bahnstrecke	Sprengstoffattentat	nicht feststellbar	Verkehrsstörung von ca. 4 Std. und Sachschaden von ca. 1000 S	AB, CD u. EF (NS)
8. 7., 0.10	Vordernberg	Sprengstoffanschlag	[keine Angaben]	Sachschaden	[keine Ang.]
8. 7., 21.30	Donawitz, Nähe kath. Vereinsheim	Explosion eines Papierböllers	vermutlich Ammonit	kein Schaden	[keine Ang.]
9. 7., 21.05	Trofaiach	Sprengstoffanschlag auf ein Haus	unbekannt	Schäden am Haus	vermutl. NS

Zusatzabbildung 5/c – Fortsetzung auf der nächsten Seite

Zeit	Ort	Umstand	Sprengstoff	Wirkung	Täter
11. 7., 23.30	Donawitz, Eisenbahndurchlaßbrücke über den Thalbach	Sprengstoffanschlag	vermutlich Ammonit	Sachschäden an der Brücke und an einem Starkstromkabel	unbekannt
13. 7., 0.15	Judendorf bei Leoben	Sprengstoffanschlag auf ein Telefonkabelobjekt	unbekannt	Sachschaden, Störung des Telefonverkehrs	unbekannt
15. 7., 9.30	Hinterberg, Gemeinde Donawitz	Ansprengung einer Felswand über der Bahn und der Bundesstraße	Ammonit	leichte Verletzung eines Motorradfahrers, Beschädigung des Motorrades, Verkehrsbehinderung, Sachschaden	unbekannt
15. 7., 22.10	Leoben, Bruckerstraße	Sprengstoffanschlag auf einen Briefkasten	vermutl. Ammonit	Briefkasten und 10 Fensterscheiben zertrümmert, Schaden ca. 150 S	Sozial. oder Komm.
15. 7., 22.30	Leoben, Studentenheim	Sprengstoffanschlag auf das Heim	vermutl. Ammonit	34 Fensterscheiben zertrümmert, Schaden ca. 250 S	vermutl. Sozial. oder Komm.
15. 7., 23.40	Göß, Briefkasten vor einem Kaufhaus	Sprengstoffanschlag	unbekannt	Zerstörung des Briefkastens, Sachschaden, 15 Scheiben zertrümmert	unbekannt
15. 7., 23.45	Göß, Vorgarten des Hauses eines Wagnermeisters	Explosion eines Papierböllers	unbekannt	5 Scheiben zertrümmert	unbekannt
15. 7., 23.45	Göß, Stiftspark, beim Haus eines Steuerbeamten	Explosion eines Papierböllers	unbekannt	3 Scheiben zertrümmert	unbekannt
16. 7., 0.15	Leoben, Vorderbergerstraße	Sprengstoffanschlag auf ein Haus	vermutl. Ammonit	10 Fensterscheiben zertrümmert, Schaden ca. 250 S	Sozial. oder Komm.
16. 7., 0.18	Leoben, Friedhof	Papierböllerswurf in den Friedhof	vermutl. Schwarzpulver	kein Sachschaden	Sozial. oder Komm.
16. 7., 0.30	Leoben, Mautgasse	Sprengstoffanschlag auf einen Gartenzaun	vermutl. Ammonit	kein Sachschaden	vermutl. Sozial. oder Komm.
16. 7., 1.00	Leoben, Gösserstraße	Sprengstoffanschlag auf einen Briefkasten	vermutl. Ammonit	Briefkasten zertrümmert, Schaden ca. 150 S	vermutl. Sozial. oder Komm.
17. 7., 21.00	Donawitz, ein Schrebergarten	Papierböllerexplosion	unbekannt	kein Schaden	unbekannt
18. 7., 1.05	Hafning (Gendarmerieposten Trofaiach)	Sprengstoffanschlag auf ein Auto	unbekannt	Demolierung des Autos	verdächtig wird der Schlosser XY
18. 7., 1.50	Trofaiach	Sprengstoffanschlag auf ein Haus	unbekannt	keine Sachschäden	vermutl. NS
18. 7., 2.45	Donawitz, altes Werkshotel	Sprengstoffanschlag	Ammonit oder Ekrasit	Sachschaden, Lichtleitung beschädigt, 4 Fensterscheiben zertrümmert	unbekannt
18. 7., 21.05	Trofaiach	Sprengstoffanschlag auf ein Haus	unbekannt	Schäden am Haus	vermutl. NS
18. 7., 23.15	Donawitz	Sprengstoffanschlag	vermutl. Ammonit	Fensterscheiben und Türen beschädigt	XY (NS)
19. 7.	Judendorf bei Leoben, Bundesbahnanlage	Sprengmittelfund anläßl. einer Streckenkontrolle	Dynamit		unbekannt
20. 7., 1.25	Eisenbahnstrecke zwischen St. Michael und Hinterberg	Sprengung einer Felswand, um den Bahnbetrieb zu stören	unbekannt	Sachschaden, Verkehrsstockung	unbekannt
21. 7., 14.45	Donawitz, Bahnhof	Fund eines nicht explodierten Papierböllers	Schwarzpulver	kein Schaden	unbekannt

Zusatzabbildung 5/c: Gelungene und mißlungene Sprengstoffanschläge von Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und unbekanntem Tätern im Bezirk Leoben, in der Zeit vom 1. bis 21. Juli 1934

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres, Varia, Nat.-Soz. Bewegung 1934–38, Karton 8140, Umschlag 8–22.

Abbildungsnachweise zu Kapitel 6

Abbildung 6/1: Regionale Stärkeverhältnisse der NSDAP-Mitgliedschaft in Österreich (in Prozent)

Quelle: Botz, Soziale Basis, S. 36. Seine Angaben beruhen auf Stichprobenerhebungen in der NSDAP-Mitgliederkartei im Berlin Document Center. Der Mitgliederstand vom November 1938 basiert auf NS-eigenen Schätzungen nach Luza, Großdeutsche Idee.

Abbildung 6/2: Teilnehmer an nationalsozialistischen Versammlungen in allen steirischen Bezirken (außer Graz-Stadt) vom April 1932 bis Februar 1933 in Prozent der Wohnbevölkerung

Quelle: wie Zusatzabb. 6/b. Berechnung der Prozentzahlen nach Volkszählung 1934, Heft 7, S. 2–39. Die Bezirke sind von links nach rechts entsprechend dem Grad der Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung zu Industrie und Gewerbe geordnet.

Abbildung 6/3: Reihung der steirischen Bezirke nach NS-Affinität. Gegenüberstellung von Statistiken der steirischen Gendarmerie über Teilnehmerzahlen an NS-Versammlungen und von internen NS-Angaben über die Mitgliedsstärke der Partei

Quelle: wie Zusatzabb. 6/b.; weiters: Gau-Nachrichten, Folge 28, 19. Mai 1933, S. 9 (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4876). Laut dem Dienstbuch der NSDAP Österreichs (Hitlerbewegung) aus dem Jahr 1932 umfaßte der Gau Steiermark zusätzlich den Salzburger Lungau (Bezirk Tamsweg) sowie die burgenländischen Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf. Diese Bezirke scheinen in der Statistik der Gau-Nachrichten auf, wurden hier aber weggelassen (der Lungau war übrigens der stärkste Bezirk des „Gaus Steiermark“). Es scheinen in den zitierten Gau-Nachrichten vom Mai 1933 jedoch nicht die Bezirke Graz-Umgebung, Mürzzuschlag und Radkersburg auf, obwohl sie auf der Österreich-Karte im Dienstbuch vom März 1932 (nach S. 16) noch verzeichnet sind. Möglicherweise wurden sie in der Zwischenzeit den Bezirken Graz, Bruck an der Mur und Leibnitz zugeschlagen.

Abbildung 6/4: Vergleich der Stärke des Steirischen und des Österreichischen Heimatschutzes in den einzelnen politischen Bezirken der Steiermark (ohne Graz-Stadt) im Mai 1933 (in Prozent der Wohnbevölkerung)

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 174.883/33 (Österr. Heimatschutz); 177.530/33 (Steir. Heimatschutz); weiters: Volkszählung 1934, Heft 7, S. 2–39. Die in der Aufstellung des LGK getrennten Bezirke Graz-Umgebung linkes Murofer und Graz-Umgebung rechtes Murofer wurden zur Vereinheitlichung mit anderen ähnlichen Darstellungen zu einem Bezirk zusammengefaßt. Die Bezirke sind von links nach rechts entsprechend dem Grad der Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung zu Industrie und Gewerbe geordnet.

Abbildung 6/5: Uneruierte Fälle von illegalen nationalsozialistischen Aktionen im Vergleich mit angezeigten und festgenommenen Nationalsozialisten in der Steiermark (ohne Graz-Stadt) vom Dezember 1933 bis Juni 1934 (in Prozent der Wohnbevölkerung)

Quelle: Monatliche Lageberichte des Landesgendarmeriekommandos für Steiermark: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5137, 112.702/34 (Dezember 1933, Beilage zum Wochenbericht IV/1934), 125.247/34 (Jänner 1934), 143.619/34 (Februar 1934), 157.087/34 (März 1934), 177.604/34 (April 1934), 195.116/34 (Mai 1934), 208.353/34 (Juni 1934). Die Bezirke sind von

links nach rechts entsprechend dem Grad der Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung zu Industrie und Gewerbe geordnet. Die Einteilung der Bezirke wurde leicht modifiziert, um die Vergleichbarkeit der erhobenen Daten zu gewährleisten. Der Vergleich erfolgt auf Basis des Prozentanteils an der Wohnbevölkerung. Bei den Angezeigten/Festgenommenen handelt es sich aber um Einzelpersonen, während an uneruierten Fällen zumeist wahrscheinlich mehr als eine Person beteiligt war. Es können also die beiden Kategorien nicht hundertprozentig miteinander verglichen werden, daher wurde – um Mißverständnissen vorzubeugen – auf die Anzeige der Prozentwerte in der Y-Achse verzichtet. Es soll auf diese Art nur die Diskrepanz zwischen den beiden Kategorien und der regionale Verlauf gezeigt werden.

Abbildung 6/6: Anzahl der uneruierten illegalen nationalsozialistischen Aktionen sowie der von der Gendarmerie nach illegalen nationalsozialistischen Aktionen in der Steiermark (ohne Graz-Stadt) zur Behebung der Schäden eingesetzten Putzscharen von Dezember 1933 bis Juni 1934 (in Prozent der Wohnbevölkerung)

Quelle: wie Abb. 6/5. Da auch die Gegenüberstellung von uneruierten Fälle und Putzscharen ein wenig dem Vergleich von Äpfeln und Birnen ähnelt, wurde auf die Angabe der Prozentwert in der Y-Achse verzichtet. Eine allgemeine Tendenz ist trotzdem eindeutig aus den errechneten Werten herauszulesen. Für die exakten Zahlen s. Zusatzabb. 6/f.

Abbildung 6/7: „Nazi-Akte in der Zeit vom 16. bis 30. Juni 1934“

Quellen: ÖStA, AdR, BKA-Inneres Varia NS-Bewegung 1934–38, Ktn. 8140, Umschlag 1 „Nazi-Akte in der Zeit vom 16. bis 30. Juni 1934; entnommen den täglich einlaufenden Situationsberichten der Sicherheitsdirektoren“. Volkszählung 1934, Heft 1, S. 13.

Abbildung 6/8: Das Obersteiermark-Untersteiermark-Gefälle bei der NS-Affinität

Quellen: „Uneruierte Fälle/Putzscharen“: s. Abb. 6/5 u. 6/6. „Mitglieder“: Gau-Nachrichten, Folge 28, 19. Mai 1933, S. 9 (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4876). Die angegebenen Verhältniswerte wurden zur besseren Vergleichbarkeit entsprechend adaptiert, d. h., das Komma wurde um eine Stelle nach links verschoben und der so entstandene Wert durch zwei dividiert. Die Bezirkseinteilung differiert etwas, für Mürzzuschlag (vermutl. bei Bruck/Mur) und Radkersburg (vermutl. bei Leibnitz) liegen keine gesonderten Ergebnisse vor; das in der Abb. wiedergegebene Ergebnis für Graz-Umgebung dürfte auch Graz-Stadt enthalten. „Versammlungen“: s. Abb. 6/2 bzw. Zusatzabb. 6/b. Reihenfolge der Bezirke von links nach rechts in Nord-Süd- bzw. Ost-West-Richtung.

Zusatzabbildungen zu Kapitel 6

Bezirk	NSDAP		Heimatschutz		KPÖ	
	Anzahl	Gesamt / Ø	Anzahl	Gesamt / Ø	Anzahl	Gesamt / Ø
Leoben	17	2793 / 164	6	2250 / 375	11	1363 / 124
Bruck an der Mur	16	725 / 45	7	868 / 124	5	1000 / 200
Mürzzuschlag	9	1540 / 171	—	—	6	950 / 158
Judenburg	10	2120 / 212	3	600 / —	6	1150 / 192
Graz-Umgebung	12	1210 / 101	7	910 / 130	12	799 / 67
Voitsberg	5	500 / 100	3	525 / —	7	889 / 127
Liezen	8	1350 / 169	3	106 / —	3	220 / —
Gröbming	23	1970 / 86	4	320 / —	—	—
Weiz	5	370 / 74	3	380 / —	2	350 / —
Deutschlandsberg	2	300 / —	6	432 / 72	—	—
Hartberg	1	80 / —	—	—	2	140 / —
Murau	2	110 / —	—	—	—	—
Leibnitz	6	390 / 65	3	435 / —	—	—
Radkersburg	6	700 / 117	4	430 / —	—	—
Feldbach	2	400 / —	3	330 / —	—	—
Summe	124	14.558 / 117	52	7586 / 146	54	6861 / 127

Zusatzabbildung 6/a: Vergleich der Versammlungen von NSDAP, Heimatschutz und KPÖ in der Steiermark (außer Graz-Stadt) im April 1932

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 161.061/34, 162.330/32, 162.330/32. Die jeweils erste Spalte („Anzahl“) enthält die Zahl der Versammlungen, die im April 1932 je Bezirk abgehalten wurden, die zweite Spalte („Gesamt / Ø“) die Gesamtanzahl der Besucher aller Veranstaltungen lt. Gendarmerieangaben sowie den Besucherschnitt aller Versammlungen im jeweiligen Bezirk. Fehlende Angaben wurden geschätzt, und zwar so, daß der jeweilige Bezirksdurchschnitt eingesetzt wurde. Nur verbale Angaben („sehr wenig“, „gut besucht“) wurden anhand des Schnittes der übrigen Bezirke quantifiziert. Für Bezirke mit weniger als fünf Veranstaltungen wurde kein Durchschnitt errechnet. Die Bezirke sind von oben nach unten entsprechend dem Grad der Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung zu Industrie und Gewerbe geordnet, d. h., der Bezirk Leoben weist den höchsten Anteil an Industrie und Gewerbe auf, der Bezirk Bruck/Mur den zweithöchsten etc. Umgekehrt hat der zuletzt genannte Bezirk Feldbach den höchsten Anteil der Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung zu Land- und Forstwirtschaft etc. (Quelle: Volkszählung 1934, Heft 1, S. 159 f.). Man muß allerdings bedenken, daß die Einteilung der Bezirke im Volkszählungsjahr 1934 gegenüber dem 1932 differierte (Radkersburg kam zu Leibnitz, Graz-Umgebung und Voitsberg wurden zu Graz-Land zusammengefaßt, Mürzzuschlag kam zu Bruck an der Mur).

Bezirk	April 1932		Mai 1932		August 1932		September 1932	
	Anz.	Teiln. / Ø	Anz.	Teiln. / Ø	Anz.	Teiln. / Ø	Anz.	Teiln. / Ø
Leoben	17	2793 / 164	6	780 / 130	10	3660 / 73	8	1040 / 130
Bruck an der Mur	16	725 / 45	4	220 / —	10	589 / 59	12	1189 / 99
Mürzzuschlag	9	1540 / 171	5	575 / 115	6	1775 / 65	10	640 / 64
Judenburg	10	2120 / 212	6	1246 / 208	9	3411 / 176	6	511 / 85
Graz-Umgebung	12	1210 / 101	4	810 / 203	30	2030 / 68	33	2094 / 63
Voitsberg	5	500 / 100	4	440 / —	9	1014 / 54	4	125 / 31
Liezen	8	1350 / 169	4	590 / —	6	355 / 59	5	450 / 90
Gröbming	23	1970 / 86	8	1030 / 129	9	525 / 58	6	800 / 133
Weiz	5	370 / 74	4	347 / —	10	1470 / 147	8	650 / 81
Deutschlandsberg	2	300 / —	6	420 / 70	14	1130 / 81	13	565 / 43
Hartberg	1	80 / —	2	60 / —	8	1215 / 152	6	910 / 152
Murau	2	110 / —	—	—	7	490 / 70	4	430 / 108
Leibnitz	6	390 / 65	9	595 / 66	12	1352 / 113	10	525 / 53
Radkersburg	6	700 / 117	—	—	5	1140 / 228	4	840 / 210
Feldbach	2	400 / —	—	—	12	820 / 68	9	611 / 68
Summe	124	14.558 / 117	62	7113 / 115	157	20.976 / 134	138	11.380 / 82
Bezirk	Oktober 1932		Dezember 1932		Jänner 1933		Februar 1933	
	Anz.	Teiln. / Ø	Anz.	Teiln. / Ø	Anz.	Teiln. / Ø	Anz.	Teiln. / Ø
Leoben	13	1270 / 98	2	240 / —	6	745 / —	5	1020 / 204
Bruck an der Mur	5	310 / 62	2	25 / —	2	80 / —	6	454 / 76
Mürzzuschlag	10	513 / 51	4	200 / —	—	—	7	1260 / 180
Judenburg	17	1662 / 98	1	120 / —	6	1040 / —	5	1060 / 212
Graz Umgebung	38	1933 / 51	4	540 / —	8	590 / —	23	1730 / 75
Voitsberg	4	140 / 35	2	150 / —	4	480 / —	7	425 / 61
Liezen	8	448 / 56	—	60 / —	2	90 / —	1	70 / —
Gröbming	14	1040 / 74	—	150 / —	—	—	3	340 / —
Weiz	7	935 / 134	3	92 / —	2	170 / —	4	640 / 160
Deutschlandsberg	10	710 / 71	—	—	2	180 / —	5	247 / 49
Hartberg	5	261 / 52	2	170 / —	3	130 / —	7	620 / 89
Murau	6	290 / 48	1	60 / —	1	70 / —	8	1220 / 153
Leibnitz	13	479 / 37	—	—	—	—	2	55 / —
Radkersburg	3	295 / 98	—	—	—	—	2	160 / —
Feldbach	4	147 / 37	1	50	1	100 / —	4	520 / —
Summe	157	10.433 / 66	22	1857 / 84	37	3675 / 99	89	9821 / 110

Zusatzabbildung 6/b: Nationalsozialistische Versammlungen in allen steirischen Bezirken (außer Graz-Stadt) von April 1932 bis Februar 1933

Quellen: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, 161.061/32, 174.925/32, 212.292/32, 223.635/32, 237.816/32; Ktn. 5135, 105.939/33, 126.275/33, 130.486/33. Angaben zur Einteilung der Spalten wie Zusatzabb. 6/b. Die Bezirke sind von oben nach unten entsprechend dem Grad der Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung zu Industrie und Gewerbe geordnet. Für die Monate Juni, Juli und November 1932 liegen in dem erwähnten Quellenbestand keine Berichte vor. Für diese Statistik wurde jeweils die Zahl der tatsächlich erwähnten Veranstaltungen herangezogen; in den zusammenfassenden Analysen der einzelnen Monatsberichte werden ab und zu etwas andere Zahlen genannt. Möglicherweise rechnete das LGK manchmal alle angemeldeten Versammlungen ein,

auch wenn sie nicht stattfanden. Fehlende Angaben über die Zahl der Teilnehmer wurden geschätzt, und zwar so, daß der jeweilige Bezirksdurchschnitt eingesetzt wurde. Nur verbale Angaben („sehr wenig“, „gut besucht“) wurden anhand des Schnittes der übrigen Bezirke quantifiziert. Für Bezirke mit weniger als fünf Veranstaltungen wurde kein Durchschnitt errechnet. Großveranstaltungen, bei denen vermutlich viele Besucher von auswärts kamen, wurden nicht in den Bezirksdurchschnitt aufgenommen, sehr wohl natürlich in die absolute Summe aller Versammlungsteilnehmer. In die Durchschnittssumme des gesamten Landes Steiermark sind sie ebenfalls aufgenommen. – Die Durchschnittsziffern der einzelnen Bezirke sind nicht unbedingt sehr aussagekräftig über die Stärke der NSDAP im jeweiligen Bezirk, weil hier Zufälle bzw. die Größe des jeweiligen Veranstaltungsortes eine große Rollen spielen. In einem Dorf mit 200 Einwohnern sind 50 Teilnehmer sehr viel, während in einer Stadt mit 10.000 Einwohnern eine Zahl von 500 Teilnehmern nicht so überwältigend sein mag. Allerdings können die Zahlen einen guten Eindruck von der Dynamik der Entwicklung geben. Und über eine längere Sicht sagen sie auch einiges über die Struktur der Bewegung und ihre regionale Verteilung aus. – Ab Oktober 1932 wurde in den LGK-Berichten der Bezirk Graz-Umgebung in Graz-Umgebung linkes Murufer und Graz-Umgebung rechtes Murufer geteilt; der Vergleichbarkeit halber werden diese beiden Bezirke hier wieder zusammengefaßt. – Im Dezember 1932 wurden auch Julfeiern, Weihnachtsfeiern und Werbemärsche aufgenommen; im Jänner 1933 Versammlungen, Sprechabende, Führerbesprechungen und Marburg-Gedenkfeiern (Gedenken an eine gewaltsame Zersprengung einer Massenkundgebung in Marburg am 27. Jänner 1919, dem sog. „Marburger Blutsonntag“).

Bezirk	Apr.	Mai	Aug.	Sept.	Okt.	Dez.	Jän.	Feb.	Ges.	Verh.
Leoben	4,2	1,2	5,4	1,5	1,9	0,4	1,1	1,5	2,1	- 2,1
Bruck an der Mur	1,4	0,4	1,2	2,3	0,6	0,0	0,2	0,9	0,9	- 0,5
Mürzzuschlag	3,7	1,4	4,3	1,5	1,2	0,5	—	3,0	2,0	- 1,7
Judenburg	3,0	1,7	4,7	0,7	2,3	0,2	1,4	1,5	1,9	- 1,1
Graz-Umgebung	0,9	0,6	1,6	1,6	1,5	0,4	0,5	1,3	1,1	+ 0,2
Voitsberg	1,1	1,0	2,2	0,3	0,3	0,3	1,1	0,9	0,9	- 0,2
Liezen	4,8	2,1	1,3	1,6	1,6	0,2	0,3	0,2	1,5	- 3,3
Gröbming	6,0	3,2	1,6	2,5	3,2	0,5	—	1,0	2,2	- 3,8
Weiz	0,5	0,5	2,1	0,9	1,3	0,1	0,2	0,9	0,8	+ 0,3
Deutschlandsberg	0,5	0,8	2,0	1,0	1,3	—	0,3	0,4	0,8	+ 0,3
Hartberg	0,1	0,1	2,1	1,6	0,5	0,3	0,2	1,1	0,7	+ 0,6
Murau	0,4	—	1,6	1,4	1,0	0,2	0,2	4,1	1,1	+ 0,7
Leibnitz	0,6	0,9	2,0	0,8	0,7	—	—	0,1	0,6	0,0
Radkersburg	2,5	—	4,0	3,0	1,0	—	—	0,6	1,4	- 1,1
Feldbach	0,5	—	1,0	0,7	0,2	0,1	0,1	0,6	0,4	- 0,1
Obersteirische Industrieregion	3,1	1,2	4,1	1,5	1,6	0,3	0,8	1,6	1,8	- 1,3
Steiermark ohne Graz	1,7	0,8	2,4	1,3	1,2	0,2	0,4	1,1	1,2	- 0,5

Zusatzbildung 6/c: Teilnehmer an nationalsozialistischen Versammlungen in allen steirischen Bezirken (außer Graz-Stadt) von April 1932 bis Februar 1933 (in Prozent der Wohnbevölkerung)

Quelle: wie Zusatzabb. 6/b. Berechnung der Prozentzahlen nach Volkszählung 1934, Heft 7, S. 2–39. Die Bezirke sind von oben nach unten entsprechend dem Grad der Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung zu Industrie und Gewerbe geordnet. Ges. = Gesamt; Verh. = Verhältnis der durch-

schnittlichen Prozentzahl für alle acht Monate zur Prozentzahl im April 1932 (eine Zahl mit positivem Vorzeichen zeigt an, daß sich die NS-Aktivitäten im jeweiligen Bezirk im Vergleich zum April 1932 steigerten; ein negatives Vorzeichen zeigt, daß die Aktivitäten zurückgingen).

	Mai 1933	Sept. 1932	Zu- wachs in %		Mai 1933	Sept. 1932	Zu- wachs in %
1. Schladming	154,4	100,4	+ 53,8	22. Graz-Umgebung	31,1	12,9	+ 141,1
2. Irdning	82,5	29,0	+ 184,5	23. Radkersburg	30,3	12,1	+ 150,4
3. Oberwölz	72,4	18,8	+ 285,1	24. Bruck an der Mur	30,3	18,8	+ 61,2
4. Liezen	70,4	46,6	+ 51,1	25. Weiz	25,3	12,3	+ 105,7
5. St. Gallen	62,1	25,4	+ 144,5	26. Leibnitz	24,3	17,2	+ 41,3
6. Gröbming	50,3	28,8	+ 74,7	27. Deutschlandsberg	24,1	13,3	+ 81,2
7. Leoben	46,3	25,8	+ 79,5	28. Voitsberg	22,2	9,6	+ 131,3
8. Bad Aussee	45,9	27,1	+ 69,4	29. Neumarkt	19,3	16,1	+ 19,8
9. Mariazell	43,5	24,8	+ 75,4	30. Hartberg	19,1	7,1	+ 169,0
10. Voralpe	40,9	4,5	+ 808,9	31. Gleisdorf	18,0	7,9	+ 127,8
11. Murau	39,5	13,5	+ 192,6	32. Friedberg	17,8	5,7	+ 212,3
12. Rottenmann	38,7	20,0	+ 93,5	33. Feldbach	15,8	7,5	+ 110,7
13. Birkfeld	37,7	13,2	+ 185,6	34. Pöllau	15,7	9,2	+ 70,7
14. Graz-Stadt	37,0	22,1	+ 167,4	35. Fehring	15,0	2,6	+ 476,9
15. Judenburg	36,4	20,9	+ 74,2	36. Stainz	14,5	5,7	+ 154,4
16. Frohnleiten	36,1	17,5	+ 106,3	37. Kirchbach	13,8	1,2	+ 1050
17. Eisenerz	35,7	15,8	+ 125,9	38. Mureck	12,9	6,9	+ 187,0
18. Mürzzuschlag	34,4	21,8	+ 57,8	39. Eibiswald	12,5	6,2	+ 101,6
19. Kindberg	33,3	20,6	+ 61,7	40. Arnfels	11,5	2,2	+ 422,7
20. Oberzeiring	32,7	15,6	+ 109,6	41. Wildon	9,6	5,4	+ 77,8
21. Knittelfeld	31,5	20,0	+ 57,5	42. Fürstenfeld	6,5	4,4	+ 47,7
				Gaudurchschnitt	31,7	15,1	+ 109,9

Zusatzabbildung 6/d: Reihung der steirischen Gerichtsbezirke nach NSDAP-Mitgliedschaft im Mai 1933 im Vergleich zum September 1932

Quelle: Gau-Nachrichten, 3. Jg., Folge 28, 19. 5. 1933 u. 2. Jg., Folge 30, 8. 9. 1932. Die ebenfalls angeführten, damals dem Gau Steiermark zugeschlagenen, aber eigentlich zu den Bundesländern Salzburg und Burgenland gehörigen Gerichtsbezirke St. Michael (im Mai 1933 an 2. Stelle platziert), Tamsweg (3. Stelle), Jennersdorf (28. Stelle), Oberwart (32. Stelle) und Güssing (44. Stelle) wurden weggelassen. Worauf sich die Vergleichszahlen beziehen, wird aus keiner Ausgabe der Gau-Nachrichten klar. Es fehlt eine klare Bezugsgröße. Trotzdem sind diese Zahlen geeignet, eine Vorstellung von den Größenverhältnissen zwischen den einzelnen Bezirken zu geben.

	Steir. Heimatschutz (Kammerhofer-Richtung)		Österr. Heimatschutz (Starhemberg-Richtung)	
	Mitglieder	% der Wohnbevölkerung	Mitglieder	% der Wohnbevölkerung
Leoben	2.640	3,93	—	—
Bruck an der Mur	2.933	5,73	136	0,27
Mürzzuschlag	1.259	3,03	60	0,14
Judenburg	2.321	3,23	239	0,33
Graz-Umgebung	1.360	1,05	518	0,40
Voitsberg	1.267	2,78	32	0,07
Liezen	258	0,92	—	—
Gröbming	372	1,14	—	—
Weiz	497	0,70	186	0,26
Deutschlandsberg	262	0,47	662	1,19
Hartberg	578	1,00	276	0,48
Murau	55	0,18	768	2,58
Leibnitz	386	0,58	212	0,32
Radkersburg	640	2,27	—	—
Feldbach	379	0,44	755	0,88
obersteirische Industrieregion	9.153	3,95	435	0,19
Steiermark ohne Graz-Stadt	15.207	1,76	3.853	0,45

Zusatzabbildung 6/e: Vergleich der Stärke des Steirischen und des Österreichischen Heimatschutzes in den einzelnen politischen Bezirken der Steiermark (ohne Graz-Stadt) im Mai 1933

Quelle: wie Abb. 6/4.

Bezirk	Angezeigte und Festgenommene	uneruierte Fälle	Putzscharen
Leoben	452	570	203
Bruck an der Mur	128	565	220
Mürzzuschlag	183	314	133
Judenburg	342	472	183
Graz-Umgebung	686	597	341
Voitsberg	161	193	105
Liezen	206	350	191
Gröbming	505	446	253
Weiz	550	347	151
Deutschlandsberg	411	352	154
Hartberg	336	199	130
Murau	118	180	78
Leibnitz	362	168	65
Radkersburg	263	217	101
Feldbach	530	199	84
obersteirische Industrieregion	1105	1921	739
Steiermark (ohne Graz-Stadt)	5233	5169	2392

Zusatzabbildung 6/f: NS-Aktivitäten in den steirischen Bezirken von Dezember 1933 bis Juni 1934

Quelle: wie Abb. 6/5. Die Bezirke sind von oben nach unten entsprechend dem Grad der Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung zu Industrie und Gewerbe geordnet. Die Einteilung der Bezirke wurde leicht modifiziert, um eine Vergleichbarkeit der erhobenen Daten zu gewährleisten.

	evangelisch A. B. %	über-/unter- durchschnittlich
Gröbming	16,8	+ 13,0
Liezen	5,3	+ 1,5
Murau	0,5	- 3,3
Judenburg	3,4	- 0,4
Leoben	6,2	+ 2,4
Bruck an der Mur	5,6	+ 1,8
Mürzzuschlag	6,9	+ 3,1
Voitsberg	1,2	- 2,6
Graz-Umgebung	3,3	- 0,5
Graz-Stadt	7,1	+ 3,3
Weiz	0,6	- 3,2
Hartberg	0,4	- 3,4
Feldbach	1,3	- 2,5
Deutschlandsberg	0,8	- 3,0
Leibnitz	1,0	- 2,8
Radkersburg	1,9	- 1,9
obersteir. Industrieregion insgesamt	5,3	+ 1,5
Steiermark insgesamt	3,8	

Zusatzabbildung 6/g: Protestantenanteil in der Steiermark 1934 (in Prozent)

Quelle: Volkszählung 1934, Heft 7, S. 2–39. Berücksichtigt wurden nur die evangelischen Religionszugehörigen augsbургischen Bekenntnisses (A. B.); die evangelischen Religionszugehörigen helvetischen Bekenntnisses (H. B.) wurden ignoriert (in der ganzen Steiermark 0,07 %). Die Bezirkseinteilung wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit leicht modifiziert. Die Reihung der Bezirke folgt dem gleichen Prinzip wie in Abb. 6/8.

Abbildungsnachweise zu Kapitel 7

Abbildung 7/1: Altersstruktur der im Mai 1934 in Wöllersdorf angehaltenen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten nach Geburtsjahrganggruppen (in Prozent)

Quelle: Aufstellung bei Jagschitz, Anhaltelager, S. 150. Insgesamt wurden 503 Sozialdemokraten und 301 Nationalsozialisten erfaßt; 40 Kommunisten wurden nicht aufgenommen, um die Grafik nicht zu überfrachten, ihre Altersstruktur entspricht ungefähr den nationalsozialistischen Inhaftierten.

Abbildung 7/2: Altersstruktur von 342 bis Ende Oktober 1934 ausgebürgerten Personen (NS-Flüchtlinge nach Deutschland und Jugoslawien) aus den Bezirken der obersteirischen Industrieregion (in absoluten Zahlen)

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4899 („Ausbürgerungsverzeichnisse“) 309.888 „Verhinderung der Wiedereinreise rechtskräftig Ausgebürgerter (10. Verzeichnis)“, dat. 17. Nov. 1934. Bezirk Bruck an der Mur (der auch den ehemaligen politischen Bezirk Mürzzuschlag – jetzt „politische Expositur“ – beinhaltet): insgesamt 104 Namen, Geburtsdaten aber nur von 103 Namen vorhanden; Bezirk Leoben: 141 Namen ausgewertet, auf den Listen weitere 28 Namen ohne Ge-

burtsdatum, daher nicht übernommen; Bezirk Judenburg: insgesamt 99 Namen, ein Datum offensichtlich falsch, daher 98 ausgewertet (inkludiert ist darin auch eine Liste mit 57 Personen, „deren Ausbürgerungen bis zum 28. Oktober 1934 noch nicht rechtskräftig sind“); insgesamt konnten für die obersteirische Industrieregion also 342 Namen ausgewertet werden.

Abbildung 7/3: Altersstruktur von 417 aus ganz Österreich ausgebürgerten Personen (NS-Flüchtlinge nach Deutschland) nach Geburtsjahrganggruppen im Vergleich zur Altersstruktur der österreichischen Bevölkerung nach der Volkszählung 1934 (in Prozent)

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4896, 234.098/34 „Verhinderung der Wiedereinreise rechtskräftig Ausgebürgerter (9. Verzeichnis)“, dat. 29. Juli 1934 – „9. Verzeichnis über jene Personen, die auf Grund der Verordnung der Bundesregierung vom 16. August 1933, BGBl. Nr. 369, der österreichischen Landes(Bundes-)bürgerschaft verlustig wurden“. Die Liste enthält insgesamt 423 Namen, davon sechs ohne oder mit mißverständlichem Geburtsdatum, bleiben somit 417 ausgewertete Geburtsdaten. Weiters: Volkszählung 1934, Heft 1, S. 36.

Abbildung 7/4: Altersstruktur von nationalsozialistischen Flüchtlingen aus Österreich nach Jugoslawien und Deutschland im Jahr 1934 nach Geburtsjahrganggruppen (in Prozent)

Quellen: 1. Reihe (766 Flüchtlinge nach Jugoslawien): ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4896, 234.156/34 „SA-Emigranten in Jugoslawien. Verzeichnis“ – „Verzeichnis über jene Flüchtlinge, welche sich am 28. Juli 1934 in Unterdrauburg sammelten und von der jugoslawischen Behörde nach Marburg und von dort nach Varasdin abgeschoben wurden“; 266.793/34, „Verzeichnis geflüchteter Mitglieder der SA“ – „Verzeichnis über Flüchtlinge, welche anlässlich des Juliputsches auf jugoslawisches Gebiet flüchteten und von diesen Behörden in Lagern untergebracht wurden“. 2. Reihe (417 Flüchtlinge): wie Abb. 7/3. 3. Reihe (342 Flüchtlinge): wie Abb. 7/2.

Abbildung 7/5: Altersstruktur von 1190 nach dem Juliputsch 1934 verhafteten bzw. angezeigten Personen aus der ganzen Steiermark im Vergleich zur Altersstruktur von 766 nach dem Juliputsch nach Jugoslawien geflüchteten Personen nach Geburtsjahrganggruppen (in Prozent)

Quellen: 1. Reihe (1190 nach dem Juliputsch angezeigte Nationalsozialisten): ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903, 229.298: Aibl, Bez. Deutschlandsberg (2); Edelschrott bei Köflach (5); Fohnsdorf (86); Groß St. Florian, Bez. Deutschlandsberg (3); Gross-Wilfersdorf, Bez. Feldbach (3); Ilz, Bez. Feldbach (10); Mitterndorf, Bez. Gröbming (1); Mureck, Bez. Radkersburg (64); Nestelbach bei Graz (15); Öblarn, Bez. Gröbming (9); Preding, Bez. Murau (74); Radkersburg (59); Schladming/Mandlingpaß/Radstadt (11); Wettmannsstätten, Bez. Deutschlandsberg (13); Ktn. 4904/a, 229.298: Bad Aussee (47); Deutschlandsberg (78); Feldbach (2); Fohnsdorf und Umgebung (86); Freidorf, Bez. Deutschlandsberg (26); Frohnleiten und Umgebung (63); Hartmannsdorf, Bez. Weiz (58); Klöch, Bez. Radkersburg (3); Kronersdorf (69); Mureck und Deutsch-Goritz (28); Neuberg an der Mürz (8); Obdach, Bez. Judenburg (47); Plesch, Bez. Feldbach (50); Pöfing-Brunn, Bez. Deutschlandsberg (60); Riegersburg, Bez. Feldbach (8); Schwanberg, Bez. Deutschlandsberg (40); St. Martin i. S., Bez. Deutschlandsberg (10); St. Peter b. G., Bez. Graz-Umg. (5); Stainz/Gams (33); Steinach, Irnding, Wörschach, Klachau und Mitterndorf (60); Trieben, Bez. Liezen (3); Veitsch, Bez. Bruck a. M. (40); Waltendorf, Bez. Graz (20); Wies, Bez. Deutschlandsberg (76). (In Klammer die Zahl der jeweils erfaßten Fälle.) Aus dem engeren Untersuchungsraum dieser Studie, der obersteirischen Industrieregion, die eines der Zentren des Aufstandes war (vor allem Leoben und Umgebung), sind leider nur wenig Akten erhalten, und zwar nur aus Fohnsdorf, Obdach, Veitsch und Neuberg an der Mürz (insgesamt 182 Fälle). Aus den untersteirischen Gebieten und auch aus anderen obersteirischen Regionen liegen wesentlich mehr Akten vor. Für die gegenständliche Analyse der Altersstruktur wurden sämtliche vorhandenen Daten (insgesamt 1190 Fälle) aus der gesamten Steiermark ausgewertet, ohne zwischen Regionen zu unterscheiden. Dadurch ergibt sich das Problem, daß die industrialisierten Gebiete der Obersteiermark eindeutig unterrepräsentiert sind, womit eine gewisse Verzerrung entstehen könnte. 2. Reihe (766 nach Jugoslawien geflüchtete Nationalsozialisten): wie Abb. 7/4, 1. Reihe.

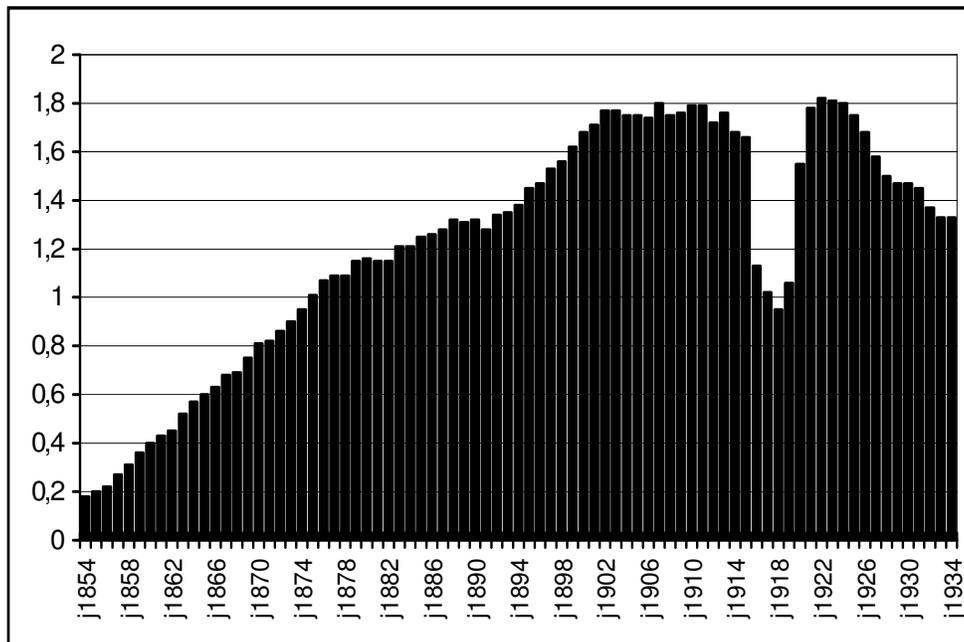
Abbildung 7/6: Altersstruktur von 206 außerhalb Graz-Stadt wohnhaften aktiven steirischen Kommunisten im Vergleich zur Altersstruktur von 1190 nach dem Juliputsch 1934 verhafteten bzw. angezeigten Personen aus der ganzen Steiermark nach Geburtsjahrgangsguppen (in Prozent)

Quelle: 1. Reihe (206 steirische Kommunisten): ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 101.340/33 „Kommunistenevidenz für Steiermark“. Darin ein Akt mit der Gz. 223.356/31 „Kommunistenbewegung; Personenverzeichnis von Steiermark“ sowie weitere Akte mit Ergänzungen. Überschrift der Mappe mit den Listen: „Verzeichnis über jene Personen, welche sich im Lande Steiermark außerhalb Graz in der kommunistischen Bewegung als Agitatoren, Redner, Delegierte, Versammlungseinberufer, Zellen- und Gruppenleiter, Flugschriftenverteiler und Plakatschreiber führend betätigen“. Grundliste vom 25. November 1931; Ergänzungen vom 20. Juni 1932, 17. Dezember 1932, 9. März 1933 und 12. Mai 1933. 2. Reihe (1160 Juliputsch-Beteiligte): wie Abb. 7/5, 1. Reihe.

Abbildung 7/7: Altersstrukturen von Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten im Vergleich

Quellen: wie Abb. 7/1 bis 7/6. Aufgrund der anderen Jahrgangsguppeneinteilung der Altersstatistik der in Wöllersdorf Angehaltenen (Abb. 7/1) mußte diese Einteilung mittels Schätzung angepaßt werden. Von den drei Flüchtlingsgruppen (siehe Abb. 7/4) wurden die Gruppe mit den obersteirischen Flüchtlingen als repräsentativ ausgewählt und die beiden anderen weggelassen, um die Darstellung visuell nicht zu überfrachten.

Zusatzabbildungen zu Kapitel 7



Zusatzabbildung 7/a: Der Altersaufbau der Bevölkerung Österreichs im Jahr 1934 (in Prozent)

Quelle: Volkszählung 1934, Heft 1, S. 33 f.

	Flüchtlinge	Juliputsch-Beteiligte	steirische Komm.
Durchschnittsalter	26,10 Jahre	28,35 Jahre	36,19 Jahre
unter 25 Jahren alt (1910 oder später geboren)	49,4 %	39,7 %	11,2 %
unter 30 Jahren alt (1905 oder später geboren)	76,9 %	64,7 %	29,1 %
30 bis 39 Jahre alt (zwischen 1895 und 1904 geb.)	19,1 %	24,2 %	39,3 %
40 Jahre oder älter (1894 oder vorher geboren)	3,9 %	11,1 %	31,6 %

Zusatzabbildung 7/b: Überblick über Durchschnittsalter und Jahrgangverteilung von nationalsozialistischen Flüchtlingen, Juliputsch-Beteiligten und steirischen Kommunisten

Abbildungsnachweise zu Kapitel 8

Abbildung 8/1: Berufssoziale Gliederung der Beitretenden zur NSDAP in Österreich (in Prozent)

Quelle: Botz, Soziale Basis, S. 41. Seine Angaben beruhen auf Stichprobenerhebungen in der NSDAP-Mitgliederkartei im Berlin Document Center. Die Problematik derartiger sozialen Einteilungen und Kategorienbildungen zeigt sich schon dann, wenn man diese ermittelten Daten mit anderen vergleicht, die vom selben Autor fast zur gleichen Zeit veröffentlicht wurden (vgl. Botz, Strukturwandlungen, S. 182, Tabelle 3).

Abbildung 8/2: Berufsstatistik der im Mai 1934 in Wöllersdorf Angehaltenen

Quelle: Jagschitz, Anhaltelager, S. 150. 29 in dieser Aufzählung angeführte Kommunisten wurden nicht aufgenommen. Sie waren zu 72 % Arbeiter.

Abbildung 8/3: 336 Nationalsozialistische Flüchtlinge aus ganz Österreich nach Berufskategorien

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4896, 234.098/34 „Verhinderung der Wiedereinreise rechtskräftig Ausgebürgerter (9. Verzeichnis)“ dat. 29. Juli 1934.

Abbildung 8/4: Vergleich der beruflichen Zusammensetzung von Juliputsch-Beteiligten in fünf österreichischen Gemeinden

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903 und 4904/a.

Abbildung 8/5: Berufskategorien von 336 Juliputsch-Beteiligten aus sieben österreichischen Gemeinden im Vergleich mit 336 Flüchtlingen aus ganz Österreich

Quellen: *Juliputsch-Beteiligte*: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903 und 4904/a (die sieben Gemeinden waren Radkersburg, Ramsau, Obdach, Kapellen, Fohnsdorf, Veitsch und Lamprechtshausen); *Flüchtlinge*: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4896, 234.098/34 „Verhinderung der Wiedereinreise rechtskräftig Ausgebürgerter (9. Verzeichnis)“, dat. 29. Juli 1934.

Zusatzabbildungen zu Kapitel 8

	Flüchtlinge aus dem Bezirk Judenburg	Flüchtlinge aus ganz Österreich
Selbständige in Land- und Forstwirtschaft	2,0 %	2,1 %
Selbständige in Handel und Gewerbe	6,1 %	4,5 %
Freie Berufe	—	0,6 %
Studenten und Schüler	1,0 %	3,3 %
öffentlich Bedienstete	6,1 %	5,4 %
Privatangestellte	22,4 %	11,0 %
landwirtschaftliche Arbeiter	6,1 %	7,7 %
gewerbliche Arbeiter	31,6 %	45,5 %
Industrie- und Facharbeiter	14,3 %	4,5 %
Hilfsarbeiter	10,2 %	15,5 %

Zusatzabbildung 8/a: Vergleich der Berufskategorien von 98 Flüchtlingen aus dem Bezirk Judenburg und 336 Flüchtlingen aus ganz Österreich

Quelle: *Flüchtlinge aus dem Bezirk Judenburg*: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4899 („Ausbürgerungsverzeichnisse“) 309.888 „Verhinderung der Wiedereinreise rechtskräftig Ausgebürgerter (10. Verzeichnis)“, dat. 17. Nov. 1934. *Flüchtlinge aus ganz Österreich*: wie Abb. 8/3.

	Lamprechthausen	Radkersburg	Obdach	Veitsch	Fohnsdorf
Selbständige in Land- und Forstwirtschaft	16,2 %	15,9 %	4,3 %	—	1,1 %
Selbständige in Handel und Gewerbe	12,2 %	18,8 %	12,8 %	2,5 %	3,4 %
Freie Berufe	2,7 %	2,9 %	—	—	—
Studenten und Schüler	—	—	—	—	—
Öffentlich Bedienstete	2,7 %	15,9 %	2,1 %	5,0 %	1,1 %
Privatangestellte	2,7 %	10,1 %	2,1 %	7,5 %	20,7 %
landwirtschaftliche Arbeiter	41,9 %	—	23,4 %	—	1,1 %
gewerbliche Arbeiter	8,1 %	30,4 %	51,1 %	25,0 %	13,8 %
Industrie- und Facharbeiter	1,4 %	—	4,3 %	45,0 %	56,3 %
Hilfsarbeiter	12,2 %	5,8 %	—	15,0 %	2,3 %
Gesamtzahl der ausgewerteten Personen	74	69	47	40	87

Zusatzabbildung 8/b: Vergleich der beruflichen Zusammensetzung von Juliputsch-Beteiligten in fünf österreichischen Gemeinden

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903 und 4904/a.

Abbildungsnachweise zu Kapitel 9

Abbildung 9/1: Vergleich von „Führern“ und „Gefolgschaft“ beim Juliputsch

Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903 u. 4904/a, Hochverratsanzeigen aus Fohnsdorf, Obdach, Kapellen, Radkersburg, Ramsau und Veitsch. Bei acht Personen der „Gefolgschaft“ war das religiöse Bekenntnis unbekannt, sie wurden ausgeklammert. Bei den „Führern“ war eine Person verwitwet, bei der „Gefolgschaft“ zwei Personen geschieden – sie wurden den Verheirateten zugeschlagen. Die Angaben bezüglich der Vorstrafen sind insgesamt etwas vage; eine Unterscheidung bzw. genaue Quantifizierung, ob es sich um Vorstrafen aufgrund von NS-Betätigung handelte oder um Vorstrafen aufgrund „normaler“ Kriminalität, ist wegen der ungenauen Angaben nicht möglich; die meisten Vorstrafen dürften aber aufgrund politischer Delikte zustande gekommen sein.

Abbildung 9/2: Vergleich der Altersstruktur von „Führern“ und „Gefolgschaft“ beim Juliputsch (in Prozent)

Quelle: wie Abb. 9/1. „Führer“: 26 Personen; „Gefolgschaft“: 225 Personen.

Abbildung 9/3: Vergleich der Sozialstruktur von „Führern“ und „Gefolgschaft“ beim Juliputsch nach Berufskategorien

Quelle: wie Abb. 9/1. „Führer“: 26 Personen; „Gefolgschaft“: 224 Personen.

Anhang 2: Literaturverzeichnis

AEIOU – Das österreichische Kulturinformationssystem. Kollektion „Österreich-Lexikon“. <http://www.aeiou.at/>. Stand: Dezember 1997.

Albrich, Thomas u. a. (Hgg.) Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938. Innsbruck 1988.

Anschluß 1938. Eine Dokumentation. Hg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1988.

Ardelt, Rudolf; **Hautmann**, Hans (Hgg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. Wien, Zürich 1990.

Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte. Herausgegeben auf Grund amtlicher Quellen vom Bundeskommissariats für Heimatdienst. Wien 1934.

Binder, Dieter A.: Dollfuß und Hitler. Über die Außenpolitik des autoritären Ständestaates in den Jahren 1933/34. Diss. d. Univ. Graz 1976.

Bokisch, Otto; **Zirbs**, Gustav A.: Der österreichische Legionär. Aus Erinnerungen und Archiv, aus Tagebüchern und Blättern. Dresden 1940.

Botz, Gerhard u. a. (Hgg.): „Qualität und Quantität“. Zur Praxis der Methoden der Historischen Sozialwissenschaft. Frankfurt 1988.

Botz, Gerhard: Angestellte zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Zum gewerkschaftlichen und politischen Organisationsverhalten der Angestellten in Österreich 1900 bis 1933. In: **Martinek**, Oswin; **Cerny**, Josef; **Weidenholzer**, Josef (Hgg.): Arbeitswelt und Sozialstaat. Festschrift für Gerhard Weissenberg. Wien, München, Zürich 1980. S. 45–71.

Botz, Gerhard: Arbeiterschaft und österreichische NSDAP-Mitglieder (1926–1945). In: **Ardelt**, Rudolf; **Hautmann**, Hans (Hgg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. Wien, Zürich 1990. S. 29–48.

Botz, Gerhard: Der Übergang der Mittelstände vom katholischen ins nationalsozialistische Lager. In: Christliche Demokratie. Schriften des Karl-Vogelsang-Institutes, Heft 4. Wien 1984.

Botz, Gerhard: Die österreichischen NSDAP-Mitglieder. Probleme der quantitativen Analyse aufgrund der NSDAP-Zentralkartei im Berlin Document Center. In: **Mann**, Reinhard (Hg.): Die Nationalsozialisten. Analysen faschistischer Bewegungen. = Historisch-sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 8; Stuttgart 1980.

Botz, Gerhard: Faschismus und Lohnabhängige in der Ersten Republik. Zur „sozialen Basis“ und propandistischen Orientierung von Faschismus und Nationalsozialismus. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 21. Jahrgang, 1977. S. 102–128.

Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938. München 1983.

Botz, Gerhard: Soziale „Basis“ und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich. In: Jahrbuch für Zeitgeschichte, 1980/81. S. 15–77.

Botz, Gerhard: Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904–1945). In: **Ackerl**, Isabella u. a.: Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift Neck, Bd. II. Wien 1981. S. 163–193.

Botz, Gerhard: The Chancing Patterns of Social Support for Austrian National Socialism (1918–1945). In: **Larsen**, Stein u. a. (Hgg.): Who were the Fascists. Social Roots of European Fascism. Bergen, Oslo, Tromsø 1980. S. 202–225.

- Botz**, Gerhard; **Hautmann**, Hans; **Konrad**, Helmut; **Weidenholzer**, Josef (Hgg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien, München, Zürich 1978.
- Bouvier**, Friedrich; **Valentinitsch**, Helfried (Red.): Graz 1938. = Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19. Graz 1987.
- Broszat**, Martin: Der Staat Hitlers. München 1969.
- Bruckmüller**, Ernst: Sozialgeschichte Österreichs. Wien, München 1985.
- Bukey**, E. B.: Hitler's Hometown. Bloomington 1985.
- Bukey**, E. B.: The Nazi Party in Linz, Austria, 1919–1938. In: German Studies Review 1, 1978.
- Bullock**, Alan: Hitler und Stalin. Parallele Leben. Engl. London 1991; dt. Berlin 1991.
- Burke**, Peter: History and Social Theory. Ithaca, New York 1992.
- Burkert**, Günther R.: Der Landbund für Österreich. In: **Tálos**, Emmerich u. a. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995. S. 207–217.
- Burz**, Ulfried: Vom Kampf für das Deutschtum zum Kampf für den Führer. Die nationalsozialistische Bewegung in Kärnten 1918–1933. Diss. d. Univ. Klagenfurt 1995.
- Carsten**, Francis L.: Faschismus in Österreich. Von Schönerer bis Hitler. München 1977.
- Das Braunbuch. Hakenkreuz gegen Österreich. Hg. v. Bundeskanzleramt, Büro des Bundesministers für Sicherheitswesen. Wien 1933.
- Deist**, Wilhelm u. a.: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Stuttgart 1979; aktual. Taschenbuchausg. Frankfurt a. M. 1989.
- Der braune Terror in Österreich. Hg. v. d. Vaterländischen Front. Wien 1934.
- Desput**, Joseph F.: Aus den Akten des Deutschen Konsulates in Graz in der Ersten Republik. In: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchives 62, I, 1988.
- Desput**, Joseph Franz: Das Dritte Reich, Österreich und die Steiermark. Vortrag bei der Jahreshauptversammlung des Historischen Vereins für Steiermark. In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark. 79. Jg., Graz 1988, S. 5–25.
- Desput**, Joseph Franz: Politische Anschlußagitation in der Steiermark. In: Blätter für Heimatkunde. Hg. v. Historischen Verein für Steiermark. 62. Jg., Graz 1988. S. 15–20.
- Die Steiermark. Land, Leute, Leistung. Hg. v. d. Steiermärkischen Landesregierung. Graz 1956.
- Dülmen**, Richard van (Hg.): Fischer Lexikon Geschichte. Frankfurt am Main 1990.
- Ehmer**, Josef: Die Kommunistische Partei Österreichs. In: **Tálos**, Emmerich u. a. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995. S. 218–230.
- Elste**, Alfred; **Hänisch**, Dirk: Auf dem Weg zur Macht. Beiträge zur Geschichte der NSDAP in Kärnten von 1918 bis 1938. = Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit; hg. v. Anton Pelinka u. Helmut Reinalter; Bd. 8. Wien 1997.
- Etschmann**, Wolfgang: Die Kämpfe in Österreich im Juli 1934. = Militärhistorische Schriftenreihe, hg. v. Heeresgeschichtlichen Museum, Heft 50. Wien 1984.
- Falter**, Jürgen W.: Hitlers Wähler. München 1991.
- Falter**, W. Jürgen; **Hänisch**, Dirk: Wahlerfolge und Wählerschaft der NSDAP in Österreich von 1927 bis 1932. In: Zeitgeschichte, Heft 6, 1988.
- Fischer**, Peter G.: The Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1918–38. In: **Teichova**, Alice; **Cottrell**, P. L. (Ed.): International Business and Central Europe, 1918–1939. New York 1983.

- Fritsch**, Otto: Die NSDAP im Burgenland 1933–1938. Diss. d. Univ. Wien 1993.
- Fritsch**, Otto: Zur Geschichte der NSDAP im Burgenland 1930–1933. Dipl.-arb. d. Univ. Wien 1990.
- Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938). Wanderausstellung vom 13. Jänner bis 30. November 1984 in allen steirischen Bezirken. Graz 1984.
- Gehmacher**, Johanna: Jugend ohne Zukunft. Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel in Österreich vor 1938. Wien 1994.
- Goldinger**, Walter; **Binder**, Dieter A.: Geschichte der Republik Österreich 1918–1938. Wien 1992.
- Gorke**, Peter: Der nationalsozialistische Juliputsch in der Steiermark. In: Blätter für Heimatkunde, 66. Jahrgang, 1992. S. 6–15.
- Gorke**, Peter: Die Sturmabteilung (SA) in der Steiermark von den Anfängen bis zu „Reichskristallnacht“ unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Graz im Jahre 1938. Dipl.-arb. d. Univ. Graz 1991.
- Hamann**, Brigitte: Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators. München 1996.
- Hammerstein**, Hans von: Im Anfang war der Mord. Erlebnisse als Bezirkshauptmann von Braunau am Inn und als Sicherheitsdirektor von Oberösterreich in den Jahren 1933 und 1934. Hg. v. Harry Slapnicka. = Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte. Wien 1981.
- Hänisch**, Dirk: Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse der sozialen und politischen Wählerbasis der NSDAP in der Spätphase der Ersten Republik unter Berücksichtigung eines Vergleichs mit der Weimarer Republik. Diss. d. Freien Univ. Berlin 1995.
- Hänisch**, Dirk: Die soziale Wählerbasis der NSDAP und der übrigen Parteien in der Ersten Österreichischen Republik im Vergleich zum Deutschen Reich. In: **Best**, Heinrich (Hrsg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich. St. Katharinen 1989. S. 263–288.
- Hänisch**, Dirk: Wahlentwicklung und Wahlverhalten in der Ersten Republik. In: **Tálos**, Emmerich u. a. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995. S. 488–503.
- Hanisch**, Ernst: Bäuerliches Milieu und Arbeitermilieu in den Alpengauen: ein historischer Vergleich. In: **Ardelt**, Rudolf; **Hautmann**, Hans (Hgg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. Wien, Zürich 1990. S. 583–598.
- Hanisch**, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. = Österreichische Geschichte, hg. v. Herwig Wolfram. Wien 1994.
- Hanisch**, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich. = Salzburger Dokumentationen Nr. 71; Salzburg 1983.
- Hanisch**, Ernst: Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg 1913–1925. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 117, 1977.
- Hartlieb**, Wladimir von: Parole: Das Reich. Eine historische Darstellung der politischen Entwicklung in Österreich vom März 1933 bis März 1938. Wien, Leipzig 1939.
- Hasiba**, Gernot D.: Die Ereignisse von St. Lorenzen im Mürtal als auslösendes Element der Verfassungsreform von 1929. Graz 1978.
- Haydter**, Margarethe; **Mayr**, Johann: Regionale Zusammenhänge zwischen Hauptwiderstandsbieten zur Zeit der Gegenreformation und den Julikämpfen 1934 in Oberösterreich. In: Zeitgeschichte, 9. Jg., Heft 11/12, 1982. S. 392–407.

Heer, Friedrich: Der Kampf um die österreichische Identität. 2., unveränd. Aufl.; Wien, Köln, Weimar 1996 (1. Aufl. 1981).

Hinner, Ernst u. a.: Fohnsdorf. Aufstieg und Krise einer österreichischen Kohlenbergwerksge-
meinde in der Region Aichfeld-Murboden. Graz, Wien 1982.

Hinteregger, Robert: Die steirische Arbeiterschaft zwischen Monarchie und Faschismus. In: **Botz,**
Gerhard u. a. (Hgg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien
1978. S. 269–296.

Hinteregger, Robert: Spurensicherung zur politischen Geschichte der steirischen Arbeiterbewe-
gung während der Ersten Republik. In: Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die steirische Arbeiterbe-
wegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938). Graz 1984. S. 15–102.

Hinteregger, Robert; Müller, Karl; Staudinger, Eduard G. (Hgg.): Auf dem Weg in die Freiheit.
(Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte). Graz 1984.

Hinteregger, Robert; Schmidlechner, Karin; Staudinger, Eduard G.: Für Freiheit, Arbeit und
Recht. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938). Graz
1984.

Hofmann, Josef: Der Pfrimer-Putsch. Der steirische Heimwehrprozeß des Jahres 1931. Wien,
Graz 1965.

Holtmann, Everhard: Sozialdemokratische Defensivpolitik vor dem 12. Februar 1934. In: **Jedli-**
cka, Ludwig; Neck, Rudolf (Hgg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentati-
onen 1927 bis 1938. Wien 1975. S. 113–120.

Holtmann, Everhard: Zwischen „Blutschuld und Befriedung“: Autoritäre Julijustiz. In: **Jedlicka,**
Ludwig; **Neck, Rudolf** (Hgg.): Das Jahr 1934: 25. Juli. Protokoll des Symposiums in Wien am
8. Oktober 1974. Wien 1975. S. 36–45.

Holzer, Willibald: Faschismus in Österreich. In: *Austriaca*, No. Spécial, 1978, S. 69–170.

Huebner, Karl-Ludolf: Illegale österreichische Presse von 1933–1938. Diss. d. Univ. Wien 1985.

Hwaletz, Otto u. a.: Bergmann oder Werkssoldat. Eisenerz als Fallbeispiel industrieller Politik.
Dokumente und Analysen über die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in der Zwischen-
kriegszeit. Graz 1984.

Hwaletz, Otto: Über einige Ergebnisse der Produktion auf dem Erzberg. In: **Hwaletz, Otto u. a.:**
Bergmann oder Werkssoldat. Eisenerz als Fallbeispiel industrieller Politik. Dokumente und Analy-
sen über die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in der Zwischenkriegszeit. Graz 1984.
S. 205–224.

Hwaletz, Otto: Zwischen Rationalisierung, Bankrott und Rüstung. Struktur und Dynamik des Ak-
kumulationsprozesses in der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft unter den Bedingungen der
Zwischenkriegszeit 1925–1937. In: **Hinteregger, Robert u. a.** (Hgg.): Auf dem Weg in die Frei-
heit. (Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte). Graz 1984. S. 217–233.

Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtun-
gen des Reichs, der Länder und der NSDAP. Teil 1: Reichszentralbehörden, regionale Behörden
und wissenschaftliche Hochschulen für die zehn westdeutschen Länder sowie Berlin. Im Auftrag
des Instituts für Zeitgeschichte bearbeitet von Heinz Boberach. = Texte und Materialien zur Zeit-
geschichte Bd. 3/1. München u. a. 1991.

Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtun-
gen des Reichs, der Länder und der NSDAP. Teil 2: Regionale Behörden und wissenschaftliche
Hochschulen für die fünf ostdeutschen Länder, die ehemaligen preußischen Ostprovinzen und
eingegliederte Gebiete in Polen, Österreich und Tschechischen Republik mit Nachträgen zu Teil 1.

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearbeitet von Heinz Boberach. = Texte und Materialien zur Zeitgeschichte Bd. 3/2. München u. a. 1995.

Jagschitz, Gerhard: Bundeskanzler Dollfuß und der Juli 1934. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975. S. 233–239.

Jagschitz, Gerhard: Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975. S. 168–173.

Jagschitz, Gerhard: Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich. Graz, Wien, Köln 1976.

Jagschitz, Gerhard: Die Anhaltelager in Österreich. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975. S. 128–151.

Jagschitz, Gerhard: Die Nationalsozialistische Partei. In: **Tálos**, Emmerich u. a. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995. S. 231–244.

Jagschitz, Gerhard: Die österreichischen Nationalsozialisten. In: **Stourzh**, Gerald u. a. (Hgg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938. Wien 1990.

Jagschitz, Gerhard: Thesen zum Konzept der NSDAP. In: **Neck**, Rudolf; **Wandruszka**, Adam (Hgg.): Anschluß 1938. Wien 1981.

Jagschitz, Gerhard: Zur Struktur der NSDAP in Österreich vor dem Juliputsch 1934. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Das Jahr 1934: 25. Juli. Protokoll des Symposiums in Wien am 8. Oktober 1974. S. 9–20.

Jagschitz, Gerhard: Zwischen Befriedung und Konfrontation. Zur Lage der NSDAP in Österreich 1934 bis 1936. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. Wien 1977. S. 156–187.

Jahoda, Marie; **Lazarsfeld**, Paul F.; **Zeisel**, Hans: Die Arbeitslosen von Marenthal. Eine soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Leipzig 1933.

Jedlicka, Ludwig: Der außenpolitische Hintergrund der Ereignisse vom Frühsommer 1934 bis Oktober 1934. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Das Jahr 1934: 25. Juli. Protokoll des Symposiums in Wien am 8. Oktober 1974. Wien 1975. S. 46–57.

Jedlicka, Ludwig: Gauleiter Josef Leopold (1889–1941). In: **Botz**, Gerhard u. a. (Hgg.): Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag. Wien 1974.

Jedlicka, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Das Jahr 1934: 25. Juli. Protokoll des Symposiums in Wien am 8. Oktober 1974. = Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Geschichte der Jahre 1927–1938; Wien 1975.

Jedlicka, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. = Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Geschichte der Jahre 1927–1938; Veröffentlichungen, Bd. 4; Wien 1977.

Jedlicka, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975.

- Karner**, Stefan: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstrukturen und Arbeitslosigkeit in Graz in den dreißiger Jahren. In: **Bouvier**, Friedrich u. a. (Red.): Graz 1938. = Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18–19. Graz 1987. S. 263–288.
- Karner**, Stefan: Die Eingliederung der österreichischen Montanindustrie in die deutsche Kriegsrüstung: Die Alpine Montan 1938–1945. In: Der Anschnitt, Heft 1/1981, S. 19.
- Karner**, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung. 3., durchges. Aufl. 1994; Graz, Wien 1986.
- Karner**, Stefan: Maßgebende Persönlichkeiten 1938 in Graz. In: **Bouvier**, Friedrich u. a. (Red.): Graz 1938. = Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18–19. Graz 1987. S. 381–436.
- Kater**, Michael H.: Quantifizierungen und NS-Geschichte: Methodologische Überlegungen über Grenzen und Möglichkeiten einer EDV-Analyse der NSDAP-Sozialstruktur von 1925 bis 1945. In: Geschichte und Gesellschaft 3, 1977, S. 453–484.
- Kershaw**, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. 3. Aufl.; London 1993; dt. Übers. Reinbek bei Hamburg 1994.
- Kershaw**, Ian: Hitlers Macht. Das Profil der NS-Herrschaft. Harlow 1991; dt. Übers. München 1992.
- Kindermann**, Gottfried-Karl: Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehrsieg 1934. Hamburg 1984.
- Kirnbauer**, Franz: Der steirische Bergbau. In: Die Steiermark. Land, Leute, Leistung. Hg. v. d. Steiermärkischen Landesregierung. Graz 1956. S. 584–590.
- Kleindel**, Walter: Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur. Herausgegeben, bearbeitet und ergänzt von Isabella Ackerl und Günter K. Kodek. Wien 1995.
- Konrad**, Helmut: Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933–1938. In: **Ardelt**, Rudolf; **Hautmann**, Hans (Hgg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. Wien, Zürich 1990. S. 73–89.
- Konrad**, Helmut: Zur Geographie der Februarkämpfe. In: **Fröschl**, Erich; **Zoitl**, Helge (Hgg.): Februar 1934. Ursache, Fakten, Folgen. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts, abgehalten vom 13. bis 15. Februar 1984 in Wien. Wien 1984. S. 333–340.
- Kreisky**, Bruno: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Berlin 1986.
- Lackner**, Helmut: Rationalisierung in der ÖAMG. Über den systematischen Zugriff auf Produktionsmittel und Arbeiter. In: **Hinteregger**, Robert u. a. (Hgg.): Auf dem Weg in die Freiheit. (Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte). Graz 1984. S. 235–247.
- Langthaler**, Ernst: Die „braune Flut“ im „schwarzen Land“? Zur Struktur der NSDAP-Wählerschaft in Niederösterreich. In: Unsere Heimat 65, 1994. S. 13–41.
- Langthaler**, Ernst: Thesen zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus am Beispiel Frankenfels 1932 bis 1956. In: Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst 4, 1991. S. 22–38.
- Lewis**, Jill: Fascism and the Working Class in Austria 1918–1934. New York 1991.
- Lewonig**, Judith: Die illegale Publizistik der verbotenen Parteien in der Steiermark von 1933 bis 1938. Diss. d. Univ. Wien 1983.
- Liebmann**, Maximilian: 1934: Kirche, Kultur und Arbeiterschaft. In: **Hinteregger**, Robert u. a. (Hgg.): Auf dem Weg in die Freiheit. (Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte). Graz 1984. S. 287–310.

- Low**, Alfred D.: The Anschluss Movement, 1931–1938, and the Great Powers. = East European Monographs, No. CLXXV; New York 1985.
- Luza**, Radomir: Austro-German Relations in the Anschluß-Era. Princeton, London 1975.
- Luza**, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Wien, Köln, Graz 1977.
- Maimann**, Helene; **Mattl**, Siegfried (Hgg.): Die Kälte des Februar. Österreich 1933–1938. Wien 1984.
- McLoughlin**, Barry: „Das intensive Gefühl, sich das nicht gefallen lassen zu dürfen“: Arbeiterschaft und die Gewaltpraxis der NSDAP, 1932–1933. In: **Ardelt**, Rudolf; **Hautmann**, Hans (Hgg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. Wien, Zürich 1990. S. 49–72.
- Melinz**, Gerhard: Das „zweite soziale Netz“ – Kehrseite staatlicher Sozialpolitik. In: **Tálos**, Emerich u. a. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995. S. 587–601.
- Mooser**, Josef: Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Historische Sozialwissenschaft, Gesellschaftsgeschichte. In: **Dülmen**, Richard van (Hg.): Fischer Lexikon Geschichte. Frankfurt am Main 1990. S. 86–101.
- Morawetz**, Sieghard: Die Landschaften der Steiermark. In: Die Steiermark. Land, Leute, Leistung. Hg. v. d. Steiermärkischen Landesregierung. Graz 1956. S. 36–45.
- Mulley**, Klaus-Dieter: Die NSDAP in Niederösterreich 1918 bis 1938. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des „Anschlusses“. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 33. Jg., 1989. S. 169–191.
- Mulley**, Klaus-Dieter: Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs 1930–1945. = Heimatkunde des Bezirkes Scheibbs, Bd. VIII. Scheibbs 1988.
- Nečak**, Dušan: Die österreichische Legion II. Nationalsozialistische Flüchtlinge in Jugoslawien nach dem mißlungenen Putsch vom 25. Juli 1934. Wien, Köln, Weimar 1996.
- Otruba**, Gustav: Auswahldokumentation zur Geschichte der „Tausend-Mark-Sperre“ von 1934 bis zum Juliabkommen 1936. In: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1979. S. 237–257.
- Otruba**, Gustav: Hitlers „Tausend-Mark-Sperre“ und Österreichs Fremdenverkehr 1933. In: **Neck**, Rudolf, **Wandruszka**, Adam (Hgg.): Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag. St. Pölten 1976. S. 113–162.
- Pauley**, Bruce F.: Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich. Amerik. Chapel Hill, N. C. 1981; dt. Wien 1988.
- Pauley**, Bruce F.: Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934. Wien, München, Zürich 1972.
- Pferschy**, Gerhard: Das Jahr 1934 in der Steiermark. In: Blätter für Heimatkunde. Hg. v. Historischen Verein für Steiermark. 58. Jg., Graz 1984. S. 45–50.
- Pferschy**, Gerhard: Steiermark. In: **Weinzierl**, Erika; **Skalnik**, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Graz, Wien, Köln 1983. Bd. 2, S. 939–960.
- Pferschy**, Gerhard: Über Kräfte und Ideen im politischen Leben der Steiermark während der Ersten Republik. In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark. 80. Jg., Graz 1989, S. 245–255.
- Pferschy**, Gerhard: Zu den politischen Strömungen in der Steiermark während der Ersten Republik. In: Blätter für Heimatkunde. Hg. v. Historischen Verein für Steiermark. 62. Jg., Graz 1988. S. 9–15.
- Reichhold**, Ludwig: Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen Anschluß 1933–1938. Eine Dokumentation. Wien 1984.

- Reinthal**, Reinhilde: Arbeiterbildung und Arbeiterkultur in der Ersten Republik und ihre „Begründung“ durch die bürgerliche „Arbeitserziehung“. Aufgezeigt am Beispiel der obersteirischen Industriezentren. Dipl.-arb. d. Univ. Graz 1995.
- Riedler**, Anton: Die Ausnahmegesetzgebung in Österreich 1933–1936. Berlin 1936.
- Rintelen**, Anton: Erinnerungen an Österreichs Weg. Versailles, Berchtesgaden, Großdeutschland. München 1941.
- Rohrwig**, Otto Reich von: Der Freiheitskampf der Ostmark-Deutschen. Von Saint-Germain bis Adolf Hitler. Graz, Wien, Leipzig 1942.
- Ross**, Dieter: Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933–1934. Hamburg 1966.
- Rumpler**, Helmut (Hrsg.): März 1938 in Kärnten. Fallstudien und Dokumente zum Weg in den „Anschluß“. Klagenfurt 1989.
- Sabath**, Michael: Wirtschaftliche, soziale und politische Problemstellungen der Zwischenkriegszeit 1918–1938 am Beispiel der Stadt Judenburg und eines Industriebetriebes: Die Steirische Gußstahlwerke AG. Dipl.-arb. d. Univ. Klagenfurt 1985.
- Sandgruber**, Roman: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. = Österreichische Geschichte. Hg. v. Herwig Wolfram. Wien 1995.
- Schafranek**, Hans: NSDAP und Sozialisten nach dem Februar 1934. In: **Ardelt**, Rudolf; **Hautmann**, Hans (Hgg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. Wien, Zürich 1990. S. 91–128
- Schausberger**, Franz: Ins Parlament, um es zu zerstören. Das „parlamentarische“ Agi(ti)eren der Nationalsozialisten in den Landtagen von Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg 1932. Wien, Köln, Weimar 1995.
- Schausberger**, Norbert: Der Anschluß und seine ökonomische Relevanz. In: Anschluß 1938. Wien 1981.
- Schausberger**, Norbert: Der Griff nach Österreich. Der Anschluß. Wien, München 1978.
- Schausberger**, Norbert: Ökonomisch-politische Interdependenzen im Sommer 1936. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. S. 280–298.
- Schausberger**, Norbert: Wirtschaftliche Motive für den Anschluß. In: Österreich in Geschichte und Literatur. Wien 1969.
- Schiffer**, Karl: Die Linke in der steirischen Sozialdemokratie während der Ersten Republik. Ein autobiographischer Bericht. In: **Hinteregger**, Robert u. a. (Hgg.): Auf dem Weg in die Freiheit. (Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte). Graz 1984. S. 261–285.
- Schmidlechner**, Karin: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft. In: Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938). Graz 1984. S. 103–131.
- Sieder**, Reinhard: Sozialgeschichte auf dem Weg zu einer historischen Kulturwissenschaft? In: Geschichte und Gesellschaft 20, 1994. S. 445–468.
- Slapnicka**, Harry: Oberösterreich als es „Oberdonau“ hieß, 1938–1945. = Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 5. Linz 1978.
- Soós**, Katalin: Koloman Wallisch. Eine politische Biographie. = Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 57. Wien, Zürich 1990.
- Spann**, Gustav: Die illegale Flugschriftenpropaganda der österreichische NSDAP vom Juliputsch 1934 bis zum Juliabkommen 1936. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Das Juliabkommen

von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. Wien 1977. S. 188–197.

Spann, Gustav: Zeittafel zur Geschichte Österreichs 1927 bis April 1938. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975. S. 261–270.

Staudinger, Anton: Christlichsoziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates“ in Österreich. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975. S. 65–81.

Staudinger, Anton; **Müller**, Wolfgang C.; **Steininger**, Barbara: Die Christlichsoziale Partei. In: **Tálos**, Emmerich u. a. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995. S. 160–176.

Staudinger, Eduard G.: „Unabhängige Gewerkschaft“ und Arbeiterschaft in der Obersteiermark 1927 bis 1933. In: Geschichte und Gegenwart, 4. Jg. 1/1985. S. 54–81.

Staudinger, Eduard G.: Der 12. Februar 1934 in Graz. Ursachen, Verlauf, Folgen. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 14/1984. S. 101–128.

Staudinger, Eduard G.: Der Juli-Putsch 1934 im Bezirk Weiz. In: Zeitschrift Gleisdorf, Folge 6. Gleisdorf 1984.

Staudinger, Eduard G.: Die Alpine Montangesellschaft im Juli 1934. In: Blätter für Heimatkunde. 58. Jg., Graz 1984. S. 15–25.

Staudinger, Eduard G.: Die andere Seite des Arbeiteralltags. Sozialdemokratisches Vereinswesen in der Steiermark, 1918–1934. In: Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938). Graz 1984.

Staudinger, Eduard G.: Vereine als Träger des Anschlußgedankens. In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark. 79. Jg., Graz 1988, S. 257–275.

Staudinger, Eduard G.: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938. In: **Bouvier**, Friedrich u. a. (Red.): Graz 1938. = Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18–19. Graz 1987. S. 31–74.

Steinböck, Erwin: Die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und jugoslawischen Stellen vor dem Juli-Putsch 1934. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 12. Jg., Folge 10, Dezember 1968, S. 533–538.

Steinböck, Erwin: Kärnten. In: **Weinzierl**, Erika; **Skalnik**, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Graz, Wien, Köln 1983. Bd. 2, S. 801–840.

Stiefel, Dieter: Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918–1938. Berlin/West 1979.

Stiefel, Dieter: Die große Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929–1938. = Studien zur Politik und Verwaltung, Bd. 26; Wien, Köln, Graz 1988.

Stocker, Karl: Akkumulationszwang und Arbeiterinteresse. Beiträge über die Umsetzung von Verwertungsinteressen in soziale Tatsachen am Beispiel der ÖAMG. In: **Hinteregger**, Robert u. a. (Hgg.): Auf dem Weg in die Freiheit. (Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte). Graz 1984. S. 249–262.

Stocker, Karl: Arbeiterschaft zwischen Selbstbestimmung und Unternehmerkontrolle – einige Aspekte über Disziplinierung, Machtverhältnisse und Widerstand in Eisenerz. In: **Hwaletz**, Otto u. a.: Bergmann oder Werkssoldat. Eisenerz als Fallbeispiel industrieller Politik. Dokumente und Analysen über die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in der Zwischenkriegszeit. Graz 1984. S. 15–58.

- Stubenvoll**, Karl: Bibliographie zum Nationalsozialismus in Österreich. Wien 1992.
- Stuhlpfarrer**, Karl: Zum Problem der deutschen Penetration Österreichs. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. S. 313–327.
- Stuhlpfarrer**, Karl; **Steurer**, Leopold: Die Ossa in Österreich. In: **Jedlicka**, Ludwig; **Neck**, Rudolf (Hgg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975. S. 35–64.
- Suppan**, Arnold: Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld. Wien, München 1996.
- Tálos**, Emmerich u. a. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995.
- Tálos**, Emmerich: Sozialpolitik in der Ersten Republik. In: **Tálos**, Emmerich u. a. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995. S. 570–586.
- Tálos**, Emmerich; **Hanisch**, Ernst; **Neugebauer**, Wolfgang (Hgg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945. Wien 1988.
- Tálos**, Emmerich; **Neugebauer**, Wolfgang (Hgg.): „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938. Wien 1984.
- Tautscher**, Anton: Die steirische Industrie. In: Die Steiermark. Land, Leute, Leistung. Hg. v. d. Steiermärkischen Landesregierung. Graz 1956. S. 597–600.
- Tautscher**, Anton; **Gmoser**, Rupert: Grundlagen der steirischen Wirtschaft. In: Die Steiermark. Land, Leute, Leistung. Hg. v. d. Steiermärkischen Landesregierung. Graz 1956. S. 454–465.
- Teichova**, Alice; **Cottrell**, P. L. (Ed.): International Business and Central Europe, 1918–1939. New York 1983.
- Tremel**, Ferdinand: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs. Wien 1969.
- Vogel**, Rudolf: Die Österreichische Legion im Lager Lechfeld 1933. In: Heimatverein für den Landkreis Augsburg 1973. Augsburg 1974. S. 165–177.
- Volkmann**, Hans-Erich: Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges. In: **Deist**, Wilhelm u. a.: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Stuttgart 1979; aktual. Taschenbuchausg. Frankfurt a. M. 1989. S. 209–435.
- Wadl**, Wilhelm; **Ogris**, Alfred: Das Jahr 1938 in Kärnten und seine Vorgeschichte. Ereignisse, Dokumente, Bilder. Klagenfurt 1988.
- Wagner**, Gottfried: Juli 1934 in Lamprechtshausen. In: Zeitgeschichte, 1. Jg., Heft 9/10, 1974. S. 209–215.
- Walser**, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg. = Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Materialien zu Arbeiterbewegung Nr. 28; Wien 1983.
- Walser**, Harald: Wer stand hinter der NSDAP? Ein Beitrag zur Geschichte Vorarlbergs 1933 und 1934. In: Zeitgeschichte, 7. Jg., 1979/80. S. 288–297.
- Walzl**, August: „Als erster Gau ...“. Entwicklungen und Strukturen des Nationalsozialismus in Kärnten. Klagenfurt 1992.
- Wandruszka**, Adam: Österreichs politische Struktur. In: **Benedikt**, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich. Wien 1954. S. 289–485.
- Weber**, Fritz: Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit. Zum Investitionsverhalten der öffentlichen Hand 1918–1938. In: **Tálos**, Emmerich u. a. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995. S. 531–551.

Weinhandel, Ewald: Der Kampf um die Unternehmerkontrolle in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Werksgemeinschaftsideologie, des DINTA-Systems und der Betriebspolitik der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft. Dipl.-arb. d. Univ. Graz 1990.

Weinzierl, Erika: Prüfstand. Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus. Mödling 1988.

Weinzierl, Erika; **Skalnik**, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. 2 Bde. Graz, Wien, Köln 1983.

Wien 1938. = Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte. Bd. 2. Wien 1978.

Wilding, Peter: „... für Arbeit und Brot“. Arbeitslose in Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich (mit dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt Steiermark). = Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 55. Wien, Zürich 1990.

Wiltschegg, Walter: Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? Wien 1985.

Zöllner, Erich: Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 8. Aufl.; Wien, München 1990.

Anhang 3: Quellenverzeichnis

Alle Angaben: Stand 1996. Genaue Angaben zur Geschäfts- bzw. Aktenzahl jedes verwendeten Dokumentes in den jeweiligen Fußnoten bzw. Quellenvermerken.

Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik

BKA-Inneres 22/Stmk., Karton 5134 bis 5140.

BKA-Inneres 22/gen., Karton 4874 bis 4909 sowie 4926.

BKA-Inneres Sicherheitsdirektorenberichte, Karton 42.

BKA-Inneres Präsidium, Juli-Putsch 1934, Protokolle, Berichte, Karton 552.

BKA-Inneres Varia, Nat.-soz. Bewegung 1934–38, Karton 8140.

BKA Zeitgeschichtliche Sammlung, Mappe 37, Karton 5.

Bundesministerium für Äußeres, Neues Politisches Archiv, Liasse Österreich 2/21, Karton 241 bis 243.

Gedruckte Quellen

Das Dienstbuch der NSDAP Österreichs (Hitlerbewegung). Bearbeitet von Theo Habicht, herausgegeben von der Landesleitung Österreichs der NSDAP (Hitlerbewegung). Linz 1932.

Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Hg. v. Bundesamt für Statistik. Heft 1: Bundesstaat Textheft. Wien 1935.

Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Hg. v. Bundesamt für Statistik. Heft 7: Steiermark. Wien 1935.

Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934. Akten der Historischen Kommission des Reichsführers SS. Wien, Frankfurt a. M., Zürich 1965.

Die Juli-Revolution 1934. Das Eingreifen des österreichischen Bundesheeres zu ihrer Niederwerfung. Nur für den Dienstgebrauch. Im Auftrag des Bundesministeriums für Landesverteidigung als Manuskript gedruckt. Wien 1936.

Hitler, Adolf: Mein Kampf. Ungekürzte Ausgabe, 636.–640. Auflage. Zentralverlag der NSDAP, Frz. Eher Nachf., München 1941.

Obersteirische Volkszeitung, Leoben, Dienstag, 26. April 1932 (Österreichische Nationalbibliothek 398864-D Period.).

Rot-Weiß-Rot-Buch. Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs, Erster Teil (nach amtlichen Quellen). Wien 1946.

Steirische Gau-Nachrichten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung), 1. Jänner 1931 bis 30. Mai 1933 (Nationalbibliothek 634458-D). Die Folge 28 des 3. Jahrganges vom 19. Mai 1933 aus: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4876 – diese Ausgabe ist in der Nationalbibliothek nicht enthalten.

Anhang 4: Abkürzungsverzeichnis

AdR	Archiv der Republik
Bd.	Band
BH	Bezirkshauptmannschaft
BKA	Bundeskanzleramt
CSP	Christlichsoziale Partei
dat.	datiert
Dipl.-arb.	Diplomarbeit
Diss.	Dissertation
dt.	deutsch
Fn.	Fußnote
GB	Gerichtsbezirk
GDfdöS	Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit
GDVP	Großdeutsche Volkspartei
Gz.	Grundzahl oder Geschäftszahl
Hasch	(Steirischer) Heimatschutz
Hg.	Herausgeber; herausgegeben
Hgg.	(mehrere) Herausgeber
HJ	Hitlerjugend
Jg.	Jahrgang
KP	Kommunistische Partei
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
Ktn.	Karton
LGK	Landesgendarmeriekommando
m. E.	meines Erachtens
NPA	Neues Politisches Archiv (Archiv des Bundesministeriums für Äußeres im AdR)
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o. g.	oben genannt
ÖAMG	Österreichisch-Alpine Montangesellschaft
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv
RAVAG	Österreichische Radio-Verkehrs-AG (Rundfunkgesellschaft)
Red.	Redaktion
Resch	Republikanischer Schutzbund
S	Schilling
S.	Seite
s.	siehe
SA	Sturmabteilung
Schuko	Schutzkorps
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SS	Schutzstaffel
Steweag	steirische Elektrizitätsgesellschaft
Stmk.	Steiermark
vgl.	vergleiche
zit. n.	zitiert nach

Danksagung

Frau Universitätsprofessor Dr. Erika Weinzierl hat diese Diplomarbeit durch eine Bemerkung in einer ihrer Vorlesungen – daß eine Lücke bei lokalhistorischen Arbeiten zur Geschichte des illegalen Nationalsozialismus besteht – angeregt. Dr. Dirk Hänisch hat mir Teile seiner hervorragenden, für mich sehr wichtigen, aber bis zum Abschluß der Arbeit noch nicht im Druck erschienen Dissertation überlassen. Dr. Eduard G. Staudinger stand mir spontan für ein interessantes und sehr aufschlußreiches Gespräch zur Verfügung. Eine ganze Reihe von Lehrern der Universität Wien haben mein Denken in und um Geschichte beeinflusst – am nachhaltigsten zweifellos Universitätsprofessor Dr. Reinhard Sieder.

Durch meine umfangreiche Arbeit im Österreichischen Staatsarchiv habe ich das ruhige, angenehme Arbeitsklima und die freundlichen und hilfsbereiten Mitarbeiter dieser Institution sehr schätzen gelernt.

Mein Arbeitgeber, der Wirtschaftsverlag Carl Ueberreuter, hat es mir durch eine im Geschäftsleben äußerst seltene flexible und tolerante Haltung überhaupt erst möglich gemacht, mein Studium zu beginnen und erfolgreich abzuschließen. Bei Eva Strohmeier und Dr. Oskar Mennel – aber nicht weniger bei allen anderen Kolleginnen und Kollegen – habe ich immer Verständnis für alle durch mein Studium bedingte Umständlichkeiten gefunden. Ich bin stolz, Mitarbeiter dieses Hauses zu sein.

Meine Freunde Dixi und Charly waren am mühsamen Beginn meines Studiums sehr wichtig für mich; und ohne Eva, Maria, Tatjana und einige andere wäre die ganze Sache wohl zu einem freudlosen Sammeln von „Scheinen“ geworden.

Meine Eltern haben meinen etwas gewundenen Lebens- und Bildungsweg immer mit viel Verständnis, Rücksicht und ungewöhnlicher Toleranz gestützt und gefördert – und alle „Erziehungsversuche“ frühzeitig eingestellt.

Ohne Beate hätte ich mein Studium und diese Arbeit niemals zustande gebracht. Deshalb möchte ich sie ihr widmen!